

#DUALforscht

Online Journal für studentische Forschung

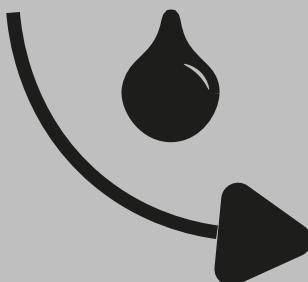
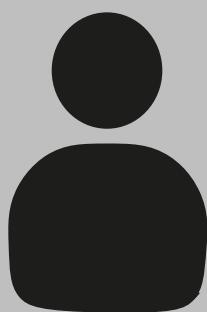
FÜR BACHELOR- UND MASTER-STUDIERENDE DER DHBW

Wirtschaft im Wandel

Differenzierte Perspektiven auf Wirtschaft, Gesellschaft und das Individuum

Doris Ternes (Hrsg.)

Sofia Kexel ♦ Alena Hauber ♦ Jenny Rottler ♦ Marc Bastian ♦ Lukas Weidenbacher ♦ Linh-Madeleine Kramer ♦ Benjamin Bodamer ♦ Laura Ebel ♦ Markus Völkli ♦ Luca Isenburg ♦ Marius Funk ♦ Dennis Tworuschka ♦ Till Stotz ♦ Luca Hartmann ♦ Aaron Fuchs ♦ Philipp Strehle ♦ Oliver Eck ♦ Moritz Schoenberg ♦ Sebastian Reimann ♦ Alexander Kirn ♦ Jonas Mohr ♦ Lukas Buetschle ♦ Mark Kekel



gefördert durch:



Stiftung
Innovation in der
Hochschullehre

Wirtschaft im Wandel

Differenzierte Perspektiven auf Wirtschaft, Gesellschaft und das Individuum

Doris Ternes (Hrsg.)

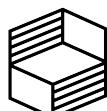
Sofia Kexel ♦ Alena Hauber ♦ Jenny Rottler ♦ Marc Bastian ♦ Lukas Weidenbacher ♦ Linh-Madeleine Kramer ♦ Benjamin Bodamer ♦ Laura Ebel ♦ Markus Völkl ♦ Luca Isenburg ♦ Marius Funk ♦ Dennis Tworuschka ♦ Till Stotz ♦ Luca Hartmann ♦ Aaron Fuchs ♦ Philipp Strehle ♦ Oliver Eck ♦ Moritz Schoenberg ♦ Sebastian Reimann ♦ Alexander Kirm ♦ Jonas Mohr ♦ Lukas Buetschle ♦ Mark Kekel

Herausgeberin:
Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Doris Ternes

Education Competence Network (EdCoN), ECC3
Duale Hochschule Baden-Württemberg
Center for Advanced Studies
Bildungscampus 13
74076 Heilbronn

<https://www.zhl.dhbw.de/edcon/das-projekt-edcon/>

Diese Veröffentlichung entstand im Rahmen des Projekts „EdCoN – Education Competence Network“ an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW), gefördert durch die *Stiftung Innovation in der Hochschullehre*.



Stiftung
Innovation in der
Hochschullehre

Ausgabe 2 (2025)
ISSN 2943-5943

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Lizenz CC-BY-SA 4.0

Die Autorinnen und Autoren sowie die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder die Autorinnen und Autoren noch die Herausgeberinnen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Die Schreiberei

Vorwort der Herausgeberin und Dozentin

Herzlich willkommen bei #Dual forscht!

Mit dieser Ausgabe von #Dual forscht erscheint ein neuer Band des studentischen Online-Journals. Der Sammelband *Wirtschaft im Wandel – Differenzierte Perspektiven auf Wirtschaft, Gesellschaft und das Individuum* zeigt Beiträge aus dem Mastermodul *Aktuelle Managementthemen – Megatrend Bildung und Teilhabe*. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich Transformationen hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft gestalten lassen – und welche Rolle Bildung, Wertewandel und alternative Wirtschaftsmodelle dabei spielen.

Die deutsche Wirtschaft steht vor tiefgreifenden Veränderungen: Fachkräftemangel, Resourcenknappheit, globale Umbrüche und neue Regulierungen fordern ein Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft. Konzepte wie Degrowth- bzw. Postwachstumsökonomie, Doughnut-Ökonomie, Suffizienzstrategien und das Prinzip der Faltung eröffnen neue Perspektiven auf Wachstum, Lebensqualität und ökologische Grenzen. Sie fordern dazu auf, gesellschaftlichen Fortschritt umfassender zu denken – orientiert an Gemeinwohl, Vielfalt, ökologischer Balance und sozialer Gerechtigkeit. Sie zeigen Wege auf, Fortschritt neu zu denken – jenseits von „höher, schneller, größer“.

Die Autor*innen dieser Ausgabe beleuchten durch forschendes Lernen verschiedene Facetten dieses Wandels und stellen ihre Erkenntnisse im vorliegenden Sammelband zur wissenschaftlichen Diskussion.

Viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe!

Die Herausgeberin



Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Doris Ternes ist Lehrende am DHBW CAS.

Sie ist Mitgründerin des Institutes für Hochschul- und Bildungsforschung der DHBW (IHB) und in dessen Leitungsteam tätig. Ihr Forschungsfokus ist die Hochschul- und Bildungsforschung, insbesondere die Hochschuldidaktik und die Skillentwicklung im Forschenden Lernen.

doris.ternes@dhw.de



Wirtschaft im Wandel

Differenzierte Perspektiven auf Wirtschaft, Gesellschaft und das Individuum

Einführung

In den aktuellen Debatten zur sozial-ökologischen Transformation werden Wachstumsmodelle, Verteilungsgerechtigkeit und Suffizienzstrategien zunehmend gemeinsam gedacht. Der Sammelband knüpft daran an und fragt, unter welchen politischen, institutionellen und kulturellen Bedingungen sich Wohlstand vom Zwang zu permanentem Wachstum lösen lässt, ohne soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden.

Die ersten Beiträge richten den Blick auf makroökonomische und fiskalische Weichenstellungen: Sie zeigen, dass weder Degrowth automatisch Armut verschärft noch wachstumsunabhängige Ungleichheit ohne eine gezielte Steuer- und Verteilungspolitik abgebaut werden kann, und diskutieren, wie vermögensbezogene Steuern und Erbschaftsbesteuerung zwischen Gerechtigkeit, Investitionsdynamik und Unternehmensschutz ausbalanciert werden müssen.

Die weiteren Beiträge widmen sich der Praxis der Suffizienz – von Faltungsgrenzen und suffizientem Konsum über Unternehmensstrategien, Mobilität und ländliche Nachbarschaftsnetzwerke bis hin zur Ambulantisierung im Gesundheitswesen. Sie verdeutlichen, dass Suffizienz dort Akzeptanz findet, wo sie als Gewinn an Lebensqualität, Gesundheit, Zeit und Gemeinschaft erfahren wird und in tragfähige Infrastrukturen eingebettet ist.

Insgesamt macht der Band deutlich, dass technologische Effizienzgewinne allein nicht ausreichen: Notwendig ist ein Zusammenspiel aus Verteilungsreformen, institutionell verankerten Suffizienzpfaden und einem kulturellen Wandel im Verständnis von Wohlstand, Komfort und Erfolg.

Inhalt

Einführung	V
-------------------------	----------

Jenny Rottler, Alena Hauber, Sofia Kexel

Degrowth als Ansatz gegen Armutsgefährdung – Eine empirische Analyse am Beispiel Deutschlands	1
--	----------

Lukas Weidenbacher, Marc Bastian

Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland: Eine Analyse möglicher steuerpolitischer Lösungsansätze	21
--	-----------

Linh-Madeleine Kramer, Benjamin Bodamer

Die Auswirkungen der Erbschaftsbegrenzung auf Innovation und Investitionen in familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU): Eine Untersuchung der Unternehmensstandortentwicklung	43
---	-----------

Laura Ebel, Markus Völkl, Luca Isenburg

Akzeptanz von Nachhaltigkeitsgrenzen – Eine empirische Untersuchung zur gesellschaftlichen Resonanz auf das Prinzip der Faltung	59
--	-----------

Marius Funk, Dennis Tworuschka

Faktoren zur Beeinflussung der Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens.....	79
--	-----------



Till Stotz, Luca Hartmann

Suffizienzstrategien im Vergleich – Eine Analyse bei DAX-40-Unternehmen	99
--	-----------

Aaron Fuchs, Philipp Strehle

Die Rolle der Suffizienzstrategie in einer nachhaltigen Wirtschaft – Analyse von Best-Practice-Unternehmen	113
---	------------

Oliver Eck, Moritz Schoenberg

Akzeptanz und Voraussetzungen nachhaltiger Mobilitätslösungen für den Arbeitsweg im Rahmen der Suffizienzstrategie	129
---	------------

Sebastian Reimann, Alexander Kirn, Jonas Mohr

Ansätze der Suffizienzstrategie im ländlichen süddeutschen Raum	147
--	------------

Lukas Buetschle, Mark Kekel

Suffizienz und Ressourcenschonung im Gesundheitswesen: Wie kann die Suffizienzstrategie im Rahmen der Ambulantisierung dazu beitragen, den Energie- und Ressourcenverbrauch von Krankenhäusern zu reduzieren?	171
--	------------



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Lineare bivariate Regressionsfunktion	8
Abbildung 2:	Regressionsfunktion im Kontext der Arbeit	8
Abbildung 3:	Streudiagramm der beobachteten Werte	10
Abbildung 4:	Geschätzte Regressionsfunktion	11
Abbildung 5:	Modellzusammenfassung aus SPSS	12
Abbildung 6:	Test auf Normalverteilung aus SPSS.....	12
Abbildung 7:	Darstellung der Koeffizienten aus SPSS.....	13
Abbildung 8:	Armutgefährdungsquote	25
Abbildung 9:	Gini-Index des verfügbaren Äquivalenzeinkommens.....	26
Abbildung 10:	Beispielrechnung Einkommensteuer.....	33
Abbildung 20:	Verlauf der erhobenen Erbschaftsteuer und Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG nach den Reformen 2009 und 2016	49
Abbildung 21:	Entwicklung der Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen, nichtstaatliche Sektoren).....	50
Abbildung 22	Selbsteinschätzung der suffizienten Lebensweise nach Altersgruppe.....	88
Abbildung 23:	Selbsteinschätzung der suffizienten Lebensweise nach Bildungsabschluss	89
Abbildung 24:	Selbsteinschätzung der suffizienten Lebensweise nach Bruttoverdienst.....	90
Abbildung 25:	Selbsteinschätzung der suffizienten Lebensweise nach Bruttoverdienst	91
Abbildung 26:	Persönliche Einstellungen von suffizient lebenden Personen Quelle: Eigene Darstellung.	92
Abbildung 27:	Einstellung zu Besitz von suffizient lebenden Personen.....	93
Abbildung 28:	Nutzung von ÖPNV und Fahrrad bei den Befragten nach Wohnort.....	93



Abbildung 30:	Zusammenspiel von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz	131
Abbildung 31:	Abhängigkeiten der Mobilitätskultur	133
Abbildung 32:	Verkehrsmittelwahl.....	136
Abbildung 33:	Umweltaspekt bei der Verkehrsmittelwahl	136
Abbildung 34:	Hinderungsgründe.....	137
Abbildung 35:	Präferenzanalyse	138
Abbildung 36:	Begründung für die Nutzung der nachhaltigen Mobilitätslösung	139
Abbildung 37:	Wichtigkeit der Maßnahmen	140
Abbildung 38:	Demografie Süddeutschland gesamt verglichen mit Stichprobe der Erhebung	165
Abbildung 39:	Zentrale Ergebnisse der schriftlichen Befragung zur Suffizienzorientierung in der Bevölkerung.....	180



Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Übersicht der konsolidierten Suffizienzstrategien	104
Tabelle 2:	Forschungsergebnisse nach den vier Kriterien.....	123
Tabelle 3:	Angewendete Tests je Skalenniveau	156
Tabelle 4:	Auswertung Hypothesen Reparatur-Café	158
Tabelle 5:	Auswertung Hypothesen Car Sharing.....	160
Tabelle 6:	Auswertung Hypothesen Second-Hand-Angebote	162







Sofia Kexel ♦ Alena Hauber ♦ Jenny Rottler ♦ Marc Bastian ♦ Lukas Weidenbacher ♦ Linh-Madeleine Kramer ♦ Benjamin Bodamer ♦ Laura Ebel ♦ Markus Völkl ♦ Luca Isenburg ♦ Marius Funk ♦ Dennis Tworuschka ♦ Till Stotz ♦ Luca Hartmann ♦ Aaron Fuchs ♦ Philipp Strehle ♦ Oliver Eck ♦ Moritz Schoenberg ♦ Sebastian Reimann ♦ Alexander Kirn ♦ Jonas Mohr ♦ Lukas Buetschle ♦ Mark Kekel

Degrowth als Ansatz gegen Armutsgefährdung – Eine empirische Analyse am Beispiel Deutschlands

Jenny Rottler, Alena Hauber, Sofia Kexel



1 Einführung

Die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind durch eine enge Verflechtung ökonomischer, ökologischer und sozialer Krisen geprägt. Die Klimakrise zeigt mit zunehmender Dringlichkeit, dass das gegenwärtig vorherrschende Wirtschaftsmodell langfristig nicht mit den planetaren Grenzen vereinbar ist (Rockström et al., 2009). Gleichzeitig nimmt in vielen hochentwickelten Gesellschaften die soziale Ungleichheit immer weiter zu, sodass in Deutschland nach aktuellen Daten des Paritätischen Gesamtverbands rund jede sechste Person als armutsgefährdet gilt (DMSG, 2025). Diese Entwicklung steht im Widerspruch zum makroökonomischen Wachstum, das über Jahrzehnte hinweg als Garant für Wohlstand und soziale Sicherheit galt. Klassische ökonomische Theorien, wie die neoklassische Wachstumstheorie, unterstellen, dass ökonomisches Wachstum durch Kapitalakkumulation, technischen Fortschritt und Humankapital langfristig zu allgemeinem Wohlstand führt (Solow, 1956; Stehr, 2023). In den letzten Jahren zeigt sich jedoch, dass ein steigendes BIP in hochentwickelten Ländern nicht automatisch mit einer Verringerung sozialer Ungleichheiten zusammenhängt. Vielmehr verstärken sich Verteilungsprobleme, sodass die positiven Effekte des Wachstums ungleich auf die Gesellschaft verteilt werden (Piketty, 2014).

Vor diesem Hintergrund haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten verschiedene wachstumskritische Strömungen etabliert. Radikale Ansätze wie Degrowth fordern eine Abkehr vom Wachstumsparadigma, um ökologische Stabilität und soziale Gerechtigkeit zu sichern (Kallis et al., 2018). Dabei wird Degrowth nicht nur als ökonomische Strategie, sondern auch als gesamtgesellschaftliches Transformationsprojekt, das Umverteilung, Suffizienz und Zeitwohlstand ins Zentrum rückt, verstanden (Schmelzer/Vetter, 2019). Eine zentrale Frage diesbezüglich lautet, ob Degrowth nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch sozial tragfähig ist. Kritiker warnen vor steigender Arbeitslosigkeit und Armut infolge einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung (Pietsch, 2025). Befürworter sehen hingegen in gerechterer Ressourcenverteilung und stärkeren Sozialsystemen die Chance, Armut auch unabhängig vom BIP zu verringern (Jackson, 2009).

Ziel der Arbeit ist es, diesen Spannungsbogen empirisch zu untersuchen. Konkret wird geprüft, ob Degrowth – verstanden als ein Rückgang des realen BIP pro Kopf – zu einer Verringerung der Armutgefährdung in Deutschland beitragen kann. Methodisch erfolgt eine lineare Regressionsanalyse auf Basis von Eurostat-Daten (2007–2024), deren Ergebnisse im Kontext wachstumskritischer Theorien diskutiert werden.



2 Theoretische Grundlagen

2.1 Die Rolle des Wirtschaftswachstums

Um den Zusammenhang zwischen Degrowth und Armutgefährdung sowie die Kritik am aktuellen Wirtschaftsmodell zu verstehen, ist zunächst die Rolle des Wirtschaftswachstums zu betrachten.

Der Staat beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes durch gesetzliche Regelungen und wirtschaftspolitische Maßnahmen, unter anderem um ein stabiles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern (von Holle, 2023). Dieses Ziel gerät jedoch zunehmend unter Druck. Seit den 1970er-Jahren ist der Wachstumstrend der deutschen Volkswirtschaft rückläufig. Ursachen hierfür sind einerseits der demografische Wandel, der das Arbeitskräftepotenzial verringert, und andererseits eine abnehmende Produktivitätsdynamik (Lehmann/Zarges, 2025). Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzten Regierungen in den 1980er- und 1990er-Jahren wie jene von Thatcher und Reagan verstärkt auf Deregulierung als Instrument zur Förderung des Wirtschaftswachstums (von Holle, 2023). Ergänzend dazu entwickelte sich die Evolution der Humankapitaltheorie zu einem zentralen Bestandteil der modernen Wachstumstheorie. Sie betont die Bedeutung von Wissen als zentralem Treiber des Wirtschaftswachstums und erklärt, weshalb klassische Produktionsfaktoren zunehmend durch Wissensressourcen ergänzt oder ersetzt werden (Stehr, 2023).

Aus der klassischen Perspektive trägt Wirtschaftswachstum zur Reduktion der Arbeitslosigkeit und zur Stabilität der Gesellschaft bei. Die aus Wirtschaftswachstum resultierenden steigenden Einkommen erhöhen den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und können so zur Verringerung der Armut beitragen. (Beyeler/Moser, o.J.). Dieses Wachstumsparadigma unterliegt allerdings auch erheblicher Kritik. Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass dauerhaftes Wirtschaftswachstum nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet, sondern auch zur Verschärfung der Klimakrise beiträgt. An dieser Stelle setzt der Degrowth-Ansatz an. Indem das Wachstumsparadigma und damit die Annahme einer unbegrenzten Expansion grundsätzlich infrage gestellt und betont wird, dass planetare Grenzen sowie begrenzte Ressourcen eine unendliche Steigerung der Wirtschaftsleistung ausschließen (Philipp, 2025). Damit bildet die Auseinandersetzung mit Degrowth einen logischen nächsten Schritt, um alternative Ansätze zur Armutsbekämpfung und ökologischen Stabilisierung zu betrachten.



2.2 Degrowth

Der Degrowth-Ansatz wird als Reaktion auf die negativen Folgen unbegrenzten Wirtschaftswachstums diskutiert. Befürworter betonen, dass das gegenwärtige Wirtschaftssystem, das auf permanenter Expansion basiert, weder ökologisch noch sozial nachhaltig ist. Vor diesem Hintergrund fordert die Degrowth-Theorie eine grundlegende Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Dabei steht die Reduktion der wirtschaftlichen Leistung sowie der sozialen Ungleichheiten im Mittelpunkt, verbunden mit dem Ziel, globale Gerechtigkeit zu fördern. Zentral ist die Forderung nach einer gerechteren Verteilung von Ressourcen und Wohlstand (Flock/Pinzauti, 2025).

Neben Degrowth existieren weitere wachstumskritische Ansätze, insbesondere die Postwachstumsökonomie. Während hier das unbegrenzte Streben nach Wachstum hinterfragt wird, liegt der Fokus auf einem Wirtschaftssystem, das stabile Versorgung und Wohlstand ohne weiteres Wachstum durch Suffizienz, Regionalisierung und sozialreformerische Maßnahmen gewährleistet. Im Unterschied dazu wird bei Degrowth eine deutlich radikalere Reduktion von Produktion und Konsum gefordert, um übermäßiges Wachstum aktiv zurückzuführen und zentrale Werte wie Entschleunigung, Zeitwohlstand und demokratische Mitbestimmung zu stärken (Wolf, 2025).

Degrowth basiert auf klar definierten Prinzipien, die darauf abzielen, zentrale Kritikpunkte am Kapitalismus zu adressieren. Kritische Stimmen wenden jedoch ein, dass die Regulierung von Luxus-Konsum durch rechtliche Vorgaben die individuelle Entscheidungsfreiheit einschränkt und somit die Autonomie der Bürgerinnen und Bürger gefährdet. Zudem wird bezweifelt, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beiträgt oder die Probleme des Fachkräftemangels wirksam lösen kann (Pietsch, 2025).

Die ökologischen Krisen der vergangenen Jahre verdeutlichen die Dringlichkeit eines grundlegenden Systemwandels. Zwar erkennen viele Regierungen weltweit die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen an und setzen auf grünes Wachstum durch Investitionen in Dekarbonisierung und nachhaltige Geschäftspraktiken. Nach dem Degrowth-Ansatz reichen diese Strategien jedoch nicht aus, um die Klimakrise wirksam einzudämmen. Grünes Wachstum wird hier nicht als nachhaltig betrachtet. Stattdessen fordert der Degrowth-Ansatz eine geplante ökologische Reduktion der Wirtschaftstätigkeit mit dem Ziel, die planetaren Grenzen einzuhalten und globale Gerechtigkeit, Wohlstand und Gleichheit zu stärken. Kapitalismus führt gemäß der Degrowth-Theorie durch die Externalisierung



von Kosten und die Umwandlung ursprünglich als fortschrittlich verstandener Produktivkräfte in destruktive Dynamiken nicht zu Emanzipation, sondern zu neuen Formen von Ungleichheit und Zerstörung (Schmelzer, 2023).

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bildet in diesem Zusammenhang einen zentralen Bezugs-punkt. Es beschreibt die im Inland erbrachte wirtschaftliche Gesamtleistung innerhalb ei-nes bestimmten Zeitraums und kann nach Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungs-seite berechnet werden. Das reale BIP bildet über die preisbereinigte Veränderungsrate die wirtschaftliche Entwicklung ab und dient damit als zentraler Indikator für das Wirt-schaftswachstum (Statistisches Bundesamt, 2025). Da sich Degrowth in seiner theoreti-schen Breite nicht unmittelbar empirisch erfassen lässt, wird das Konzept in dieser Arbeit auf seine ökonomische Dimension reduziert. In der vorliegenden Analyse wird Degrowth daher als Rückgang des realen BIP verstanden. Zur besseren Vergleichbarkeit wird eine Approximation über das reale BIP pro Kopf vorgenommen (Die Bundesregierung, 2025). Dadurch lässt sich die wirtschaftliche Entwicklung zeitlich konsistent abbilden und verglei-chen und stellt zugleich einen Bezug zum Individuum her. Dies ermöglicht eine fundierte Interpretation der Auswirkungen auf soziale Fragen wie die Armutgefährdung.

2.3 Armutgefährdung

Gesellschaftliche Krisen tragen wesentlich zur Verschärfung bestehender Armutslagen bei und führen zu einer kontinuierlichen Zunahme der Armutgefährdung (Aichinger, 2024). Unter Armutgefährdung wird dabei der Anteil jener Personen verstanden, deren verfü-gbares Äquivalenzeinkommen unterhalb von 60 % des nationalen Medianäquivalenzein-kommens liegt. Grundlage ist das Einkommen nach Sozialtransfers, berechnet auf Haus-haltsebene (Zärtle/Berghammer, 2023). Die Armutgefährdungsquote als Kennzahl für die Armutgefährdung stellt somit kein direktes Maß für Armut oder Wohlstand dar, sondern beschreibt die relative Einkommensposition im Vergleich zu anderen Personen der Gesell-schaft. Ein niedrigeres Einkommen ist dabei nicht zwingend mit einem entsprechend nied-rigeren Lebensstandard gleichzusetzen (Eurostat, 2025a).

Ein europäischer Vergleich zeigt, dass Deutschland mit einer Armutgefährdungsquote von 14,4 % noch unter dem europäischen Durchschnitt von 16,2 % liegt. Besonders nied-lige Werte weist Tschechien mit 9,8 % auf, während Rumänien, Lettland und Bulgarien zu den Ländern mit den höchsten Anteilen an armutgefährdeter Bevölkerung zählen (Statisti-sches Bundesamt, 2023).



Zu den zentralen Ursachen einer steigenden Armutgefährdung zählen eine hohe Inflationsrate, die in Krisenzeiten besonders stark ausfallen kann, sowie gesundheitliche Beeinträchtigungen, die das Erwerbseinkommen mindern und das Armutsrisko erhöhen können (DMSG, 2025). Darüber hinaus hängt die Armutgefährdung auch von der Lebensform des Haushaltes ab. Festzustellen ist, dass die Gefährdung bei Alleinerziehenden, Mehrkindfamilien und Haushalten mit Migrationshintergrund besonders hoch ist (Dimmen, 2023). Paare ohne Kinder weisen das geringste Risiko auf (Kurz/Lehmann, 2024).

Internationale Strategien wie die Agenda 2030 verpflichten die Weltgemeinschaft dazu, mit dem Grundsatz „Niemanden zurücklassen“ Menschen besonders in den Fokus zu rücken, die von Armut betroffen sind. Damit wirtschaftliches Wachstum allen zugutekommt, muss es inklusiv gestaltet sein (BMZ, 2025). Mit steigendem Wirtschaftswachstum erhöht sich zwar das Wohlstandsniveau in der Gesellschaft, jedoch profitieren nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße von dieser Entwicklung. Die Einkommensverteilung weist deutliche Disparitäten auf, sodass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung trotz gesamtgesellschaftlicher Wohlstandsgewinne in Armut lebt oder als armutsgefährdet gilt (Bertelsmann Stiftung, 2017).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Armutgefährdung von vielfältigen Faktoren beeinflusst wird – von gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen ebenso wie von Verteilungsmechanismen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen. Kapitel 2.2 hat zudem gezeigt, dass der Degrowth-Ansatz ein alternatives Wirtschaftsmodell darstellt, das auf eine Verringerung der Wirtschaftsleistung sowie auf Umverteilung, soziale Sicherung und nachhaltige Lebensweisen abzielt. Auf dieser Grundlage wird in der vorliegenden Arbeit untersucht, ob makroökonomische Veränderungen – gemessen am realen BIP pro Kopf – mit der Armutgefährdungsquote in Deutschland in Zusammenhang stehen. Dieser Zusammenhang wird in den folgenden Kapiteln empirisch analysiert.

3 Methode

3.1 Untersuchungsdesign

Im vorangegangenen Kapitel wurde das Wirtschaftswachstum als dominierendes Leitprinzip der modernen Volkswirtschaft dargestellt und kritisch diskutiert. Zudem wurden die beiden Untersuchungsvariablen – Degrowth und Armutgefährdung – definiert und in den theoretischen Kontext eingeordnet. Auf Basis dieser Grundlagen wird in diesem Abschnitt die



entsprechende Forschungshypothese entwickelt sowie die Grundlagen und Vorgehensweise der empirischen Untersuchung erläutert.

Wie in Kapitel 2 ausgeführt, wird im Rahmen dieser Untersuchung ein Rückgang des BIP als quantitative Annäherung an das Konzept von Degrowth verstanden. Die Armutgefährdungsquote dient dabei als zentraler Indikator zur Beschreibung der sozialen Lage in Deutschland. Die theoretische Verbindung beider Variablen basiert auf der klassischen ökonomischen Annahme, dass Wirtschaftswachstum durch positive Folgewirkungen wie steigende Einkommen, höhere Beschäftigung, stärkere Sozialsysteme und wachstumsbedingte Steuereinnahmen zur Verringerung von Armut beiträgt. Vor diesem Hintergrund würde ein Rückgang des BIP in traditionellen Modellen erwartungsgemäß mit einer Zunahme der Armutgefährdung einhergehen. Diese Logik wird jedoch zunehmend in Frage gestellt. Kritische Ansätze innerhalb der Degrowth-Debatte heben hervor, dass wirtschaftliches Wachstum unter den bestehenden strukturellen Rahmenbedingungen weder zwangsläufig zu einer Zunahme sozialer Gerechtigkeit noch – wie im vorliegenden Fall – zu einer Verringerung der Armutgefährdung führt. Insbesondere wird argumentiert, dass Wachstum in entwickelten Volkswirtschaften oft ungleich verteilt wird und sich positive gesamtwirtschaftliche Effekte nicht zwingend in der Verbesserung der Lebenssituation für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen widerspiegeln.

Vor diesem theoretischen Hintergrund ergibt sich die zentrale Forschungsfrage: Kann Degrowth – quantifiziert als Rückgang des BIP – zur Bekämpfung der Armutgefährdung in Deutschland beitragen? Zur empirischen Untersuchung dieses Zusammenhangs wird die folgende Forschungshypothese mit der dazugehörigen Nullhypothese aufgestellt:

H₀: Es besteht kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem realen BIP pro Kopf und der Armutgefährdungsquote in Deutschland

H₁: Es besteht ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem realen BIP pro Kopf und der Armutgefährdungsquote in Deutschland

Für die empirische Untersuchung wird eine bivariate lineare Regressionsanalyse als quantitatives Forschungsdesign gewählt. Diese Methode ist ein zentrales Instrument der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung, um den Zusammenhang zwischen zwei metrisch verteilten Variablen durch eine lineare Funktion möglichst präzise zu beschreiben. Da sich viele ökonomische Zusammenhänge – direkt oder nach geeigneter Datentransformation – näherungsweise linear abbilden lassen, kommt der linearen Regressionsanalyse mit folgender Formel eine besondere Bedeutung zu (Bleymüller/Weißbach/Dörre, 2020).



Abbildung 1:*Lineare bivariate Regressionsfunktion*

$$Y = b_0 + b_1 * X + e$$

Anmerkung: Backhaus et al., 2018

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird das BIP als unabhängige Variable X und die Armutgefährdungsquote als abhängige Variable Y definiert. Die verwendeten Datensätze werden in Kapitel 3.2 genauer erläutert. Die Regressionsfunktion beinhaltet die Regressionskonstante b_0 , den Regressionskoeffizienten b_1 sowie die Residualgröße e (Backhaus et al., 2018). Eine Erläuterung und Interpretation dieser Parameter erfolgt in Kapitel 4 im direkten Zusammenhang mit der Ergebnisanalyse. Für das empirische Modell im Kontext dieser Arbeit ergibt sich die folgende Regressionsfunktion.

Abbildung 2:*Regressionsfunktion im Kontext der Arbeit*

$$\text{Armutgefährdungsquote} = b_0 + b_1 * \text{BIP pro Kopf} + e$$

Anmerkung: Eigene Darstellung

Die Durchführung der empirischen Untersuchung erfolgt in mehreren Schritten:

1. Grafische Analyse des Streudiagramms
2. Schätzung und Interpretation der Regressionsfunktion
3. Berechnung und Interpretation des Bestimmtheitsmaßes
4. Prüfung der Residuen auf Normalverteilung
5. Überprüfung der Forschungshypothese mittels F-Test

Für die Schritte vier und fünf wird ein Signifikanzniveau von $\alpha = 5\%$ festgelegt. Die Berechnung der Regressionsgerade erfolgt mithilfe der Excel-Funktion „Datenanalyse“, während weiterführende statistische Prüfungen mit der Software SPSS durchgeführt werden.



Jenny Rottler, Alena Hauber, Sofia Kexel

Degrowth als Ansatz gegen Armutgefährdung

Eine empirische Analyse am Beispiel Deutschlands

#DUAL forscht Online Journal des ECC Forschendes Lernen für studentische Publikationen

3.2 Zugrundeliegende Datenbasis

Die im vorangegangenen Kapitel beschriebene Regressionsanalyse wird auf Basis öffentlich zugänglicher Daten durchgeführt. Die verwendeten Daten der beiden Untersuchungsvariablen stammen vom Statistischen Amt der Europäische Union (Eurostat). Die Eurostat-Daten gewährleisten eine hohe Datenqualität nach europäischem Standard sowie eine regelmäßige Aktualisierung.

Die abhängige Variable, die Armutgefährdungsquote, basiert auf der von Eurostat veröffentlichten Kennzahl „Quote der von Armut bedrohten Personen nach Armutgefährdungsgrenze“ (Eurostat, 2025b). Für die Analyse wird die Armutgefährdungsquote als Anteil der deutschen Gesamtbevölkerung angegeben. Diese prozentuale Darstellung ermöglicht eine zeitliche Vergleichbarkeit der Daten, unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung und erleichtert zudem die Interpretation. Gleichzeitig besteht so eine methodische Konsistenz zur unabhängigen Variable, die ebenfalls als relative Größe erfasst wird. Die vollständige Datenreihe umfasst einen Zeitraum von 1995 bis 2024. Für die Jahre 2002 bis 2004 sind jedoch keine Daten verfügbar und im Jahr 2005 erfolgte eine Änderung in der Datenerhebung aufgrund der Einführung der EU-SILC¹-Erhebungsmethodik. Die ersten beiden Jahre nach dieser Umstellung weisen auffällig niedrige Werte auf, was auf eine methodische Übergangsphase und eine noch unvollständige Datenerhebung in dieser Zeit hindeutet. Um potenzielle Verzerrungen zu vermeiden, beschränkt sich die Analyse auf den Zeitraum von 2007 bis 2024.

Zur Quantifizierung der unabhängigen Variable, dem realen BIP pro Kopf, wird die Datenreihe „Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Hauptkomponenten pro Kopf“ (Eurostat, 2025c) herangezogen. Konkret wird die Größe „BIP zu Marktpreisen je Einwohner in jeweiliger Landeswährung“ verwendet. Die Entscheidung für die Nutzung der pro Kopf-Daten und gegen das aggregierte gesamtdeutsche BIP erfolgt, da diese eine realitätsnahe Abbildung des durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistungsniveaus auf individueller Ebene, unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung ermöglicht². Die Zeitreihe umfasst einen Zeitraum von 1991 bis 2024. Um einen konsistenten Vergleichszeitraum mit der abhängigen Variable sicherzustellen, wird auch hier der Zeitraum von 2007 bis 2024 berücksichtigt.

¹ Die European Union Statistics on Income and Living Conditions ist eine jährliche, EU-weit harmonisierte Haushaltsbefragung

² Für eine bessere Lesbarkeit der Arbeit wird im Folgenden unter BIP immer das BIP pro Kopf verstanden.



4 Zentrale Erkenntnisse der empirischen Untersuchung

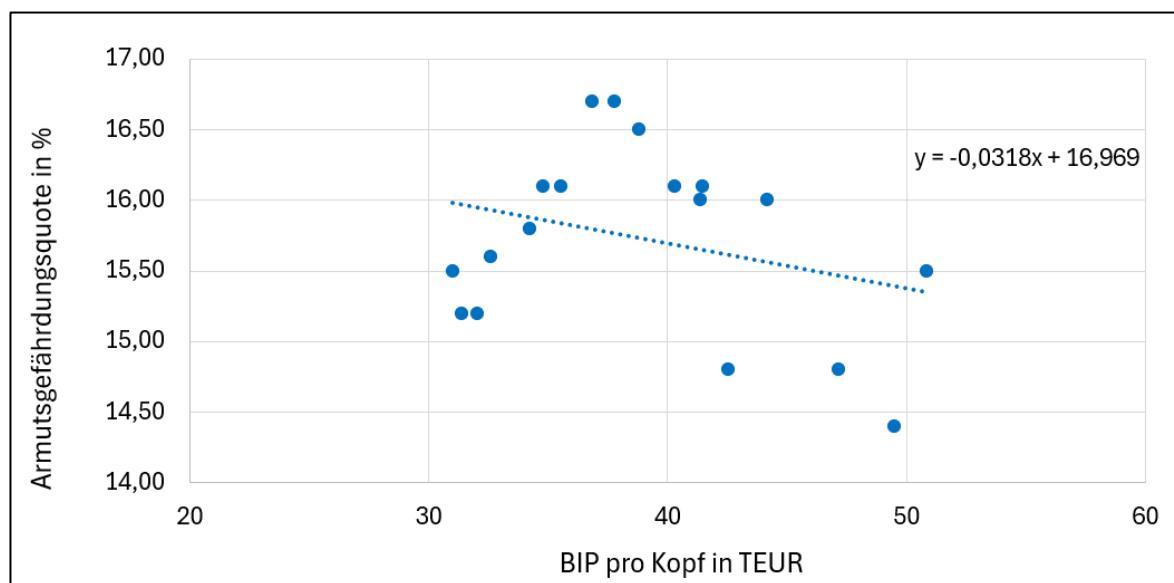
In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Regressionsanalyse vorgestellt und interpretiert. Ziel ist es, den Zusammenhang zwischen einem Rückgang des BIP – also Degrowth – und der Armutgefährdungsquote in Deutschland zu untersuchen und die Gültigkeit der aufgestellten Forschungshypothesen zu überprüfen. Die Vorgehensweise und somit der Aufbau des Kapitels orientiert sich an den in Kapitel 3.1 dargestellten Untersuchungsschritten.

4.1 Grafische Analyse des Streudiagramms

In einem ersten Schritt erfolgt eine grafische Analyse auf Basis des in Abbildung 3 dargestellten Streudiagramms der beobachteten Werte der beiden Untersuchungsvariablen.

Abbildung 3:

Streudiagramm der beobachteten Werte



Anmerkung: Eigene Darstellung

Das Streudiagramm zeigt eine sehr leichte negative Tendenz: Höhere Werte des BIP gehen tendenziell mit einer geringeren Armutgefährdungsquote einher. Dieser Zusammenhang ist jedoch visuell nur sehr schwach ausgeprägt und lässt keine eindeutige statistische Beziehung zwischen den Variablen erkennen.



4.2 Schätzung und Interpretation der Regressionsfunktion

Die in Abbildung 3 dargestellte Regressionsgerade führt zur folgenden Regressionsfunktion.

Abbildung 4:

Geschätzte Regressionsfunktion

$$\text{Armutsgefährdungsquote} = 16,969 - 0,0091 * \text{BIP pro Kopf}$$

Anmerkung: Eigene Darstellung

Die Konstante $b_0 = 16,969$ stellt den Schnittpunkt der Regressionsgerade mit der Y-Achse des Streudiagramms dar und sagt aus, dass bei einem BIP von 0 TEUR theoretisch eine Armutsgefährdungsquote von 16,969 zu erwarten wäre (Backhaus, 2018). Diese Interpretation hat im vorliegenden Fall keine praktische Relevanz, da die Stichprobe der Daten keine Werte nahe von Null enthält (Forst, 2019). Der Regressionskoeffizient $b_1 = -0,0091$ gibt an, wie stark sich die abhängige Variable verändert, wenn sich die unabhängige Variable um eine Einheit erhöht (Backhaus, 2018). Demnach würde ein Anstieg des BIP um 1 TEUR zu einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote um 0,0091 Prozentpunkte führen. Dieser Effekt ist äußerst gering, was darauf hindeutet, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland im untersuchten Zeitraum nur einen sehr schwachen Einfluss auf die Armutsgefährdungsquote ausübt.

4.3 Berechnung und Interpretation des Bestimmtheitsmaßes

In der praktischen Anwendung wird die in Kapitel 3.1 dargestellte Residualgröße e nicht explizit als Bestandteil der Regressionsfunktion, sondern über das Bestimmtheitsmaß R^2 dargestellt. R^2 kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen und gibt an, welcher Anteil der Gesamtvarianz der abhängigen Variable durch die unabhängige Variable erklärt werden kann (Urban/Mayerl, 2018). Aus Abbildung 5 ergibt sich für R^2 ein Wert von 0,088, was bedeutet, dass lediglich 8,8 % der Varianz der Armutsgefährdungsquote durch das BIP erklärt werden können.



Abbildung 5:*Modellzusammenfassung aus SPSS*

Modellzusammenfassung ^b				
Modell	R	R-Quadrat	Korrigiertes R-Quadrat	Standardfehler des Schätzers
1	,297 ^a	,088	,031	,6475
a. Einflußvariablen: (Konstante), BiP in Euro				
b. Abhängige Variable: Armutgefährdungsquote in %				

Anmerkung: Eigene Darstellung

Dieser geringe Wert weist auf einen schwachen Erklärungsgehalt des Modells hin. Das Bestimmtheitsmaß bezieht sich jedoch nur auf die Güte des Modells innerhalb der Stichprobe. Zur Beantwortung der Forschungshypothese muss deshalb ein Signifikanztest durchgeführt werden.

4.4 Prüfung der Residuen auf Normalverteilung

Standardvoraussetzung für die Durchführung eines Signifikanztests ist die Normalverteilung der Residualgrößen e der Stichprobe. Für eine kleine Stichprobe, wie im vorliegenden Fall, kann zur Überprüfung der Voraussetzung ein Shapiro-Wilk und ein Kolmogorov-Smirnov-Test durchgeführt werden (Bleymüller/Weißbach/ Dörre, 2020). Wenn die p -Werte dieser Tests größer als das festgelegte Signifikanzniveau α sind, kann die Annahme der Normalverteilung nicht verworfen werden (Stoetzer, 2017). Abbildung 6 zeigt die Ergebnisse der beiden Tests für die vorliegende Stichprobe.

Abbildung 6:*Test auf Normalverteilung aus SPSS*

Tests auf Normalverteilung						
	Kolmogorov-Smirnov ^a			Shapiro-Wilk		
	Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Unstandardized Residual	,148	18	,200*	,927	18	,171
*. Dies ist eine untere Grenze der echten Signifikanz.						
a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors						

Anmerkung: Eigene Darstellung

Die beiden Tests liefern p-Werte³ von 0,200 und 0,171, die über dem festgelegten Signifikanzniveau liegen. Somit kann von einer Normalverteilung der Residuen ausgegangen werden.

4.5 Überprüfung der Forschungshypothese mittels F-Test

Zur statistischen Überprüfung der aufgestellten Hypothese wird ein F-Test durchgeführt. Die zu überprüfende Nullhypothese H_0 des F-Tests lautet: Der Regressionskoeffizient ist null und hat keinen Einfluss auf die Grundgesamtheit. Als Entscheidungskriterium hierfür wird der p-Wert der F-Statistik herangezogen. Wenn der p-Wert – die Wahrscheinlichkeit die Nullhypothese fälschlich zu verwerfen – unter dem Signifikanzniveau α liegt, kann die Nullhypothese verworfen werden. In diesem Fall kann mit hinreichender Sicherheit angenommen werden, dass die unabhängige Variable für die Grundgesamtheit einen Einfluss ausübt (Backhaus, 2018).

Abbildung 7:

Darstellung der Koeffizienten aus SPSS

Modell	Koeffizienten ^a						
	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten		Kollinearitätsstatistik		
	RegressionskoeffizientB	Std.-Fehler	Beta	T	Sig.	Toleranz	VIF
1 (Konstante)	16,969	1,011		16,791	<.001		
BiP in Euro	-3,180E-5	,000	-,297	-1,242	,232	1,000	1,000

a. Abhängige Variable: Armutgefährdungsquote in %

Anmerkung: Eigene Darstellung

Im vorliegenden Fall beträgt der p-Wert 0,232 und liegt damit deutlich über dem festgelegten Signifikanzniveau von 0,05. Damit kann sowohl die Nullhypothese des F-Tests und damit auch die aufgestellte Nullhypothese der Forschungsfrage nicht verworfen werden.

³ Der p-Wert ist im Folgenden immer der Spalte „Signifikanz/Sig.“ zu entnehmen.



5 Diskussion und Reflexion

Die empirische Untersuchung der vorliegenden Arbeit hat gezeigt, dass zwischen dem realen BIP pro Kopf und der Armutgefährdungsquote in Deutschland im betrachteten Zeitraum von 2007 bis 2024 kein statistisch signifikanter Zusammenhang besteht. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert, da es den klassischen Annahmen über die Wirkung von Wirtschaftswachstum auf soziale Ungleichheit widerspricht und außerdem Fragen nach der theoretischen Fundierung sowie der praktischen Tragweite von Degrowth im Kontext sozialer Gerechtigkeit aufwirft.

Ausgehend von den klassischen Wachstumsmodellen galt Wirtschaftswachstum lange Zeit als Schlüssel für gesellschaftlichen Wohlstand. Steigende Einkommen, eine breitere fiskalische Basis sowie die Ausweitung von Beschäftigungsmöglichkeiten sollten demnach zu einer Verringerung von Armut beitragen (Beyeler/Moser, o. J.). Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse widersprechen dieser Erwartung zumindest teilweise: Für Deutschland zeigt sich in der betrachteten Zeitspanne kein belastbarer Rückgang der Armutgefährdung in Abhängigkeit vom BIP. Vielmehr verdeutlichen die Ergebnisse, dass makroökonomisches Wachstum in hochentwickelten Volkswirtschaften nicht automatisch zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen einkommensschwacher Haushalte führt.

Die Degrowth-Literatur greift diesen Befund bereits auf und argumentiert, dass wachstumsgetriebene Politik aufgrund struktureller Verteilungsmechanismen häufig bestehende Ungleichheiten reproduziert (Schmelzer, 2023; Flock/Pinzaudi, 2025). Wachstumseffekte kommen überwiegend kapitalstarken Haushalten zugute, während armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen weniger profitieren. Insofern stützen die Ergebnisse indirekt die zentrale Annahme des Degrowth-Ansatzes. Nicht die absolute Höhe ökonomischer Leistung, sondern ihre Verteilung ist entscheidend für die Bekämpfung von Armut.

Die vorliegende Analyse reiht sich in eine Reihe von Untersuchungen ein, die beispielsweise auch einen sogenannten „Trickle-Down-Effekt“ kritisch hinterfragen. Wachstum kommt hier nicht automatisch den unteren Einkommensschichten zugute, sondern wird durch ungleiche Verteilungsmuster abgeschwächt (Kurz/Lehmann, 2024). Besonders interessant ist die Gegenüberstellung mit der Postwachstumsökonomie, die stabile, suffizienzorientierte Strukturen ohne Wachstumzwang anstrebt, während Degrowth eine bewusste Reduktion ökonomischer Aktivität fordert.

Die Regressionsanalyse mit dem berechneten Bestimmtheitsmaß ($R^2 = 0,088$) verdeutlicht, dass lediglich 8,8 % der Varianz der Armutgefährdungsquote durch Veränderungen des realen BIP pro Kopf erklärt werden können. Dies lässt auf einen äußerst geringen



Erklärungsgehalt schließen. Hinzu kommt, dass der Regressionskoeffizient zwar die erwartete negative Richtung aufweist, jedoch nicht signifikant ist ($p = 0,232$). Das bedeutet, dass ein steigendes BIP zwar tendenziell mit einer minimal sinkenden Armutgefährdungsquote einhergeht, dieser Effekt aber statistisch nicht belastbar ist. Die Ergebnisse legen nahe, dass makroökonomisches Wachstum nur eine untergeordnete Rolle spielt, während Faktoren wie beispielsweise arbeitsmarktpolitische Instrumente, sozialstaatliche Transfermechanismen oder demografische Entwicklungen, eventuell einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Armutgefährdung haben als das aggregierte Wirtschaftswachstum. Eine reine Orientierung am BIP als Maßstab sozialer Risiken ist damit unzureichend und Armutgefährdung ist stärker über verteilungspolitische und sozialstaatliche Parameter als über gesamtwirtschaftliches Wachstum zu adressieren.

Bei der Interpretation der Ergebnisse sind mehrere Einschränkungen zu berücksichtigen. Erstens wurde in dieser Arbeit ein bivariates Modell gewählt, das nur die direkte Beziehung zwischen BIP pro Kopf und Armutgefährdungsquote abbildet. Komplexere Modelle, die weitere Variablen wie Arbeitslosenquote, Inflationsraten oder Sozialtransfers berücksichtigen, könnten ein differenzierteres Bild liefern. Zweitens wurde der Untersuchungszeitraum bewusst auf die Jahre 2007 bis 2024 begrenzt, um methodische Brüche in den Datensätzen zu vermeiden. Damit bleiben jedoch potenziell aufschlussreiche Krisenjahre unberücksichtigt, wie etwa die unmittelbaren Folgen der Dotcom-Krise oder die frühen 2000er-Jahre. Drittens ist die Operationalisierung von Degrowth über das reale BIP pro Kopf zwar praktikabel, bildet jedoch, wie bereits diskutiert, nur einen Teil des theoretischen Konstrukts ab. Aspekte wie Umverteilung, Zeitwohlstand, ökologische Nachhaltigkeit oder demokratische Partizipation lassen sich auf diese Weise nicht erfassen. Damit reduziert die Analyse Degrowth auf seine ökonomische Dimension und kann die umfassendere theoretische Tragweite des Ansatzes nicht vollständig abbilden.

Trotz dieser Limitationen lassen sich drei zentrale Schlussfolgerungen ziehen: Erstens darf Wachstumspolitik in Deutschland nicht als Allheilmittel gegen Armutgefährdung verstanden werden. Zweitens zeigen die Ergebnisse, dass Degrowth-Strategien nicht zwangsläufig mit einer Verschärfung sozialer Risiken verbunden sind. Drittens sollte künftige Forschung multidimensionaler angelegt sein und ökonomische, ökologische und soziale Indikatoren gleichermaßen berücksichtigen.



6 Zusammenfassung

Die Arbeit hat untersucht, ob Degrowth – definiert als Rückgang des realen BIP pro Kopf – in einem Zusammenhang mit der Armutgefährdung in Deutschland steht. Die empirische Analyse konnte keinen statistisch signifikanten Zusammenhang nachweisen. Damit zeigt sich, dass Degrowth weder automatisch zu einer Verschärfung von Armut führt noch als unmittelbares Instrument zur Reduktion von Armutsrisken betrachtet werden kann.

Die Ergebnisse unterstreichen, dass Armutgefährdung durch andere Einflussfaktoren wie soziale und verteilungspolitische Rahmenbedingungen geprägt sein muss, die unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsdynamik wirken (DMSG, 2025). Wirtschaftswachstum erweist sich damit nicht als hinreichende Bedingung für die Reduktion von Armutsrisken. Entscheidend ist, wie die ökonomischen Ressourcen innerhalb der Gesellschaft verteilt werden und welche institutionellen Sicherungssysteme Armut abfedern oder verhindern. Für die Wirtschaftspolitik folgt daraus, dass Strategien zur Armutsbekämpfung nicht vorrangig in einer Steigerung des BIP gesucht werden sollten, sondern in Maßnahmen, die Ungleichheiten abbauen, den Sozialstaat stärken und Teilhabechancen verbessern. Degrowth kann in diesem Zusammenhang als ökologisch notwendiger Ansatz sozialverträglich sein, sofern er durch geeignete politische Instrumente flankiert wird, die Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit gewährleisten.

Ein Ausblick zeigt, dass künftige Forschung breitere Indikatoren berücksichtigen sollte, um den Einfluss von Arbeitsmarktbedingungen, Bildung oder demografischen Faktoren auf die Armutgefährdung differenzierter zu erfassen (Dimmel, 2023). Zudem erscheint es sinnvoll, die Ergebnisse in den europäischen Kontext einzubetten und Diskurse über Wachstumsalternativen in anderen Volkswirtschaften stärker zu berücksichtigen (Philipp, 2025).

Insgesamt macht die Arbeit deutlich, dass Armutsbekämpfung nicht an Wachstumsraten oder ein sinkendes BIP gebunden werden darf. Sie ist vielmehr eine Frage politischer Gestaltung. Degrowth bietet dabei die Möglichkeit, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu verbinden, sofern der Ansatz in einen tragfähigen institutionellen Rahmen eingebettet wird.



Literatur

- Aichinger, Heide (2024): Wir können Krise, in: Forbes, Heft 08/2024, S. 84-86
- Backhaus, Klaus et al. (2018): Multivariate Analysemethoden – Eine anwendungsorientierte Einführung, 15. überarbeitete Auflage, Berlin, 2018
- Bertelsmann Stiftung (2017): Soziale Marktwirtschaft: Wohlstand für Alle – oder doch nur für wenige, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/august/soziale-marktwirtschaft-wohlstand-fuer-alle-oder-doch-nur-fuer-wenige>, Abfrage vom 02.09.2025
- Beyeler, Sarah / Moser, Doris (oJ): Wirtschaftswachstum für den Wohlstand? in: Forum für Universität und Gesellschaft Bern (Hrsg.), Bern, oJ
- Bleymüller, Josef / Weißbach, Rafael / Dörre, Achim (2020): Statistik für Wirtschaftswissenschaftler, 18. überarbeitete und erweiterte Auflage, München, 2020
- BMZ (2025): SDG1: Keine Armut, <https://www.bmz.de/de/agenda-2030/sdg-1>, Abfrage vom 02.09.2025
- Die Bundesregierung (2025): Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/indikatoren/wirtschaft/bip/>, Abfrage vom 16.08.2025
- Nikolaus (2023): Kinderarmut in pandemischer Gesellschaft, in Dimmel Niklas und Schweiger Gottfried (Hrsg.): Kinder und Jugendliche in pandemischer Gesellschaft, 1. Auflage, Wiesbaden, 2023. S.17-42
- DMSG (2025): Paritätischer Armutsbericht 2025, <https://www.dmsg.de/news/detailansicht/paritaetischer-armutsbericht-2025-armut-waechst-in-deutschland-trotz-wohlstand-armutsrisiko-steigt-weiter-an>, Abfrage vom 16.08.2025
- Eurostat (2025a), Armutgefährdungsquote, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:At-risk-of-poverty_rate/de, Abfrage vom 16.08.2025
- Eurostat (2025b): Quote der von Armut bedrohten Personen nach Armutgefährdungsgrenze, Alter und Geschlecht. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_li02__custom_17008379/default/table?lang=de, Abfrage vom 20.06.2025



Eurostat (2025c): Bruttoinlandsprodukt (BiP) und Hauptkomponenten pro Kopf.

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nama_10_pc/default/table?lang=de&category=na10.nama10.nama_10_ma, Abfrage vom 20.06.2025

Flock Sebastian und Pinzauti David (2025): regenerativ und digital, 1. Auflage, Berlin, 2025

Frost, Jim (2019): Regression Analysis – An intuitive Guide for Using and Interpreting Linear Models, Pennsylvania, 2019

Jackson, Tim (2009): Prosperity without Growth – Economics for a Finite Planet, Earthscan/Routledge, London/New York, 2009

Kallis, Giorgos et al. (2018): Degrowth, Agenda Publishing, Newcastle upon Tyne, 2018

Kurz, Karin / Lehmann, Judith (2024): Die Entwicklung von Einkommen und Armutgefährdung in unterschiedlichen Lebensformen in Deutschland in den Jahren 1991-2018, in: Hochmann Oshrat et. Al. (Hrsg.): 40 Jahre ALLBUS - Die deutsche Gesellschaft im Wandel, 1. Auflage, Wiesbaden, 2024, S. 53-108

Lehmann, Robert / Zarges, Lara (2025): Zur Rolle der Wirtschaftsbereiche für das langfristige Wirtschaftswachstum in Deutschland, in: IFO Schnelldienst, Heft 06/2025, S. 42-50

Pietsch, Detlef (2025): Ende eines Wirtschaftssystems? 1. Auflage, Wiesbaden, 2025

Philipp, Jürgen (2025): Vorwärts in die Vergangenheit? In: Chefinfo, Heft 01/2025, S. 36-38

Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century, Harvard University Press, Cambridge/London, 2014

Urban, Dieter / Mayerl, Jochen (2018): Angewandte Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Praxis, 5. überarbeitete Auflage, Wiesbaden, 2018

Rockström, Johan et al. (2009): A safe operating space for humanity, in: Nature, Vol. 461, S. 472-475

Schmelzer, Matthias (2023): Degrowth als Notwendigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2023, S. 96-104

Solow, Robert M. (1956): A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 70, No. 1, S. 65-94



Statistisches Bundesamt (2023): Armutsgefährdungsquote in den Mitgliedsstaaten der EU im Jahr 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1171/umfrage/armutsgefaehrdungsquote-in-europa/>, Abfrage vom 16.08.2025

Statistische Bundesamt (2025x): Bruttoinlandsprodukt, <https://www.destatis.de/DE/Theemen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/bip.html>, Abfrage vom 16.08.2025

Stehr, Nico (2023): Moderne Wissensgesellschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, 2023

Stoetzer, Matthias W. (2017): Regressionsanalyse in der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung, Band 1 – Eine nichtmathematische Einführung in SPSS und Stata, Berlin, 2017

von Holle, Vinzenz (2023): Neue ökonomische Theorie, 1. Auflage, Wiesbaden, 2023

Wolf, Johannes (2025): Wirtschaftstransformation, 2. überarbeitet Auflage, Wiesbaden, 2025

Zärtle, Ulrike / Berghammer, Caroline (2023): Ein-Eltern-Familien, in: Becker Oliver et. Al. (Hrsg.): Handbuch Familiensoziologie, 2. aktualisierte und ergänzte Auflage, Wiesbaden, 2023, S. 511-542



Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland: Eine Analyse möglicher steuerpolitischer Lösungsansätze

Lukas Weidenbacher, Marc Bastian



1 Einleitung

1.1 Problemstellung und Relevanz des Themas

Die Debatte über Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland hat an Bedeutung gewonnen, da sie nicht nur wirtschaftliche Chancen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in Institutionen berührt (SWR 2024). Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Arbeit, ob eine Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland besteht und analysiert steuerpolitische Instrumente, die Ungleichheit wirksam reduzieren können, ohne Wachstum und Leistungsanreize übermäßig zu beeinträchtigen. Im Mittelpunkt stehen die Einkommensteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungsteuer. Die Aktualität des Themas zeigt sich in der laufenden Diskussion über mögliche steuerpolitische Kurskorrekturen. So schließt die SPD unter ihrem Parteivorsitzenden Lars Klingbeil Steuererhöhungen nicht grundsätzlich aus (FOCUS 2025).

1.1 Forschungsstand und Einordnung zentraler Konstrukte

1.1.1 Bedeutung und Kontroversen des Konzepts „Tax the Rich“

Die Arbeit ist in den Kontext des Konzepts „Tax the Rich“ eingebettet, das in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten als Instrument größerer Verteilungsrechtheit diskutiert wird (Oxfam 2025, S. 8). Im Kern fordert es, sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker zu beladen, um eine faire Ressourcenverteilung zu erreichen, soziale Ungleichheit zu verringern und stabile Staatseinnahmen für öffentliche Güter wie Bildung, Infrastruktur und Gesundheit zu mobilisieren (Bündnis 90/Die Grünen 2024, S. 1–2; SPD 2025, S. 16–19). Kritiker verweisen auf mögliche Ausweichreaktionen und die Abwanderung von Steuerpflichtigen (Bach/Thiemann 2016, S. 85), wobei die Arbeit die Hypothese prüft, dass steuerpolitische Anpassungen die Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland verringern können.

1.1.2 Definition von Armut und Reichtum

Ausgehend vom Forschungsinteresse an der Schere zwischen Arm und Reich bilden die Konstrukte „Armut“ und „Reichtum“ die analytische Grundlage dieser Arbeit. Mangels allgemein gültiger Definitionen (BMAS 2021, S. 476, S. 500; Butterwegge 2024, S. 36) werden in der Verteilungsforschung regelmäßig relative Schwellen verwendet und Armut bzw. Reichtum im Verhältnis zum Nettoäquivalenzeinkommen bestimmt.



Dieses basiert auf dem gesamten Haushaltsnettoeinkommen⁴ einschließlich staatlicher Transfers und setzt es in Relation zum Bedarf des Haushalts, der unter anderem von Größe und Altersstruktur abhängt (Destatis 2025d, S. 26–29). Die Bundesregierung folgt den in der EU gebräuchlichen Konventionen: Als **Einkommensreichtum** gilt ein Einkommen, das mindestens das Doppelte bzw. Dreifache des medianen Nettoäquivalenzeinkommens erreicht (BMAS 2021, S. 504). Relative **Einkommensarmut** wird über die Armutsriskoschwelle definiert, die bei 60 % des medianen Nettoäquivalenzeinkommens der Privathaushalte liegt. Personen unterhalb dieser Schwelle gelten als armutsgefährdet (BMAS 2021, S. 477–480; Destatis 2025d, S. 26). Neben dem Einkommen als Fließgröße ist für Reichtum die Bestandsgröße Vermögen maßgeblich (BMAS 2021, S. 505). Berücksichtigt wird dabei das Nettovermögen privater Haushalte, also Sach- und Finanzvermögen abzüglich Verbindlichkeiten wie Immobilienkrediten (Bach 2021, S. 808; Bundesbank 2025, S. 513–514). Vermögen dient der finanziellen Absicherung von Lebenslagen und wird unter anderem durch Erbschaften und Schenkungen übertragen (BMAS 2021, S. 513–514). Da es keine allgemein anerkannten absoluten Schwellen für Vermögensreichtum gibt, gilt für die vorliegende Arbeit: **Armut** wird in Anlehnung an die sozialwissenschaftliche Berichterstattung als relative Einkommensarmut gemäß der 60 %-Schwelle definiert (Schabram et al. 2025, S. 35–36).

Reichtum wird zweifach operationalisiert: als Einkommensreichtum (mindestens 200 % bzw. 300 % des medianen Nettoäquivalenzeinkommens) und als Vermögensreichtum (Zugehörigkeit zu den obersten 10 % bzw. 1 % des Nettovermögens). Diese Festlegungen sichern Anschlussfähigkeit und Vergleichbarkeit mit der einschlägigen Literatur.

1.2 Eingrenzung und Fokus der Untersuchung/Analyse

Die Analyse bezieht sich ausschließlich auf private Haushalte und natürliche Personen mit unbeschränkter Steuerpflicht in Deutschland (§ 1 Abs. 1 EStG). Juristische Personen werden nicht als eigene Verteilungseinheiten betrachtet. Sie unterliegen primär der Körperschaftsteuer (§ 1 KStG) und werden in dieser Arbeit nur insoweit berücksichtigt, wie Unternehmensgewinne und -werte über Ausschüttungen, Kapitalerträge oder Bewertungen von Beteiligungen in das Einkommen bzw. Vermögen der Eigentümerhaushalte einfließen.

⁴ Für eine vollumfängliche Darstellung der Bestandteile und Ermittlung des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens siehe (Destatis 2025d, S. 26).



Der Fokus liegt damit auf der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung. Die steuerliche Betrachtung richtet sich auf die in § 2 Abs. 1 EStG genannten Einkunftsarten sowie auf Erbschaften und Schenkungen als zentrale Kanäle der Vermögensübertragung (BMAS 2021, S. XV). Aus dem Kontext „Tax the Rich“ werden ausgewählte Maßnahmen, insbesondere tarifliche Progression und Spitzensteuersätze sowie Erbschafts- und Schenkungsteuer, hinsichtlich ihrer potenziellen Verteilungswirkungen analysiert.

1.3 Forschungsfragen

Die Arbeit adressiert folgende Forschungsfragen:

- (1) Gibt es die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland?**
- (2) Welche steuerpolitischen Maßnahmen können diese Ungleichheit messbar reduzieren?**

Nach einer Analyse, ob die Schere zwischen Arm und Reich besteht, sollen konkrete steuerliche Ansätze identifiziert und hinsichtlich ihres Beitrags zu einer Reduzierung der Schere zwischen Arm und Reich bewertet werden.

2 Methode

Die Methode ist an den Forschungsfragen ausgerichtet und zweistufig angelegt:

Zunächst wird die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland deskriptiv analysiert. Hierzu werden die Konstrukte Armut und Reichtum über Indikatoren operationalisiert und quantifiziert. Die Indikatoren basieren auf Sekundärdaten aus öffentlich zugänglichen und international vergleichbaren Quellen (z. B. Eurostat). Der Einsatz von Sekundärdaten ist zweckmäßig, weil standardisierte Messgrößen und Zeitreihen vorliegen, die Vergleichbarkeit sichern.

Im zweiten Schritt werden darauf aufbauend steuerpolitische Maßnahmen aus dem „Tax the Rich“-Konzept identifiziert und bewertet. Die Auswahl fokussiert Instrumente an den oberen Rändern der Verteilung (z. B. Tarifgestaltung der Einkommensteuer), weil diese gezielt auf Konzentrationsspitzen wirken und im Unterschied zu pauschalen Entlastungen (etwa allgemeine Umsatzsteuersenkungen) eine stärkere Umverteilungswirkung erwarten lassen. Zur Einordnung wird ein Vergleich Deutschlands mit ausgewählten Ländern ange stellt, um mögliche Reformspielräume zu identifizieren. Zur Wirkungsabschätzung wird die



Einkommensteuerbelastung unter geltendem deutschen Recht und unter einem Reformvorschlag für definierte Einkommensniveaus gegenübergestellt.

Die Arbeit erhebt keinen Anspruch auf Identifikation kausaler Zusammenhänge einzelner Maßnahmen. Zentrale Limitationen liegen in der Komplexität steuerlicher Regelungen und darin, dass volkswirtschaftliche sowie soziale Folgewirkungen in den verwendeten Beispielrechnungen nur begrenzt abgebildet werden können (Bach 2021, S. 814).

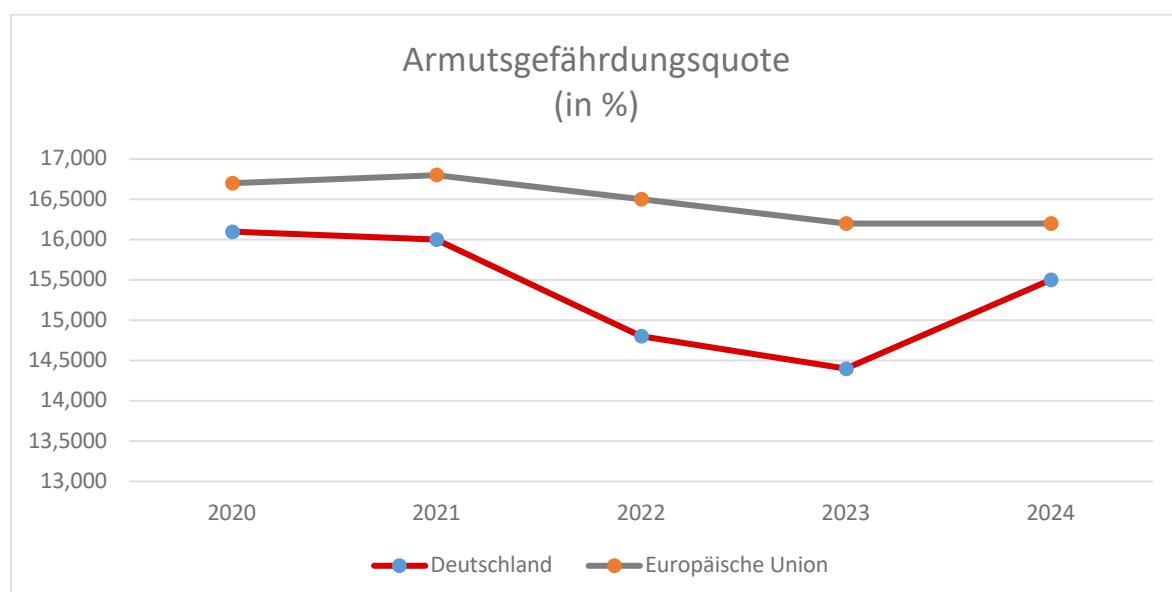
3 Zentrale Erkenntnisse der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland

Die Verteilungslage in Deutschland lässt sich entlang etablierter **Indikatoren** für Armut, Einkommen und Vermögen wie folgt zusammenfassen:

Der Anteil der von **Armut** oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen stieg von 20,4 % im Jahr 2020 auf 21,1 % im Jahr 2024. Lag Deutschland 2020 noch 1,1 % unter dem EU-27-Durchschnitt (21,5 %), bewegte es sich 2024 mit 21,1 % nahezu auf dessen Niveau (21,0 %) (EUROSTAT 2025c).

Die Armutgefährdungsquote (siehe Abbildung 8) sank im selben Zeitraum von 16,1 % auf 15,5 %, erhöhte sich jedoch gegenüber 2023 um 1,1 %. Der EU-27-Wert blieb 2023/2024 unverändert bei 16,2 %.

Abbildung 8:
Armutgefährdungsquote

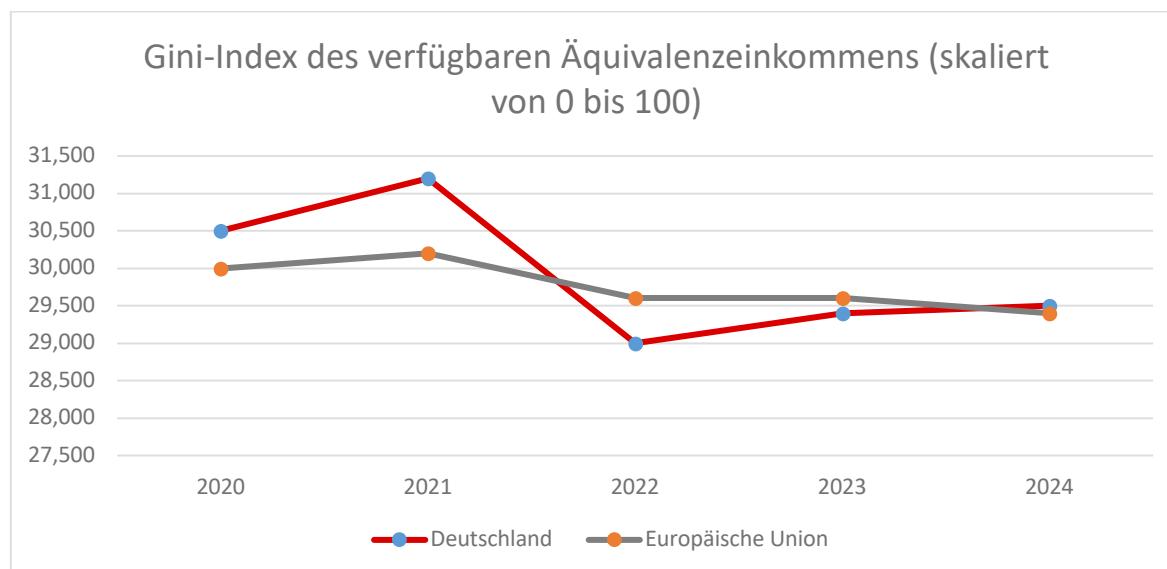


Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis von EUROSTAT 2025a

Bei der **Einkommensverteilung** verringerte sich der Gini-Index des Nettoäquivalenzeinkommens (siehe Abbildung 9) von 30,5 (2020) auf 29,5 (2024). Nach einem Rückgang bis 2022 ist der Wert seither insgesamt um 0,5 Punkte gestiegen. Im EU-27-Schnitt fiel der Gini-Index im gleichen Zeitraum von 30,0 auf 29,4.

Abbildung 9:

Gini-Index des verfügbaren Äquivalenzeinkommens



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis von EUROSTAT 2025b

Das Einkommensquintilverhältnis (S80/S20-Rate) liegt 2024 in Deutschland bei 4,49 und damit durchgängig unter dem EU-27-Niveau. Nach einem Rückgang im Jahr 2022 nahm die Kennzahl seitdem um 0,11 Punkte zu, während sie im EU-Durchschnitt von 4,73 (2022) auf 4,66 (2024) sank (EUROSTAT 2025d).

Die **Vermögensverteilung** bleibt stark konzentriert. Der Anteil der vermögendsten 10 % am gesamten Nettovermögen beträgt 2023 rund 54 % (Bundesbank 2025, S. 39). Gegenüber 2010 (59 %) ist das ein Rückgang um etwa 5 %, davon entfallen rund 4 % auf den Zeitraum zwischen 2010 und 2017. Der Gini-Koeffizient des Nettovermögens (ohne Rentenansprüche) liegt 2023 bei 72,4 Punkten und damit um 3,4 Punkte unter dem Niveau von 2010 (Bundesbank 2025, S. 39).

4 Diskussion

4.1 Analyse von Armut und Reichtum in Deutschland

Armut: Eine Armutgefährdungsquote von 15,5 % bedeutet, dass fast jede sechste Person in Deutschland von monetärer Armut bedroht ist. Zwar zeigt sich seit 2020 insgesamt ein rückläufiger Trend, insbesondere in den Jahren 2022 und 2023, jedoch ist diese Entwicklung vor dem Hintergrund außergewöhnlicher Rahmenbedingungen (u. a. COVID19-Pandemie, Energiepreisschock infolge des Ukraine-Kriegs) zu lesen. Der zwischenzeitliche Rückgang hängt maßgeblich damit zusammen, dass hohe Inflation und gedämpfte Einkommensentwicklung das reale Medianeinkommen schwächen und damit die 60 %-Schwelle drücken. Eine sinkende Armutgefährdungsquote bildet daher nicht zwingend eine reale Verbesserung der Lebenslage ab (Schabram et al. 2025, S. 29).

Einkommensverteilung: Der Gini-Index des Nettoäquivalenzeinkommens liegt 2024 bei 29,4. Das entspricht im internationalen Maßstab einer moderaten Ungleichheit, verweist aber gleichwohl auf eine spürbare Konzentration der Einkommen. Eine eindeutige Bewertung des Verlaufs seit 2020 ist nicht angezeigt, da die Veränderungen innerhalb der üblichen statistischen Schwankungsbreite liegen (Niehues/Stockhausen 2024, S. 28). Das Einkommensquintilverhältnis (S80/S20-Rate) beträgt 4,49 in 2024. Die oberen 20 % der Verteilung verfügen damit über das Vierfache des Einkommens der unteren 20 %. Da sich der Wert in der Nähe des EU-27-Durchschnitts bewegt, deutet dies auf eine moderat ausgeprägte Einkommensungleichheit hin.

Vermögensverteilung: Das oberste Dezil der Bevölkerung hält mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Studien weisen zudem darauf hin, dass die Ungleichheit aufgrund stichprobenbedingter Untererfassung sehr hoher Vermögen tendenziell unterschätzt wird (Bundesbank 2025, S. 37). Der Gini-Koeffizient des Nettovermögens (ohne Rentenansprüche) lag 2023 bei 72,4 und signalisiert eine sehr hohe Konzentration. Im europäischen Vergleich wird das deutsche Vermögensgefälle als hoch eingestuft (Bach/Thiemann 2016, S. 79; Baresel et al. 2021, S. 66; Bundesbank 2025, S. 38–41). Diskutiert wird dabei, dass umfangreiche Sozialleistungen und staatliche Absicherung Anreize zum privaten Vermögensaufbau mindern können und so eine ungleiche Vermögensverteilung begünstigen (Niehues/Stockhausen 2024, S. 30).

Zudem ist eine wachsende Zahl von Einkommensteuerpflichtigen mit Jahreseinkünften über einer Million € (Destatis 2025e) sowie eine hohe Zahl an Vermögensmillionären (Boston Consulting Group 2024) festzustellen.



4.2 Zwischenfazit und Überprüfung der Forschungsfrage 1

Zusammenfassend zeigt sich eine Ungleichverteilung in Deutschland, die beim Vermögen deutlich ausgeprägter ist als beim Einkommen. Während die Vermögenskonzentration anhaltend hoch bleibt, weisen einkommensbezogene Indikatoren seit 2023 Anzeichen einer Zunahme der Ungleichheit auf.

Vor dem Hintergrund dieses Befundes kann die erste Forschungsfrage, ob eine Schere zwischen Arm und Reich besteht, trotz der Grenzen der Messgrößen sowie kurzfristiger konjunktureller und preisbedingter Effekte bejaht werden. Es gibt in Deutschland eine „Schere zwischen Arm und Reich“.

4.3 Steuerpolitische Lösungsansätze

4.3.1 Treiber von Einkommen und Vermögen in Deutschland

Eine Analyse der Einkunftsarten nach § 2 Abs. 1 EStG zeigt, dass in Deutschland rund drei Viertel der steuerlich erfassten Einkünfte **aus nichtselbstständiger Arbeit** (§ 19 EStG) stammen (Destatis 2025g). Zugleich ist die Verteilung sehr ungleich: Auf das oberste Dezil der Steuerpflichtigen entfallen mehr als 38 % der Einkünfte, während das unterste Dezil weniger als 1 % vereint (Destatis 2025f). Für die nachfolgende Bewertung steuerpolitischer Maßnahmen lässt sich daraus schließen, dass Eingriffe in die Einkommensteuer eine breite Basis erreichen, während ergänzende Eingriffe an den oberen Rändern der Verteilung gezielter wirken können.

Eine zentrale Rolle für die Vermögensbildung spielen Vermögensübertragungen. Im Jahr 2023 belief sich das steuerlich veranlagte Transfervolumen im Rahmen der **Erbschaft- und Schenkungsteuer** auf 121,5 Mrd. € (Erbschaften 60,3 Mrd. €, Schenkungen 61,2 Mrd. €, Destatis 2024b). Das Steueraufkommen lag bei 11,8 Mrd. € (Destatis 2024a). Aufgrund hoher Freibeträge, Verschonungsregeln und Bewertungsvorschriften erfasst die Statistik jedoch nicht das gesamte Transfervolumen. Schätzungen beziffern die jährlichen Vermögensübertragungen in Deutschland auf bis zu 400 Mrd. € (Tiefensee/Grabka 2017, S. 570). Entsprechend weist die Erbschaft- und Schenkungsteuer ein besonderes Potenzial für Maßnahmen im Sinne von „Tax the Rich“ auf und wird in der Analyse ebenfalls betrachtet.



Die **Vermögensteuer** ist seit 1997 ausgesetzt, nachdem die damalige Bewertungspraxis für verfassungswidrig erklärt worden war (Bundesverfassungsgericht 1995). Mangels aktueller Erhebungsdaten und Implementierungspraxis wird die Vermögensteuer in dieser Arbeit nicht modelliert.

4.3.2 Analyse steuerlicher Regelungen

In Deutschland wird das **Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit** progressiv besteuert. Für den Veranlagungszeitraum 2025 beträgt der Grundfreibetrag 12.096 €, bis zu welchem keine Einkommensteuer anfällt. Oberhalb dieses Betrags gilt ein Eingangssteuersatz von 14 %, der progressiv bis zum Spitzensteuersatz von 42 % ansteigt und ab einem zu versteuernden Einkommen von 68.481 € greift. Ab 277.826 € gilt der sogenannte Reichensteuersatz von 45 % (§ 32a EStG).

Die **Erbschaft- und Schenkungsteuer** wird in Deutschland progressiv erhoben, gestaffelt nach Steuerklassen (Verwandtschaftsgrad) und der Höhe des Erwerbs. Die Freibeträge variieren je nach Steuerklasse und Verwandtschaftsgrad (§ 15, § 16 ErbStG) und können alle zehn Jahre erneut genutzt werden. Beispielsweise beträgt der Freibetrag für Ehegatten und Lebenspartner 500.000 €, für Kinder und Stiefkinder 400.000 €. Die Steuersätze liegen abhängig von der Steuerklasse und dem Wert des Erbes zwischen 7 und 50 % (§ 19 ErbStG).

4.3.3 Vorschläge zur Anpassung der Steuerpolitik unter Berücksichtigung des Konzeptes „Tax the Rich“

Erhöhung des Steuertarifs ab einer bestimmten Einkommensgrenze:

Die Überlegung, einen zusätzlichen Spitzen- bzw. Reichensteuersatz einzuführen, folgt dem Leistungsfähigkeitsprinzip, das besagt, dass Steuerpflichtige entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung staatlicher Ausgaben beitragen sollten (Kokott 2018, § 3 Rn. 48-76). Ergänzend stützt das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 und 28 GG) eine stärkere Belastung hoher Einkommen. Eine ausgeprägte Progression kann zudem makroökonomische Stabilität fördern, indem sie Einkommensungleichheiten dämpft (Engler/Strehl 2016, S. 13 ff.).



Im internationalen Vergleich ist der Spitzensteuersatz in Deutschland seit den 1980er Jahren bis 2024 von 56 % auf 45 % gesunken, während er im OECD-Durchschnitt im selben Zeitraum von 66 % auf 34,9 % fiel (OECD 2025, S. 14; OECD 2014, S. 5).

Deutschland liegt damit weiterhin über dem OECD-Mittel (38 Länder). Kritisch wird eingewandt, dass sehr hohe Sätze die Leistungs- und Investitionsanreize mindern könnten, mit potenziell negativen Effekten auf Wachstum (Niemann/Schreiber 2020, S. 8). Insgesamt sind die Auswirkungen einer Anhebung vielschichtig. Neben ökonomischen Aspekten sind auch soziale Ziele mitzuberücksichtigen.

Anpassung von Freibeträgen und Steuersätzen bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer:

Angesichts eines geschätzten jährlichen Vermögenstransfers von bis zu 400 Mrd. € (Fratzscher 2017), während 2023 steuerlich lediglich 121,5 Mrd. € erfasst wurden (DESTATIS 2024a), erscheint eine Reform der Erbschaftsteuer als notwendig.

Hohe Freibeträge sowie Privilegien für Betriebsvermögen tragen dazu bei, dass sehr große Erwerbe vergleichsweise gering belastet werden.

Beispielsweise profitieren Unternehmensübertragungen von umfangreichen Ausnahmen, sodass auf Schenkungen von über 20 Mio. € in den vergangenen zehn Jahren weniger als 1 % Steuern anfielen (Jirmann 2022, S. 2). Ein zentrales Problem ist die ungleiche Verteilung von Erbschaften, bei welchen die reichsten 10 % der Gesellschaft die Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen erhalten, während die ärmere Hälfte nahezu leer ausgeht. Dies verstärkt Vermögensungleichheit und beeinträchtigt Chancengleichheit. Zudem wird in Deutschland ein erheblicher Teil des Vermögens nicht durch eigene Arbeit, sondern durch Erbschaften und Schenkungen erworben (Baresel et al. 2021, S. 64). Empirische Daten zeigen demnach, dass Erbschaften ungleich verteilt sind und das jährliche Erbschaftsvolumen im Verhältnis zum BIP kontinuierlich steigt (Corneo 2021, S. 410).

4.3.4 Vergleich mit ausgewählten Referenzländern hinsichtlich der Maßnahmen

Im Folgenden werden die geltenden Steuersysteme Deutschlands jenen von Österreich, Belgien, Dänemark und Finnland gegenübergestellt. Die Auswahl dieser Länder erfolgt auf Basis folgender Kriterien: Kontinent, Anteil der Staatseinnahmen am Bruttoinlandsprodukt eines Landes, Netto-Migrationsrate, Gini-Index und Armutgefährdungsquote.



Kontinent: Ein Vergleich zwischen Deutschland und europäischen Ländern wurde aufgrund der geografischen Nähe sowie ähnlicher wirtschaftlicher und sozialer Strukturen, einschließlich vergleichbarer sozialer Sicherungssysteme und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen durchgeführt. Dieser ermöglicht die Position Deutschlands im europäischen Steuerwettbewerb zu bewerten und mögliche Anpassungen der Steuerpolitik zu identifizieren.

Anteil der Staatseinnahmen am Bruttoinlandsprodukt eines Landes: Der Anteil der Staatseinnahmen am Bruttoinlandsprodukt eines Landes gibt an, wie viel der gesamten Wirtschaftsleistung durch staatliche Einnahmen abgeschöpft wird (OECD o.J.).

Die Kennzahl wird als Indikator für den Ländervergleich herangezogen, da sie den Umfang der finanziellen Aktivitäten des Staates im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung eines Landes widerspiegelt. Durch den Vergleich dieses Indikators können Unterschiede in der wirtschaftlichen Struktur und der Rolle des Staates identifiziert werden. Da 2023 rund 48 % der Staatseinnahmen aus Steuern stammten, haben Steuerreformen unmittelbare Auswirkungen auf nahezu die Hälfte der Einnahmen und damit auf die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates (Statista 2025a; Statista 2025b; Statista 2025c; DESTATIS 2025a).

Ausgewählt wurden demnach europäische Länder, welche eine höhere Quote im Vergleich zu Deutschland aufweisen, da diese auf einen stärkeren staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft hindeuten. Ein höherer Anteil der Staatseinnahmen am Bruttoinlandsprodukt ermöglicht es, umfangreichere öffentliche Dienstleistungen und Sozialleistungen bereitzustellen, was zu einer gerechteren Einkommensverteilung beitragen kann (International Monetary Fund 2025).

Netto-Migrationsrate: Dieser demografische Indikator bezeichnet die Differenz zwischen der Anzahl der Einwanderer und der Anzahl der Auswanderer in einem bestimmten Gebiet innerhalb eines Jahres, ausgedrückt pro 1.000 Einwohner (Europäische Kommission o.J.). Die Gründe für Auswanderungen können vielfältig sein und reichen von wirtschaftlichen Faktoren über persönliche Entscheidungen bis hin zu politischen Veränderungen (Europäisches Parlament 2024, S. 1–4).

Dies hat zur Folge, dass die Effekte von Steueränderungen auf die Migration schwer messbar sind, da sie von anderen Faktoren überlagert werden können (Smith 2014).

Beispielsweise führte der russische Angriff auf die Ukraine 2022 zu einer erheblichen Fluchtbewegung, wodurch Deutschland im selben Jahr rund 1,1 Millionen Zuzüge aus der Ukraine verzeichnete. Zudem erleichterte der EU-Beitritt Kroatiens 2013 den Zugang kro-



atischer Staatsbürger zum europäischen Arbeitsmarkt, was zu einem Anstieg der Zuwanderung führte. Außerdem veranlasste die griechische Finanzkrise ab 2010 viele Griechen, insbesondere junge Fachkräfte, aufgrund hoher Arbeitslosigkeit auszuwandern. Einbezogen wurden somit nur europäische Länder, welche über einen Zeitraum von 22 Jahren, seit der Euro-Einführung 2002 bis 2023 eine positive Netto-Migrationsrate aufwiesen. So können Sondereffekte ausgeblendet werden.

Die Einführung des Euro im Jahr 2002 markierte einen Wendepunkt in der europäischen Integration, da sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit vertieft und die Grundlage für ein nahezu einheitliches Währungssystem schuf. Insgesamt deutet eine positive Netto-Migrationsrate darauf hin, dass das Land für Zuwanderer attraktiv ist, was auf eine stabile Wirtschaft und hohe Lebensqualität hindeutet (United Nations 2024).

Gini-Index und Armutgefährdungsquote: Die Auswahl von europäischen Ländern mit niedrigeren Gini-Indizes und Armutgefährdungsquoten als Deutschland ermöglicht es, bewährte Praktiken und politische Maßnahmen zu identifizieren, die zu einer gerechteren Einkommensverteilung und geringerer Armutgefährdung beitragen.

Verglichen werden die Einkommensteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungsteuer. Deutschland folgt dem Welteinkommensprinzip, wonach unbeschränkt Steuerpflichtige ihr weltweites Einkommen im Inland versteuern müssen (§ 1 Abs. 1 EStG). Ein entsprechendes Wohnsitzprinzip mit weltweiter Einkommenserfassung gilt auch in Österreich, Belgien, Dänemark und Finnland.

Bei der Einkommensteuer weist Deutschland im internationalen Vergleich einen relativ niedrigen zusätzlichen Spitzensteuersatz auf. Einschließlich Solidaritätszuschlag ergibt sich in der Spurte eine effektive Grenzbelastung von rund 47,5 % (ohne Kirchensteuer). In Österreich liegt die oberste Stufe regulär bei 50 % (ab 103.072 €) und befristet bis Ende 2025 bei 55 % für Einkommen über 1 Mio. € (danach bei 50 %).

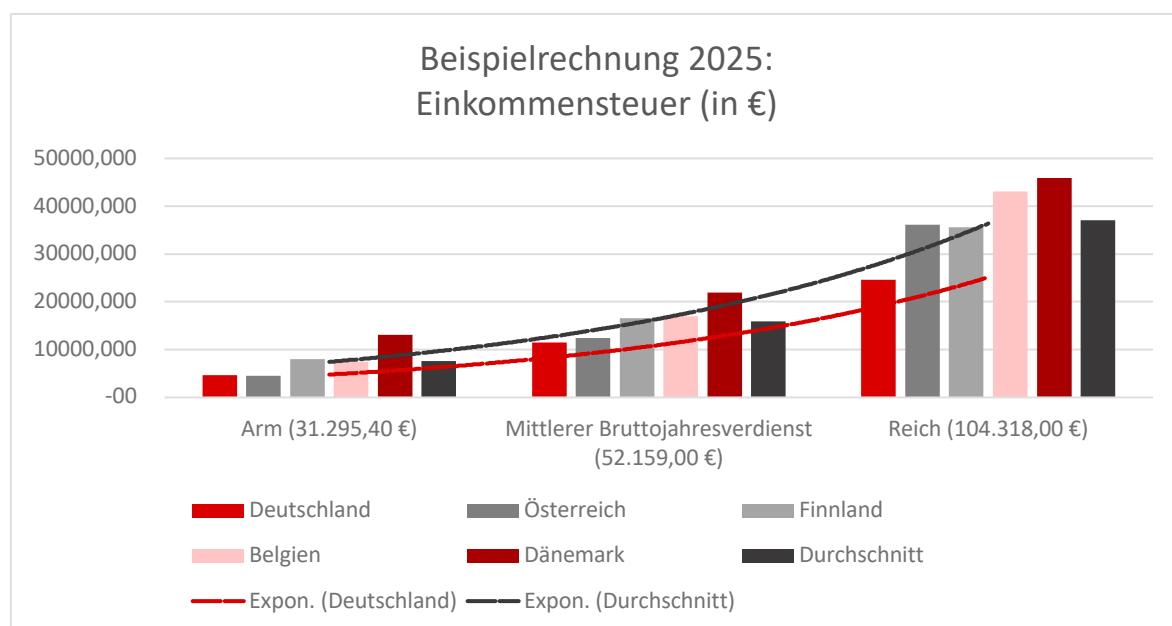
In Belgien beträgt der nationale Spitzensteuersatz rund 53,5 % und greift ab 49.840 €. Dänemark (55,9 % ab ca. 82.000 €) und Finnland (55,15 % ab 150.000 €) erreichen aufgrund der Kombination aus staatlicher und kommunaler Einkommensteuer Spitzenbelastungen von etwa 55-56 %. In Deutschland wird dieser Prozentsatz ab einem Einkommen von 277.826 € angewandt. Die oberen Stufen setzen dort auf deutlich niedrigeren Einkommensniveaus ein als der zusätzliche Spitzensteuersatz in Deutschland. Insgesamt ergibt sich somit die Schlussfolgerung: Deutschland hat einen niedrigeren Spitzensatz und höhere Schwellen als die Referenzländer.



In der Erbschafts- und Schenkungsteuer erhebt Deutschland je nach Verwandtschaftsgrad und der Höhe des Erwerbs Sätze bis zu 50 % bei gleichzeitig sehr hohen Freibeträgen (bis zu 500.000 €). Österreich hat diese Erbschafts- und Schenkungsteuer abgeschafft. Dänemark erhebt für nahe Angehörige 15 % und für entferntere Erben eine zusätzliche Abgabe von 25 %, mit einem Freibetrag für Familienmitglieder von etwa 46.000 €. Finnland sieht progressive Sätze bis 33 % vor, bei Freibeträgen zwischen 20.000 € und 60.000 €. Deutschland liegt damit bei den Höchstsätzen im oberen Bereich, gewährt jedoch im Vergleich sehr hohe Freibeträge (acht- bis zwanzigmal so hoch), wodurch die effektive Belastung vieler Erwerbe deutlich reduziert wird.

Abbildung 10:

Beispielrechnung Einkommensteuer



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis von DESTATIS 2025c

Abbildung 10 zeigt die Vergleichsrechnung zur Einkommensteuerbelastung für drei Einkommensniveaus „Arm“ (31.295,40 €; maximal 60 % des durchschnittlichen Bruttoverdienstes, angelehnt an die Definition der Armutgefährdungsquote), „Mitte“ (52.159,00 €; durchschnittlicher Bruttoverdienst in Deutschland, DESTATIS 2025c) und „Reich“ (104.318,00 €, mindestens das Doppelte des durchschnittlichen Bruttoeinkommens angelehnt an die Definition von Einkommensreichtum aus Kapitel 1.2.2).

Die Berechnung zeigt deutliche Unterschiede. Ein Steuerpflichtiger mit mittlerem Bruttoverdienst würde in Deutschland rund 11.500 € (Arm: ca. 4.700 €, Reich: ca. 24.600 €) Einkommensteuer zahlen. In Österreich ca. 12.500 € (Arm: ca. 4.600 €, Reich: ca. 36.200 €), in Belgien ca. 17.000 € (Arm: ca. 7.500 €, Reich: ca. 43.100 €), in Dänemark ca. 22.000 € (Arm: ca. 13.200 €, Reich: ca. 46.000 €) und in Finnland ca. 16.600 € (Arm: ca. 7.500 €, Reich: ca. 35.600 €). Daraus folgt: Die Steuerbelastung fällt in Deutschland über die betrachteten Niveaus hinweg tendenziell niedriger aus (mit der Ausnahme des unteren Niveaus im Vergleich zu Österreich).

Vor diesem Hintergrund deutet der Ländervergleich auf Reformspielräume hin. Deutschland kombiniert einen im Vergleich niedrigen zusätzlichen Spaltensteuersatz mit sehr hohen Freibeträgen in der Erbschafts- und Schenkungsteuer. Eine maßvolle Anhebung des zusätzlichen Spaltensteuersatzes beispielsweise auf 50 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag) und eine Absenkung der Schwelle, ab der dieser greift (etwa auf 100.000 €), würden Deutschland näher an die Referenzländer heranführen und die Progressionswirkung im oberen Einkommensbereich verstärken. 50 % resultieren aus dem abgerundeten Durchschnitt der Referenzländer, während der Grenzwert von 100.000 € gewählt wurde, da dies etwa doppelt so hoch wie das durchschnittliche Bruttoeinkommen ist (DESTATIS 2025c). In der Beispielrechnung blieben die Lasten für „Arm“ und „Mitte“ unverändert (ca. 4.700 € bzw. 11.500 €), während sich die Steuer für „Reich“ um rund 8.400 € auf etwa 33.000 € erhöhte. Dies illustriert, dass zielgerichtete Tarifanpassungen die Spreizung am oberen Ende der Einkommensverteilung dämpfen können.

4.4 Zwischenfazit und Überprüfung der Forschungsfrage 2

Die Analyse zeigt, dass Maßnahmen dort am wirksamsten sind, wo hohe Einkommen und große Vermögen zielgerichtet stärker belastet werden. Für Deutschland, das im Vergleich einen niedrigen zusätzlichen Spaltensteuersatz bei hoher Eintrittsschwelle aufweist, ergeben sich Ansatzpunkte im Einkommensteuertarif. Ergänzend sollte die Erbschafts- und Schenkungsteuer treffsicherer auf sehr große Nachlässe ausgerichtet werden (weniger Privilegien, verlässliche Freibeträge für Normalerbschaften). Solche Reformen können Ungleichheit verringern, vorausgesetzt, sie werden durch bessere Durchsetzung (Schließen von Schlupflöchern, internationaler Informationsaustausch) flankiert.



5 Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wurde vor dem Hintergrund von „Tax the Rich“ die Ein-kommens- und Vermögensverteilung in Deutschland untersucht. Anhand ausge-wählter Indikatoren zeigt sich, dass in Deutschland eine Schere zwischen Arm und Reich besteht, wobei die Ungleichheit bei Vermögen deutlich stärker ausge-prägt ist als bei Einkommen.

Anschließend wurden steuerpolitischen Maßnahmen aus der Einkommensteuer sowie der Erbschafts- und Schenkungsteuer analysiert, da Deutschland im interna-tionalen Vergleich aufgrund eines relativ niedrigen zusätzlichen Spitzensteuersat-zes und sehr hoher Freibe-träge bei Erbschaften und Schenkungen Ansatzpunkte für „Tax the Rich“ bietet. Die Ergebnisse legen nahe, dass solche Ansätze insbe-sondere dann zur Verringerung der Un-gleichheit beitragen können, wenn hohe Einkommen und große Vermögen gezielt stärker belastet werden.

Diese Untersuchung kann nur auswählte Teila-spekte der Realität abbilden und unterliegt entsprechenden Limitationen. Nicht berücksichtigt wurden beispielweise potenzielle Um-setzungsherausforderungen und Verhaltensreaktionen (etwa Ab-wanderung hochvermö-gender Steuerpflichtiger). Zudem lag der Fokus auf priva-ten Haushalten. Juristische Per-sonen wurden nicht analysiert.

Insbesondere beim Betriebsvermögen besteht weiterer Forschungsbedarf, etwa wegen umfangreicher Verschonungsregelungen bei Unternehmensübertragungen und Gestaltun-gen wie Familienstiftungen. Für die politische Umsetzbarkeit sind Übergangsregelungen, die Sicherung der Unternehmensnachfolge und eine wirk-same Durchsetzung (inkl. internationalem Informationsaustausch) zentral. Die transparente Verwendung möglicher Mehreinnahmen für öffentliche Investitionen kann die Akzeptanz erhöhen.



Literaturverzeichnis

- Bach, Stefan (2021): Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern, DIW Wochenbericht, (2021), Heft 50, S. 807–815
- Bach, Stefan/Thiemann, Andreas (2016): Hohes Aufkommenspotential bei Wie-dererhebung der Vermögensteuer, DIW Wochenbericht, (2016), Heft 4, S. 79–89
- Baresel, Kira/Eulitz, Heike/Fachinger, Uwe/Grabka, Markus M./Halbmeier, Christoph/Künnemund, Harald/Lozano Alcántara, Alberto/Vogel, Claudia (2021): Hälften aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten, DIW Wochenbericht, 88. Jg. (2021), Heft 5, S. 63–71
- BMAS (2021): Lebenslagen in Deutschland - Der Sechste Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, URL: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/Shared-Docs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2, abgerufen am 31.08.2025
- Boston Consulting Group (2024): Nach schwachem Vorjahr: Weltweites Netto-vermögen steigt wieder um mehr als vier Prozent auf 401 Billionen CHF, URL: <https://www.bcg.com/ja-jp/press/10july2024-nettovermogen-steigt-wieder-um-mehr-als-vier-prozent-auf-401-billionen>, abgerufen am 20.08.2025
- Bundesbank (2025): Monatsbericht – April 2025, URL: <https://publikationen.bundesbank.de/caas/v1/media/954594/reference-Doc/7c139d8007866d806837cd594f1c630e>, abgerufen am 29.07.2025
- Bundesverfassungsgericht (1995): Beschluss des Zweiten Senats vom 22. Juni 1995 - 2 BvR 552/91 - Rn. (1 - 42), URL: http://www.bverfg.de/e/rs19950622_2bvr055291.html http://www.bverfg.de/e/rs19950622_2bvr055291.html, abgerufen am 31.08.2025
- Bündnis 90/Die Grünen (2024): Fraktionsbeschluss: Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen. Gemeinwohl stärken., URL: https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/dateien/downloads/autor_innenpapiere/beschl%C3%BCsse/Fraktionsbeschluss_Steuergerechtigkeit.pdf, abgerufen am 07.09.2025
- Butterwegge, Christoph (2024): Armut, in: Kopp, Johannes / Steinbach, Anja (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie, Wiesbaden 2024, S. 35–38
- Corneo, Giacomo (2021): Erbschaftsteuer: Chancengerechtigkeit erhöhen, Wirtschaftsdienst, 101. Jg. (2021), Heft 6, S. 410



Destatis (2024a): Geerbtes und geschenktes Vermögen 2023 um 19,8 % auf neuen Höchstwert gestiegen, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24_273_736.html, abgerufen am 17.08.2025

Destatis (2024b): Statistischer Bericht - Statistik über die Erbschaft- und Schenkungssteuer 2023, URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Weitere-Steuern/Publikationen/Downloads-weitere-Steuern/statistischer-bericht-erbschaft-schenkungssteuer-5736101237005.xlsx?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am 17.08.2025

Destatis (2025a): Steuereinnahmen: Deutschland, Jahre, Steuerarten vor der Steuerverteilung, URL: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/71211/table/71211-0001>, abgerufen am 02.09.2025

Destatis (2025b): Soziales und Lebensbedingungen, URL: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Basistabelle/SozialesLebensbedingungen.html>, abgerufen am 02.09.2025

Destatis (2025c): 1 % der Vollzeitbeschäftigen verdiente im Jahr 2024 mehr als 213 286 Euro brutto, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/04/PD25_134_621.html#:~:text=134%20vom%208.,April%202025&text=WIESBADEN%20%20%20%20%20Der%20mittlere%20Brutto-jahresverdienst%2C%20gemessen,die%20andere%20H%C3%A4lfte%20weniger%20erhielt., abgerufen am 31.08.2025

Destatis (2025d): Mikrozensus Glossar 2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/Downloads/mikrozensus-glossar-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=2, abgerufen am 28.07.2025

Destatis (2025e): Rund 34 500 Einkommensmillionärinnen und -millionäre im Jahr 2021 in Deutschland, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/06/PD25_194_73111.html, abgerufen am 20.08.2025

Destatis (2025f): Beitrag der Steuerpflichtigen zum Steueraufkommen 2021, URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Lohnsteuer-Einkommenssteuer/Tabellen/steueraufkommen.html>, abgerufen am 20.08.2025



Destatis (2025g): Statistischer Bericht - Lohn- und Einkommensteuer 2021, URL:

https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Lohnsteuer-Einkommenssteuer/Publikationen/Downloads-Lohn-und-Einkommenssteuern/statistischer-bereich-lohn-einkommensteuer-2140710217005.xlsx?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am 17.08.2025

Engler, Philipp/Strehl, Wolfgang (2016): The Macroeconomic Effects of Progressive Taxes and Welfare, 2016

Europäische Kommission (o.J.): net migration, URL: https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/european-migration-network-emn/emn-asylum-and-migration-glossary/glossary/net-migration_en, abgerufen am 31.08.2025

Europäisches Parlament (2024): Was sind die Ursachen von Migration?, URL: <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20200624STO81906/was-sind-die-ursachen-von-migration>, abgerufen am 31.08.2025

EUROSTAT (2025a): Quote der von Armut bedrohten Personen nach Armutsgrenze und Haushaltstyps, URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_li03/default/table?lang=de&category=livcon.ilc.ilc_ip.ilc_li, abgerufen am 28.07.2025

EUROSTAT (2025b): Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens nach Alter, URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_di12/default/table?lang=de&category=livcon.ilc.ilc_ie.ilc_iei, abgerufen am 28.07.2025

EUROSTAT (2025c): Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_peps01n/default/table?lang=de&category=livcon.ilc.ilc_pe.ilc_peps, abgerufen am 28.07.2025

EUROSTAT (2025d): Einkommensquintilverhältnis S80/S20 für das verfügbare Einkommen nach Geschlecht und nach Altersklassen, URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_di11/default/table?lang=de&category=livcon.ilc.ilc_ie.ilc_iei, abgerufen am 29.07.2025

FOCUS (2025): „Keine Option vom Tisch“: Klingbeil schließt Steuererhöhungen nicht aus, URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/keine-option-vom-tisch-klingbeil-schliesst-steuererhoehungen-nicht-aus_853e2955-f0a7-424f-a8fb-1263ea5390e6.html, abgerufen am 21.08.2025



Föderaler Öffentlicher Dienst Finanzen (2025a): Steuersätze, URL: <https://fin.belgium.be/de/privatpersonen/steuererklaerung/einkuenfte/steuersaetze>, abgerufen am 02.09.2025

Föderaler Öffentlicher Dienst Finanzen (2025b): Erbschaftssteuer zahlen, URL: <https://fin.belgium.be/de/privatpersonen/sterbefall/erbschaftssteuer>, abgerufen am 02.09.2025

Fratzscher, Marcel (2017): Ein Chancenerbe für alle, URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.613729.de/nachrichten/ein_chancenerbe_fuer_alle.html, abgerufen am 31.08.2025

International Monetary Fund (2025): Government revenue, percent of GDP, URL: <https://www.imf.org/external/datamapper/rev@FPP/USA/FRA/JPN/GBR/SWE/ESP/ITA/ZAF/IND/CIV>, abgerufen am 02.09.2024

Jirmann, Julia (2022): Erbschaftsteuer: Nicht für Superreiche, URL: <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/elementor-10684/>, abgerufen am 31.08.2025

Kokott, Juliane (2018): Das Steuerrecht der Europäischen Union, 1. Auflage, München 2018

Niehues, Judith/Stockhausen, Maximilian (2024): IW-Verteilungsreport 2024, URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-Verteilungsreport-2024.pdf, abgerufen am 31.08.2025

Niemann, Rainer/Schreiber, Ulrich (2020): Herausforderungen und Entwicklungs-perspektiven des Steuersystems, Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 72. Jg. (2020), Heft 1, S. 1–48

OECD (2014): Focus on Top Incomes and Taxation in OECD Countries: Was the crisis a game changer?, URL: <https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-sub-issues/income-support-redistribution-and-work-incentives/oecd2014-focusontopincomes.pdf>, abgerufen am 31.08.2025

OECD (2025): Taxing Wages 2025: Decomposition of Personal Income Taxes and the Role of Tax Reliefs, 2025

OECD (o.J.): General government revenue, URL: https://www.oecd.org/en/data/indicators/general-government-revenue.html?utm_source=openai, abgerufen am 31.08.2025



oesterreich.gv.at (2025): Kapitalertragsteuer (KESt), URL: <https://www.oesterreich.gv.at/de/lexicon/K/Seite.991650>, abgerufen am 02.09.2025

Oxfam (2025): Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen, URL: https://www.oxfam.de/system/files/documents/2025-07/oxfam-factsheet-davos-2025-milliard%C3%A4rsmacht-beschr%C3%A4nken-demokratiesch%C3%BCtzten-online_0.pdf, abgerufen am 16.08.2025

pwc (2025a): Austria: Individual - Taxes on personal income, URL: <https://taxsummaries.pwc.com/austria/individual/taxes-on-personal-income>, abgerufen am 02.09.2025

pwc (2025b): Belgium: Individual - Taxes on personal income, URL: <https://taxsummaries.pwc.com/belgium/individual/taxes-on-personal-income>, abgerufen am 02.09.2025

pwc (2025c): Denmark: Individual - Taxes on personal income, URL: <https://taxsummaries.pwc.com/denmark/individual/taxes-on-personal-income>, abgerufen am 02.09.2025

pwc (2025d): Denmark: Individual - Other taxes, URL: <https://taxsummaries.pwc.com/denmark/individual/other-taxes>, abgerufen am 02.09.2025

pwc (2025e): Finland: Individual - Taxes on personal income, URL: <https://taxsummaries.pwc.com/finland/individual/taxes-on-personal-income>, abgerufen am 02.09.2025

pwc (2025f): Finland: Individual - Other taxes, URL: <https://taxsummaries.pwc.com/finland/individual/other-taxes>, abgerufen am 02.09.2025

Schabram, Greta/Aust, Andreas/Kipping, Katja/Rock, Joachim (2025): Verschärfung der Armut - Paritätischer Armutsbericht, URL: https://www.der-paritaeti-sche.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/armutsbericht_2025_web_fin.pdf, abgerufen am 31.08.2025

Smith, James (2014): Taxpayer effects of immigration, IZA World of Labor, (2014), S. 1–8

SPD (2025): Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025, URL: <https://mehr.spd.de/custom-static-assets/documents/Regierungsprogramm.pdf>, abgerufen am 07.09.2025



Statista (2025a): Einnahmen des deutschen Staates von 1991 bis 2024, URL:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75242/umfrage/deutschland-einnahmen-des-staates-2008-bis-2013/>, abgerufen am 02.09.2024

Statista (2025b): Statistiken zu Steuereinnahmen, URL: <https://de.statista.com/the-men/383/steuereinnahmen/#editorsPicks>, abgerufen am 02.09.2025

Statista (2025c): Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1991 bis 2024, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/>, abgerufen am 02.09.2025

SWR (2024): Arm und Reich: So gefährlich ist die Ungleichheit in Deutschland, URL: <https://www.swr.de/swr1/leute/jens-berger-findet-vermoegensungleichheit-gefährlich-100.html>, abgerufen am 31.08.2025

Tiefensee, Anita/Grabka, Markus M. (2017): Das Erbvolumen in Deutschland dürfte um gut ein Viertel größer sein als bisher angenommen, DIW Wo-chenbericht, (2017), Heft 27, S. 565–571

United Nations (2024): World Population Prospects 2024, URL: <https://population.un.org/wpp/downloads?folder=Standard%20Projections&group=Most%20used>, abgerufen am 02.09.2025

Unternehmensseiten Portal (2025): Tarifstufen, URL: <https://www.usp.gv.at/themen/steuern-finanzen/einkommensteuer-ueberblick/weitere-informationen-est/tarifstufen.html>, abgerufen am 02.09.2025

Wikipedia (2025a): Vermögensteuer (Deutschland), URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensteuer_%28Deutschland%29, abgerufen am 02.09.2025

Wikipedia (2025b): Vermögensteuer, URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensteuer>, abgerufen am 02.09.2025





Die Auswirkungen der Erbschaftsbegrenzung auf Innovation und Investitionen in familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU): Eine Untersuchung der Unternehmensstandortentwicklung

Linh-Madeleine Kramer, Benjamin Bodamer



1 Einführung

Gemäß dem von Levermann (2023) vorgeschlagenen Konzept der Faltungsgrenzen sollen Erbschaften sowie Unternehmensgrößen in einer nachhaltigen Gesellschaft einer systemischen Begrenzung unterzogen werden. Ziel dieser Maßnahme ist es, selbstverstärkende Ungleichheiten dem Prinzip der *iustitia protectiva*⁵ folgend als Grundlage von Macht zu unterbinden und Verteilungsgerechtigkeit zu fördern. Dieser Eingriff wird demnach auf Basis der Folgenethik durch den Zielzustand der erhöhten Verteilungsgerechtigkeit gerechtfertigt, wobei sich dies nicht auf das einzelne Individuum bezieht, sondern dem Utilitarismus folgend der Nachteil einzelner Individuen durch den Nutzen für die größtmögliche Anzahl an Menschen begründet werden kann (Bak, 2024). Im Umkehrschluss führt auch Rawls (2024) aus, dass ungleiche Chancen nur dann zu akzeptieren sind, sofern sie einen gesellschaftlichen Vorteil erzeugen. Daraus ergibt sich die Frage, ob eine progressive Erbschaftsbesteuerung von Unternehmen nicht auch einen gesamtwirtschaftlichen Schaden verursachen kann und der Eingriff damit nicht mehr durch den Nutzen gerechtfertigt würde. Im Jahr 2025 ist seitens des Bundesverfassungsgerichts eine erneute Entscheidung bezüglich einer Beschwerde⁶ hinsichtlich der Begünstigung des Betriebsvermögens bei der Besteuerung von Erbschaften in Deutschland angedacht. Somit wird ein weiteres Mal der Frage nachgegangen, ob die Begründung der drohenden wirtschaftlichen Schäden beim Wegfall dieser ausreicht, um Betriebsvermögen gegenüber Privatvermögen hinsichtlich der Besteuerung zu privilegieren.

In der vorliegenden explorativen Studie wird somit der Frage nachgegangen, inwiefern die Erbschaftsbesteuerung die Investitions- und Innovationsfähigkeit kleiner und mittelständischer⁷ Familienunternehmen⁸ in Deutschland beeinflusst und welche Auswirkungen dies letztlich auf die Attraktivität des Standorts hat. Dabei wird die Standortattraktivität nicht nur als ökonomischer Faktor verstanden, sondern auch als ein wesentliches Element regionaler Entwicklung, das direkte und indirekte Folgen für die Gesellschaft vor Ort hat. Zu diesen

⁵ Schützende Gerechtigkeit (Coing, 1993)

⁶ 1 BvR 804/22

⁷ Das Institut für Mittelstandsforschung Bonn definiert kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) anhand quantitativer Kriterien: unter KMUs fallen Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten und bis 50 Millionen EUR Umsatz / Jahr (IfM Bonn, o.J.-a).

⁸ Familienunternehmen sind gemäß dem Institut für Mittelstandsforschung durch das Innehaben der Eigentums- und Leitungsrechte in der Person des Unternehmers oder der Unternehmerin bzw. deren Familien gekennzeichnet: Dabei halten bis zu zwei natürliche Personen oder ihre Familienangehörigen mindestens 50 % der Anteile eines Unternehmens und gehören der Geschäftsführung an (IfM Bonn, o.J.-b).



Folgen zählen beispielsweise die Beschäftigungssicherheit, die soziale Infrastruktur, die Bildungschancen und die langfristige Bindung qualifizierter Fachkräfte.

Der Forschungsstand zu den wirtschaftlichen Folgewirkungen der Erbschaftsteuer in Unternehmen zeigt ein differenziertes Bild mit zwei zentralen Positionen. Während die eine Seite vor allem negative Auswirkungen unternehmerische Entscheidungen wie Investitionen betont, argumentieren andere, dass die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit durch die Besteuerung nicht grundsätzlich beeinträchtigt wird. Gemäß einer im Jahr 2023 publizierten Studie des ifo-Instituts im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen würde der Wegfall der Verschonung von Betriebsvermögen bei etwa drei Viertel der Befragten Investitionsentscheidungen negativ beeinflussen. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Umfrage unter 851 Unternehmen, wobei methodische Einschränkungen aufgrund des spezifischen Auftragskontexts zu berücksichtigen sind. Die ebenfalls durch die Stiftung Familienunternehmen beauftragte Veröffentlichung des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (Steinbrenner et al., 2024) verweist auf eine griechische Studie, die Investitionsrückgänge von über 40 % in den Jahren unmittelbar vor oder nach der Übertragung bei innerfamiliärer Nachfolge und hohen Nachfolgesteuern dokumentiert (Tsoutsoura, 2012).

Andere Positionen zeigen hingegen ein konträres Bild. Gemäß einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums der Finanzen aus dem Jahr 2012 existieren keine signifikanten empirischen Belege für den Zusammenhang zwischen der Erbschaftsteuer und dem Verlust von Arbeitsplätzen. Dies impliziert, dass die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit durch die Besteuerung nicht grundsätzlich gefährdet ist. Darüber hinaus zeigt eine Langzeitstudie von Hope und Limberg (2020), dass Steuersenkungen für Reiche in 18 OECD-Ländern über 50 Jahre keine signifikanten positiven Effekte auf Wirtschaftswachstum oder Beschäftigung hatten. Slemrod (2002) wiederum hebt den grundsätzlichen Einfluss fiskalischer Ausgestaltungen auf Unternehmensentscheidungen hervor, sieht die realen Effekte insbesondere bei langfristigen Investitionen jedoch als relativ gering im Abgleich zu finanziellen Effekten wie Einkommensverschiebung und Rechtsformwahl.

Diese Ergebnisse legen die Hypothese nahe, dass die Annahme, steuerliche Entlastungen führen automatisch zu wirtschaftlicher Dynamik, nicht zutreffend ist. Die vorliegenden Studien weisen jedoch einen allgemeinen Charakter auf und sind nicht spezifisch auf kleine und mittelständische Unternehmen ausgerichtet.



2 Methode

Im Rahmen einer vorangegangenen Literaturrecherche wurde ersichtlich, dass unterschiedliche Positionen zur Wirkung der Ausgestaltung der Besteuerung von vererbtem Betriebsvermögen auf die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit vorliegen und sich dies nicht immer konkret auf Investitionsverhalten und/oder kleine und mittelständische Familienunternehmen bezieht. Im Rahmen des vorliegenden Forschungsprojekts wurden daher zunächst Sekundärdaten aus Deutschland sowie 17 weiteren OECD-Ländern mit abweichen den Steuersystemen gewonnen und zusammengeführt, um daraus mögliche erste Ansätze hinsichtlich der Wirkung unterschiedlicher Erbschaftsteuerhöhen auf das lokale Investitionsverhalten zu gewinnen. Zusätzlich dazu wurden Experteninterviews geführt. Im Rahmen einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse nach Mayring erfolgte die Materialverdichtung, mit dem Ziel, die zentralen Aussagen der Interviewtranskripte systematisch herauszuarbeiten und auf die Forschungsfrage bezogen interpretierbar zu machen. Im Rahmen des persönlichen Kontakts zwischen Interviewer:in und Interviewtem/Interviewter können im Verlauf des Gesprächs oftmals auch spontane Fragen eingebracht werden, die sich potenziell als entscheidend erweisen könnten (Döring/Bortz, 2016). Bei der Wahl der Interviewform wurde dem halbstrukturierten Interview der Vorzug gegeben, da es einerseits eine systematische Erhebung relevanter Themenbereiche ermöglicht und andererseits Raum für individuelle Perspektiven der Befragten lässt. Dieser Ansatz reflektiert den explorativen Charakter der Forschungsfrage und ermöglicht eine detaillierte qualitative Analyse. Das Vorgehen erfolgt anhand eines Interviewleitfadens, welcher eine ungefähre Vorgabe hinsichtlich der zu stellenden Fragen sowie deren Reihenfolge für das Interview beinhaltet. Die zuvor definierte Forschungsfrage soll, durch die im Laufe des Gesprächs gewonnenen Erkenntnisse, beantwortet werden. Die Auswahl der Interviewpartner:innen erfolgte bewusst, um die gegenüberliegenden Positionen herauszuarbeiten. Für die Analyse wurden gezielt Expert:innen aus verschiedenen Fachrichtungen und institutionellen Kontexten ausgewählt, die jeweils aufgrund ihrer fachlichen Schwerpunkte zur Fragestellung der Erbschaftsteuer in progressiver Ausgestaltung relevante Perspektiven einbringen können. Dazu gehören Fachvertreter:innen aus der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, die durch ihre wissenschaftliche Expertise vertiefte Einblicke in steuerliche Mechanismen und deren betriebswirtschaftliche Auswirkungen bieten. Ergänzt wird dies durch Expert:innen aus Netzwerken und Organisationen, die sich schwerpunktmäßig mit Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit auseinandersetzen und dadurch gesellschaftspolitische Argumentationslinien einbringen. Darüber hinaus wurden auch Fachpersonen aus wirtschaftspoliti-



ischen Initiativen einbezogen, die steuerpolitische Entwicklungen in einen breiteren sozio-ökonomischen Kontext stellen können. Auf der praktischen Ebene wurden Vertreter:innen aus der Steuerpolitik sowie aus familiengeführten Unternehmen berücksichtigt, um Einsichten in die konkrete Umsetzung, die unternehmerische Praxis sowie die daraus resultierenden Herausforderungen und Handlungsspielräume zu erhalten. Durch diese gezielte Auswahl konnten sowohl theoretisch-analytische als auch praxisorientierte Perspektiven zusammengeführt werden. Die qualitative Auswertung der Experteninterviews erfolgt, dem begrenzten Umfang der Arbeit geschuldet, unmittelbar innerhalb des Diskussionsteils, um die gewonnenen Erkenntnisse direkt in die argumentative Auseinandersetzung einzubetten.

3 Zentrale Erkenntnisse

3.1 Erbschaftsteuer im Spannungsfeld: Theoretische Einordnung

Aus staatlicher Perspektive verfolgt die Besteuerung von Erbschaften mehrere Zielsetzungen. Dazu zählen insbesondere die Finanzierung öffentlicher Ausgaben – etwa für Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur – sowie die Förderung von Verteilungsgerechtigkeit (Steinbrenner et al., 2024; Beckert, 2017). Letztere zielt darauf ab, der Konzentration von Vermögen über Generationen hinweg entgegenzuwirken, da diese soziale Ungleichheit verstärken und langfristig das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben kann (Spannagel & Zucco, 2022). Die Erbschaftsteuer soll somit dazu beitragen, ökonomische Macht nicht in politische Einflussnahme zu überführen und stattdessen Chancengleichheit zu fördern. Ein ergänzendes politisches Argument für eine progressive Besteuerung von Erbschaften ist die potenzielle Entlastung der Einkommensteuer. Diese Maßnahme verfolgt das Ziel, angesichts eines sinkenden Erwerbstätigenpotenzials durch den demografischen Wandel die Steuerlast stärker auf nicht erarbeitete Vermögen zu verlagern und dadurch Arbeits- und Leistungsanreize zu stärken. In diesem Zusammenhang wird auch die Effizienz der Erbschaftsteuer betont: Im Gegensatz zur jährlich erhobenen Vermögensteuer erfolgt die Bewertung des steuerpflichtigen Vermögens bei der Erbschaftsteuer nur einmal pro Generation, was den administrativen Aufwand reduziert und die Steuererhebung vereinfachen kann (Beznoska & Hentze, 2021). In Anbetracht der genannten Zielsetzungen und Begründungen wäre aus staatlicher Perspektive grundsätzlich von einer hohen Besteuerung von Erbschaften auszugehen. Sofern die wirtschaftliche Substanz von Unternehmen jedoch durch die Steuer geschwächt wird, kann dies langfristig zu geringeren



öffentlichen Einnahmen und wachsender Ungleichheit führen – etwa durch sinkende Investitionen in Bildung und Humankapital, wie es die OECD in ihren Analysen betont (2015).

Die Reformen der Erbschaftsteuer in den Jahren 2009 und 2016 in Deutschland führten zu einer tiefgreifenden Veränderung der steuerlichen Behandlung von Betriebsvermögen. Die im Jahr 2009 implementierte Reform des Erbschaftssteuerrechts erfolgte als Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem die ungleiche Behandlung von Betriebs- und Grundvermögen als nicht verfassungskonform kritisiert wurde. Ziel war es, die Fortführung von Unternehmen bei Nachfolge zu erleichtern und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten (Maiterth, 2013), was zur Folge hatte, dass Betriebsvermögen bei Weiterführung und Beibehaltung der Arbeitsplätze weitgehend (85 %) oder gänzlich steuerfrei gestellt wurde. Das Bundesverfassungsgericht äußerte im Anschluss erneut Kritik an der Überprivilegierung großer Betriebsvermögen. Infolgedessen zielte die im Jahr 2016 initiierte Reform darauf ab, diese Privilegien verfassungskonform zu gestalten, wobei in erster Linie am Verschonungsmodell festgehalten wurde. Jedoch wurde das Verwaltungsvermögen einer strengeren Prüfung unterzogen und Steuererleichterungen für große Vermögen eingeschränkt (o.V., 2016).

3.2 Datenlage Deutschland: Kritische Analyse der Reformen 2009 und 2016 als Wendepunkte

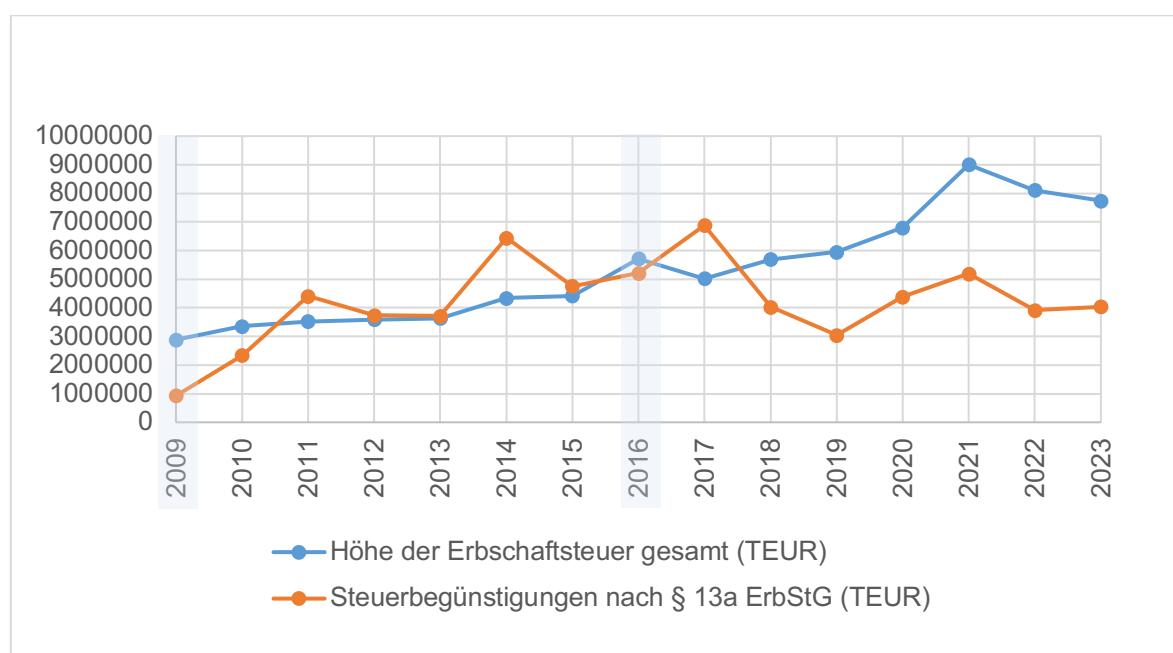
In Deutschland besteht zwischen Familienunternehmen und kleinen sowie mittelständischen Unternehmen (KMU) eine weitreichende strukturelle Schnittmenge (IfM, o.J.-b). Gemäß den Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn betrug der Anteil der Familienunternehmen in Deutschland im Jahr 2023 circa 90 % (IfM, o.J.-c). Die vorliegende Untersuchung widmet sich zunächst der Frage, ob die steuerpolitischen Veränderungen im Rahmen der Erbschaftssteuerreformen 2009 und 2016 ökonomische Auswirkungen auf die Investitionsaktivität in Deutschland hatten. Zu diesem Zweck wurden die Entwicklungen nach den Reformen 2009 und 2016 hinsichtlich Investitionen und Innovationen als natürlicher Untersuchungsanlass genutzt. Aufgrund der unzureichenden Datenbasis ist eine spezifische Eingrenzung auf kleine und mittelständische Familienunternehmen nicht möglich. In Anbetracht der dargestellten deutschen Unternehmenslandschaft lässt sich ableiten, dass die gesamtwirtschaftlichen Daten als Indikator für die Entwicklung der betreffenden Unternehmen herangezogen werden können.



Wie Abbildung 11 zeigt, verlaufen die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer und die Inanspruchnahme der Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG nicht parallel, sondern weisen insbesondere nach den Reformen 2009 und 2016 gegenläufige Entwicklungen auf. Während die Gesamteinnahmen aus der Erbschaftsteuer kontinuierlich stiegen, lässt sich nach der Reform 2016 eine Einschränkung der zuvor wachsenden Inanspruchnahme der Verschonungsregel nach § 13a ErbStG erkennen. Dies lässt auf eine potenziell erhöhte steuerliche Belastung bei Unternehmensnachfolgen schließen, die sich negativ auf die Investitions- und Innovationsfähigkeit der betroffenen Unternehmen auswirken könnte.

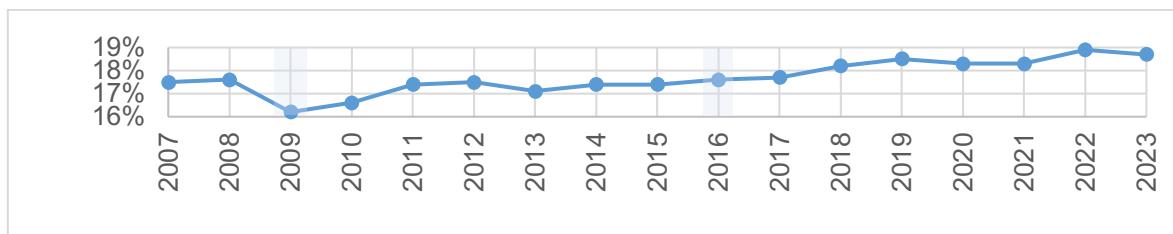
Abbildung 11:

Verlauf der erhobenen Erbschaftsteuer und Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG nach den Reformen 2009 und 2016



Anmerkung. Eigene Darstellung basierend auf Statistisches Bundesamt (2023).

Eine Analyse der Investitionsquote der vergangenen Jahre, wie sie in Abbildung 12 dargestellt ist, lässt den Schluss zu, dass sich die Investitionstätigkeit nach der Wirtschaftskrise moderat erholt hat. Dies kann als Hinweis auf die investitionsfördernde Wirkung der großzügig ausgestalteten Verschonungsregel der Reform im Jahr 2009 gewertet werden. Die im Jahr 2016 implementierte Reform führte zu einer restriktiveren Interpretation der Regelung, was sich jedoch nicht in einer Abnahme der Investitionsquoten widerspiegeln.

Abbildung 12:*Entwicklung der Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen, nichtstaatliche Sektoren)*

Anmerkung. Eigene Darstellung basierend auf Statistisches Bundesamt (2025).

Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich der Innovationsförderung: Da der Anteil der in- und externen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandprodukt (BIP) im gesamten Analysezeitraum kontinuierlich anstieg und auch die Reform 2016 keinen Rückgang der FuE-Ausgaben im Verhältnis zum BIP aufweist (Statista Research Department, 2025), ist von keiner unmittelbaren Beeinträchtigung durch steuerliche Belastungen auszugehen.

3.3 Internationale Daten im Vergleich

Aufgrund der Tatsache, dass die Daten aus Deutschland keinen eindeutigen Schluss zulassen, wurde ergänzend ein Blick auf internationale Daten geworfen. In Bezug auf die Relevanz der Erbschaftssteuer befindet sich Deutschland im Mittelfeld der OECD-Staaten (OECD, 2021). Daher erscheint ein Vergleich des Investitions- und Innovationsverhaltens mit denjenigen Ländern, die eine besonders ausgeprägte oder keine Erbschaftssteuer haben, sinnvoll. Im Folgenden wurden deshalb 17 Länder ausgewählt: In einigen Ländern ist eine signifikant höhere Steuereinnahme anteilig zum Bruttoinlandsprodukt durch die Erbschaftssteuer zu verzeichnen (berücksichtigt wurden Frankreich, Belgien, Korea, Japan, Finnland, Dänemark), während in anderen Ländern keinerlei Erbschaftssteuer erhoben wird (Norwegen, Österreich, Australien, Tschechische Republik, Estland, Israel, Mexiko, Neuseeland, Portugal, Slowakische Republik, Schweden). Zur weiteren Analyse wurden der Anteil der Erbschaftsteuer vom BIP sowie die Investitionsquoten und im Hinblick auf die Innovationen die Platzierungen hinsichtlich des globalen Innovationsindex für die ausgewählten Länder herangezogen. Die Analyse wurde unter Berücksichtigung der Datenverfügbarkeit auf Basis der Daten aus dem Jahr 2021 durchgeführt.

Die vorliegende Analyse vermag keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Bedeutung der Erbschaftsteuer und der Investitionsquote nachzuweisen. Die ermittelte Korrelation beträgt $r = 0,19$, was auf einen schwachen positiven Zusammenhang hindeutet. Es konnte festgestellt werden, dass Länder, die eine hohe Erbschaftssteuer erheben, in einigen Fällen eine ähnliche oder sogar höhere Investitionsquote aufweisen als Länder, die keine Erbschaftssteuer erheben. Dieser Zusammenhang könnte jedoch auch zufällig sein. So liegt die Investitionsquote in Korea (32 %) signifikant über der in Deutschland (21 %), obwohl Korea eine deutlich höhere Erbschaftsteuer erhebt. Es sei jedoch angemerkt, dass die Analyse die divergierenden volkswirtschaftlichen Bedeutungen von familiengeführten KMUs unberücksichtigt lässt. Demgegenüber zeigt sich ein moderater negativer signifikanter Zusammenhang zwischen der Erbschaftssteuer und dem globalen Innovationsindex ($r = -0,43$). Länder, die keine Erbschaftsteuer erheben, wie beispielsweise Mexiko (Indexwert: 55), Neuseeland (26) oder Tschechien (24), erzielen in einigen Fällen deutlich niedrigere Platzierungen als Länder mit hohen Erbschaftsteuern, wie beispielsweise Korea (5) oder Finnland (7). Diese Erkenntnis lässt die Vermutung zu, dass steuerliche Belastungen im Kontext von Vermögensübertragungen potenziell einen positiven Einfluss auf die Förderung von Innovationen haben könnten, beispielsweise durch Investitionen in den Bildungssektor.

Die empirische Auswertung ergibt, dass eine niedrige oder nicht erhobene Erbschaftsteuer nicht eindeutig mit höheren Investitionsquoten korreliert. Aufgrund der vergleichsweise geringen Stichprobengröße sowie der diversen Einflussmöglichkeiten durch Drittvariablen ist die Aussagekraft jedoch begrenzt. Es konnte ein moderater negativer Zusammenhang mit der Innovationsfähigkeit festgestellt werden, der weitere Forschungsvorhaben rechtfertigt.



4 Auswertung

Die Auswertung der Experteninterviews verdeutlicht, dass die Erbschaftsbesteuerung in Deutschland im Spannungsfeld zwischen den Zielen der Verteilungsgerechtigkeit und den ökonomischen Interessen von Familienunternehmen steht. Aus staatlicher Perspektive beruht die Legitimation wesentlich auf dem Anspruch, soziale Ungleichheit zu verringern und die Chancengleichheit zwischen Generationen zu fördern (Beckert, 2017; Steinbrenner et al., 2024) wie in Kapitel 3 herausgearbeitet wurde. Diese theoretische Einordnung wird insbesondere durch Aussagen mehrerer Expert:innen gestützt, die hervorheben, dass die gegenwärtige Ausgestaltung der Erbschaftsteuer in Deutschland regressiv wirke und bestehende Vermögensungleichheiten eher verstärke als abbauen helfe. Die Emotionalisierung der öffentlichen Debatte, die von verschiedenen Expert:innen betont wird, kann dabei als Ausdruck der gesellschaftlichen Sensibilität für Fragen von Gerechtigkeit und Ungleichheit verstanden werden. Dies deckt sich mit den theoretischen Annahmen, dass Vermögenskonzentration langfristig das Vertrauen in die Demokratie schwächen und ökonomische in politische Macht transformieren kann (Spannagel & Zucco, 2022). Demgegenüber wird darauf hingewiesen, dass viele Missverständnisse in der Bevölkerung auf mangelndes Wissen über die steuerrechtlichen Details zurückzuführen seien. Damit ergänzt sich die theoretische Dimension um die praktische Herausforderung einer komplexen Steuerarchitektur, die in der öffentlichen Wahrnehmung häufig verkürzt dargestellt wird. Mit Blick auf die Reformen von 2009 und 2016 ließe sich erkennen, dass die theoretisch intendierte Balance zwischen Unternehmensschutz und Verteilungsgerechtigkeit in der Praxis nur unzureichend umgesetzt wurde, führte eine Expertin an. Während die Reform von 2009 durch großzügige Verschonungsregelungen Investitionssicherheit schaffen sollte (Maiterth, 2013), betonen einige Expert:innen, dass sie vor allem dazu führte, dass große Unternehmensvermögen nahezu steuerfrei übertragen werden konnten. Dies deckt sich mit den Befunden der empirischen Datenlage, wonach die Inanspruchnahme der Verschonungsregel nach § 13a ErbStG zunächst stark zunahm und erst nach 2016 wieder zurückging (Statistisches Bundesamt, 2023). Andere Expert:innen verweisen dagegen auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das die Verschonungsregelungen im Grundsatz bestätigt habe. Diese Einschätzung betont stärker die ökonomische Zielsetzung der Reformen, nämlich Arbeitsplätze und Unternehmensstrukturen zu sichern, während die kritischen Stimmen eher die verteilungspolitischen Defizite hervorheben. Die Frage nach den Auswirkungen der Erbschaftsteuer auf Investitionen und Innovation spiegelt die in Abschnitt 3.2 dargestellte ambivalente Datenlage wider. Während einige Expert:innen vor den Risiken eines „Ausverkaufs“ deutscher Unternehmen warnen und Standortverlagerungen



als reale Gefahr beschreiben, sehen andere Expert:innen keine unmittelbare Bedrohung. Sie argumentieren, dass eine moderate Steuerbelastung keine Hürde für ernsthafte Nachfolger darstelle und im Gegenteil staatliche Einnahmen produktiver eingesetzt werden könnten, etwa für Infrastruktur und Bildung. Wiederum andere Expert:innen vertreten aktuell diesen Standpunkt, verweisen aber zugleich darauf, dass bei zu hohen Belastungen durchaus auf andere Standorte ausgewichen werden könne. Diese Einschätzungen stehen im Einklang mit internationalen Vergleichsdaten (Abschnitt 3.3), wonach hohe Erbschaftsteuern nicht zwingend zu geringeren Investitionsquoten führen. Auch die Innovationsperspektive bietet spannende Anknüpfungspunkte: Während einige Expert:innen vor allem die Standortbindung von Familienunternehmen hervorheben, kritisieren andere, dass gerade mittelständische Betriebe oft zu risikoavers agierten und zu wenig in disruptive Innovationen investierten. Diese Einschätzung fügt sich in die empirische Analyse (Abschnitt 3.3), die zeigt, dass Länder mit höheren Erbschaftsteuern tendenziell besser im globalen Innovationsindex abschneiden als Länder ohne Erbschaftsteuer. Dies deutet darauf hin, dass steuerliche Belastungen im Kontext von Vermögensübertragungen indirekt innovationsfördernd wirken können, etwa durch staatliche Investitionen in Forschung und Bildung. Hinsichtlich der Unternehmensnachfolge ergibt sich ein zentrales Spannungsfeld: Einige Expert:innen sehen in einer höheren Steuerlast sogar einen „bereinigenden Effekt“, indem ungeeignete Erben von einer Übernahme abgehalten werden und Unternehmen in kompetentere Hände gelangen. Andere Expert:innen schließen sich dieser kritischen Perspektive an und verweisen auf die Gefahr von Fehlanreizen, wenn Steuerprivilegien eine Fortführung durch weniger geeignete Nachfolger erzwingen. Wiederum andere Expert:innen lehnen diese Sichtweise entschieden ab und verweisen auf die erfolgreiche Kontinuität vieler Familienunternehmen über Generationen hinweg. Zusätzlich wird aus unternehmerischer Perspektive eine Erschwernis der Nachfolge aufgrund geminderter Investitionsbereitschaft sowie großen Drucks hervorgehoben. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Interviews die theoretischen Annahmen zu den Zielkonflikten der Erbschaftsbesteuerung empirisch unterfüttern: Einerseits gilt sie als Instrument zur Förderung von Verteilungsgerechtigkeit und Innovationsfähigkeit, andererseits wird sie als potenzielle Bedrohung für Unternehmensnachfolge, Standortbindung und Arbeitsplatzsicherung wahrgenommen. Die Diskrepanz zwischen den Einschätzungen der Expert:innen verdeutlicht, dass die Frage der Erbschaftsbesteuerung nicht nur ökonomisch, sondern vor allem politisch und gesellschaftlich verhandelt wird.

Die in Abschnitt 3.2 und 3.3 dargestellte Datenlage erlaubt lediglich Implikationen. Im Hinblick auf die deutsche Datenlage ist zu berücksichtigen, dass gerade auf Kennzahlen wie



das Bruttoinlandsprodukt eine Vielzahl an Faktoren einwirken und der Anteil der Erbschaftssteuer daran einen groben Indikator ohne konkretere Ausgestaltung der Steuerpolitik darstellt. Auch Länder mit einem aufgeführten Anteil von 0 % könnten andere Vermögensbesteuerungen durchführen, weshalb die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist. Die internationale Stichprobe von 18 Ländern ist zudem gering, was für Verfahren wie Korrelationen eine methodische Herausforderung darstellt, da ein Zufallsbefund vorliegen kann. Außerdem werden strukturellen Besonderheiten einzelner Länder nicht weiter identifiziert und die Daten stammen aus unterschiedlichen institutionellen Quellen. Insbesondere der verwendete Innovationsindex setzt sich aus mehreren Daten zusammen. Die Verwendung von Einzelindikatoren wäre für weitere Forschungsansätze zu bevorzugen. Die Ergebnisse sollten daher als explorativ und hypothesengenerierend verstanden werden, nicht als abschließend beweisend.

5 Fazit

Die Untersuchung zeigt, dass die Erbschaftsbesteuerung in Deutschland zwischen den Zielen von fiskalischer Einnahmeerzielung, Verteilungsgerechtigkeit und Unternehmensschutz ein Spannungsfeld bildet. Während einige Expert:innen eine konsequenter Besteuerung großer Vermögen fordern, um soziale Ungleichheit zu reduzieren, warnen andere vor negativen Folgen für Familienunternehmen und den Wirtschaftsstandort. Die empirischen Daten deuten jedoch darauf hin, dass die Reformen von 2009 und 2016 weder Investitions- noch Innovationsquoten nachhaltig schwächen. Auch internationale Vergleiche bestätigen, dass eine maßvoll gestaltete Erbschaftsteuer ökonomisch tragfähig sein kann. Die Erbschaftsbesteuerung ist also kein Hemmnis für Investitionen per se, und es lässt sich ein stärkerer Einfluss auf die Innovationsfähigkeit eines Landes ableiten. Vor diesem Hintergrund werden die gewonnenen Daten als erste Hinweise verstanden und die Hypothese entwickelt, dass die Erbschaftsbesteuerung primär innovationsrelevante Dynamiken beeinflusst. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Wirkung stark von der konkreten Ausgestaltung abhängt: Eine zu hohe steuerliche Belastung könnte innovationshemmend wirken, etwa durch Kapitalbindung oder Nachfolgeunsicherheit.

Daher wird weitere Forschung empfohlen, die sich mit der Frage beschäftigt, ab welchem Grenzsatz eine progressive Erbschaftsbesteuerung potenziell innovationsschädlich wird.



Literaturverzeichnis

- Bak, P. M. (2024). Wirtschafts- und Unternehmensethik: Eine Einführung (1. überarbeitete und erweiterte Auflage 2014). Schäffer-Poeschel.
- Beckert, J. (2017, 6. Juni). Neid oder soziale Gerechtigkeit? Die gesellschaftliche Umkämpftheit der Erbschaftssteuer. Aus Politik und Zeitgeschichte, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung. 67(23-25). Abgerufen am 15.06.2025 von <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/249240/neid-oder-soziale-gerechtigkeit-die-gesellschaftliche-umkaempftheit-der-erbschaftssteuer/>
- Beznoska, M., & Hentze, T. (2021). Potenziale der Erbschaftsteuer: Eine Abschätzung zur Entlastung des Faktors Arbeit (IW Policy Paper Nr. 18). Institut der deutschen Wirtschaft. Abgerufen am 01.06.2025 von https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2021/IW-Policy_Paper_2021_Potentiale-Erbschaftssteuer.pdf
- Coing, H. (1993). Grundzüge der Rechtsphilosophie (Fünfte Auflage). Walter de Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110886917>
- Döring, N., & Bortz, J. (2016). Forschungsmethoden und Evaluation: Für Human- und Sozialwissenschaftler (5. Aufl.). Springer.
- Hope, D., & Limburg, J. (2020). The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich. Working Paper, Abgerufen am 05.06.2025 von https://eprints.lse.ac.uk/107919/1/Hope_economic_consequences_of_major_tax_cuts_published.pdf
- IfM Bonn. (o. J.-a). KMU – Definition des IfM Bonn. Institut für Mittelstandsforschung Bonn. Abgerufen am 10.07.2025 von <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/kmu-definition-des-ifm-bonn>
- IfM Bonn (o.J.-b). Familienunternehmen – Definition des IfM Bonn. Institut für Mittelstandsforschung Bonn. Abgerufen am 10.07.2025 von <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/familienunternehmen-definition>
- IfM Bonn (o.J.-c). Unternehmensbestand. Mittelstand im Einzelnen. Abgerufen am 10.07.2025 von <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-einzelnen/unternehmensbestand>



- Maiterth, R. (2013). Gefährdung deutscher Unternehmen durch die Erbschaftsteuer? – Eine empirische Analyse. In D. Hirschel, P. Paic, & M. Zwick (Hrsg.), Daten in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (S. 135–171), Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-03456-6_8
- Levermann, A. (2023). Die Faltung der Welt: Wie die Wissenschaft helfen kann, dem Wachstumsdilemma und der Klimakrise zu entkommen (2. Auflage). Ullstein.
- OECD. (2015). In it together: Why less inequality benefits all. OECD Publishing. Abgerufen am 12.06.2025 von https://www.oecd.org/en/publications/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all_9789264235120-en.html
- OECD. (2021). Inheritance taxation in OECD countries. OECD Publishing. Abgerufen am 12.06.2025 von https://www.oecd.org/en/publications/inheritance-taxation-in-oecd-countries_e2879a7d-en.html
- Rawls, J. (2024). Eine Theorie der Gerechtigkeit (H. Vetter, Übers.; 24. Auflage). Suhrkamp.
- Slemrod, J. (2002). Tax systems. NBER Reporter Online, 2002, 8–13. National Bureau of Economic Research. <https://hdl.handle.net/10419/61821>
- Spannagel, D., & Zucco, A. (2022). Armut grenzt aus: WSI-Verteilungsbericht 2022 (WSI Report Nr. 79). Hans-Böckler-Stiftung. Abgerufen am 01.06.2025 von https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008464
- Statista Research Department. (2025, 22. August). Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1991 bis 2024. Statista. Abgerufen am 20.06.2025 von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/>
- Statistisches Bundesamt (Destatis). (2023). Statistischer Bericht – Statistik über die Erbschafts- und Schenkungsteuer – 2022. Abgerufen am 20.06.2025 von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Weitere-Steuern/Publikationen/Downloads-weitere-Steuern/statistischer-bericht-erbschaft-schenkungsteuer-5736101227005.html>
- Statistisches Bundesamt (Destatis). (2025). VGR-Monitor Deutschland – Investitionen. Abgerufen am 19.06.2025 von <https://service.destatis.de/DE/vgr-monitor-deutschland/investitionen.html>



- Steinbrenner, D., Weck, S., & Zental, J. (n.d.). Erbschaftssteuer im internationalen Vergleich. ZEW Mannheim; Stiftung Familienunternehmen. Abgerufen am 03.06.2025 von <https://www.familienunternehmen.de/de/publikationen/erbschaftsteuer-im-internationalen-vergleich>
- Stiftung Familienunternehmen. (2023, 11. Juli). Nachfolge in Familienunternehmen. Abgerufen am 15.06.2025 von <https://www.familienunternehmen.de/de/news/nachfolge-in-familienunternehmen>
- o. V. (2016, 14. Oktober). Die Kernpunkte der neuen Erbschaftsteuer. Tagesschau. Abgerufen am 20.06.2025 von <https://www.tagesschau.de/inland/erbschaftsteuer-kompromiss-103.html>
- Tsoutsoura, M. (2012). The effect of succession taxes on family firm investment: Evidence from a natural experiment. Journal of Finance, im Erscheinen; Chicago Booth Research Paper No. 12-15; Fama-Miller Working Paper. Abgerufen am 01.06.2025 von: <https://ssrn.com/abstract=1971038>
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. (2012). Die Begünstigung des Unternehmensvermögens in der Erbschaftsteuer [Gutachten]. Bundesministerium der Finanzen. Abgerufen am 23.06.2025 von https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Ministerium/Geschaeftsbereich/Wissenschaftlicher_Beirat/Gutachten_und_Stellungnahmen/Ausgewaehlte_Texte/02-03-2012-ErbSt-anl.pdf
- World Bank. (o.J.). Gross capital formation (% of GDP) [Datensatz]. The World Bank Group. Abgerufen am 14.07.2025 von <https://data.worldbank.org/indicator/NE.GDI.TOTL.ZS>
- World Intellectual Property Organization. (2021). Global Innovation Index 2021: Executive summary (14th ed.). Abgerufen am 14.07.2025 von https://www.wipo.int/documents/d/global-innovation-index/docs-en-2021-wipo_pub_gii_2021_exec.pdf





Linh-Madeleine Kramer, Benjamin Bodamer

Die Auswirkungen der Erbschaftsbegrenzung auf Innovation und Investitionen in
familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

#DUAL forscht Online Journal des ECC Forschendes Lernen für studentische Publikationen

**Akzeptanz von Nachhaltigkeitsgrenzen –
Eine empirische Untersuchung zur gesellschaftlichen Resonanz
auf das Prinzip der Faltung**

Laura Ebel, Markus Völkl, Luca Isenburg



1 Einführung

Nachhaltigkeitsherausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit und wachsende soziale Ungleichheiten zählen zu den zentralen gesellschaftlichen Problemen des 21. Jahrhunderts (Smith et al. 2024, S.976). Zur Bewältigung dieser Krisen sind politische Maßnahmen erforderlich, die ökologische Belastungsgrenzen berücksichtigen und zugleich auf gesellschaftliche Zustimmung stoßen, um ihre Wirksamkeit entfalten zu können (Smith et al. 2024, S. 976; Dertwinkel-Kalt et al. 2025, S. 3).

In seinem Werk *Die Faltung der Welt* entwickelt Anders Levermann (2023, S.15) das Konzept der sogenannten Faltungsgrenzen, das planetare Belastungsgrenzen feststellt, um nachhaltiges Wirtschaften in Einklang mit sozialer Gerechtigkeit zu bringen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von Verboten fossiler Energieträger über Obergrenzen für Einkommen und Erbschaften bis hin zur Einschränkung industriellen Rohstoffabbaus (Levermann 2023, S.43-52). Diese Eingriffe versprechen hohe ökologische Wirksamkeit, sind aber aufgrund ihrer tiefen gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen umstritten (RiffReporter 2023, S. 2; Utopia 2023, S.1).

Akzeptanz ist dabei ein zentraler Erfolgsfaktor für die politische Umsetzbarkeit von Klimamaßnahmen, wie verschiedene empirische Studien zeigen (Dertwinkel-Kalt et al. 2025, S. 3). Die Zustimmung zu Nachhaltigkeitsmaßnahmen hängt nachweislich weniger von demografischen Merkmalen als vielmehr von politischen Einstellungen und individuellen Wertorientierungen ab (Dertwinkel-Kalt et al. 2025, S. 3). Ob diese Zusammenhänge auch für die Faltungsgrenzen gelten, wurde bislang kaum empirisch untersucht.

1.1 Gesellschaftliche Relevanz

In der aktuellen politischen Debatte stehen Fragen der Umverteilung wie Reichenbesteuerung, Maximaleinkommen oder Erbschaftsbegrenzung zunehmend im Fokus (Montfort 2023, S.5). Diese Maßnahmen betreffen nicht nur ökonomische Interessen, sondern berühren grundlegende Prinzipien von Fairness und gesellschaftlicher Legitimität (Smith et al. 2024, S.980).

Levermanns Konzept der Faltungsgrenzen adressiert diese Doppelperspektive, indem es ökologische Notwendigkeiten mit sozialem Ausgleich verbindet (Levermann 2023, S:65).

Innerhalb ökologischer Obergrenzen sollen Freiheitsräume kreativ genutzt werden, während externe Belastungen reduziert werden (Centrum3 2023, S.2). Dieses Konzept beruht



zudem auf Gerechtigkeitsprinzipien, da es insbesondere von wohlhabenden Bevölkerungsgruppen stärkere Einschränkungen fordert (Levermann 2023, S.78).

Empirische Untersuchungen zeigen, dass die Akzeptanz tiefgreifender Klimapolitik maßgeblich von politischen Einstellungen sowie normativen Überzeugungen wie dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit abhängt (Montfort 2023, S. 7). Diese Erkenntnis verdeutlicht die gesellschaftliche Relevanz, Einstellungen zu Faltungsgrenzen differenziert zu analysieren.

1.2 Problemstellung

Der bisherige Forschungsstand zur Akzeptanz von Klimapolitik fokussiert vor allem auf einzelne Instrumente wie CO₂-Steuern oder auf allgemeine Haltungen gegenüber Klimawandel (Smith et al. 2024, S.977). Für die spezifischen, strukturell radikaleren Faltungsgrenzen nach Levermann existiert bislang keine systematische empirische Analyse.

Insbesondere ist unklar, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, differenziert nach Bildung, Einkommen, Alter und politischer Orientierung, auf diese Maßnahmen reagieren. Frühere Metastudien zeigen, dass Wertorientierungen und Ideologien (etwa linke Orientierung und Betonung sozialer Gerechtigkeit) wesentlich stärker die Akzeptanz beeinflussen als klassische demografische Parameter (Montfort 2023, S.7; Dertwinkel-Kalt et al. 2025, S.5).

Die vorliegende Seminararbeit adressiert diese Forschungslücke, indem sie untersucht, welche sozialen und ideologischen Faktoren die Zustimmung zu fünf spezifischen Faltungsgrenzen beeinflussen. Ziel ist es, Unterschiede zwischen sozialen Gruppen sichtbar zu machen und herauszufinden, welche Faktoren den größten Einfluss auf die Akzeptanz haben, um daraus Empfehlungen für die politische Kommunikation nachhaltiger Politik abzuleiten.



1.3 Forschungsfrage und Hypothesen

Vor dem Hintergrund der zuvor beschriebenen Problemstellung lautet die zentrale Forschungsfrage:

„Wie bewerten Menschen aus verschiedenen sozialen Gruppen konkrete Nachhaltigkeitsmaßnahmen (Faltungsgrenzen), und welche Rolle spielen dabei Bildung, Einkommen, Alter und politische Orientierung?“

Zur Beantwortung dieser Frage werden folgende Hypothesen geprüft:

1. Höhere Bildung steht in positivem Zusammenhang mit höherer Zustimmung zu den Faltungsgrenzen.
2. Höheres Einkommen führt zu einer stärkeren Zustimmung.
3. Jüngere Befragte zeigen eine höhere Zustimmung als ältere.
4. Eine linke politische Orientierung geht mit höherer Zustimmung einher.

Die empirische Überprüfung erfolgt anhand einer quantitativen Online-Befragung, die sowohl Einstellungen zu fünf spezifischen Faltungsgrenzen als auch relevante soziodemografische und ideologische Variablen erfasst.

2 Theoretischer Rahmen

2.1 Das Prinzip der Faltung

In seinem Werk „Die Faltung der Welt“ entwickelt Levermann (2023, S.15) ein innovatives Konzept, das auf dem mathematischen Prinzip der Faltung basiert. Dieses Prinzip beschreibt, wie innerhalb einer begrenzten Welt unendliche Entwicklung möglich ist, indem Wachstum nicht linear, sondern chaotisch-fraktal verläuft (Levermann 2023, S:23). Levermann argumentiert, dass klar definierte Faltungsgrenzen notwendig sind, um die Überschreitung planetarer Belastungsgrenzen zu verhindern und gleichzeitig soziale Stabilität zu sichern (Levermann 2023, S.43-52). Die vorgeschlagenen Faltungsgrenzen beziehen sich auf zentrale Bereiche: CO2-Emissionen, Rohstoffabbau, Unternehmensgröße, Einkommen und Erbschaften.

Diese Grenzen sollen Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer sich Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltig entwickeln können, ohne dass einzelne Akteure übermäßig profitieren oder ökologische Schäden verursachen. Der Ansatz verbindet ökologische Notwendigkeit mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und sieht Beschränkungen nicht



als Einschränkung, sondern als Grundlage für eine kreative und gerechte Weiterentwicklung (Levermann 2023, S.78; LangLieder 2023, S.1; RiffReporter 2023, S.2).

2.2 Theoretischer Vergleich

In politischen Debatten gewinnen Themen wie Reichenbesteuerung, Maximaleinkommen und die Begrenzung von Erbschaften zunehmend an Relevanz (Montfort 2023, S. 5). Diese Maßnahmen betreffen nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der fairen Verteilung von Freiheit und Ressourcen (Smith et al. 2024, S.980). Der gesellschaftliche Diskurs über Umverteilung spiegelt das wachsende Bewusstsein für die Notwendigkeit wider, ökonomische Ungleichheiten zu verringern und gleichzeitig ökologische Ziele zu erreichen (Smith et al. 2024, S.979-980).

Empirische Forschung zur politischen Akzeptanz von Klimamaßnahmen zeigt, dass nicht primär demografische Merkmale, sondern vor allem politische Ideologien und individuelle Werteorientierungen entscheidend für die Unterstützung restriktiver Maßnahmen sind (Montfort 2023, S. 7; Dertwinkel-Kalt et al. 2025, S. 3).

Menschen mit egalitären Wertvorstellungen oder einer linken politischen Orientierung zeigen tendenziell eine höhere Zustimmung zu tiefgreifenden Klimamaßnahmen (Dertwinkel-Kalt et al. 2025, S. 3). Ältere oder einkommensstärkere Befragte zeigen tendenziell eine geringere Zustimmung zu restriktiven Klimamaßnahmen, wobei dieser Zusammenhang nicht in allen Untersuchungen eindeutig belegt werden kann (Franzen & Vogl 2013; Montfort 2023, S. 7).

Die Diskussionen um konkrete Faltungsgrenzen reflektieren diese Spannungsfelder. Befürworter betonen, dass die Maßnahmen ökologische Integrität und soziale Fairness fördern. Kritiker warnen hingegen vor Eingriffen in individuelle Freiheitsrechte und möglichen negativen Auswirkungen auf ökonomische Effizienz (Spiegel 2023, S.1; Markt und Mittelstand 2023, S.1).

Im Unterschied zu Levermanns Ansatz, der klare Faltungsgrenzen als sozial-ökologische Leitplanken definiert, betonen andere Nachhaltigkeitstheorien wie die planetaren Grenzen nach Rockström (2009), dass globale ökologische Schwellenwerte eingehalten werden müssen, ohne jedoch konkrete gesellschaftliche Mechanismen für deren Umsetzung vorzuschlagen.



3 Methode

3.1 Forschungsdesign

Zur systematischen Untersuchung der Akzeptanz der zuvor beschriebenen Faltungsgrenzen wurde ein quantitatives, hypothesentestendes Forschungsdesign gewählt. Die Entscheidung für eine quantitative Online-Befragung basiert auf ihrer Eignung, eine große Anzahl an Befragten effizient zu erreichen und strukturierte, generalisierbare Daten zu generieren (Möhring/ Schlütz 2025, S.149). Das gewählte Forschungsdesign erlaubt die empirische Überprüfung kausaler Hypothesen über Zusammenhänge zwischen soziodemografischen sowie ideologischen Merkmalen und der Zustimmung zu den vorgeschlagenen Faltungsgrenzen. Somit trägt es direkt zur Schließung der Forschungslücke hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz radikaler nachhaltigkeitspolitischer Instrumente bei.

3.2 Operationalisierung und Fragebogenstruktur

Die Operationalisierung der zentralen Hypothesen erfolgt über einen standardisierten Fragebogen. Alle Einstellungsfragen (Fragen 14 bis 33) nutzen eine fünfstufige Likert-Skala von „Stimme zu“ (Rang 5) bis „Stimme nicht zu“ (Rang 1) und sind damit ordinal skaliert (Schuster 2010, S. 178-180). Sie eignen sich für nicht-parametrische Analysen. Auch die Fragen zu persönlichen Werten und Einstellungen (Fragen 9 bis 13) folgen diesem Format. Sie lauten:

- „Reichtum sollte stärker besteuert werden, um gesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren“
- „Soziale Gerechtigkeit ist mir wichtiger als individuelle Freiheit“
- „Wer mehr hat, sollte auch mehr zum Gesamtwohl beitragen“
- „In einer gerechten Gesellschaft sollte es Einkommensgrenzen nach oben geben“
- „Ich bin bereit, persönliche Einschränkungen für den Klimaschutz in Kauf zu nehmen“

Die soziodemografischen Merkmale wurden wie folgt operationalisiert:

- Politische Orientierung (Frage 1): fünfstufige Skala zur Selbstverortung: Links (Rang 1), Eher links (Rang 2), Mitte (Rang 3), Eher rechts (Rang 4), Rechts (Rang 5)
- Alter (Frage 2): Metrisch



- Geschlecht (Frage 3): Kategorial erfasst. Männlich wird als Wert 0 aufgefasst und weiblich als Wert 1, um Aussagen über Zusammenhänge treffen zu können. Es wurde keine Antwort mit „Divers“ erfasst.
- Bildungsabschluss (Frage 4): Kategorial erfasst. Durch Bildungshierarchie in sieben Ränge übersetbar: Kein Abschluss (Rang 1), Hauptschulabschluss (Rang 2), Realschulabschluss (Rang 3), (Fach-) Abitur (Rang 4), Bachelor (Rang 5), Master (Rang 6), Promotion (Rang 7)
- Einkommen (Frage 5): Verwendung von fünf abgestuften Einkommensgruppen (i.A. Institut der Deutschen Wirtschaft 2025): Unter 2.600 € (Rang 1), 2.600 bis 3.500 € (Rang 2), 3.500 bis 6.500 € (Rang 3), 6.500 bis 10.900 € (Rang 4), Über 10.900 € (Rang 5)
- Wohnortgröße (Frage 6): Verwendung von vier abgestuften Kategorien nach Einwohnern (i.A. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2025): Unter 5.000 (Rang 1), 5.000 – 20.000 (Rang 2), 20.000 – 100.000 (Rang 3), Über 100.000 (Rang 4)

Auf die soziodemografischen und einstellungs- und wertebezogenen Fragen folgten die Fragen zu den fünf Faltungsgrenzen. Die Faltungsgrenzen wurden in der folgenden Reihenfolge abgefragt:

1. Verbot fossiler Energieträger (Fragen 14-17)
2. Begrenzung von Erbschaften (Fragen 18-21)
3. Einführung eines Maximaleinkommens (Fragen 22-25)
4. Begrenzung von Unternehmensgrößen (Fragen 26-29)
5. Einstellung industriellen Rohstoffabbaus (Fragen 30-33)

Um die Hypothesen valide zu testen, wurden für jede der fünf Faltungsgrenzen spezifische Items entwickelt, die Zustimmung und Gründe der Zustimmung differenziert abbilden. Die abhängige Variable „Akzeptanz der Faltungsgrenzen“ wurde über die jeweils erste Frage jeder thematischen Fragebatterie operationalisiert. Die Variablen „Umweltbewusstsein“, „persönliche Betroffenheit“ und „Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit“ wurden mittels der jeweils folgenden drei Fragen jeder Batterie erfasst. Diese klare Strukturierung des Fragebogens erleichtert die Zuweisung der Items zu den Hypothesen. Diese Differenzierung ermöglicht darüber hinaus die getrennte Analyse affektiver Zustimmung und kognitiver Begründungsmuster.



3.3 Stichproben und Erhebungsverfahren

Die Rekrutierung der Stichprobe erfolgte mittels einer Online-Befragung, die durch Convenience Sampling und Schneeballverfahren verbreitet wurde. Dieses Verfahren ermöglicht eine breite Streuung in verschiedenen Bevölkerungssegmenten, wobei gleichzeitig mögliche methodische Verzerrungen durch den „digital divide“ sowie Selektivität der Stichprobe berücksichtigt werden müssen. Trotz dieser methodischen Einschränkungen erlaubt die gewählte Vorgehensweise belastbare Ergebnisse im Rahmen der gegebenen Forschungsressourcen (Eid et al 2017, S. 235-245; Berekoven et al. 2009, S. 106-109).

3.4 Auswertung

Zur statistischen Auswertung der ordinal skalierten Daten wird die Rangkorrelation nach Spearman eingesetzt. Die Wahl dieser Methode begründet sich sowohl aus dem Skalenniveau der erhobenen Daten als auch aus den theoretischen Annahmen über die zu untersuchenden Zusammenhänge. Da ein Großteil der erhobenen Variablen mittels Likert-Skalen erfasst wurde, liegen ordinalskalierte Daten vor. Parametrische Verfahren wie die Pearson-Korrelation setzen hingegen Intervallskalierung und Normalverteilung voraus (Schuster 2010, S. 178-180). Spearmans Rangkorrelation ist ein nicht-parametrisches Verfahren, das robuste Ergebnisse auch bei Verletzung dieser Voraussetzungen liefert. Es misst Stärke und Richtung eines monotonen Zusammenhangs zwischen zwei Variablen, ohne dass lineare Beziehungen vorausgesetzt werden, was ideal für die verwendeten Likert-Items ist, bei denen keine exakten Abstände zwischen den Antwortkategorien bestehen. Zudem ist es gegenüber Ausreißern weniger sensitiv als beispielsweise Pearsons R, da es auf Rängen basiert (Field, 2009, S. 179-181; de Winter et al. 2016, S. 10-11). Ein weiterer Vorteil liegt in der Interpretation der Ergebnisse. Die Spearman-Korrelation ermöglicht eine differenzierte Einschätzung auch bei schwachen bis mittleren Zusammenhängen, die in sozialwissenschaftlichen Kontexten häufig zu beobachten sind. Sie bietet somit ein realitätsnahes, theoriekonformes Maß zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen, insbesondere in explorativem Kontext, in dem die Form des Zusammenhangs nicht eindeutig spezifiziert ist (Murray 2013, S. 260-262). Spearmans Rangkorrelation berechnet sich wie folgt:



$$r_s = 1 - \frac{6 \sum_{i=1}^n d_i^2}{n(n^2 - 1)}$$

Formel 1: Rangkorrelation nach Spearman (Puhani 2025, S. 61)

Mit „ d_i “ als Rangdifferenz zwischen den Variablenpaaren und „ n “ als Stichprobengröße. Die Berechnung erfolgt mithilfe der Statistiksoftware „Jamovi“, die auf der Programmiersprache „R“ basiert und die Spearman-Rangkorrelation über die `cor.test`-Funktion berechnet (Schlegel 2025, S. 133). Jamovi errechnet das Signifikanzmaß „ p “ mithilfe der t -Verteilung, wobei folgende statistische Hypothesen geprüft werden (Schuster, 2010, S.178):

- Nullhypothese (H_0): Kein monotoner Zusammenhang ($p=0$)
- Alternativhypothese (H_1): Monotoner Zusammenhang existiert ($p \neq 0$)

Die Berechnung des t -Werts erfolgt mittels der Formel:

$$t = \frac{r_s \cdot \sqrt{n - 2}}{\sqrt{1 - r_s^2}}$$

Formel 2: Ermittlung t -Wert für Vergleich ordinaler Daten (Schuster 2010, S. 178)

Mit „ $n-2$ “ Freiheitsgraden. Die Interpretation der ermittelten Korrelationskoeffizienten orientiert sich an Cohen (Cohen 1988, S. 82):

- $r_s > 0,5$ bedeutet einen starken Zusammenhang
- $0,3 \leq r_s \leq 0,5$ bedeutet einen moderaten Zusammenhang
- $r_s < 0,3$ bedeutet einen schwachen Zusammenhang

Signifikante Ergebnisse ($p < 0,05$) werden als empirische Evidenz für die jeweilige Hypothese interpretiert. Nicht-signifikante Ergebnisse ($p \geq 0,05$) indizieren hingegen, dass im vorliegenden Datensatz kein ausreichender Beleg für die Annahme eines Zusammenhangs gefunden werden konnte (Hellwig 2024, S. 55-56; Murray 2013, S. 260-262). Diese Ergebnisse sind kritisch zu reflektieren und im Hinblick auf praktische und theoretische Implikationen sorgfältig einzuordnen. Abschließend ist zu beachten, dass die Berechnung des Signifikanzniveaus durch Jamovi insbesondere bei kleineren Stichproben Limitierungen aufweist.



gen unterliegt. Es empfiehlt sich daher, diese Limitationen bei der Interpretation der Ergebnisse kritisch zu berücksichtigen und bei weiterführenden Analysen gegebenenfalls robustere statistische Tests wie Permutationstests einzusetzen.

4 Zentrale Erkenntnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung detailliert dargestellt. Die Basis bilden 117 vollständig ausgefüllte Fragebögen. Für jede der fünf untersuchten Faltungsgrenzen wird zunächst die Verteilung der Antworten auf die Einstellungsfrage dargestellt, anschließend werden zentrale statistische Zusammenhänge mit den soziodemografischen und ideologischen Variablen aufgezeigt.

4.1 Verbot fossiler Energieträger

Die Ergebnisse zur Unterstützung eines Verbots fossiler Energieträger zeigen ein geteiltes Bild: 45 % der Befragten stimmten zu, rund ein Drittel lehnte ab, und etwa ein Fünftel äußerte sich neutral. Bei der Einschätzung der ökologischen Notwendigkeit war die Zustimmung höher, hier bejahten 55 % die Maßnahme, während etwa ein Fünftel widersprach. Auf die Frage nach persönlichen Auswirkungen erwartete rund ein Drittel starke Einschränkungen, ein weiteres Drittel kaum welche; ein Viertel blieb unentschieden. In Bezug auf die soziale Gerechtigkeit überwog eine neutrale bis kritische Haltung: Etwa ein Drittel bewertete die Maßnahme als gerecht, ein ähnlich großer Anteil als ungerecht.

Die Korrelationsanalyse verdeutlicht, dass Zustimmung und Notwendigkeitseinschätzung vor allem mit der politischen Orientierung zusammenhängen ($r_s = -0,392$ bzw. $-0,345$; $p < 0,001$), wobei linke Befragte deutlich zustimmender waren. Der Bildungsabschluss stand schwach positiv mit der Zustimmung in Verbindung ($r_s = 0,222$; $p = 0,016$). Innerhalb der vier Items traten enge Zusammenhänge auf, insbesondere zwischen ökologischer Notwendigkeit und sozialer Gerechtigkeit sowie zwischen Zustimmung und Gerechtigkeitseinschätzung.

4.2 Begrenzung von Erbschaften

Bei der Frage nach der Unterstützung einer gesetzlichen Begrenzung von Erbschaften zeigte sich eine überwiegend kritische Haltung. Fast 40 % der Befragten stimmten zu, während mehr als die Hälfte ablehnte; 10 % wählten die neutrale Kategorie. Deutlicher fiel das



Ergebnis bei der Einschätzung der Notwendigkeit aus: Hier lag die Zustimmung bei 46 %, während 40 % widersprachen und 15 % neutral blieben. Hinsichtlich der erwarteten persönlichen Betroffenheit überwog eine ablehnende Haltung: Eine Mehrheit der Befragten sah keine oder nur geringe Einschränkungen, während nur eine Minderheit (15 %) Auswirkungen erwartete. Bei der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit zeigte sich ein geteiltes Bild: Fast die Hälfte (47 %) sah die Maßnahme als gerecht an, während 40 % sie als ungerecht bewertete; der Rest (14 %) entschied sich neutral.

Die Korrelationsanalyse macht deutlich, dass vor allem die politische Orientierung mit den Antworten zusammenhängt. Linke Befragte unterstützten die Maßnahme signifikant häufiger, sowohl bei der Zustimmung ($r_s = -0,403$; $p < 0,001$) als auch bei der Einschätzung der Notwendigkeit ($r_s = -0,409$; $p < 0,001$) und der Gerechtigkeit ($r_s = -0,371$; $p < 0,001$). Einkommen, Alter, Geschlecht und Wohnortgröße wiesen keine bedeutsamen Zusammenhänge auf. Zwischen den vier Items traten enge interne Zusammenhänge auf, insbesondere zwischen Zustimmung und der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit.

4.3 Einführung eines Maximaleinkommens

Bei der Frage zur Einführung eines Maximaleinkommens zeigte sich eine stark polarisierte Verteilung. Etwa ein Drittel der Befragten lehnte die Maßnahme klar ab, weitere rund 20 % eher; zusammen ergab dies eine Mehrheit von mehr als der Hälfte. Zustimmung äußerten insgesamt gut 30 %, während etwa 10 % neutral blieben. Bei der Einschätzung der Notwendigkeit ergab sich ein ähnliches Bild: Rund 40 % sprachen sich dafür aus, während knapp die Hälfte widersprach und ein kleinerer Teil neutral blieb. Hinsichtlich der persönlichen Betroffenheit gab eine Mehrheit an, keine oder nur geringe Einschränkungen zu erwarten, während eine Minderheit starke Auswirkungen sah. In der Frage der sozialen Gerechtigkeit war die Zustimmung größer als bei den anderen Aspekten: Knapp die Hälfte bewertete das Maximaleinkommen als gerecht, ein Drittel lehnte diese Einschätzung ab, und der Rest blieb neutral.

Bei der dritten Faltungsgrenze ergaben sich mehrere signifikante Zusammenhänge. Die Zustimmung zur Einführung eines Maximaleinkommens korrelierte negativ mit der politischen Orientierung ($r_s = -0,313$; $p < 0,001$), was bedeutet, dass linke Befragte deutlich häufiger zustimmten. Gleichzeitig zeigte sich ein schwacher positiver Zusammenhang mit dem Alter ($r_s = 0,214$; $p = 0,022$). Auch die Wahrnehmung der Notwendigkeit, soziale Ungleichheit zu verringern, stand in einem negativen Zusammenhang mit der politischen Orientierung ($r_s = -0,256$; $p = 0,005$), sodass Befragte mit linker Orientierung die Maßnahme



eher als notwendig betrachteten. Die Einschätzung möglicher Einschränkungen der eigenen Lebensweise wies dagegen einen positiven Zusammenhang mit der politischen Orientierung auf ($r_s = 0,278$; $p = .002$) und einen negativen mit dem Einkommen ($r_s = -0,186$; $p = 0,045$), womit rechts orientierte und einkommensschwächere Befragte eher Einschränkungen erwarteten. Schließlich zeigte auch die Bewertung der sozialen Gerechtigkeit deutliche Effekte: Ein starker negativer Zusammenhang zur politischen Orientierung ($r_s = -0,373$; $p < 0,001$) und ein schwächerer negativer Zusammenhang mit dem Einkommen ($r_s = -0,198$; $p = 0,033$) verdeutlichen, dass linke und einkommensschwächere Befragte die Maßnahme häufiger als gerecht einstuften.

4.4 Begrenzung von Unternehmensgrößen

Die Frage nach einer Begrenzung von Unternehmensgrößen wurde von der Mehrheit der Befragten ablehnend beantwortet. Insgesamt rund zwei Drittel sprachen sich gegen die Maßnahme aus, während nur etwa 15 % Zustimmung äußerten; knapp 20 % verhielten sich neutral. Auch bei der Einschätzung der Notwendigkeit überwog die Ablehnung deutlich: Nur etwa ein Viertel sah die Maßnahme, als erforderlich an, während über die Hälfte widersprach und der Rest neutral blieb. Bei der erwarteten persönlichen Betroffenheit gaben die meisten Befragten an, keine oder nur geringe Einschränkungen zu erwarten; nur ein kleiner Teil rechnete mit spürbaren Auswirkungen. Hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit zeigte sich ein geteiltes Bild: Etwa ein Drittel bewertete die Maßnahme als gerecht, während eine ähnliche Größenordnung sie als ungerecht ansah, und viele Befragte entschieden sich für die neutrale Kategorie.

Die Korrelationsanalyse zur vierten Faltungsgrenze zeigt, dass Zustimmung und Bewertungen eng mit der politischen Orientierung verbunden sind: Linke Befragte stimmten eher zu und bewerteten die Maßnahme häufiger als gerecht ($r_s = -0,273$; $p = 0,003$). Bei der Einschätzung persönlicher Einschränkungen ergab sich ein positiver Zusammenhang zur politischen Orientierung ($r_s = 0,223$; $p = 0,016$), sodass rechts orientierte Befragte häufiger Einschränkungen erwarteten. Darüber hinaus spielte auch das Geschlecht eine Rolle: Für die Zustimmung zur Maßnahme ergab sich ein signifikanter positiver Zusammenhang ($r_s = 0,328$; $p < 0,001$), und auch bei der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit zeigte sich ein positiver Zusammenhang ($r_s = 0,273$; $p = 0,003$), wobei weibliche Befragte jeweils häufiger Zustimmung äußerten. Alter, Bildungsabschluss und Einkommen zeigten dagegen nur schwache oder keine Effekte. Zwischen den Items selbst bestanden enge Zusammenhänge, insbesondere zwischen Zustimmung, Notwendigkeit und Gerechtigkeit.



4.5 Einstellung industriellen Rohstoffabbaus

Die Begrenzung des industriellen Rohstoffabbaus stieß in der Befragung überwiegend auf Ablehnung. Insgesamt äußerten rund 60 % der Befragten keine Zustimmung, während gut 20 % die Maßnahme befürworteten und etwa 15 % neutral blieben. Bei der Einschätzung der ökologischen Notwendigkeit zeigte sich eine etwas höhere Zustimmung: Etwa 35 % hielten die Maßnahme für erforderlich, rund die Hälfte widersprach und der Rest blieb neutral. Hinsichtlich der persönlichen Betroffenheit erwartete die Mehrheit keine oder nur geringe Einschränkungen, während eine kleinere Gruppe deutliche Veränderungen angab. In Bezug auf die soziale Gerechtigkeit waren die Antworten breit gestreut: Rund ein Drittel bewertete die Maßnahme als gerecht, ein weiteres Drittel als ungerecht, und ein ähnlich großer Teil entschied sich für eine neutrale Haltung.

Bei der fünften Faltungsgrenze zeigten sich mehrere signifikante Zusammenhänge. Die Einschätzung der ökologischen Notwendigkeit korrelierte negativ mit der politischen Orientierung ($r_s = -0,296$; $p = 0,001$), sodass Befragte mit linker Selbsteinstufung die Maßnahme häufiger für notwendig hielten. Auch die Bewertung der sozialen Gerechtigkeit stand in einem negativen Zusammenhang zur politischen Orientierung ($r_s = -0,211$; $p = 0,022$): Linke Befragte betrachteten die Maßnahme eher als gerecht. Zudem ergab sich ein negativer Zusammenhang mit dem Bildungsabschluss ($r_s = -0,239$; $p = 0,010$), wodurch Personen mit höherem Bildungsniveau die Maßnahme seltener als gerecht einstuften. Alter und Geschlecht hatten dagegen keinen vergleichbaren Einfluss.

5 Diskussion

Die Befragung hat gezeigt, dass die Akzeptanz der untersuchten Faltungsgrenzen stark von der Art der Maßnahme und von politischen Grundhaltungen abhängt. Im Folgenden werden die Ergebnisse entlang der formulierten Hypothesen diskutiert und mit bisherigen Forschungserkenntnissen in Beziehung gesetzt.

Hypothese 1: Ein höherer Bildungsabschluss führt zu einer höheren Zustimmung zu den Faltungsgrenzen.

Die Daten zeigen, dass der Einfluss der Bildung auf die Zustimmung insgesamt gering und inkonsistent ist. Beim Verbot fossiler Energieträger ergab sich ein schwach positiver Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Zustimmung ($r_s = 0,222$; $p = 0,016$). Beim Maximaleinkommen zeigten sich dagegen mehrere schwach negative Zusammenhänge: Sowohl bei der Einschätzung der Notwendigkeit ($r_s = -0,190$; $p = 0,040$), als auch bei der



erwarteten Betroffenheit ($r_s = -0,186$; $p = 0,045$) und der Gerechtigkeitsbewertung ($r_s = -0,198$; $p = 0,033$) nahmen Personen mit höherem Bildungsniveau weniger zustimmende Positionen ein. Auch bei der Begrenzung von Unternehmensgrößen traten negative Zusammenhänge auf: Sowohl bei der Wahrnehmung der Notwendigkeit ($r_s = -0,214$; $p = 0,020$) als auch bei der Einschätzung der Gerechtigkeit ($r_s = -0,223$; $p = 0,016$) bewerteten höher Gebildete die Maßnahme kritischer. Schließlich zeigte sich bei der fünften Faltungsgrenze (Rohstoffabbau) ebenfalls ein negativer Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Gerechtigkeitsbewertung ($r_s = -0,239$; $p = 0,010$). Zusammengenommen deuten diese Befunde darauf hin, dass Bildung nur in Ausnahmefällen zu mehr Zustimmung führt, häufiger jedoch mit einer kritischeren Haltung gegenüber den untersuchten Maßnahmen verbunden ist. Damit kann Hypothese 1 nicht bestätigt werden.

Hypothese 2: Ein höheres Einkommen geht mit größerer Zustimmung einher.

Die Analyse zeigt, dass diese Hypothese nicht bestätigt werden kann. Für keine der untersuchten Faltungsgrenzen ergaben sich signifikante Zusammenhänge zwischen Einkommen und Zustimmung. Einzelne schwache Korrelationen blieben statistisch unbedeutend und weisen kein konsistentes Muster auf. Damit lässt sich festhalten, dass das Einkommen keinen relevanten Einfluss auf die Bewertung der Maßnahmen hatte.

Hypothese 3: Jüngere Befragte stimmen den Maßnahmen stärker zu als ältere.

Diese Hypothese konnte weitgehend nicht bestätigt werden. Für die meisten Faltungsgrenzen ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge zwischen Alter und Zustimmung. Ein einzelner schwacher Effekt trat lediglich beim Maximaleinkommen auf, wo ein positiver Zusammenhang mit dem Alter bestand ($r_s = 0,214$; $p = 0,022$). Dies bedeutet, dass eher ältere Befragte die Maßnahme unterstützten – und nicht, wie in der Hypothese erwartet, jüngere. Damit zeigt sich, dass das Alter insgesamt keinen systematischen Einfluss auf die Bewertung der Maßnahmen hatte und Hypothese 3 zurückgewiesen werden muss. Dies steht teilweise im Gegensatz zu Befunden aus der Klimaforschung, wo Altersunterschiede deutlicher ausgeprägt sind (vgl. Lee et al. 2020).

Hypothese 4: Linke politische Orientierung führt zu höherer Zustimmung.

Diese Hypothese konnte klar bestätigt werden. In allen fünf Faltungsgrenzen zeigten sich signifikant negative Zusammenhänge zwischen politischer Orientierung (Skala: links-rechts) und Zustimmung. Besonders stark war der Effekt bei der Begrenzung von Erbschaften ($r_s = -0,403$ bis $-0,409$; $p < 0,001$), gefolgt vom Maximaleinkommen ($r_s = -0,313$ bis $-0,373$; $p < 0,001$) und dem Verbot fossiler Energieträger ($r_s = -0,392$ bzw. $-0,345$; p

$< 0,001$). Auch bei der Begrenzung von Unternehmensgrößen ($r_s = -0,27$; $p = 0,003$) und beim Rohstoffabbau ($r_s = -0,296$ bzw. $-0,211$; $p \leq 0,022$) waren die Zusammenhänge deutlich. Damit ist die politische Orientierung der konsistent stärkste Prädiktor für die Akzeptanz der untersuchten Maßnahmen: Je linker die Befragten, desto höher die Zustimmung. Dieser Befund deckt sich mit der internationalen Forschung, die die politische Ideologie als zentralen Prädiktor für die Unterstützung klimapolitischer Maßnahmen hervorhebt (vgl. Roe et al. 2021; Schaffrin et al. 2024).

Gesamteinschätzung

Die Hypothesenprüfung zeigt, dass klassische soziodemografische Faktoren wie Bildung, Einkommen oder Alter nur geringe und inkonsistente Effekte auf die Akzeptanz von Faltungsgrenzen haben. Deutlich sticht hingegen die politische Orientierung hervor, die sich als durchgehend stärkster Prädiktor erwies. Zustimmung oder Ablehnung hängen damit weniger von sozialen Merkmalen, sondern vor allem von ideologischen Überzeugungen ab. Faltungsgrenzen sind somit nicht nur als ökologische oder ökonomische Eingriffe zu verstehen, sondern vor allem als gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die entlang politischer Linien verlaufen.

6 Zusammenfassung

6.1 Beantwortung der Forschungsfrage

Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass die Bewertungen je nach Art der Maßnahme stark variieren. Das Verbot fossiler Energieträger fand mit 45 % Zustimmung die größte Unterstützung, während vor allem distributive Maßnahmen wie die Begrenzung von Erbschaften oder die Einführung eines Maximaleinkommens überwiegend abgelehnt wurden. Damit sind ökologische Eingriffe tendenziell anschlussfähiger, wohingegen Umverteilungsmaßnahmen besonders polarisieren.

Von den untersuchten Einflussfaktoren erwies sich die **politische Orientierung** als der entscheidende Prädiktor: Je linker sich Befragte einordneten, desto größer war ihre Zustimmung zu allen fünf Faltungsgrenzen. Dieser Effekt zeigte sich konsistent und hochsignifikant. **Bildung** spielte nur in Einzelfällen eine Rolle, etwa bei der Erbschaftsbegrenzung, blieb insgesamt aber nachrangig. Beim **Alter** gab es nur einen einzelnen schwachen Effekt beim Maximaleinkommen. **Einkommen** und **Geschlecht** hatten keinen relevanten Einfluss.



Die Forschungsfrage lässt sich somit wie folgt beantworten: Die gesellschaftliche Resonanz auf Faltungsgrenzen wird nicht durch klassische demografische Merkmale bestimmt, sondern maßgeblich durch normative und ideologische Einstellungen. Politische Orientierung ist der zentrale Faktor für Zustimmung oder Ablehnung.

6.2 Ausblick

Diese Ergebnisse zeigen, dass die Akzeptanz von Faltungsgrenzen vor allem entlang ideologischer Linien verläuft. Für künftige Forschung empfiehlt sich daher, den Einfluss politischer Kommunikation und Rahmung genauer zu untersuchen: Unter welchen Bedingungen lassen sich kontroverse Maßnahmen als gerecht oder notwendig vermitteln? Ergänzend sollten repräsentative und internationale Studien durchgeführt werden, um die Generalisierbarkeit zu erhöhen und kulturelle Unterschiede sichtbar zu machen. Damit kann das Konzept der Faltung weiter auf seine gesellschaftliche Tragfähigkeit hin überprüft werden.



Literaturverzeichnis

- Berekoven, Ludwig; Eckert, Werner; Ellenrieder, Peter (2009): Marktforschung, Methodische Grundlagen und praktische Anwendung, 12. Aufl., Wiesbaden, Gabler
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2025): Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland, Online im Internet, <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html>, Abfrage vom 07.08.2025
- Centrum3 (2023): Rezension: Die Faltung der Welt. Wien: Centrum3, Online im Internet, <https://www.centrum3.at/medientipps/die-faltung-der-welt>, Abfrage vom 28.07.2025
- Cohen, Jacob (1988): STATISTICAL POWER ANALYSIS for the BEHAVIORAL SCIENCES, 2. Aufl., New York, Lawrence Erlbaum Associates
- Dertwinkel-Kalt, M., Köhler, R. & Langen, H. (2025): Public Support for Climate Policies: Ideology and Fairness Considerations. arXiv, Online im Internet, <https://arxiv.org/abs/2503.10821>, Abfrage vom 28.07.2025
- De Winter, Joost C F; Gosling, S.D.; Potter, J.P. (2016): Comparing the Pearson and Spearman correlation coefficients across distributions and sample sizes, A tutorial using simulations and empirical data, Psychological Methods, 21(3)
- Eid, Michael; Gollwitzer, Mario; Schmitt, Manfred (2017): Statistik und Forschungsmethoden: mit Online-Materialien, 4. überarbeitete und erweiterte Aufl., Weinheim, Basel, Beltz
- Field, Andy (2009): DISCOVERING STATISTICS USING SPSS, 3. Aufl., London, SAGE
- Franzen, A.; Vogl, D. (2013): Two Decades of Measuring Environmental Attitudes: A Comparative Analysis of 33 Countries. Global Environmental Change, 23
- Hellwig, Marcus (2024): p-hacking und die Verfälschung statistischer Ergebnisse, Verbesserungsprozesse hinsichtlich Prozessbewertungen, Berlin, Springer
- Institut der Deutschen Wirtschaft (2025): Wer zählt zur Mittelschicht?: Einkommensbasierte Abgrenzung eines uneinheitlichen Begriffs, Online im Internet, <https://www.iwkoeln.de/studien/judith-niehues-maximilian-stockhausen-einkommensbasierte-abgrenzung-eines-uneinheitlichen-begriffs.html>, Abfrage vom 07.08.2025



LangLieder (2023): Besprechung: Die Faltung der Welt von Anders Levermann, Online im Internet, https://langlieder.de/besprechung-faltung-de_r-welt, Abfrage vom 28.07.2025

Lee, K., Gjersoe, N., O'Neill, S., & Barnett, J. (2020). Youth perceptions of climate change: A narrative synthesis. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, 11(3)

Levermann, A. (2023): Die Faltung der Welt – Wie wir die Zukunft retten. Berlin: Ullstein.

Markt und Mittelstand (2023): Diskussion zu Levermanns Konzept der Faltungsgrenzen. , Online im Internet, <https://www.marktundmittelstand.de/levermann-faltungsgrenzen>, Abfrage vom 28.07.2025

Montfort, R. (2023): Determinants of Public Climate Policy Support: A Meta-Review. arXiv, Online im Internet, <https://arxiv.org/abs/2306.10144>, Abfrage vom 28.07.2025

Murray, Jacqueline (2013): Likert Data: What to Use, Parametric or Non-Parametric?, *International Journal of Business and Social Science*, 4(11), S. 258-264

Möhring, Wiebke; Schlütz, Daniela (2025): Die Befragung in der Medien- und Kommunikationswissenschaft, Eine praxisorientierte Einführung, 4. Aufl., Wiesbaden, Springer

Puhani, Josef (2025): Statistik, Einführung mit praktischen Beispielen, 14. Aufl., Wiesbaden, Springer

RiffReporter (2023): Physiker Anders Levermann entwirft nachhaltige Gesellschaft, Online im Internet, <https://www.riffreporter.de>, Abfrage vom 28.07.2025, S. 2

Roe, S., et al. (2021). Land-based measures to mitigate climate change. *Global Change Biology*, 27 (23), S. 6025-6058

Schlegel, Benjamin E. (2025): Sozialwissenschaftliche Datenanalyse, Eine Einführung und fortgeschrittene Modelle mit R, Wiesbaden, Springer

Schaffrin, A., Sewerin, S., & Seubert, S. (2015). Toward a comparative measure of climate policy output, *Policy Studies Journal*, 43(2), S. 257-282

Smith, L. et al. (2024): Public Perceptions of Environmental Limits and Policy Acceptability. *Nature Climate Change*, 14



Spiegel (2023): Kritik an Levermanns Nachhaltigkeitskonzept. Online-Beitrag. [Zugriff am 28.07.2025].

Schuster, Christof (2010): Statistik, für Human- und Sozialwissenschaftler, 7. Aufl., Berlin, Heidelberg, New York, Springer

Utopia (2023): Physiker fordert Faltung der Welt: Mit dem Kapitalismus die Klimakrise bekämpfen, Online im Internet, <https://utopia.de>, Abfrage vom 28.07.2025





Faktoren zur Beeinflussung der Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens

Marius Funk, Dennis Tworuschka



1 Zur Bedeutung von suffizientem Konsumverhalten

1.1 Aktualität des Themas

Angesichts der ökologischen und sozialen Folgen eines wachstumsorientierten Konsumverhaltens rückt die Notwendigkeit nachhaltiger Lebensstile zunehmend in den gesellschaftlichen Fokus (Döring et al., 2022, S. 187). Neben den etablierten Nachhaltigkeitsstrategien der Effizienz und Konsistenz gewinnt insbesondere die Suffizienzstrategie, die auf einen bewussten Verzicht auf Überfluss und eine Reduktion des Konsumniveaus abzielt, an Bedeutung (Jacob, 2025, S. 54).

Trotz ihres Potenzials wird Suffizienz in der breiten Gesellschaft bislang jedoch nur begrenzt umgesetzt oder akzeptiert. Während einige Personen suffiziente Lebensstile bereits praktizieren, wird das Konzept von anderen eher als Einschränkung wahrgenommen (Best, 2024, S. 61). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wer einem suffizienten Lebensstil besonders aufgeschlossen gegenübersteht und welche individuellen, sozialen und kulturellen Faktoren die Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens beeinflussen.

1.2 Zielsetzung der Arbeit

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, jene Faktoren zu identifizieren, welche die Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens beeinflussen. Es wird untersucht, welche Einstellungen, Wahrnehmungen und Einflussgrößen die Bereitschaft von Individuen fördern oder hemmen, suffiziente Lebensweisen im Alltag umzusetzen. Im Mittelpunkt steht die Frage, unter welchen Voraussetzungen Suffizienz nicht als Verzicht, sondern als Beitrag zu mehr Lebensqualität und gesellschaftlicher Verantwortung wahrgenommen wird. Die Ergebnisse sollen ein besseres Verständnis ermöglichen, wie suffizientes Konsumverhalten kommuniziert, politisch unterstützt und gesellschaftlich verankert werden kann.

Die erste Forschungsfrage untersucht, welche individuellen, sozialen und kulturellen Faktoren die Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens beeinflussen. Die zweite Forschungsfrage richtet den Fokus darauf, inwiefern soziale Normen und kulturelle Leitbilder die Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens fördern oder hemmen.



1.3 Gang der Untersuchung

In Kapitel 2 werden zunächst die theoretischen Grundlagen zum Thema suffizienter Konsum dargestellt. Hierzu gehört eine Einordnung der Suffizienz in die bestehenden Nachhaltigkeitsstrategien sowie eine vertiefte Betrachtung der Suffizienz als Strategie nachhaltigen Konsums. Außerdem werden in diesem Kapitel zentrale Einflussfaktoren auf suffizientes Konsumverhalten beleuchtet, um die spätere empirische Analyse einordnen und begründen zu können.

Anschließend wird das methodische Vorgehen in der Arbeit beschrieben. Es wird der gewählte Mixed-Method-Ansatz erläutert, der qualitative und quantitative Forschungsmethoden kombiniert.

In Kapitel 4 erfolgt die Darstellung der Untersuchungsergebnisse. Zunächst werden die wichtigsten Erkenntnisse aus den Interviews zusammengefasst. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Online-Umfrage präsentiert und analysiert. Dabei werden die aus der Theorie und den Interviews abgeleiteten Einflussfaktoren empirisch überprüft und Aussagen über deren Bedeutung für die Akzeptanz suffizienten Konsums abgeleitet.

Das letzte Kapitel der Arbeit enthält eine kritische Reflexion der Ergebnisse. Hier werden die Erkenntnisse in Bezug zur Forschungsfrage kritisch diskutiert und mögliche Einschränkungen der Ergebnisse beschrieben.

2 Theoretische Grundlagen zu suffizientem Konsum

2.1 Konsumkritik und Nachhaltigkeitsstrategien

In Zeiten des Klimawandels, zunehmender Ressourcenknappheit und wachsender sozialer Ungleichheit rückt die Kritik an wachstumsorientierten Wirtschaftsmodellen immer stärker in den Vordergrund (Baur, 2018, S. 160). Besonders seit dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome aus dem Jahr 1972 werden die Folgen unbegrenzten Wirtschaftswachstums diskutiert (Döring et al., 2022, S. 187). Hierdurch wird infrage gestellt, ob ein steigender Konsum tatsächlich mit mehr Wohlstand gleichzusetzen ist (Haller, 2024, S. 414).

Im Rahmen der Diskussion um nachhaltigen Konsum haben sich die drei Nachhaltigkeitsstrategien Effizienz, Konsistenz und Suffizienz etabliert (Jacob, 2025, S. 54). Effizienz zielt darauf ab, mit einem geringeren Ressourcenaufwand den gleichen Nutzen zu erzielen, etwa durch technische Innovationen (Nagel, 2023, S. 123). Die Konsistenzstrategie bezieht



sich auf die Entwicklung von Produkten und Prozessen, die im Einklang mit natürlichen Kreisläufen stehen (Behrendt et al., 2018, S. 13). Die Suffizienzstrategie geht einen Schritt weiter, indem sie das Konsumniveau selbst zum Gegenstand macht. Sie ruft zu einem bewussten Weniger auf und strebt eine Fokussierung auf das Wesentliche an (Oebbecke, 2025, S. 81). Neben Veränderungen im individuellen Konsumverhalten bedarf es auch einer grundlegenden gesellschaftlichen Neuausrichtung (Schneidewind et al., 2013, S. 13).

Im Kontext der Postwachstums- und Degrowth-Debatten wird Suffizienz zunehmend als wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Transformation verstanden. Sie zielt auf eine Veränderung von Lebensstilen, gesellschaftlichen Normen und wirtschaftlichen Strukturen ab (Arnold, 2024, S. 150). Dabei bedeutet Suffizienz nicht ausschließlich Verzicht, sondern betont neue Perspektiven auf Lebensqualität und soziale Werte (Strigl, 2016, S. 218). In diesem Zusammenhang wird auch das wachstumsbasierte Wirtschaftssystem kritisch betrachtet, da es strukturell auf stetiges Wachstum ausgerichtet ist und dadurch die ökologischen Belastungsgrenzen überschreitet (Stengel, 2011, S. 173).

2.2 Suffizienz als Strategie des nachhaltigen Konsums

Suffizienz bezeichnet im Kontext nachhaltigen Konsums die bewusste Entscheidung für einen Lebensstil, der mit einem geringeren Ressourcenverbrauch auskommt und auf das notwendige Maß an Konsum begrenzt ist (Hübner et al., 2019, S. 11). Im Unterschied zu den Strategien der Effizienz und Konsistenz, richtet sich Suffizienz auf individuelle Verhaltensweisen und gesellschaftliche Werte (Strigl, 2016, S. 218). Im Zentrum der Suffizienzstrategie steht die Frage, wie viel genug ist, um ein gutes Leben zu ermöglichen. Der Fokus liegt dabei auf „weniger, aber besser“, also auf Maßhalten, Bedürfnisorientierung und einem bewussten Verzicht auf Überfluss, ohne dabei an Lebensqualität einzubüßen (vgl. Fischer et al., 2013, S. 10).

Menschen, die suffizient leben, streben dabei nicht nur nach einer Reduktion materiellen Konsums, sondern auch nach einer Steigerung immaterieller Lebensqualität. Dazu zählen unter anderem sozialer Zusammenhalt, Achtsamkeit und persönliche Selbstwirksamkeit (Strigl, 2016, S. 218). Ausdruck suffizienten Verhaltens sind unter anderem die Nutzung von Second-Hand-Produkten, minimalistisches Wohnen, autofreies Leben bzw. die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, sowie ein ressourcenschonender Umgang mit Lebensmitteln (Speck, 2016, S. 10).

Trotz ihres Potenzials für nachhaltige Entwicklung wird die Suffizienzstrategie in gesellschaftlichen Debatten häufig als unattraktiv oder unbequem wahrgenommen, da sie auf bewusste Einschränkung, Veränderungen im Alltag und teilweise Verzicht auf gewohnte Konsummuster abzielt (Best, 2024, S. 61). Ihre Wirksamkeit hängt daher vom sozialen, kulturellen und politischen Umfeld ab. Während Maßnahmen zur Effizienzsteigerung vielfach durch Unternehmen umgesetzt werden können, erfordert Suffizienz ein Zusammenspiel aus politischer Rahmensexzung und gesellschaftlicher Akzeptanz. Daraus ergeben sich zentrale Einflussfaktoren, welche suffizientes Konsumverhalten fördern oder behindern können (Speck, 2016, S. 16).

2.3 Einflussfaktoren auf suffizientes Konsumverhalten

Suffizientes Konsumverhalten ist nach Speck (2016, S. 14) das Ergebnis bewusster Entscheidungen, die durch eine Vielzahl von Einflussfaktoren geprägt sind. Dazu zählen persönliche Wertehaltungen, soziale und kulturelle Normen, wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie politische und infrastrukturelle Voraussetzungen. Diese Faktoren können suffizientes Verhalten sowohl fördern als auch hemmen.

Zu den zentralen Einflussgrößen gehört nach Franzen (2024, S. 706) das Umweltbewusstsein eines Individuums. Menschen, die sich der ökologischen und sozialen Folgen ihres Handelns bewusst sind, zeigen tendenziell eher ein suffizient geprägtes Konsumverhalten. Persönliche Werte wie Genügsamkeit, Verantwortung und Solidarität unterstützen diesen Lebensstil zusätzlich. Auch das Bildungsniveau spielt eine Rolle, da ein höherer Bildungsgrad häufig mit größerem Umweltbewusstsein und einer stärkeren Offenheit für nachhaltige Lebensstile einhergeht.

Neben individuellen Merkmalen wirken nach Bergquist et al. (2023, S. 4) auch soziale Normen und das direkte Umfeld auf das Konsumverhalten einer Person. In einem Umfeld, das suffizientes Verhalten positiv bewertet oder vorlebt, steigt die Wahrscheinlichkeit für suffizientes Konsumverhalten. Demgegenüber kann ein stark konsumorientiertes Umfeld suffiziente Lebensweisen erschweren.

Strukturelle Bedingungen haben nach Kühnel et al. (2025, S. 3) ebenfalls einen Einfluss auf suffizienten Konsums. Dazu zählen bspw. der Zugang zu nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen, ausreichende Zeitressourcen sowie finanzielle Möglichkeiten. So ist es einfacher, auf ein eigenes Auto zu verzichten, wenn ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr zur Verfügung steht oder Sharing-Angebote gut ausgebaut sind.



Auch politische und mediale Rahmenbedingungen spielen nach Shekhar et al. (2025, S. 12) eine wichtige Rolle für das nachhaltige Verhalten von Menschen. Politische Maßnahmen wie Informationskampagnen, die Förderung von Sharing-Initiativen oder gezielte finanzielle Anreize können suffizientes Verhalten aktiv unterstützen. Ebenso trägt die mediale Darstellung suffizienter Lebensstile dazu bei, solche Modelle in der Öffentlichkeit sichtbar und gesellschaftlich anschlussfähig zu machen.

3 Methodisches Vorgehen der Arbeit

3.1 Forschungsdesign und methodische Vorgehensweise

Zur Untersuchung der Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens wird ein Mixed-Method-Ansatz gewählt, der qualitative und quantitative Erhebungsverfahren kombiniert. Diese methodische Kombination ermöglicht es, Einstellungen und Wahrnehmungen zu erfassen, welche die Akzeptanz von suffizientem Konsumverhalten fördern. Dieser Ansatz trägt der Tatsache Rechnung, dass Suffizienz nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch im sozialen und politischen Kontext verankert ist. Während qualitative Methoden ein vertieftes Verständnis über Einflussfaktoren ermöglichen, dient die anschließende quantitative Phase der Überprüfung relevanter Einflussfaktoren.

Das methodische Vorgehen erfolgt in zwei aufeinander aufbauenden Phasen. Zunächst werden qualitative Daten erhoben, um zentrale Einflussfaktoren, Einstellungen und Wahrnehmungen von Verbraucher*innen in Bezug auf suffizientes Konsumverhalten herauszuarbeiten. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wird im zweiten Schritt ein quantitativer Fragebogen entwickelt. Die anschließende statistische Auswertung der Umfragedaten erlaubt Rückschlüsse welche Faktoren ein suffizientes Konsumverhalten fördern.

Dieses zweistufige Vorgehen stellt sicher, dass die quantitativen Messinstrumente theorie- und kontextgeleitet entwickelt werden. Zugleich erhöht die Verbindung beider Methoden die Aussagekraft der Forschungsergebnisse. Die konkreten Erhebungs- und Auswertungsverfahren der beiden methodischen Phasen werden in den folgenden Kapiteln detailliert beschrieben.

3.2 Qualitative Forschungsmethoden

Im ersten Schritt der Untersuchung wurden halbstandardisierte Leitfadeninterviews mit Expert*innen aus den Bereichen Nachhaltigkeitsmanagement durchgeführt. Ziel ist es, zentrale Einflussfaktoren für suffizientes Konsumverhalten zu identifizieren. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte unter Berücksichtigung einer möglichst breiten Perspektivenvielfalt. Die Interviewten bringen unterschiedliche berufliche und persönliche Zugänge zum Thema Suffizienz mit. Die Experten sind ein dualer Student im Nachhaltigkeitsmanagement, ein Referent für Umweltpolitik sowie ein Projektmanager Nachhaltigkeit in einem Handelsunternehmen.

Der Interviewleitfaden orientierte sich an etablierten theoretischen Ansätzen der Umweltpsychologie und Soziologie und den bekannten herausgearbeiteten Informationen aus Kapitel 2. Themenschwerpunkte der Leitfragen im Interview waren persönliche Werte und psychologische Barrieren in Bezug auf Suffizienz, kulturelle Leitbilder und gesellschaftliche Normen, Einfluss des sozialen Umfelds und der Medien, Möglichkeiten politischer Unterstützung und Rolle von Bildung und gesellschaftlichen Trends. Die Auswertung der Interviews erfolgte mittels qualitativer Inhaltsanalyse. Die Analyse dient der Ableitung zentraler Einflussfaktoren, die im quantitativen Forschungsschritt überprüft werden.

3.3 Auswertungsverfahren bei der quantitativen Forschung

Aufbauend auf den Erkenntnissen der Literaturrecherche und den qualitativen Befragungen wurde eine standardisierte Online-Befragung entwickelt, um zentrale Einflussfaktoren auf suffizientes Konsumverhalten empirisch zu untersuchen. Die Erhebung wurde im August 2025 mit einer Stichprobe von 128 Teilnehmenden durchgeführt. Zur Gewährleistung der Anonymität kam das Online-Tool Microsoft Forms zum Einsatz.

Die Befragung umfasst soziodemografische Merkmale (z. B. Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Einkommen, Wohnort) sowie eine Vielzahl psychologischer und sozialer Einflussgrößen, die mithilfe von mehrstufigen Likert-Skalen erfasst wurden. Die Skalen messen unter anderem das Nachhaltigkeitsbewusstsein, wahrgenommene soziale Normen, kulturelle Leitbilder, politische Einstellungen sowie individuelle und soziale Barrieren gegenüber suffizientem Konsum.



Die Datenanalyse erfolgt sowohl deskriptiv als auch inferenzstatistisch. Zur Analyse der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Items des Fragebogens wurde eine Korrelationsmatrix erstellt. Grundlage hierfür war die Transformation der erhobenen Likert-Skalen-Antworten in numerische Werte, um die statistische Auswertung zu ermöglichen. Die fünf Antwortkategorien von „Trifft überhaupt nicht zu“ bis „Trifft völlig zu“ wurden entsprechend in den Stufen 1 bis 5 codiert. Durch diese Umwandlung ließ sich jedes Item als ordinale, für die Zwecke der Korrelationsberechnung annähernd intervallskaliertes Merkmal interpretieren.

Im Anschluss wurde für jedes mögliche Item-Paar die Pearson-Korrelation berechnet. Dieses Maß erfasst, inwieweit zwei Variablen gemeinsam variieren und dabei linear miteinander zusammenhängen. Formal ergibt sich der Korrelationskoeffizient aus dem Verhältnis der Kovarianz beider Variablen zu dem Produkt ihrer Standardabweichungen. Die Werte liegen stets zwischen minus eins und plus eins. Während positive Korrelationen anzeigen, dass hohe Werte in einem Item mit hohen Werten in einem anderen Item einhergehen, deuten negative Korrelationen auf gegenläufige Muster hin. Werte nahe null zeigen dagegen das Fehlen eines linearen Zusammenhangs.

Die berechnete Matrix erlaubt damit die Identifikation von Mustern in den Daten. So zeigt bspw. ein positiver Zusammenhang ($r = 0,67$) zwischen den Items „Mir ist es wichtig, umweltfreundlich zu leben“ und „Ich versuche, meinen ökologischen Fußabdruck so gering wie möglich zu halten“, dass Befragte, die hohe Zustimmungswerte bei einem Item angeben, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch beim zweiten Item hohe Zustimmung zeigen.

Insgesamt ermöglicht die Korrelationsmatrix, Wertemuster und Einstellungsdimensionen sichtbar zu machen, die für die Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens von zentraler Bedeutung sind. Darüber hinaus können Gruppenvergleiche durchgeführt werden, um Unterschiede in der Ausprägung suffizienten Konsumverhaltens in Abhängigkeit von Merkmalen oder Faktoren zu analysieren.

4 Ergebnisse der Untersuchung

4.1 Erkenntnisse aus den Interviews

Die Interviews zeigen, dass persönliche Werte, insbesondere Genügsamkeit, ökologische Überzeugungen und Selbstwirksamkeit, zentrale Einflussfaktoren für suffizientes Verhalten darstellen. Gleichzeitig wurde jedoch auch betont, dass zwischen individueller Haltung und tatsächlichem Handeln häufig eine Diskrepanz besteht.

Kulturelle Leitbilder wie Wachstumsorientierung, Statuskonsum und das Ideal des „immer mehr“ stehen dem Prinzip der Suffizienz stark entgegen. Auch psychologische Hürden wie Verlustängste, soziale Vergleichsprozesse und das Bedürfnis nach Zugehörigkeit wurden mehrfach als zentrale Barrieren identifiziert. Politisch wurde deutlich, dass Suffizienz derzeit noch eine untergeordnete Rolle spielt, insbesondere im Vergleich zu Effizienz- und Konsistenzstrategien. Für eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz seien vor allem kommunikative Strategien notwendig. Suffizienz müsse als Gewinn an Lebensqualität, Zeit und Gesundheit vermittelt werden und nicht als reiner Verzicht. Einigkeit besteht auch darüber, dass Suffizienz nur dann zur gesellschaftlichen Norm werden kann, wenn strukturelle Rahmenbedingungen, Bildung, Vorbilder und soziale Erfahrungsräume zusammenspielen. Dabei komme sowohl der Politik als auch den Medien und zivilgesellschaftlichen Akteuren eine zentrale Rolle zu.

Aus den drei Experteninterviews lassen sich fünf zentrale Kategorien ableiten, die das suffiziente Konsumverhalten beeinflussen. Die erste Kategorie umfasst soziodemografische Merkmale der befragten Personen. Die zweite Kategorie bezieht sich auf persönliche Einstellungen zu Natur- und Klimaschutz. Eine weitere Kategorie betrifft mögliche psychologische Hürden, etwa Ängste oder Unsicherheiten, die mit einem suffizienten Konsumverhalten verbunden sein können. Darüber hinaus spielt die Haltung des sozialen Umfelds eine wichtige Rolle. Die letzte Kategorie umfasst die politische Rahmenlage sowie den Einfluss der Medien.

Auf Grundlage der aus den Interviews gewonnenen Erkenntnisse wurde ein Fragebogen entwickelt. Dieser orientierte sich an den beschriebenen fünf Kategorien und enthielt entsprechende Fragen zu jedem Themenbereich. Die Ergebnisse der Umfrage werden im folgenden Kapitel detailliert analysiert.



4.2 Quantitative Untersuchungsdaten

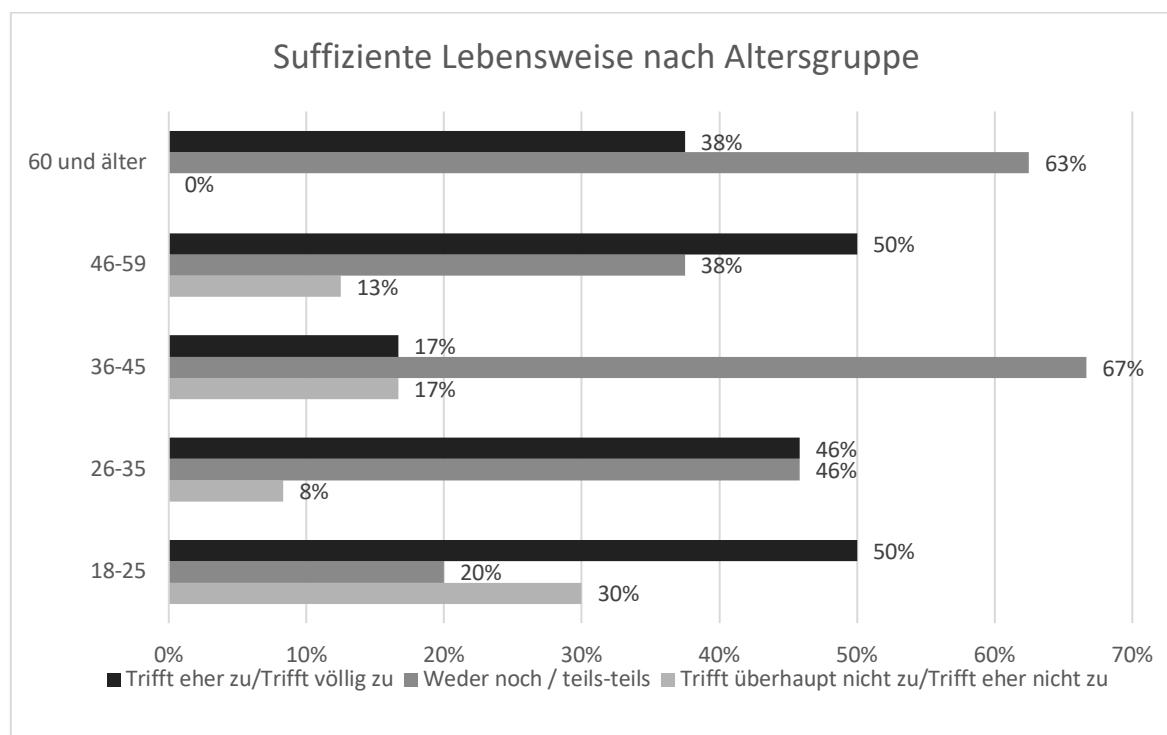
Anhand der in Kapitel 4.1 beschriebenen Kategorien werden im Folgenden die Ergebnisse der Umfrage dargestellt.

An der Befragung beteiligten sich insgesamt 128 Personen, darunter 70 Männer und 58 Frauen. Die Altersverteilung zeigt einen Schwerpunkt in der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen mit 48 Teilnehmenden, gefolgt von der Gruppe der 46- bis 59-Jährigen mit 32 Teilnehmenden. Weitere 20 Personen gehörten der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen an, 12 Personen der Altersgruppe 36 bis 45 Jahre sowie 16 Personen der Gruppe der 60-Jährigen und Älteren.

In der Umfrage wurden die Teilnehmenden gebeten, anzugeben, wie sie zu der Aussage „Ich lebe insgesamt ressourcenschonend und suffizient“ stehen. Die Auswertung der Antworten erfolgte anschließend differenziert nach soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Bildungsstand, Einkommen und Wohnort, um Unterschiede zwischen den Gruppen sichtbar zu machen. In Abbildung 13 sind die Ergebnisse der Umfrage nach Altersgruppe aufgezeigt.

Abbildung 13

Selbsteinschätzung der suffizienten Lebensweise nach Altersgruppe

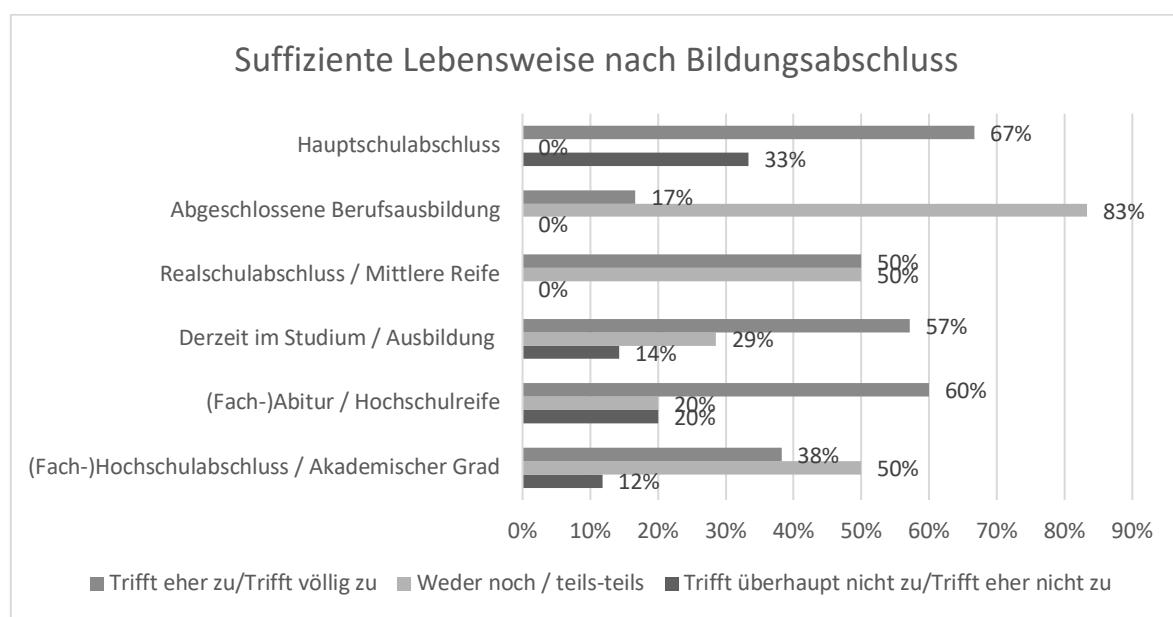


Anmerkung: Eigene Darstellung

Unter den 18- bis 25-Jährigen stimmen 50 Prozent der Aussage zu, suffizient zu leben. In der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen liegt der Anteil bei 46 Prozent. Besonders unentschieden sind die 36- bis 45-Jährigen, von denen rund zwei Drittel „weder noch“ angaben. Bei den 46- bis 59-Jährigen bezeichnet sich die Hälfte als suffizient lebend, während in der Gruppe der über 60-Jährigen 38 Prozent zustimmen und 63 Prozent neutral bleiben. Ablehnungen zum suffizienten Konsumverhalten finden sich in dieser Altersgruppe keine. Auch beim Bildungsstand werden Unterschiede sichtbar, wie in Abbildung 14 ersichtlich.

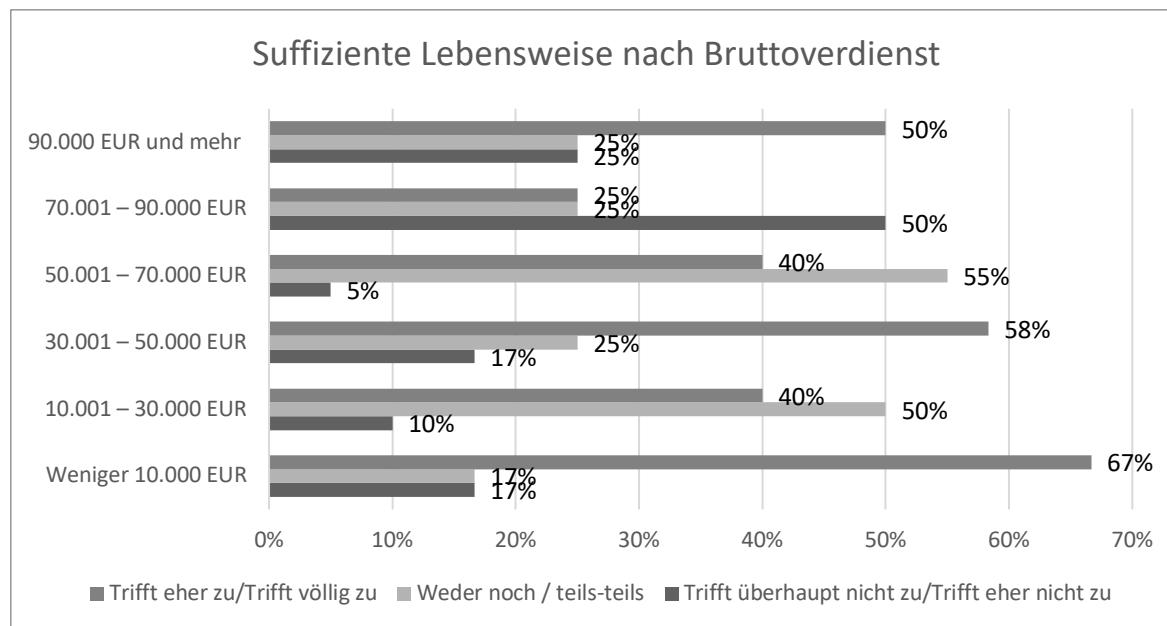
Abbildung 14:

Selbsteinschätzung der suffizienten Lebensweise nach Bildungsabschluss

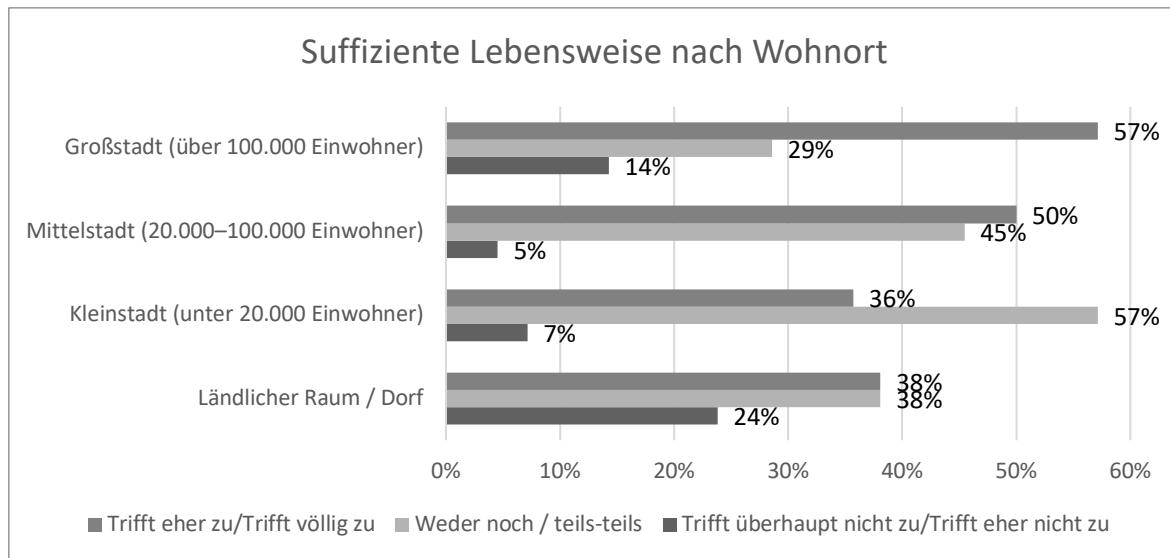


Anmerkung: Eigene Darstellung

Von den Befragten mit (Fach-)Abitur stimmen 60 Prozent zu, suffizient zu leben. Unter Studierenden oder Personen in Ausbildung liegt die Zustimmung bei 57 Prozent, bei Hochschulabsolventen bei 38 Prozent. Personen mit Realschulabschluss stimmen zu 50 Prozent zu, während bei abgeschlossener Berufsausbildung 83 Prozent eine neutrale Position einnehmen. Besonders hoch fällt die Zustimmung bei Hauptschulabschlüssen aus, wo 67 Prozent angeben, suffizient zu leben. Das Einkommen wirkt sich ebenfalls aus, was in Abbildung 15 ersichtlich wird.

Abbildung 15:*Selbsteinschätzung der suffizienten Lebensweise nach Bruttoverdienst**Anmerkung:* Eigene Darstellung

In der niedrigsten Einkommensgruppe unter 10.000 Euro sehen sich 67 Prozent als suffizient lebend, welches auch der höchste Wert aller Einkommensgruppe ist. Bei Einkommen zwischen 30.000 und 50.000 Euro liegt die Zustimmung bei 58 Prozent. In der Gruppe mit 50.001 bis 70.000 Euro stimmen nur 40 Prozent zu, während 55 Prozent neutral bleiben. Bei Einkommen über 90.000 Euro geben 50 Prozent Zustimmung, während jeweils 25 Prozent ablehnen oder unentschieden sind. Auch zwischen Stadt und Land zeigen sich Unterschiede, wie in Abbildung 16 zu sehen ist.

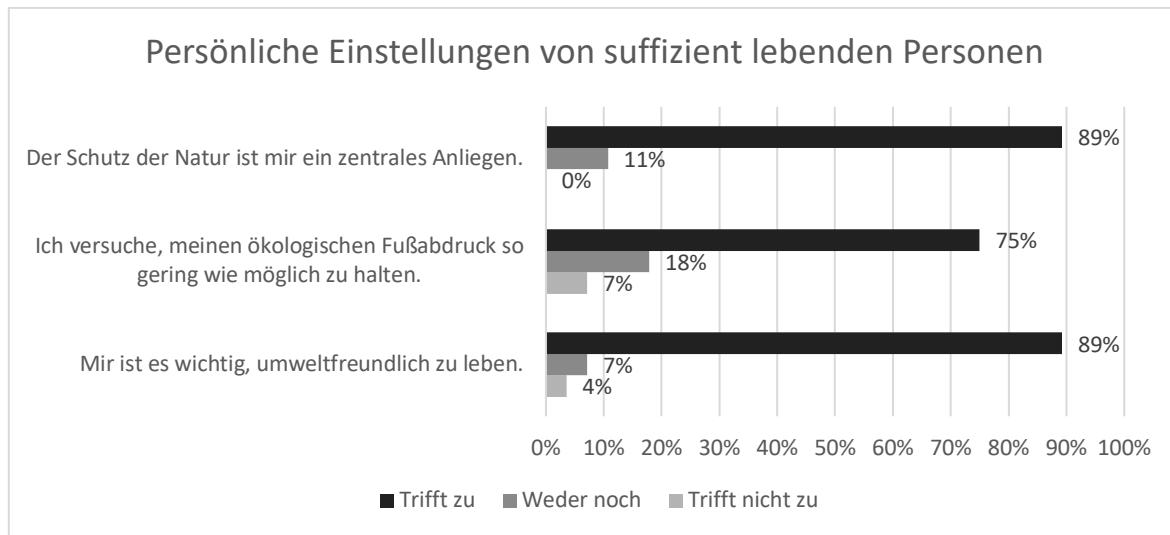
Abbildung 16:*Selbsteinschätzung der suffizienten Lebensweise nach Bruttoverdienst*

Anmerkung: Eigene Darstellung

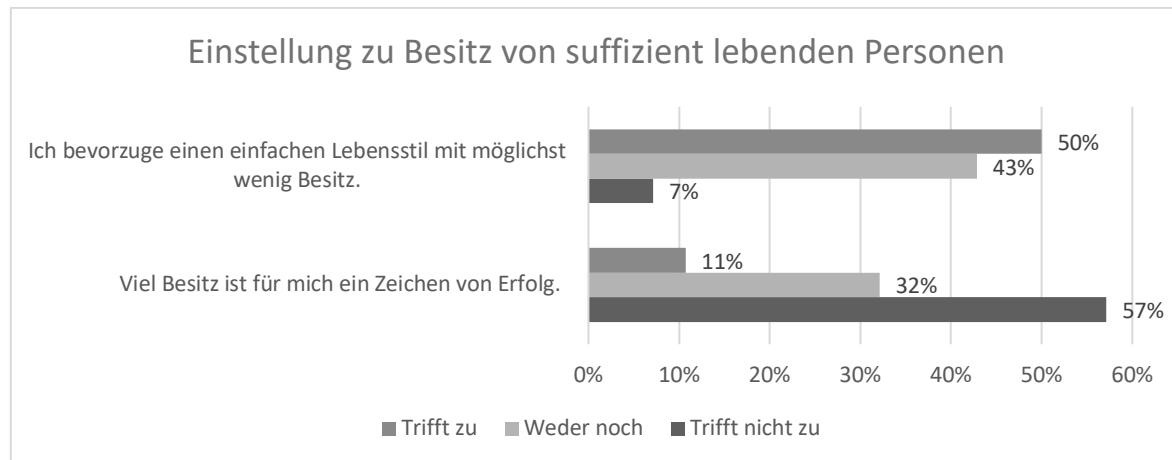
In Großstädten geben 57 Prozent an, suffizient zu leben, während 29 Prozent neutral bleiben. In Kleinstädten mit weniger als 20.000 Einwohnern dominieren neutrale Haltungen mit 57 Prozent, nur 36 Prozent stimmen zu. In ländlichen Räumen sehen sich 38 Prozent als suffizient lebend, während 38 Prozent eine neutrale Position einnehmen.

Neben den soziodemografischen Merkmalen werden auch die anderen vier Kategorien berücksichtigt. Hierfür sind im Folgenden die Ergebnisse der Umfrage zu persönlichen Einstellungen, psychologischen Hürden, sozialen Einflüssen sowie zur politischen Rahmenlage und den Medien näher analysiert.

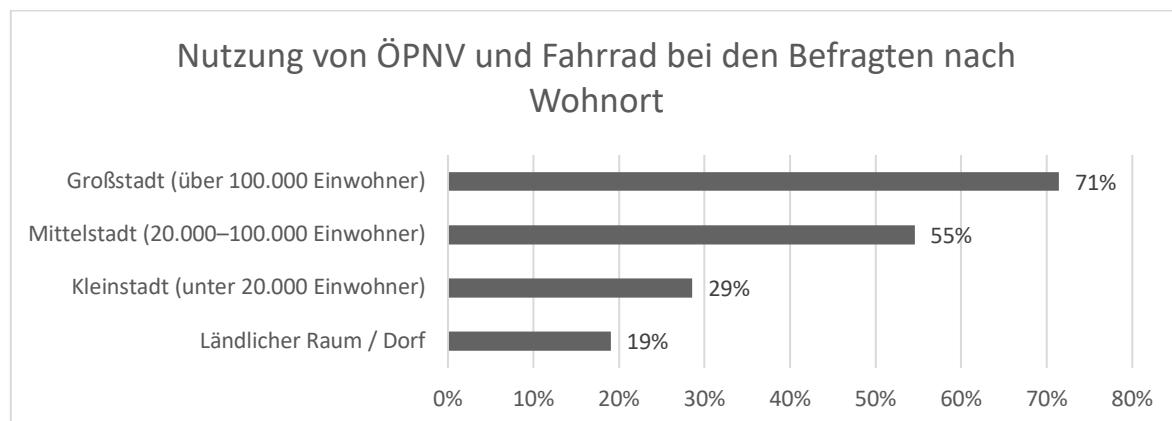
Bei den persönlichen Einstellungen zu Natur- und Klimaschutz zeigen die Ergebnisse aus der Korrelationsmatrix enge Zusammenhänge mit suffizientem Konsumverhalten. Die Aussage „Mir ist es wichtig, umweltfreundlich zu leben“ korreliert positiv mit der Reduktion des ökologischen Fußabdrucks ($r = 0,67$) sowie mit dem Anliegen, die Natur zu schützen ($r = 0,66$). Unter denjenigen, die angeben suffizient zu leben, halten 89 Prozent ein umweltfreundliches Leben für wichtig. Ebenso 89 Prozent sehen den Schutz der Natur als zentrales Anliegen, und 75 Prozent betonen die Bedeutung des Klimaschutzes, wie in der Abbildung 17 zu sehen ist.

Abbildung 17:*Persönliche Einstellungen von suffizient lebenden Personen**Anmerkung:* Eigene Darstellung

Als psychologische Hürde wirkt hingegen vor allem eine besitzorientierte Einstellung. Die Aussage „Viel Besitz ist ein Zeichen von Erfolg“ korreliert negativ mit suffizienzrelevanten Einstellungen wie bspw. mit umweltfreundlichem Leben ($r = -0,43$), mit Konsumkritik ($r = -0,42$) sowie mit globaler Gerechtigkeit ($r = -0,45$). Die Auswertung in Abbildung 18 zeigt zudem, dass nur 11 Prozent der Befragten, die suffizient leben, die Aussage teilen, dass viel Besitz ein Zeichen für Erfolg ist. Gleichzeitig stimmen aber 50 Prozent von ihnen zu, dass sie bewusst einen einfachen Lebensstil mit wenig Besitz bevorzugen.

Abbildung 18:*Einstellung zu Besitz von suffizient lebenden Personen**Anmerkung:* Eigene Darstellung

Auch die Haltung des sozialen Umfelds erweist sich als Einflussfaktor. Viele Befragte berichten, dass suffizienter Konsum leichter fällt, wenn Familie, Freunde oder Bekannte dieses Verhalten unterstützen. Fehlt diese Rückendeckung, entsteht dagegen das Risiko von Ablehnung oder sozialem Ausschluss. Angebote wie Repair-Cafés oder Kleidertausch werden bislang jedoch nur selten genutzt, obwohl die Zustimmung zu den zugrundeliegenden Werten hoch ist. Zudem ist die Verfügbarkeit von suffizienten Produkten oder Dienstleistungen wichtig. Dies verdeutlichen auch die Antworten auf die Frage, ob öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden, welche in Abbildung 19 visualisiert wurden.

Abbildung 19:*Nutzung von ÖPNV und Fahrrad bei den Befragten nach Wohnort**Anmerkung:* Eigene Darstellung nach Umfrage im digitalen Anhang

In Großstädten nutzen 71 Prozent der Befragten verstärkt den ÖPNV oder das Fahrrad, was auf den besseren Ausbau zurückzuführen ist. Je kleiner der Wohnort der Befragten wurde, desto stärker sank die Nutzung.

Auch zwischen der Angst vor Verzicht und der Befürchtung einer verminderten Lebensqualität besteht eine hohe Korrelation ($r = 0.765$). Damit wird ein starker Zusammenhang innerhalb dieser beiden Faktoren sichtbar. Ergänzend zur Korrelationsanalyse zeigt die deskriptive Auswertung, dass 64 % der Befragten, die angaben, suffizient zu leben, nicht der Aussage zustimmen, durch suffizientes Leben an Lebensqualität zu verlieren. Somit weist eine Mehrheit dieser Teilgruppe keine Befürchtungen hinsichtlich negativer Auswirkungen auf die Lebensqualität auf.

Zudem wurde im Fragebogen erhoben, inwiefern die Befragten spontanen Kaufimpulsen nachgeben, auch wenn sie sich vorgenommen haben, ihren Konsum zu reduzieren. Von denjenigen, die angaben, suffizient zu leben, stimmen 54 % dieser Aussage nicht zu. Damit zeigt sich innerhalb dieser Teilgruppe eine Mehrheit, die angibt, keine entsprechenden Schwierigkeiten mit impulsivem Kaufverhalten zu haben. Auf der Ebene der Korrelationsanalyse ergibt sich ebenfalls ein stark ausgeprägter Zusammenhang. Die Korrelation zwischen den beiden Gruppen beträgt $r = 0.734$ und weist auf eine hohe Konsistenz innerhalb des Faktors fehlende Impulskontrolle hin.

Schließlich spielt auch die politische Rahmenlage und der Einfluss der Medien eine wichtige Rolle. Die Aussage „Klimaschutz sollte bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden“ korreliert sowohl mit ökologischen Orientierungen ($r = 0,47$) als auch mit globaler Gerechtigkeit ($r = 0,52$).

4.3 Zusammenfassende Ergebnisse

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass suffizientes Konsumverhalten von einem Zusammenspiel verschiedener Einflussfaktoren geprägt ist. Auf individueller Ebene wird deutlich, dass soziodemografische Merkmale eine Rolle spielen, da bspw. jüngere Erwachsene oder Befragte mit niedrigerem Einkommen die höchste Zustimmung zur Suffizienz zeigen. In Großstädten ist die Zustimmung stärker ausgeprägt als in ländlichen Räumen, was auch bspw. mit der besseren Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel zusammenhängt.



Neben diesen strukturellen Faktoren sind auch persönliche Einstellungen zu Natur- und Klimaschutz von zentraler Bedeutung. Starke Korrelationen zwischen ökologischen Werten und suffizientem Konsumverhalten verdeutlichen, dass Umweltorientierung eng mit suffizientem Lebensstil verbunden ist. Gleichzeitig wird sichtbar, dass psychologische Barrieren bestehen, da Besitzorientierung negativ mit ökologischen Einstellungen korreliert, während ein einfacher Lebensstil nur von der Hälfte der suffizient Lebenden bewusst bevorzugt wird.

Soziale Normen wirken ebenfalls entscheidend. Unterstützung durch Familie und Freundeskreis erleichtert suffizientes Verhalten, während fehlende Rückendeckung zu Ablehnung oder sozialem Ausschluss führen kann. Kulturelle Leitbilder wie Status durch Konsum bleiben hinderlich, während suffizienzfördernde Angebote wie Repair-Cafés oder Kleiderausch bislang nur wenig genutzt werden.

Schließlich zeigen die Ergebnisse, dass auch politische Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Diskurse eine zentrale Rolle spielen. Die Zustimmung zur Integration von Klimaschutz in politische Entscheidungen korreliert sowohl mit ökologischen Werten als auch mit globaler Gerechtigkeit. Zudem halten 82 Prozent der suffizient lebenden Befragten, globale Gerechtigkeit für wichtiger als wirtschaftliches Wachstum.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass Suffizienz nicht nur von individuellen Einstellungen abhängt, sondern ebenso von sozialen Normen, kulturellen Leitbildern, strukturellen Rahmenbedingungen und politischer Unterstützung beeinflusst wird.

5 Fazit und kritische Reflexion der Ergebnisse

Die zentrale Fragestellung der Arbeit lautete, welche Faktoren die Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens beeinflussen. Hierfür wurden zwei Forschungsfragen in der Einleitung gestellt und im Laufe der Arbeit beantwortet.

Bezogen auf die erste Forschungsfrage, welche individuellen, sozialen und kulturellen Faktoren die Akzeptanz suffizienten Konsumverhaltens beeinflussen, lässt sich feststellen, dass individuelle Werte eine zentrale Grundlage darstellen. Ökologisch orientierte Überzeugungen zu Natur- und Klimaschutz sowie Konsumkritik korrelieren stark positiv mit der Akzeptanz suffizienter Praktiken. Umgekehrt wirken materialistische Orientierungen hemmend. Auf sozialer Ebene zeigt sich, dass suffizientes Verhalten dann eher praktiziert wird, wenn es durch das unmittelbare Umfeld gestützt wird oder es leicht zugängliche Angebote wie die öffentlichen Verkehrsmitteln gibt.

Die zweite Forschungsfrage lautete, inwiefern soziale Normen und kulturelle Leitbilder die Akzeptanz fördern. Hier wurde die ambivalente Wirkung von Normen und Leitbildern verdeutlicht. Soziale Normen können suffizientes Verhalten legitimieren, indem sie Akzeptanz und Zugehörigkeit vermitteln. Fehlt diese Unterstützung, entsteht jedoch das Risiko von sozialem Ausschluss. Die Ergebnisse legen nahe, dass Suffizienz vor allem dort Akzeptanz erfährt, wo individuelle Werte mit unterstützenden sozialen Normen zusammenfallen.

Die quantitativen Analysen zeigen, dass sowohl Verlustängste als auch fehlende Impulskontrolle als Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten erfasst werden konnten. Ergänzend verdeutlichen die deskriptiven Ergebnisse, dass eine Mehrheit der suffizient lebenden Befragten weder Einbußen in der Lebensqualität noch ausgeprägte Schwierigkeiten im Umgang mit Kaufimpulsen berichtet.

Kritisch zu reflektieren ist die eingeschränkte Repräsentativität der empirischen Untersuchung. Die geringe Fallzahl von 128 Teilnehmenden erlaubt nur begrenzte Verallgemeinerungen. Die Befunde sind daher als Hinweise zu interpretieren und sollten durch weitere Studien vertieft werden.



Literaturverzeichnis

- Arnold, M. (2024). Systemisch Denken und Handeln in Richtung Nachhaltigkeit – Wertewandel, Strategien, Innovationen, Konsum. Springer Gabler Berlin, Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-68889-2>
- Baur, C. (2018). Nachhaltigkeit in der Wertschöpfungskette. in: Schmidt, C. & Bamberg Eva (Hrsg.): Psychologie und Nachhaltigkeit – Konzeptionelle Grundlage, Anwendungsbeispiele und Zukunftsperspektiven. Springer Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-19965-4>
- Bergquist, M. (2023). Field interventions for climate change mitigation behaviors: A second-order meta-analysis. *Sustainability Science*
- Best, B. (2024). Zur Rolle von Suffizienz in Energiewende und Energiepolitik. in: Beier, S. & Hense, P. & Klümper, C. & Lechtenböhmer, S. & Reicher, C. (Hrsg.). Die UN-Nachhaltigkeitsziele als interdisziplinäre Herausforderung – Aufgaben, Aspekte und Ansätze. Springer Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-44103-6>
- Döring, T. & Aigner-Walder, B. (2022). The Limits to Growth — 50 Years Ago and Today, *Intereconomics* 57. S. 187–191. <https://doi.org/10.1007/s10272-022-1046-5>
- Fischer, C. & Grießhammer, R. (2013). Mehr als Effizienz – Suffizienzstrategien für den Ressourcenwende. Öko-Institut Working Paper 2/2013. S. 10. <https://www.oeko.de/oekodoc/1836/2013-505-de.pdf>
- Franzen, A. (2024). Umweltbewusstsein. in: Sonnenberger, M. & Bleicher, A. & Groß, M. (Hrsg.). Handbuch Umweltsoziologie (2. Auflage). Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-37218-7>
- Haller, M. (2024). Radikale Werte – Die Interessen der Menschen und ihre gesellschaftlich-politische Durchsetzung. Springer VS Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-42954-6>
- Hübner, R. & Schmon, B. (2019). Das transformative Potenzial von Konsum zwischen Nachhaltigkeit und Digitalisierung – Chancen und Risiken. Springer VS Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-26040-8>
- Jacob, M. (2025). Grundlagen der Nachhaltigkeit - Interdisziplinäre Perspektiven. Springer Vieweg Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-46667-1>



- Kühnel, F. & Schrömbges, M. & Braun, N. & Kuhnimhof, T. (2025). Public Transport Accessibility and Its Effect on Mode Choice. *Urban Science* 2025 9(2), 49. <https://doi.org/10.3390/urbansci9020049>
- Nagel, S. (2023). Nachhaltigkeitsorientierte Facharbeit in industriellen Metallberufen – Empirische Exploration, Kompetenzmodellierung und Perspektiven für die berufliche Bildung [Dissertation, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover]. wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/9783763976102>
- Oebbecke, T. (2025). Nachhaltigkeit in Architektur und Städtebau – Klimafreundliche und resiliente Transformation unserer gebauten Umwelt im Lebenszyklus. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-47927-5>.
- Schneidewind, U. & Zahrnt, A. (2013). Damit gutes Leben einfacher wird – Perspektiven einer Suffizienzpolitik. Oekom-Verlag. <https://doi.org/10.14512/9783865816481>
- Shekhar, S.K. & Venugopal, P. (2025). Social marketing and consumer behavior: a bibliometric analysis. *Future Business Journal* 11, Artikel 85 (2025). <https://doi.org/10.1186/s43093-025-00500-2>
- Speck, M. (2016). Konsum und Suffizienz – Eine empirische Untersuchung privater Haushalte in Deutschland [Dissertation Universität Paderborn]. Springer VS Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-13488-4>
- Stengel, O. (2011). Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. Oekom-Verlag. <https://doi.org/10.14512/9783865813855>
- Strigl, A. (2016): Erfahrungen im ONR 192500 Einführungs- und Zertifizierungsprozess bei der Austria Glas Recycling GmbH. in: Scholz, M. & Czuray, M. (Hrsg.). Die Normierung der gesellschaftlichen Verantwortung von Organisationen – ISO 26000 und ONR 192500. Springer Gabler, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11825-9_18

Suffizienzstrategien im Vergleich – Eine Analyse bei DAX-40-Unternehmen

Till Stotz, Luca Hartmann



1 Einleitung

1.1 Relevanz des Themas

Die ökologische Belastungsgrenze der Erde ist bereits überschritten; würde die Weltbevölkerung den deutschen Lebensstil übernehmen, wären im Jahr 2025 rund drei Erden nötig (*Country Overshoot Days 2025 - Earth Overshoot Day*, 2025). Unternehmen reagieren darauf traditionell mit Effizienz- (mehr Output pro Ressourceneinheit) und Konsistenzstrategien (Zirkularität). Die dritte Strategiesäule – Suffizienz, verstanden als bewusste Begrenzung von Produktion und Konsum – bleibt dagegen im Corporate-Kontext häufig deklarativ oder symbolisch (Maurer, 2024). Mit dem Inkrafttreten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und den zugehörigen European Sustainability Reporting Standards (ESRS) für das Berichtsjahr 2024 sind kapitalmarktorientierte Großunternehmen erstmals verpflichtet, absolute Umweltwirkungen offenzulegen (European Commission, 2023). Eine erste Auswertung von PricewaterhouseCoopers International zeigt, dass viele Unternehmen zwar umfangreiche Daten liefern, suffizienzbezogene Kennzahlen jedoch selten konkretisieren (PwC, 2025). Die DAX-40-Gruppe bildet hier ein besonders relevantes Sample: Sie vereint Deutschlands größte börsennotierte Firmen, ist international verflochten und setzt durch ihre Sichtbarkeit Branchentrends. Darüber hinaus besitzt Suffizienz eine politische Dimension. Die EU-Klimapolitik debattiert „absolute Reduktion“ von Ressourcenströmen, während deutsche Nachhaltigkeitsdiskurse Suffizienz als gesellschaftliche Leitidee stärken (Wuppertal Institut, 2019).

Vor diesem Hintergrund ist es wissenschaftlich und praxisrelevant, zu untersuchen, ob und wie DAX-Unternehmen Suffizienz strategisch verankern.

1.2 Zielsetzung und Forschungsfragen

Ziel dieses Papers ist es, suffizienzorientierte Strategien in den Nachhaltigkeitsberichten 2024 der DAX-40-Unternehmen systematisch zu identifizieren und hinsichtlich möglicher Einflussfaktoren zu analysieren. Daraus leiten sich folgende Forschungsfragen ab:

- Welche Suffizienzmaßnahmen berichten DAX-40-Unternehmen?
- Wie unterscheiden sich diese Maßnahmen nach Branche, Unternehmensgröße und Stakeholderstruktur?
- Welche Muster, Erfolgsfaktoren oder Stolpersteine lassen sich erkennen?



Die Arbeit liefert damit einen empirischen Beitrag zur bislang fragmentierten Debatte über Suffizienz im Unternehmenskontext (Wagner, 2024) und ergänzt Konzepte wie die Business-Sustainability-Typologie 3.0 von Dyllick & Muff (2016) um aktuelle Evidenz. Praktisch eröffnet der Vergleich Benchmarking-Potenziale für Unternehmen, die ihre Positionierung gegenüber Branchenführern einschätzen wollen.

1.3 Methodischer Ansatz und Aufbau der Arbeit

Methodisch folgt die Studie einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring/Kuckartz. Ein theoriegeleitetes Codesystem bündelt Suffizienzindikatoren. Nach der Einführung wird zunächst der theoretische Rahmen entwickelt. Darauf aufbauend folgt die Beschreibung des Untersuchungsdesigns: Die 40 Nachhaltigkeitsberichte des Berichtsjahres 2024 werden zunächst mithilfe eines Large-Language-Model-gestützten Pre-Codings analysiert und anschließend manuell validiert. Anschließend werden die Analyseergebnisse dargestellt, wobei die identifizierten Suffizienzmaßnahmen nach Branchen und Unternehmensgrößen differenziert und vergleichend diskutiert werden. Abschließend werden die Befunde kritisch reflektiert, zentrale Limitationen der Studie aufgezeigt und praxisrelevante wie auch wissenschaftliche Implikationen abgeleitet.

Durch die bewusste Beschränkung auf die Berichtsebene vermeidet die Studie eine Vermischung mit operativen Nachhaltigkeitsleistungen und fokussiert sich klar auf kommunikative und strategische Aussagen der Unternehmen. Damit trägt sie zum Verständnis bei, ob Suffizienz im Jahr 2024 lediglich ein rhetorisches Narrativ bleibt oder den Übergang von der Vision in die unternehmerische Praxis gefunden hat.

2 Theoretische Grundlagen

2.1 Nachhaltigkeitsstrategien im Unternehmenskontext

Die wissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung differenziert zwischen drei komplementären Strategien zur ökologischen Transformation: **Effizienz**, **Konsistenz** und **Suffizienz**. **Effizienzstrategien** verbessern das Verhältnis von Ressourceneinsatz und Output („besser produzieren“). Allerdings begrenzen Rebound-Effekte ihre ökologische Wirksamkeit, da Effizienzgewinne durch Mehrkonsum kompensiert werden können. **Konsistenzstrategien** zielen auf naturverträgliche Technologien und geschlossene Stoffkreisläufe („anders produzieren“). Sie erreichen jedoch ohne Mengenbeschränkungen ihre systemischen



Grenzen. **Suffizienz** als dritte Strategie wird im nächsten Abschnitt vertieft (Behrendt et al., 2018).

2.2 Suffizienz als strategischer Nachhaltigkeitsansatz

Der Begriff **Suffizienz** leitet sich aus dem Lateinischen ab (sufficere = ausreichen, genügen) und bezeichnet das „richtige Maß“ für Konsum und Produktion. Im Unterschied zu Effizienz und Konsistenz, die auf Optimierung bestehender Muster setzen, zielt Suffizienz auf eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch bewusste Selbstbegrenzung. Während Effizienz und Konsistenz helfen, „die Dinge richtig zu tun“, hilft Suffizienz dabei, „die richtigen Dinge zu tun“. Nachhaltigkeit allgemein betont die Balance ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele, Suffizienz hingegen fokussiert gezielt auf die ökologische Dimension Ressourcenverbrauch absolut zu reduzieren, ökologische Belastungen zu verringern sowie Art und Umfang des Konsums zu begrenzen oder nachhaltig zu verändern (ifeu gGmbH: Institut für Energie- und Umweltforschung, o. D.).

Im Unternehmenskontext manifestiert sich Suffizienz zudem in den „Vier Es“:

- Entrümpelung – Vereinfachung von Produkten und Prozessen
- Entschleunigung – bewusste Verlangsamung ökonomischer Prozesse
- Entkommerzialisierung – Förderung Marktunabhängiger Lösungen
- Entflechtung – Stärkung regionaler Wertschöpfung (Palzkill et al., 2015)

Diese Leitlinien zeigen, dass Suffizienz nicht nur technologische Anpassungen erfordert, sondern auch kulturelle und organisatorische Veränderungen bedeutet.

3 Untersuchungsdesign und Methodik

3.1 Erstellung Analysekonzept

Ausgehend von der in Kapitel 2.2 entwickelten theoretischen Definition von Suffizienz wird für die Analyse ein Ansatz gewählt, der eine systematische Verbindung zwischen Theorie- und Praxisebene herstellt. In diesem Kontext bildet die vorliegende theoretische Definition die Grundlage für die Identifizierung und Auswertung von Suffizienzmaßnahmen in den Nachhaltigkeitsberichten. Für die KI-basierte Codierung kommt hier das Sprachmodell GPT-5 zum Einsatz, das sich durch eine besonders ausgeprägte Kontextsensitivität, hohe Präzision bei der Befolgung wissenschaftlicher Anweisungen und differenzierte Textanalyse in heterogenen Textbeständen auszeichnet (Knäpper, 2025).



Dem Modell wird ein spezifischer Prompt zugewiesen, der als Anleitung für die eigenständige Identifizierung relevanter Textpassagen mit Suffizienzbezug fungiert. Im Verlauf der methodischen Entwicklung hat sich gezeigt, dass der ursprünglich formulierte Prompt nicht zu den gewünschten Ergebnissen führte. In einem iterativen Prozess wurde daher ein zweiter, präziserer Prompt entwickelt, der schließlich als Grundlage der Analyse diente. Nach Abschluss der KI-basierten Codierung schließt sich eine manuelle Validierung an. In dieser werden die durch das Sprachmodell vorgeschlagenen Kategorisierungen und Codierungen sorgfältig überprüft und, falls nötig, angepasst oder neu gefasst.

3.2 Clusterung der Ergebnisse

Die zuvor kategorisierten Textstellen der Suffizienzstrategien werden nun in Cluster zusammengefasst. Dadurch lassen sich wiederkehrende Muster erkennen und Unterschiede zwischen den Unternehmen systematisch analysieren.

- Branche: Die Unternehmen werden relevanten Industriesektoren (z. B. Industrie, Finanzen, Konsumgüter, Technologie) zugeordnet, um branchenspezifische Muster zu identifizieren.
- Unternehmensgröße: Anhand von Kennzahlen wie Mitarbeiterzahl und Jahresumsatz wird zwischen Großunternehmen und kleineren DAX-Mitgliedern unterschieden.
- Stakeholderstruktur: Die Analyse der Eigentümerstrukturen (Institutionelle Investoren, Familienbeteiligung oder öffentliche Hand) ermöglicht Rückschlüsse auf Stakeholderinflüsse.

Die mehrdimensionale Auswertung ermöglicht die Erfassung sowohl unternehmensinterner Unterschiede als auch branchenübergreifender Muster. Dadurch werden typische Handlungs- und Erfolgsbedingungen sowie hemmende Einflussfaktoren bei der Implementierung von Suffizienz im Unternehmenskontext sichtbar gemacht.



4 Erkenntnisse der Dokumentenanalyse

4.1 Identifizierte Suffizienzstrategien

Die Analyse der 40 vorliegenden Berichte ergab insgesamt 141 Textpassagen. Es konnte festgestellt werden, dass die Unternehmen Daimler Truck Holding, MTU Aero Engines, Mercedes-Benz Group und Porsche AG keine explizit suffizienzbezogenen Strategien anführten. Die Kodierung wurde induktiv durchgeführt und umfasste nach einer Konsolidierung 14 verschiedene Maßnahmentypen. Die empirische Analyse der Berichte ergibt, dass die Hälfte der Unternehmen drei bis fünf Maßnahmen aufzeigt. Einige Unternehmen kommunizieren lediglich ein bis zwei Maßnahmen, wohingegen Vorreiter wie die Deutsche Bank oder Volkswagen mehr als zehn Maßnahmen dokumentieren. Tabelle 1 gibt eine konsolidierte Übersicht dieser Suffizienzmaßnahmen nach Maßnahmentypen und Unternehmen und bildet die Grundlage für die folgende Analyse.

Tabelle 1:

Übersicht der konsolidierten Suffizienzstrategien

Unternehmen	R	S	P	A	U	L	O	D	T	V	W	E	G	B
Adidas	X						X			X				X
Allianz			X					X	X					
Airbus				X					X		X	X		
BASF	X						X		X					
Bayer	X						X							
Beiersdorf									X	X				
BMW Group	X													
Brenntag	X						X							
Commerzbank														X
Continental			X											
Deutsche Bank	X							X	X					
Deutsche Börse									X					
Deutsche Telekom			X		X									
DHL Group									X	X				
E.ON	X										X			
Fresenius		X			X					X	X			



Fresenius Medical Care			X										
Hannover Rück	X												
Heidelberg Materials	X	X								X			
Henkel	X								X				
Infineon				X				X	X				
Merck								X	X				
Munich Re	X			X				X					
Porsche SE												X	
Qiagen									X				
Rheinmetall			X										
RWE	X												X
SAP					X			X	X				
Sartorius								X					
Siemens				X				X	X				
Siemens Energy	X						X						
Siemens Healthineers					X				X				
Symrise								X					
Volkswagen	X									X	X		
Vonovia	X	X											
Zalando								X	X				

Anmerkung:

- R Rückbau/Ausstieg (Anlagen/Technologien/Stoffe)
- S Sonstige (z. B. Lieferkette, SBT, Digitalisierung)
- P Produktnutzung begrenzen/Kund*innenlenkung
- A Abfallmengen absolut reduzieren
- U Absolute Reduktion unspezifisch
- L Nutzungsdauer verlängern/Reparatur/Mehrweg
- O Sortiment/Angebote reduzieren/Nichtbereitstellung
- D Dienstreisen/Fuhrpark begrenzen
- T THG-Emissionen absolut reduzieren (Caps)
- V Verpackung absolut reduzieren
- W Wasserentnahme absolut reduzieren
- E Energieverbrauch absolut reduzieren
- G Transport/Logistik drosseln
- B Büro-Standort-Footprint reduzieren

Am häufigsten finden sich **Ausstiegs- und Rückbaumaßnahmen**. Diese umfassen den systematischen Rückzug aus umweltschädlichen Geschäftsfeldern, exemplarisch der Kohleausstieg bei Volkswagen oder Finanzierungsausschlüsse für fossile Projekte durch die Deutsche Bank. Als zweite zentrale Kategorie erweisen sich **quantitative Emissions-Caps**, die absolute Begrenzungen von CO₂- und anderen Treibhausgasemissionen vorsehen, wie das Ziel von Siemens, bis 2030 90 % der eigenen CO₂-Emissionen zu reduzieren. Eine weitere bedeutsame Maßnahmenkategorie stellt die **Produktnutzungsbegrenzung und Kundenlenkung** dar, die sich in Maßnahmen zur Steuerung der Produktnutzung manifestiert, etwa in Kilometerbasierten Versicherungstarifen der Allianz oder Reparaturpflichten bei Continental. Darüber hinaus implementieren Unternehmen Strategien zur **absoluten Abfallmengenreduktion**, welche die Festlegung von Obergrenzen für Abfallproduktion umfassen von Deponie-Caps bei Siemens bis zu Verpackungsminimierungen bei Merck. Weitere identifizierte Kategorien umfassen absolute **Energieverbrauchsreduktion, Produktdesign und Lebensdauerverlängerung, Wasserentnahmeregelungen** sowie **Geschäftsmodellinnovationen**.

Die dokumentierten Maßnahmen weisen fünf charakteristische Merkmale auf: **Erstens** werden konkrete quantitative Reduktionsziele formuliert, etwa Volkswagens Vorgabe einer 30 %igen Reduktion der Wasserentnahme an Produktionsstandorten. **Zweitens** implementieren Unternehmen Strategien zur Reduktion emissionsintensiver Technologien, beispielsweise E.ONs Abschaltung verbleibender Kohle-Wärmeerzeugungsanlagen oder BASFs Verkauf des Öl-und-Gas-Geschäfts. **Drittens** betonen viele Konzerne Produktdesign- und Lebensdauerverlängerungsmaßnahmen wie Siemens' Dematerialisierung mittels digitaler Zwillinge. **Viertens** zielen Geschäftsmodellinnovationen auf nutzungs- oder sharing-orientierte Konzepte ab. **Fünftens** umfassen Lieferkettenmaßnahmen strategische Vorgaben an Zulieferer, wie Infineons Aufforderung zur Setzung eigener Reduktionsziele.

4.2 Interpretation der Ergebnisse

Die folgende Interpretation der Ergebnisse knüpft systematisch an die in Kapitel 2.2 dargestellten theoretischen Grundlagen an. Ziel ist es, die zuvor identifizierten Maßnahmen nicht nur zu beschreiben, sondern anhand der Kategorien Branche, Unternehmensgröße und Stakeholderstruktur analytisch einzuordnen. Die nachfolgende Analyse basiert hierbei ebenfalls auf den aggregierten Ergebnissen, die in Tabelle 1 im vorherigen Kapitel zusammengefasst wurden.



Besonders ressourcen- und emissionsintensive Branchen wie *Automobil & Mobilität* oder *Chemie/Pharma* formulieren häufig absolute Reduktionsziele, etwa zur CO₂-Senkung oder zum Rückbau fossiler Kapazitäten. Hier wirken regulatorischer Druck und gesellschaftliche Erwartungshaltungen als wesentliche Treiber (Wagner, 2024). *Finanzdienstleister* adressieren Suffizienz vor allem indirekt, etwa über Investitionsausschlüsse oder nachhaltige Kreditportfolios, während *Konsumgüterunternehmen* stärker auf Konsumlenkung und Produktvereinfachung setzen, was mit den „Vier E's“ der Suffizienz (Palzkill et al., 2015) übereinstimmt. Für die Bewertung der **Unternehmensgröße** wurden drei Metriken herangezogen: Umsatz, Mitarbeiterzahl und Marktkapitalisierung. Großunternehmen wie Siemens oder Volkswagen verfügen über weitreichende Ressourcen und berichten dementsprechend von einer Vielzahl an Suffizienzmaßnahmen. *Mittelgroße Unternehmen* wie Porsche AG oder Bayer weisen ein kleineres, aber dennoch strukturiertes Maßnahmenportfolio auf, während *kleinere DAX-Mitglieder* wie MTU Aero Engines oder Beiersdorf nur wenige oder keine Suffizienzstrategien dokumentieren. Diese Muster zeigen, dass organisatorische Kapazitäten eine zentrale Voraussetzung für suffizienzorientierte Praktiken sind, auch wenn sie nicht automatisch eine hohe Maßnahmenvielfalt garantieren. Damit bestätigt sich die Annahme der Business-Sustainability-Typologie 3.0 (Dyllick & Muff, 2016), dass Suffizienz nur dann über die reine Effizienz- und Konsistenzlogik hinausgeht, wenn Unternehmen über ausreichende Ressourcen verfügen. Auch die **Eigentümerstruktur** wirkt als Einflussfaktor. Unternehmen mit *hohem Anteil institutioneller Investoren* – etwa Allianz oder Deutsche Bank – berichten häufiger über ambitionierte Reduktionsziele, da diese durch Kapitalmärkte und ESG-Ratings eingefordert werden. *Familien- oder staatsnahe Unternehmen* betonen dagegen stärker langfristige Stabilität und gesellschaftliche Verantwortung. Die Stakeholder-Theorie (Freeman & McVea, 2001) erklärt diese Unterschiede, indem sie aufzeigt, dass die Macht und Salienz von Stakeholdern die strategische Ausrichtung maßgeblich prägen.

Obwohl die drei Dimensionen – Branche, Unternehmensgröße und Stakeholder-Struktur – in dieser Analyse getrennt betrachtet wurden, ist zu betonen, dass sie in der Praxis vielfach miteinander verwoben sind. So weisen ressourcenintensive Branchen wie Chemie oder Automobil häufig auch sehr große Unternehmen auf, wodurch Brancheneffekte und Größenfaktoren schwer vollständig zu trennen sind. Ebenso verstärkt sich der Einfluss institutioneller Investoren oftmals gerade bei großen, international sichtbaren Konzernen. Die hier vorgenommene Trennung dient daher der analytischen Klarheit, darf jedoch nicht als Ausdruck strikt unabhängiger Einflussgrößen verstanden werden. Ein zentraler Befund der Analyse ist die fundamentale Bedeutung des Geschäftsmodells für die Implementierung

von Suffizienzstrategien. Dies lässt sich daran erkennen, dass etwa im Automobilsektor (z. B. Volkswagen, Mercedes-Benz) sowohl Branchendruck als auch Unternehmensgröße zusammentreffen: Die Unternehmen stehen regulatorisch im Fokus und verfügen gleichzeitig über erhebliche Ressourcen, sodass beide Einflussgrößen gemeinsam wirken. Unternehmen lassen sich zu den Kategorien auch grundlegend in produzierende und nichtproduzierende Geschäftsmodelle differenzieren, was erhebliche Auswirkungen auf Erfolgsfaktoren und Stolpersteine hat. Die Beobachtung zur Rolle der Geschäftsmodelle basiert auf den Berichtsdaten: Nicht-produzierende Unternehmen wie Allianz oder Deutsche Bank konnten suffizienzorientierte Maßnahmen relativ problemlos implementieren (z. B. Investitionsausschlüsse). Produzierende Unternehmen wie BASF oder Volkswagen stehen dagegen vor Zielkonflikten, da Maßnahmen unmittelbar ihr Kerngeschäft betreffen. Diese Unterscheidung ergibt sich aus den empirischen Befunden, nicht allein aus theoretischer Überlegung.

Insgesamt wird deutlich, dass Suffizienzstrategien im DAX nicht als universelles Muster verstanden werden können, sondern stark kontextabhängig sind. Sie entstehen im Spannungsfeld von branchenspezifischem Druck, organisatorischen Ressourcen und Stakeholdererwartungen. Damit bestätigt sich die These, dass Suffizienz eine besonders voraussetzungsreiche Nachhaltigkeitsstrategie ist, die nur dann über symbolische Bekundungen hinausgeht, wenn externe Treiber und interne Kapazitäten zusammentreffen (Wagner, 2024).

5 Schlussbetrachtung

5.1 Kritische Reflektion

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass Suffizienzstrategien im Kontext der DAX-40-Unternehmen zwar zunehmend Eingang in die Nachhaltigkeitsberichterstattung finden, ihre Ausgestaltung jedoch stark von branchenspezifischen Rahmenbedingungen, der Ressourcenausstattung und den Eigentümerstrukturen abhängt. Damit wird die eingangs formulierte Annahme bestätigt, dass Suffizienz im Unternehmenskontext nicht als universell einsetzbares Konzept verstanden werden kann, sondern als ein differenziertes und kontextabhängiges Konstrukt. Zentral lässt sich festhalten: Erstens, ressourcen- und emissionsintensive Branchen wie Automobil und Chemie stehen unter besonders hohem Druck, absolute Reduktionsziele zu formulieren, während Finanz- und Konsumgüterunternehmen Suffizienz eher indirekt oder über Konsumlenkung umsetzen. Dies zeigt sich in den berich-

teten Maßnahmenumfängen: Während kleinere Unternehmen wie Beiersdorf kaum Maßnahmen kommunizieren, berichten Großkonzerne wie Siemens oder Volkswagen ein breites Portfolio, das sowohl branchenspezifische als auch stakeholderinduzierte Treiber widerspiegelt. Zweitens, die Größe und Kapazität eines Unternehmens wirken als wesentliche Bedingung für die Breite und Vielfalt suffizienzorientierter Maßnahmen, was die Relevanz organisatorischer Ressourcen unterstreicht. Drittens, Stakeholderstrukturen – insbesondere institutionelle Investoren – erweisen sich als ein entscheidender Treiber für ambitionierte Zielsetzungen und Maßnahmen, wohingegen Familien- oder staatsnahe Unternehmen eher auf Stabilität und gesellschaftliche Verantwortung setzen. Gleichzeitig zeigt die Analyse, dass sich diese Faktoren nicht additiv, sondern kontextabhängig überlagern. So lässt sich der hohe Maßnahmenumfang bei Unternehmen wie Volkswagen nicht allein durch Größe oder Branchendruck erklären, sondern ergibt sich aus der Kombination beider Faktoren. Auch Stakeholdererwartungen entfalten ihre Wirkung besonders stark dort, wo sie mit hoher Branchenexponiertheit zusammenfallen. Das bedeutet, dass die untersuchten Einflussfaktoren nicht isoliert wirken. Vielmehr verstärken sie sich gegenseitig: So führen Branchendruck und Unternehmensgröße zusammen zu einem umfangreicheren Maßnahmenportfolio, als es einer der Faktoren allein erklären könnte. Die empirischen Befunde legen somit nahe, dass Suffizienz im Unternehmenskontext als Resultat eines vielschichtigen Bedingungsgefüges zu begreifen ist.

Offen bleibt jedoch die Frage, ob die dokumentierten Maßnahmen tatsächlich zu einer absoluten Reduktion ökologischer Belastungen führen oder ob sie im Kern symbolischen Charakter haben. Künftige Forschung sollte daher stärker die Wirksamkeit suffizienzorientierter Maßnahmen in der operativen Umsetzung untersuchen, etwa durch Verknüpfung von Berichterstattung mit quantitativen Umweltindikatoren oder durch vertiefende Fallstudien. Ebenso wäre es relevant, die Rolle kultureller Faktoren, etwa der Unternehmenskultur oder nationaler Leitbilder, in die Analyse einzubeziehen, um die strategische Einbettung von Suffizienz noch umfassender zu verstehen.



5.2 Limitationen der Arbeit

Wie jede empirische Untersuchung ist auch diese Arbeit mit Einschränkungen verbunden, die bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen. Erstens, der Fokus auf Nachhaltigkeitsberichte begrenzt die Analyse auf kommunikative Selbstdarstellungen der Unternehmen. Ob die dort genannten Suffizienzstrategien tatsächlich in der Unternehmenspraxis umgesetzt werden, konnte nicht überprüft werden. Zweitens, die qualitative Inhaltsanalyse basiert trotz sorgfältiger Validierung auf subjektiven Kodierentscheidungen, wodurch eine gewisse Interpretationsabhängigkeit nicht ausgeschlossen werden kann (Mayring, 2015).

Drittens, die Einteilung in Größen- und Eigentümercluster beruht auf operationalisierten Schwellenwerten und vereinfachenden Zuordnungen. Damit können komplexe Konstellationen, wie Mischbeteiligungen oder hybride Geschäftsmodelle, nur eingeschränkt abgebildet werden. Viertens, die Analyse ist auf den Zeitraum der Berichte 2024 begrenzt. Angesichts dynamischer regulatorischer Entwicklungen (z. B. CSRD, ESRS) sowie des zunehmenden gesellschaftlichen Drucks ist davon auszugehen, dass sich Strategien in den kommenden Jahren deutlich verändern werden.

Zusammenfassend liefert die Arbeit wertvolle empirische Einblicke in den aktuellen Stand der Suffizienzstrategien im DAX. Gleichzeitig sollten die Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden, insbesondere hinsichtlich ihrer Generalisierbarkeit, möglicher Kausalzusammenhänge und der zeitlichen Stabilität der Befunde. Die identifizierten Limitationen bieten jedoch zugleich Ansatzpunkte für weiterführende Forschung, zum Beispiel durch Langzeitstudien, den Vergleich mit internationalen Stichproben oder die Kombination von Inhaltsanalysen mit quantitativen Performance-Daten.



Literaturverzeichnis

- Behrendt, S., Göll, E. & Korte, F. (2018). Effizienz, konsistenz, suffizienz: Strategieanalytische Betrachtung für eine Green Economy.
- Country Overshoot Days 2025 - Earth Overshoot Day. (2025, 10. April). Earth Overshoot Day. <https://overshoot.footprintnetwork.org/newsroom/country-overshoot-days/>
- Dyllick, T. & Muff, K. (2015). Clarifying the Meaning of Sustainable Business. *Organization & Environment*, 29(2), 156–174. <https://doi.org/10.1177/1086026615575176>
- European Commission. (2022). Commission Delegated Regulation (EU) 2023/2772 of 31 July 2023 Supplementing Directive 2013/34/EU as regards Sustainability Reporting Standards. In *Official Journal Of The European Union*. L 279, 1–481 https://eur-lex.europa.eu/eli/reg_del/2023/2772/oj/eng
- Freeman, R. E. & McVea, J. (2001). A Stakeholder Approach to Strategic Management. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.263511>
- ifeu gGmbH: Institut für Energie- und Umweltforschung. (o. D.). ifeu gGmbH: Suffizienz. ifeu gGmbH: Institut für Energie- und Umweltforschung. <https://www.ifeu.de/themen/energie/suffizienz>
- Knäpper, N. (2025, 14. August). GPT-5 ist da – die wichtigsten Infos zur neuen Version von ChatGPT. OMR Reviews. <https://omr.com/de/reviews/contenthub/gpt-5-die-wichtigsten-infos>
- Mayring, P. & Fenzl, T. (2022). Qualitative Inhaltsanalyse. In Springer eBooks (S. 691–706). https://doi.org/10.1007/978-3-658-37985-8_43
- Palzkill, A., Wanner, M. & Markscheffel, F. (2015). Suffizienz als Geschäftsmodell. *Uwf UmweltWirtschaftsForum*, 23(1–2), 69–76. <https://doi.org/10.1007/s00550-015-0353-8>
- PwC. (2025). PWC's second annual State of Decarbonization report. Abgerufen am 3. September 2025, von <https://www.pwc.com/us/en/services/esg/library/assets/pwc-sustainability-decarbonization-report.pdf>
- Wagner, M. (2024). Interactions of Efficiency, Consistency, and Sufficiency across Levels. In Routledge eBooks (S. 53–67). <https://doi.org/10.4324/9781032627984-6>



Wuppertal Institut. (2019, 1. August). Suffizienz - Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Abgerufen am 3. September 2025, von <https://wupperinst.org/themen/wohlstand/suffizienz/>



Till Stotz, Luca Hartmann

Suffizienzstrategien im Vergleich – Eine Analyse bei DAX-40-Unternehmen

#DUAL forscht Online Journal des ECC Forschendes Lernen für studentische Publikationen

Die Rolle der Suffizienzstrategie in einer nachhaltigen Wirtschaft – Analyse von Best-Practice-Unternehmen

Aaron Fuchs, Philipp Strehle



1 Einleitung

1.1 Problemstellung und Zielsetzung

Aufgrund des aktuellen Niveaus der globalen Wirtschaftsaktivitäten werden die planetaren Belastungsgrenzen zunehmend schneller erreicht und überschritten. Diese Entwicklung trägt maßgeblich zur Verschärfung des globalen Klimawandels bei, der die Weltgemeinschaft vor immer neue ökologische, soziale und ökonomische Herausforderungen stellt. Eine der zentralen Ursachen hierfür ist die übermäßige Emission von Treibhausgasen, insbesondere von Kohlenstoffdioxid (CO₂) (Kraft et al., 2023, S. 1). Die Politik hat auf diese Entwicklungen bereits reagiert und so hat beispielsweise Deutschland der Wirtschaft mit der Klimaneutralität bis 2045 ein ambitioniertes Ziel gesetzt, während die Europäische Union im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 eine Treibhausgasneutralität bis 2050 anstrebt (Best, 2024, S. 57). Diesem Ziel steht der derzeit bestehende Fokus auf wirtschaftliches Wachstum und die tief verankerte Konsumorientierung moderner Gesellschaften entgegen. Obwohl der technologische Fortschritt kontinuierlich und mit hoher Dynamik voranschreitet, zeigen sich in der breiten Bevölkerung bislang nur geringe Verhaltensänderungen in Richtung nachhaltiger Lebensstile. Zudem führt technologische Innovation nicht zwangsläufig zu einem geringeren Ressourcenverbrauch, da Effizienzgewinne häufig durch gesteigerten Konsum kompensiert werden. In diesem Kontext ist die Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie von zentraler Bedeutung und gewinnt zunehmend an Relevanz, da sie beim Konsumverhalten der Menschen ansetzt. Die Suffizienz ist nachfrageorientiert und Ressourcen werden durch die Senkung der Nachfrage geschützen (Linz, 2004, S. 7). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern Unternehmen unter den aktuell gegebenen Bedingungen des Wirtschaftssystems die Suffizienzstrategie anwenden und umsetzen können. Demnach lautet die Forschungsfrage folgendermaßen:

Welche praktischen Möglichkeiten bzw. Grenzen bestehen für Unternehmen aus ökonomischer und ökologischer Sicht bei der Umsetzung der Suffizienzstrategie?

1.2 Methodik und Aufbau der Arbeit

Im folgenden Kapitel 2 (Theoretische Grundlagen) wird zunächst Suffizienz definiert und in den Kontext der Nachhaltigkeit eingeordnet, bevor im Kapitel 3 die Suffizienz im herrschenden Wirtschaftssystem beschrieben wird. Anschließend werden zur Beantwortung der Forschungsfrage im Rahmen einer qualitativen Dokumentenanalyse die fünf Best-



Practice-Unternehmen Patagonia, Vaude, Waschbär, Followfood und IKEA anhand bestimmter Kriterien analysiert. Die Auswahl der Unternehmen erfolgte hierbei aufgrund ihrer Vorreiterrolle in Suffizienzstrategien, ihrer Branchenvielfalt (Outdoor, Versandhandel, Lebensmittel und Möbel), unterschiedlicher Unternehmensgrößen (KMU und Konzern) sowie verfügbarer Daten aus Nachhaltigkeitsberichten und weiteren Quellen. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse werden in Handlungsempfehlungen zusammengefasst, bevor im Fazit eine Zusammenfassung samt Ausblick dargelegt wird.

2 Theoretische Grundlagen

Der Begriff Suffizienz leitet sich vom lateinischen „sufficientia“ ab und bedeutet so viel wie „Genügsamkeit“ oder „das Ausreichen“ (BUND, 2017, S. 8). Im Kontext der Nachhaltigkeit beschreibt Suffizienz demnach das Konzept, „genug“ zu haben, um ein sinnvolles, gesundes Leben ohne übermäßigen Konsum oder Überfluss zu führen. Suffizienzstrategien verfolgen demzufolge das Ziel, den Ressourcenverbrauch auf ein ökologisch tragfähiges Maß zu begrenzen, indem Konsumpraktiken grundlegend hinterfragt und eingeschränkt werden (Bocken et al., 2020, S. 2). Hierbei spielen Prinzipien wie das Vermeiden (refuse), Reduzieren (reduce) und Überdenken (rethink) eine zentrale Rolle (Bocken et al., 2022, S. 3).

Die Suffizienz ist neben der Konsistenz und der Effizienz eine der drei Strategien im Kontext der Nachhaltigkeit (Metzner-Szigeth, 2019, S. 1). Im Unterschied zur Effizienzstrategie, die darauf abzielt, bestehende Prozesse zu optimieren („die Dinge richtig tun“), stellt die Suffizienzstrategie die grundsätzliche Notwendigkeit von Konsumhandlungen in Frage („die richtigen Dinge tun“). Die Suffizienz zielt als verhaltensbezogener Ansatz daher vielmehr auf Effektivität anstatt Effizienz ab und unterscheidet sich folglich eindeutig von Konsistenz und Effizienz (Figge/Thorpe, 2023, S. 3). Während Effizienz und Konsistenz technische Lösungen in den Vordergrund stellen, fordert Suffizienz eine bewusste Begrenzung zwischen Mangel und Übermaß. Suffizienz legt daher den Fokus darauf, weder Notwendiges zu entziehen noch im Überfluss zu leben. Die drei Ansätze Suffizienz, Konsistenz und Effizienz ergänzen sich und sind demnach komplementär, allerdings nicht gleichwertig austauschbar. So ist Suffizienz die einzige Strategie, die eine absolute Reduktion im Sinne des Ressourcenverbrauchs bewirken kann, was angesichts planetarer Belastungsgrenzen besonders entscheidend ist (Metzner-Szigeth, 2019, S. 3).

Eine auf Suffizienz basierende Wirtschaft erfordert eine Verlagerung von der Optimierung der Produktion zur Optimierung der Nutzung von Objekten. Dies umfasst eine Verringerung



des Verbrauchs, eine Verlängerung der Produktlebensdauer, eine Begrenzung der geplanten Obsoleszenz und eine optimierte Produktnutzung (z. B. durch die Sharing Economy und Produktdienstleistungssysteme) (Haase et al, 2024, S. 3).

3 Suffizienz im globalen Wirtschaftssystem

Grundsätzlich basiert unser Wirtschaftssystem auf Wachstum, Innovation und Absatzsteigerung. Dadurch verspricht sich die Gesellschaft sowohl eine Minimierung von Arbeitslosigkeit als auch die Erhaltung bzw. Steigerung von Wohlstand. Demgegenüber stehen die Werte der Suffizienz, welche einen bewussteren Konsum, geringere Produktionsmengen und eine längere Nutzungsdauer von Produkten beinhalten. Daher steht die Konsumgesellschaft mit der Suffizienz prinzipiell in einem Spannungsfeld. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht scheint es zunächst keinen überzeugenden Anreiz für Unternehmen zu geben, suffizienzorientierte Strategien zu verfolgen, da diese mit einer bewussten Einschränkung von Produktions- und Absatzpotenzialen einhergehen. So hat die Suffizienz mit vielen Vorurteilen zu kämpfen, da sie eine grundlegende Verhaltensänderung des Verbrauchers vorsieht. Effizienz und Konsistenz sind dagegen anerkannter, da beide besser im Einklang mit den dominierenden ökonomischen Paradigmen stehen (Linz, 2006, S. 7). Suffizienz wird weitläufig als wachstumshindernd wahrgenommen, was jedoch nicht zwingend der Fall ist. Durch sie können etwa neue und zukunftsfähige Wirtschaftsformen entstehen, beispielsweise Kreislaufwirtschaft, Upcycling oder lokale Dienstleistungen. Hierfür ist ein angepasstes Verständnis von Wohlstand nötig, welches Lebensqualität statt Güteranhäufung bedeutet (Linz, 2006, S. 21ff). Wachstum allein löst die Probleme in einem hochindustrialisierten Land nicht, während Suffizienz neue Chancen auf Umverteilung und zukunftsfähige, ökologische Resilienz bietet (Linz, 2006, S. 27). Die Begrenztheit natürlicher Ressourcen gefährdet bei fortschreitender Ausbeutung langfristig das globale Wachstumsmodell (Ekardt, 2016, S. 9). Unternehmen könnten mittels einer ausgeprägten Suffizienzstrategie demnach primär ökologische Verantwortung übernehmen und durch ressourcenschonendere Prozesse aktiv zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen (Linz, 2006, S. 21ff). Bestärkt wird eine sich wandelnde Konsumgesellschaft durch stagnierendes Wirtschaftswachstum (Linz, 2006, S. 27), weshalb sich Firmen anpassen sollten, um in Zuge dessen auch neue Märkte und Geschäftsfelder zu erschließen (Linz, 2006, S. 21f). Die Bedürfnisse sowie das Verhalten der Konsumenten befinden sich im Wandel, sodass die Nachfrage hinsichtlich nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen stetig wächst und es



für Firmen empfehlenswert ist, sich möglichst frühzeitig auf Marktentwicklungen vorzubereiten, um nicht in einem schleichenden Prozess abhängig zu werden. Bereits heute setzen einige Unternehmen erfolgreich auf Suffizienzstrategien. Im folgenden Kapitel werden daher fünf Best-Practice-Beispiele anhand der vier Kriterien „Unternehmen allgemein“, „Produkte“, „Kommunikation & Transparenz“ sowie „Ressourceneinsparung“ im Detail untersucht. Die Kriterien wurden hierbei basierend auf Literatur zur Suffizienzstrategie gewählt, um ökonomische und ökologische Aspekte zu beleuchten.

4 Praktischer Teil

4.1 Patagonia

Das Unternehmen Patagonia verfolgt eine radikal suffizienzorientierte Unternehmensstrategie, die in allen Geschäftsbereichen konsequent umgesetzt wird. Die Unternehmensvision „We're in business to save our home planet“ (Patagonia Works: Annual Benefit Corporation Report. Fiscal Years 2023 and 2024, 2024, S. 3) verdeutlicht, dass wirtschaftliches Handeln nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Erreichung ökologischer und sozialer Ziele verstanden wird.

Seit 2022 befindet sich das Unternehmen Patagonia, welches im Wesentlichen hochwertige Outdoor-Kleidung verkauft, im Besitz von zwei Einheiten. Die beiden Einheiten bestehen aus dem Patagonia Purpose Trust, der die Kontrolle über die Unternehmensführung innehat, sowie dem Holdfast Collective, einer Non-Profit-Organisation, die sämtliche Gewinne für den Klimaschutz einsetzt. Daher steht bei Patagonia das Gemeinwohl über der reinen Gewinnmaximierung. In diesem Sinne lautet die unternehmerische Maxime: „Earth is now our only shareholder“ (Patagonia Works: Annual Benefit Corporation Report. Fiscal Years 2023 and 2024, 2024, S. 3).

Im Mittelpunkt des Produktkonzepts stehen Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Multifunktionalität. Im Geschäftsjahr 2024 wurden weltweit über 145.000 Reparaturen durchgeführt, unterstützt durch eigene Reparaturzentren und -teams sowie Schulungen für Konsumenten. Rund 73 % der Materialien stammen aus Recyclingprozessen. Darüber hinaus lag der Einsatz von PFAS-freien Stoffen im Fiskaljahr 2024 bereits bei 97 %. Zudem werden über 85 % der Produkte in Fair Trade Certified™-Betrieben hergestellt (Patagonia Works: Annual Benefit Corporation Report. Fiscal Years 2023 and 2024, 2024, S. 14).

Patagonia thematisiert Suffizienz explizit und verdeutlicht, dass reine Effizienzsteigerung nicht ausreicht (Handelsblatt, Wie die Outdoor-Weste zur Uniform für Investmentbanker



wurde, 2025, online). Stattdessen braucht es eine Transformation des Geschäftsmodells und einen grundlegenden Kulturwandel. Zudem wird offen über systemische Grenzen, den notwendigen gesellschaftlichen Wandel und Patagonias Rolle darin gesprochen. Darüber hinaus befürwortet Patagonia einen verantwortungsvollen Konsum, lehnt exzessives Wachstum ab und übt scharfe Kritik an den etablierten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen. Die Umweltwirkungen der Produkte werden transparent offengelegt, sowohl online als auch in Printmedien.

Patagonia quantifiziert die Umweltmaßnahmen mittels konkreter Zahlen. So stammen im Geschäftsjahr 2024 100 % des Stromverbrauchs für eigene und betriebene Geschäfte in Nordamerika aus erneuerbaren Quellen. Im Rahmen der Initiative „1 % for the Planet“ wurden im Zeitraum von 1985 bis 2024 etwa 226 Mio. US-Dollar gespendet. Patagonia steht somit exemplarisch für ein Geschäftsmodell, das Suffizienz, Kreislaufwirtschaft und gesellschaftliche Verantwortung in den Mittelpunkt stellt und dabei systemische Grenzen nicht nur anerkennt, sondern aktiv kommuniziert und adressiert. Die Vision von „Earth as our only shareholder“ wird somit auf allen Ebenen operationalisiert (Patagonia Works: Annual Benefit Corporation Report. Fiscal Years 2023 and 2024, 2024, S. 12-14).

4.2 Vaude

VAUDE verfolgt eine konsequent nachhaltige Unternehmensstrategie, deren Leitbild „Mehr Lebensqualität durch nachhaltige Outdoor-Produkte und zukunftsweisendes Wirtschaften“ auf eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung hinweist (VAUDE – Unternehmensphilosophie, 2025, online). Die VAUDE Sport GmbH & Co. KG ist ein vollständig in Familienbesitz befindliches Unternehmen mit etwa 600 Mitarbeitenden in Tettnang (VAUDE – Portrait, 2025, online). Das Geschäftsmodell kombiniert Nachhaltigkeit mit moderatem Wachstum, wobei der Resourcenverbrauch vom Umsatz entkoppelt wird. Elemente der Kreislaufwirtschaft wie Produktmiete, Second-Hand-Plattformen und Reparaturservices sind ein integraler Bestandteil.

Die Produkte sind auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und eine möglichst schadstofffreie Herstellung ausgelegt („Design for Life“). Kooperationen mit iFixit sowie ein breites Upcycling- und Reparaturangebot unterstreichen dabei den Anspruch, Konsum zu reduzieren. Ab der Sommerkollektion 2022 bestehen alle Green Shape-Produkte zu mehr als 50 % aus recycelten oder biobasierten Materialien (VAUDE – Green Shape – der VAUDE Standard für umweltfreundlichere Outdoor-Produkte, 2025, online).



In der externen Kommunikation adressiert VAUDE Suffizienz explizit („Weniger besitzen. Mehr mieten.“), hinterfragt Konsummuster und legt Zielkonflikte – etwa zwischen Wachstum und Emissionsminderung – offen. Zudem zeichnet sich VAUDE durch eine hohe Transparenz aus, indem das Unternehmen seit 2011 jährlich eine vollständige Klimabilanz für den Standort Tettnang veröffentlicht, die sämtliche Emissionen gemäß Scope 1, 2 und 3 umfasst (VAUDE – von klimaneutral zu Net Zero, 2025, online).

Ökologisch zeigt VAUDE messbaren Impact. So konnten zwischen 2019 und 2023 die CO₂-Emissionen um 30 % gesenkt werden, trotz einer Umsatzsteigerung im gleichen Zeitraum um 32 %. VAUDE strebt Klimaneutralität bis 2040 an, basierend auf einer Reduktion der Scope-1-Emissionen um 90 % und der Scope-3-Emissionen um 5 % jeweils gegenüber dem Basisjahr 2019 (VAUDE – von klimaneutral zu Net Zero, 2025, online). Die Klimastrategie „Net Zero bis 2040“ ist darüber hinaus offiziell durch SBTi (Science Based Targets Initiative) anerkannt (VAUDE – von klimaneutral zu Net Zero, 2025, online).

4.3 Waschbär

Das Unternehmen Waschbär GmbH ist ein Teil der Triaz Group GmbH und versteht sich als transformatives, gemeinwohlorientiertes Wirtschaftsmodell mit der Mission, eine „Wirtschaft für Mensch und Natur, nicht für Shareholder“ zu gestalten. Seit 2017 befindet sich die Waschbär GmbH im Verantwortungseigentum – getragen durch eine Purpose-Stiftung. Eigentümer können dadurch keine Anteile verkaufen oder vererben. Hierbei werden Gewinne vollständig reinvestiert, fließen in Mitarbeitende, Unternehmensentwicklung oder Umwelt- und Sozialprojekte. Der unternehmerische Fokus liegt nicht auf Profitmaximierung, sondern auf langfristiger gesellschaftlicher und ökologischer Wirkung. Das Kerngeschäft bildet der Versandhandel nachhaltiger Produkte aus verschiedenen Bereichen (ca. 10.000 Artikel), ergänzt durch Maßnahmen zur Förderung bewussten Konsums (Waschbär EMAS-Umwelterklärung 2024, für die Berichtsjahre 2020-2023, 2024, S. 3).

Die Produktauswahl folgt strengen ökologischen und sozialen Kriterien. Waschbär setzt konsequent auf Langlebigkeit, Qualität und Reparierbarkeit. Neben einem Rücknahmesystem und Repair-Cafés werden auch Second-Hand-Angebote geschaffen. Darüber hinaus integriert Waschbär zahlreiche Maßnahmen zur Verpackungsreduktion in den Produktan- satz (Waschbär - Materialanforderungen für den Öko-Haushalt, 2025, online).

In Nachhaltigkeitsberichten (u. a. GRI-Standard 2017/18) sowie Social Reports (Mitgliedschaft in der Fair Wear Foundation) dokumentiert das Unternehmen umfassend seine ökologischen und sozialen Maßnahmen. Die Kommunikation bezieht kritisch Stellung zu übermäßigem Konsum und thematisiert Suffizienz, teilen statt besitzen und die Spannungsfelder zwischen Wachstum und Umweltverantwortung. Reinvestition wird gegenüber klassischer Gewinnerzielung priorisiert (Triaz Group Nachhaltigkeitsbericht 2017/18, 2019, S. 11-13).

In Form der Nachhaltigkeitsberichte informiert die Triaz Group transparent über die Treibhausgasemissionen, indem auf Basis der erhobenen Umweltdaten jährlich eine Klimabilanz erstellt wird. So konnten die Treibhausgasemissionen in den Jahren 2017 und 2018 im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum um fast 30 % gesenkt werden (Triaz Group Nachhaltigkeitsbericht 2017/18, 2019, S. 36-39).

4.4 followfood

Die followfood GmbH ist das erste Unternehmen der Lebensmittel-Branche, das einen Gemeinwohl-Ökonomie-Bericht publiziert hat (Wurst, 2022, online). Das Unternehmen wurde im Jahr 2007 gegründet und beschäftigt mittlerweile 76 Mitarbeitende an drei Standorten in Deutschland (followfood GmbH – Über uns, 2025, online), die zusammen im Jahr 2022 einen Umsatz von über 55 Millionen Euro erwirtschafteten (followfood GmbH, 2025, S. 1). Als übergeordnetes Ziel wird ausgegeben, die nachhaltigste Lebensmittelmarke werden zu wollen und gleichzeitig zur Rettung der Meere und Böden beizutragen. Das soll durch den Vertrieb von über 150 nachhaltigen Tiefkühl-, Konserven- und Frische-Produkten erreicht werden.

Die Lieferkette unterliegt sowohl externen Zertifizierungen (z. B. Bioland oder Demeter) als auch eigenen strengen Kriterien. Ein zentraler USP (Unique Selling Proposition) des Unternehmens ist der Trackingcode, der die Herkunft und Ökobilanz von über 200 Produkten für circa drei Millionen Kunden transparent darstellt (Kompetenzzentrum Smart Services, 2024, online).

Die Vision, die Meere zu retten und das ökologischste Fischprodukt der Welt zu entwickeln – ebenso wie das Motto „Weltbereicherung statt Selbstbereicherung“ – werden sichtbar kommuniziert, da followfood sich als Initiator dieser Bewegung sieht (followfood GmbH, 2025, S. 1f). Suffizienz wird im Nachhaltigkeitsbericht thematisiert und direkt mit dem Ge-

schäftsmodell verknüpft. So muss jedes neue Produkt durch das hauseigene Impact Development Team freigegeben werden (followfood GmbH, 2025, S. 41f). followfood nutzt bewusstseinsfördernde Werbe-claims, etwa auf Kartoffelprodukten (followfood GmbH – Kartoffelprodukte, 2025, online) und wurde mehrfach ausgezeichnet, darunter drei Mal mit dem deutschen Nachhaltigkeitspreis (Vegconomist, 2024, online).

Durch Fokussierung auf vegane, klimafreundliche Produkte werden CO₂-Emissionen eingespart. So waren im Jahr 2023 ca. 90 % der eingeführten Produkte vegan. Dieser eingeschlagene Weg wird mit dem Ausbau der Produkte mit Zutaten aus der Beiproduktion weiter untermauert (Röttig, 2024, online). Durch die Unterstützung von Bodenretter-Fonds sowie über Agroforstprojekte soll die regenerative Landwirtschaft gefördert werden. Das Unternehmen möchte „mehr geben als nehmen“ (Röttig, 2022, online).

4.5 IKEA

IKEA ist als global agierender Möbelhersteller de facto ein Konzern, operativ jedoch als Franchiseunternehmen mit stiftungsbasierter Eigentümerstruktur organisiert, die langfristige Stabilität sowie steuerliche Effizienz gewährleistet (Ingka Group Annual Summary and Sustainability Report FY23, 2023, S. 4). Die Stichting Inka Foundation reinvestiert die Gewinne oder nutzt diese für gemeinnützige Zwecke (IKEA Sustainability Report FY24, 2024, S. 4). Im Jahr 2023 betrug der Nettoverdienst laut Unternehmensangaben über 1,5 Milliarden Euro (Ingka Group Annual Summary and Sustainability Report FY23, 2023, S. 118). IKEA möchte langfristig eine Net-Zero-Strategie fahren, indem vollständig erneuerbare und recycelte Materialien genutzt werden (IKEA Sustainability Report FY24, 2024, S. 6f).

Die Produkte von IKEA werden systematisch nach den Circular Design Principles etwa auf Reparierbarkeit, Demontierbarkeit, Ressourceneffizienz und Standardisierung überarbeitet. Außerdem führte man das Trixig Care & Repair Kit ein, um Eigenreparaturen zu fördern (IKEA Sustainability Report FY24, 2024, S. 21). Bei neuen Produkten, wie etwa dem MITT-ZON-Schreibtischgestell, nutzt IKEA geeignete Materialien, um den Materialeinsatz bei gleichbleibender Funktionalität zu verringern (IKEA Sustainability Report FY24, 2024, S. 14ff).

Der Möbelgigant schafft mittels QR-Codes in Sustainable Living Shops Transparenz in Bezug auf die Produktnachhaltigkeit. Zudem liegt der Fokus in der Kommunikation besonders auf Verhaltensänderungen bei Energie, Wasser, Ernährung sowie Müllvermeidung. In der

Berichterstattung werden ebenfalls die Herausforderungen beleuchtet, wie etwa erneuerbare Energien im Kundensegment (IKEA Sustainability Report FY24, 2024, S. 8-11). Mitarbeiter:innen erhalten Schulungsangebote für eine suffiziente Kundenkommunikation, um energie- und wassersparende Produkte zu empfehlen. In der Kundenkommunikation wurde die Kampagne Keep good things going bespielt, um Kreislaufangebot sowie Zweitnutzung zu bewerben (Ingka Group Annual Summary and Sustainability Report FY23, 2023, S. 21).

IKEA konnte nach eigenen Angaben seinen CO2-Fußabdruck seit 2016 um 28 % reduzieren. Diese Einsparung konnte unter anderem durch die Nutzung von recyceltem Material oder bio-basiertem Klebstoff in der Produktion realisiert werden (IKEA Sustainability Report FY24, 2024, S. 14-19). IKEA optimiert Designkonzepte zur Förderung der Demontage, Wiederverwendung und Ressourcenschonung über den gesamten Produktlebenszyklus hinweg (IKEA Sustainability Report FY24, 2024, S. 17). Durch die Zusammenarbeit mit Start-Ups sollen Möglichkeiten zur Entwicklung neuer pflanzlicher Lebensmittel und Meeresalgenmaterialien gefunden werden (IKEA Sustainability Report FY24, 2024, S. 10, S. 18). Im Jahr 2023 bezog das Unternehmen 79,2 % seines Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen und investierte seit 2009 insgesamt 3,8 Milliarden Euro in deren Ausbau. Zudem wurden 75,9 % des Abfalls aus dem operativen Geschäft recycelt, wobei bis 2030 eine vollständige Wiederverwertung angestrebt wird (Ingka Group Annual Summary and Sustainability Report FY23, 2023, S. 11).

5 Analyse der Forschungsergebnisse

Die Analyse der fünf Best-Practice-Unternehmen zeigt, dass Suffizienzstrategien branchenübergreifend in KMU und Konzernen (IKEA) umsetzbar sind. Tabelle 2 fasst die Forschungsergebnisse zu den Kriterien „Unternehmen Allgemein“, „Produkte“, „Kommunikation & Transparenz“ und „Ressourceneinsparung“ übersichtlich und systematisch zusammen:

Tabelle 2:*Forschungsergebnisse nach den vier Kriterien*

Unternehmen	Unternehmen Allgemein	Produkte	Kommunikation & Transparenz	Ressourceneinsparung
Patagonia	Purpose Trust, Non-Profit Outdoor-Kleidung	Langlebigkeit, Reparatur, Recycling	Offene Konsumkritik („Don't buy this jacket“), hohe Transparenz	100 % erneuerbarer Strom (Nordamerika) Spenden seit 1985 über „1 % for the Planet“
Vaude	Familienunternehmen Outdoor-Produkte	Langlebigkeit, Produktmiete, Recycling, Upcycling	„Weniger besitzen. Mehr mieten.“, jährliche Klimabilanz	+32 % Umsatzwachstum trotz 30 % CO ₂ -Reduktion
Waschbär	Verantwortungseigentum, Purpose-Stiftung Versandhandel	Langlebigkeit, Rücknahme, Repair-Cafés, Verpackungsreduktion	Kritische Konsumhaltung, GRI-Berichte, Social Reports	30 % CO ₂ -Reduktion (2017-2018)
followfood	GmbH Bio-Lebensmittelbranche	90 % vegane Produkte, Trackingcodes	Suffizienzberichte, Werbeclaims, Gemeinwohlökonomiebericht	Unterstützung-Bodenretter-Fonds und regenerative Landwirtschaft
IKEA	Franchise mit Stiftungsstruktur Globaler Möbelhersteller	Circular Design, Repair Kit	QR-Codes, Sustainable Living Shops, Konsumenten-aufklärung	28 % CO ₂ -Reduktion seit 2016, Ziel: 100 % Recycling bis 2030

Die Untersuchung der fünf Best-Practice-Unternehmen zeigt, dass die Umsetzung der Suffizienzstrategie in der Praxis sowohl Chancen als auch Grenzen mit sich bringt. Ökonomisch profitieren die Unternehmen von einer hohen Kundenbindung durch eine qualitäts- und langlebigkeitsorientierte Produktstrategie (z. B. 145.000 Reparaturen bei Patagonia in 2024). Zudem eröffnet die Einführung neuer Geschäftsmodelle wie Produktmiete bei Vaude oder Second-Hand-Plattformen bei Waschbär wirtschaftliches Innovationspotential. Andererseits stehen Suffizienzstrategien im Spannungsfeld mit Wachstumszielen, da beispielsweise die Massenproduktion des Konzerns IKEA den Konsum trotz kreislaufwirtschaftlicher Ansätze fördert und followfoods begrenzte Produktpalette die Skalierbarkeit einschränkt. Ökologisch reduzieren Suffizienzstrategien messbar Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbräuche (siehe Tabelle 2) und tragen so zur Einhaltung planetarer

Grenzen bei, sind jedoch durch bestehende Konsummuster begrenzt. Während Suffizienzstrategien in gemeinwohlorientierten KMU besonders wirksam sind, da diese weitgehend unabhängig von Wachstumszwängen agieren können, bleibt ihr Einfluss in Großunternehmen bspw. Konzernen wie IKEA begrenzt. So integriert IKEA zwar Elemente suffizienten Handelns, der Grundgedanke der Suffizienz – eine Verringerung des Konsums – wird jedoch nicht konsequent realisiert.

6 Fazit

Die vorliegende Arbeit untersuchte die Forschungsfrage, welche praktischen Möglichkeiten und Grenzen aus ökonomischer und ökologischer Perspektive für Unternehmen bei der Umsetzung der Suffizienzstrategie bestehen. Die Analyse verdeutlicht, dass Suffizienz praktikabel ist, wenn Geschäftsmodelle konsequent auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und bewussten Konsum ausgerichtet werden. Ökonomisch eröffnen sich Potenziale durch Geschäftsmodelle wie Produktmiete, Reparaturservices oder Second-Hand-Plattformen sowie durch eine stärkere Kundenbindung. Ökologisch ermöglicht die Strategie eine messbare Reduktion von Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen. Gleichzeitig bleibt ihre Wirkung durch bestehende Konsummuster und politische Rahmenbedingungen begrenzt. Insgesamt erweist sich Suffizienz als vielversprechender Baustein einer nachhaltigen Transformation, deren langfristiger Erfolg jedoch von gesellschaftlicher Akzeptanz und passenden politischen Rahmenbedingungen abhängt. Zukünftige Forschung sollte in diesem Zusammenhang prüfen, inwieweit Suffizienzstrategien von Nischenfirmen wie Patagonia oder followfood auf Massenmärkte und andere Branchen übertragbar sind. Limitationen der Arbeit bestehen darin, dass die Forschungsergebnisse u.a. auf unternehmenseigenen Nachhaltigkeitsberichten basieren, deren Angaben nicht alle unabhängig überprüft werden können. Dies birgt das Risiko von Greenwashing und kann die Aussagekraft über Suffizienzstrategien einschränken.



Literaturverzeichnis

- Best, B. (2024): Die Rolle von Suffizienz in Energiewende und Energiepolitik, in: Beier, S., Hense, P., Klümper, C., Lechtenböhmer, S. & Reicher, C. (Hrsg.): Die UN-Nachhaltigkeitsziele als interdisziplinäre Herausforderung, Wiesbaden: Springer Gabler, S.57-66
- Bocken N., Smeke Morales, L. & Lehner, M. (2020): Sufficiency Business Strategies in the Food Industry – The Case of Oatly, *Sustainability*, 12. Jg., S. 1-20
- Bocken, N., Niessen, L. & Short S.W. (2022): The Sufficiency-Based Circular Economy – An Analysis of 150 Companies, *Sustainability*, 3. Jg., S. 1-18
- BUND (2017): Ein gutes Leben für alle! Eine Einführung in Suffizienz, URL: https://www.bund-bawue.de/fileadmin/bawue/Dokumente/Themen/Nachhaltigkeit/Suffizienz_Gutes_Leben_fuer_Alle.pdf, abgerufen am 15.08.2025
- Ekardt, F. (2016): Suffizienz: Politikinstrumente, Grenzen von Technik und Wachstum und die schwierige Rolle des guten Lebens, Soziologie und Nachhaltigkeit – Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung, 2. Jg., Heft 4, S. 1-25
- Figge, F. & Thorpe, A.S. (2023): Circular economy, operational eco-efficiency, and sufficiency. An integrated view, *Ecological Economics*, 204. Jg., Part B, S. 1-11
- followfood GmbH (2024): Gemeinwohlbericht Vollbilanz
- followfood GmbH (2025): Kartoffelprodukte, URL: <https://followfood.de/produktwelt/kartoffelprodukte>, abgerufen am 29.07.2025
- followfood GmbH (2025): Produktwelt, URL: <https://followfood.de/produktwelt>, abgerufen am 29.07.2025
- followfood GmbH (2025): Über uns, URL: <https://followfood.de/bewegung>, abgerufen am 29.07.2025
- Haase, L. M., Mugge, R., Mosgaard, M. A., Bocken N., Jaeger-Erben, M., Pizzol, M. J., Jørgensen, M. (2024): Who are the value transformers, value co-operators and value gatekeepers? New routes to value preservation in a sufficiency-based circular economy, *Journal of Business Ethics*, 192. Jg., S. 3-10



Handelsblatt (2025): Wie die Outdoor-Weste zur Uniform für Investmentbanker wurde,

URL: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/patagonia-wie-die-outdoor-weste-zur-uniform-fuer-investmentbanker-wurde-01/100120898.html>, abgerufen am 15.08.2025

IKEA Sustainability Report FY24 (2024)

Ingka Group Annual Summary and Sustainability Report FY23 (2023)

Kraft, M. H.G., Frank, E. & Podleisek, A. (2023): Carbon Management in KMU – Strategien und Ansätze zur Klimaneutralität, Wiesbaden: Springer Gabler

Linz, M. (2004): Weder Mangel noch Übermaß: Über Suffizienz und Suffizienzforschung, Wuppertal Papers, No. 145, Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Linz, M. (2006): Was wird dann aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit, Wuppertal Papers, No. 157, Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Metzner-Szigeth, A. (2019): Strategies for Eco-Social Transformation: Comparing Efficiency, Sufficiency and Consistency

Patagonia Works: Annual Benefit Corporation Report. Fiscal Years 2023 and 2024 (2024)

Röttig, B. (2022): Die grüne Null ist nicht genug, URL: <https://lebensmittelpraxis.de/nachhaltig-wirtschaften/followfood-die-gruene-null-ist-nicht-genug.html>, abgerufen am 29.07.2025

Röttig, B. (2024): Sortiment mit Klimaschutz-Ziel, URL: <https://lebensmittelpraxis.de/sortiment/39283-followfood-sortiment-mit-klimaschutz-ziel.html>, abgerufen am 29.07.2025

Triaz Group Nachhaltigkeitsbericht 2017/18 (2019)

VAUDE (2025): Unternehmensphilosophie, URL: <https://nachhaltigkeitsbericht.vaude.com/de/ueber-vaude/philosophie/unternehmensphilosophie/>, abgerufen am 15.08.2025

VAUDE (2025): VAUDE Portrait, URL: <https://nachhaltigkeitsbericht.vaude.com/de/ueber-vaude/organisation/vaude-portrait/>, abgerufen am 27.08.2025



VAUDE (2025): Green Shape – der VAUDE Standard für umweltfreundlichere Outdoor-Produkte, URL: <https://nachhaltigkeitsbericht.vaude.com/de/daten-fakten/standards-zertifikate/green-shape/>, abgerufen am 15.08.2025

VAUDE (2025): Von klimaneutral zu Net Zero, URL: <https://cms.vaude.com/gri/umwelt/von-klimaneutral-zu-net-zero.php>, abgerufen am 15.08.2025

Waschbär EMAS-Umwelterklärung 2024: Für die Berichtsjahre 2020-2023 (2024)

Waschbär (2025): Materialanforderungen für den Öko-Haushalt, URL: <https://www.waschbaer.de/shop/ueber-uns/sortimente-und-qualitaetsstandards/oeko-haushalt>, abgerufen am 15.08.2025

Wurst, H. (2022): Followfood ist mit erstem Gemeinwohlökonomiebericht Vorreiter der Food-Branche in ethischer Unternehmensführung, URL: <https://hessen-online.com/followfood-ist-mit-erstem-gemeinwohloekonomiebericht-vorreiter-der-food-branche-in-ethischer-unternehmensfuehrung/>, abgerufen am 29.07.2025

Vegconomist (2024): Followfood gewinnt als erstes Unternehmen drei Mal den Deutschen Nachhaltigkeitspreis, URL: <https://vegconomist.de/marketing-und-medien/followfood-gewinnt-deutschen-nachhaltigkeitspreis/>, abgerufen am 29.07.2025





Aaron Fuchs, Philipp Strehle

Die Rolle der Suffizienzstrategie in einer nachhaltigen Wirtschaft

Analyse von Best-Practice-Unternehmen

#DUAL forscht Online Journal des ECC Forschendes Lernen für studentische Publikationen

Akzeptanz und Voraussetzungen nachhaltiger Mobilitätslösungen für den Arbeitsweg im Rahmen der Suffizienzstrategie

Oliver Eck, Moritz Schoenberg



1 Einleitung

Die Diskussion über nachhaltige Mobilität rückt im Kontext globaler ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Herausforderungen zunehmend in den Mittelpunkt. Ange- sichts fortschreitender Urbanisierung, wachsender Verkehrsströme und steigender CO₂-Emissionen steht die Frage nach zukunftsfähigen Mobilitätslösungen immer stärker im Fokus von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen sollen dabei im Rahmen des Green Deals bis 2050 (ggü. 1990) um 90 % reduziert werden (Europäische Kommission, 2019). Der Verkehrssektor gilt in der Europäischen Union nach wie vor als einer der Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen (Stand 2019 ggü. 1990: +33 %), wobei insbesondere Pkw einen signifikanten Anteil im Verkehrssektor verursachen (Europäisches Parlament, 2019). Parallel dazu verschärfen sich aufgrund einer gestiegenen Pkw-Nutzung Problemlagen wie Luftverschmutzung, Flächenverbrauch und Lärmbelastung, die nicht nur ökologische, sondern auch gesundheitliche und soziale Konsequenzen nach sich ziehen (Böcker et al., 2020).

Nachhaltige Mobilitätslösungen bieten einen möglichen Ausweg aus diesem Spannungsfeld. Sie zeichnen sich durch den Anspruch aus, ökologisch verträglich, ökonomisch effizient und sozial gerecht zu sein. Dabei umfasst der Begriff nicht nur technische Innovationen, wie die Elektrifizierung des Verkehrs oder die Nutzung alternativer Antriebe, sondern ebenso infrastrukturelle, organisatorische und verhaltensbezogene Ansätze. Intermodale Verkehrskonzepte, Sharing-Modelle oder der gezielte Ausbau des öffentlichen Verkehrs sind Beispiele für Maßnahmen, die sowohl auf individueller als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nachhaltige Wirkung entfalten können (Hennicke et al., 2021; Held, M., 2007).

Die Auseinandersetzung mit nachhaltigen Mobilitätslösungen ist jedoch komplex. Sie erfordert die Integration unterschiedlicher wissenschaftlicher Perspektiven, etwa aus den Bereichen Umweltwissenschaften, Verkehrsplanung, Ökonomie, Sozialwissenschaften und Politik. Gleichzeitig bestehen Zielkonflikte: Während die Reduktion von Emissionen und Ressourcenverbrauch als dringend erforderlich gilt, müssen zugleich Aspekte wie Erreichbarkeit, Bezahlbarkeit und individuelle Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigt werden. Einseitige Lösungen greifen hier oftmals zu kurz; vielmehr bedarf es einer Kombination aus technologischen Innovationen, politischen Steuerungsinstrumenten und gesellschaftlicher Akzeptanz (Nobis & Lell, 2024).

Vor diesem Hintergrund verfolgt die vorliegende Seminararbeit das Ziel, mögliche Rahmenbedingungen und die Bereitschaft insbesondere von Pendlern zum Umstieg von einem



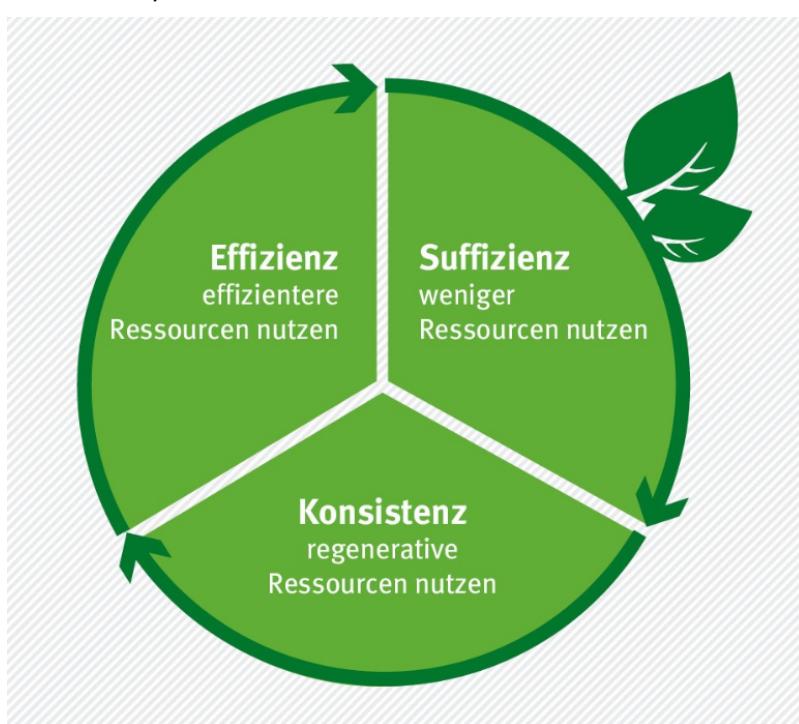
Pkw mit Verbrennungsmotor auf nachhaltige Mobilitätslösungen mithilfe einer Umfrage zu erforschen. Unter nachhaltigen Mobilitätslösungen wurden hierbei die Alternativen Elektroauto, öffentliche Verkehrsmittel, Fahrgemeinschaften, Fahrrad/E-Scooter und zu Fuß untersucht.

2 Zusammenspiel von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz

Die Suffizienzstrategie stellt neben Effizienz und Konsistenz einen zentralen Ansatz nachhaltiger Entwicklung dar. Während Effizienzstrategien auf die technische Verbesserung bestehender Systeme abzielen (z. B. sparsamere Motoren oder leichtere Materialien) und Konsistenzstrategien auf eine umweltverträgliche Gestaltung von Stoff- und Energieströmen setzen (z. B. erneuerbare Energien), verfolgt die Suffizienz das Ziel, den absoluten Ressourcen- und Energieverbrauch durch eine Veränderung von Verhaltensweisen, Strukturen und Konsummustern zu reduzieren (Müller, 2024; Fischer & Grießhammer, 2013; Umweltbundesamt, 2024). In der folgenden Grafik wird die Verbindung der drei Nachhaltigkeitsbestandteile aufgezeigt.

Abbildung 20:

Zusammenspiel von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz



Anmerkung: Umweltbundesamt, 2024

Im Bereich der Mobilität bedeutet dies insbesondere, nicht nur die Art und Weise, wie Menschen unterwegs sind, nachhaltiger zu gestalten, sondern auch die Frage zu stellen, ob bestimmte Wege und Transporte überhaupt notwendig sind.

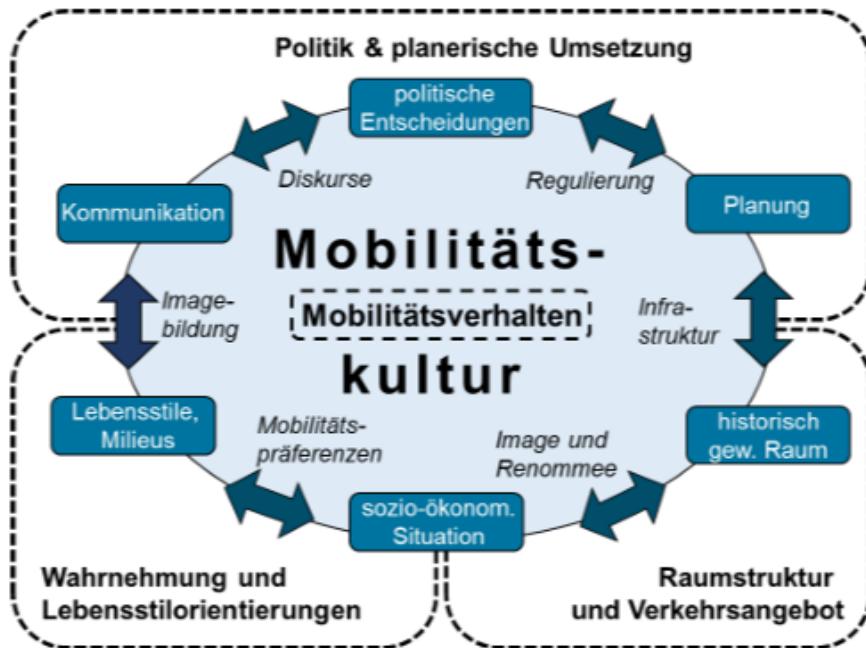
Konkret beinhaltet die Suffizienzstrategie im Mobilitätskontext verschiedene Maßnahmen:

- **Vermeidung von Wegen:** Durch Digitalisierung, Homeoffice oder die Bündelung von Erledigungen lassen sich unnötige Fahrten reduzieren. Auch eine stärkere räumliche Nähe von Wohnen, Arbeiten und Freizeitangeboten trägt dazu bei, Mobilitätsbedarfe zu verringern (Böcker et al., 2020; Nobis & Lell, 2024).
- **Verlagerung auf ressourcenschonende Verkehrsmittel:** Statt den Pkw zu nutzen, werden bspw. Fuß- und Radverkehr sowie der öffentliche Verkehr gefördert. Diese Formen der Mobilität sind nicht nur energieärmer, sondern auch platzsparender und emissionsärmer (Böcker et al., 2020; Nobis & Lell, 2024).
- **Änderung von Mobilitätsmustern:** Suffizienz setzt auf ein Umdenken hin zu gemeinschaftlicher, bedarfsorientierter Nutzung. Carsharing, Mitfahrglegenheiten oder multimodale Angebote reduzieren die Notwendigkeit, einen eigenen Pkw zu besitzen, und können gleichzeitig die Zahl der gefahrenen Kilometer senken (Böcker et al., 2020; Nobis & Lell, 2024).

Beeinflusst wird das Mobilitätsverhalten aber nicht von einzelnen Bedürfnissen. Vielmehr ist es ein Zusammenspiel aus den Faktoren Politik & planerische Umsetzung, Wahrnehmung und Lebensstilorientierung sowie Raumstruktur und Verkehrsangebot. Diese stehen immer in einem Abhängigkeitsverhältnis untereinander. Folglich ist für eine substantielle Veränderung des Mobilitätsverhaltens eine gesamthafte Betrachtung notwendig (Nobis & Lell, 2024). Ebenso lässt sich erkennen, dass viele Deutsche ihren Pkw mit einem Gefühl von Freiheit und Spaß verbinden (DAT, 2025). Diese Einstellungen sind nicht schnell durch Alternativangebote wie bessere öffentliche Verkehrsmittel oder bessere Fahrradwege zu verändern, sondern benötigen Zeit und einen gesellschaftlichen Wandel (Nobis & Lell, 2024).

Abbildung 21:

Abhängigkeiten der Mobilitätskultur



Anmerkung: Nobis & Lell, 2024

Der besondere Wert der Suffizienzstrategie liegt darin, dass sie nicht ausschließlich auf technologische Innovationen angewiesen ist, sondern bereits durch bewusste Verhaltensänderungen Wirkung entfalten kann. Gleichzeitig birgt sie aber auch Herausforderungen: Sie verlangt von Individuen und Gesellschaften eine Anpassung von Routinen, Komfortansprüchen und Konsumgewohnheiten. Dies stößt oftmals auf Akzeptanzprobleme, da Mobilität in modernen Gesellschaften stark mit persönlicher Freiheit und Flexibilität verbunden ist (Umweltbundesamt, 2024).

Für eine nachhaltige Verkehrswende ist die Suffizienzstrategie dennoch unverzichtbar. Sie ergänzt Effizienz- und Konsistenzansätze, indem sie auf eine absolute Reduktion des Verkehrsaufkommens abzielt. Nur durch diese Kombination lässt sich der ökologische Fußabdruck des Mobilitätssektors wirksam verringern und einen Beitrag zur Erreichung von Klimazielen leisten (Fischer & Grießhammer, 2013).

Durch das Ersetzen von Pkw mit Verbrennungsmotor durch nachhaltige Mobilitätslösungen bei Pendlern ergeben sich neben den geringeren CO₂-Emissionen weitere Nachhaltigkeitseffekte. Die Möglichkeiten Fahrgemeinschaften zu bilden, öffentliche Verkehrsmittel oder Fahrrad/E-Scooter zu nutzen und zu Fuß zu gehen, reduzieren den Bedarf an Pkw in

der Gesellschaft. Sodass der Flächenbedarf für Parkplätze und Straßen sinkt. Die Alternativen haben einen jeweils deutlich geringeren Platzbedarf (Böcker et al., 2020), woraus ein geringerer Bedarf für bspw. Straßen und Parkplätze resultiert. Weitere Effekte sind, dass durch eine geringere Nutzung von Pkw der Mehrwert des Besitzes von einem oder mehreren Autos sinkt und somit der Pkw-Bestand reduziert wird. Im Jahr 2025 waren mit einer Gesamtzahl von 49,3 Mio. so viele Pkw in Deutschland zugelassen, wie nie zuvor (Kraftfahrt-Bundesamt, 2025). Im Vergleich zum Substituieren eines Pkw mit einer suffizienzorientierten Mobilitätslösung wie z. B. dem Fahrrad, ist das Substituieren eines Pkw mit einem Elektroauto mit wesentlich geringeren Vorteilen verbunden. Die Gründe dafür sind, dass beim Ersetzen eines Pkw durch ein Elektroauto Faktoren, wie Platzbedarf und die zu produzierenden Pkw von ihrer Anzahl her bestehen bleiben (Böcker et al., 2020).

3 Methodik

Zur empirischen Untersuchung der Einstellungen und Verhaltensweisen im Bereich nachhaltiger Mobilitätslösungen wurde eine standardisierte Umfrage konzipiert und durchgeführt. Ziel der Erhebung war es, Erkenntnisse über die Wahrnehmung, Akzeptanz und Bereitschaft zur Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel zu gewinnen. Im Fokus standen dabei konkrete nachhaltige Fortbewegungsmöglichkeiten, wie Fahrgemeinschaften, öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad bzw. E-Bike, E-Scooter, Fußwege sowie Elektroautos.

Die Umfrage wurde in Form eines quantitativen Online-Fragebogens realisiert, da dieses Erhebungsinstrument eine effiziente Datenerfassung ermöglicht und eine größere Reichweite bietet. Der Fragebogen setzte sich größtenteils aus geschlossenen Fragen zusammen und wurde um zwei offene Fragen ergänzt. Zur Erfassung von Einstellungen und Meinungen wurden überwiegend Likert-Skalen eingesetzt, um differenzierte Einschätzungen zwischen Zustimmung und Ablehnung sichtbar zu machen. Ergänzend wurden demografische Variablen (z. B. Alter, Geschlecht, Wohnort) sowie Fragen zu Mobilitätsverhalten und Verkehrsmittelwahl erhoben, um mögliche Zusammenhänge zwischen soziodemografischen Faktoren und Mobilitätsentscheidungen analysieren zu können.

Die Stichprobe wurde nach dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme zusammengesetzt. Der Fragebogen wurde über digitale Kanäle (Soziale Medien) und persönlicher Ansprache verbreitet. Ziel war es, eine möglichst heterogene Gruppe von Pendlern zu erreichen, die sowohl unterschiedliche Lebensumstände als auch verschiedene Mobilitätsbedürfnisse abbildet. Dennoch ist die Aussagekraft der Ergebnisse im Hinblick auf ihre Repräsentativität begrenzt, da es sich nicht um eine nach strengen Zufallskriterien gezogene Stichprobe



handelt und im Verhältnis zur Gesamtmenge i.H. von 34,6 Mio. Pendlern (Bundesagentur für Arbeit, 2024) um eine kleine Stichprobe handelt.

Zur Auswertung der erhobenen Daten wurden deskriptive Statistiken eingesetzt. Auf deren Grundlage wurden für den vorliegenden Beitrag Schlussfolgerungen in Bezug auf die Suf- fizienzstrategie im Mobilitätsbereich gezogen. Darüber hinaus wurden, soweit es die Da- tenlage zuließ, Zusammenhänge zwischen Variablen analysiert.

Durch diese methodische Vorgehensweise soll ein fundierter Einblick in gegenwärtige Ein- stellungen und Handlungsspielräume gewonnen werden, die für die Akzeptanz nachhalti- ger Mobilitätsstrategien von Bedeutung sind.

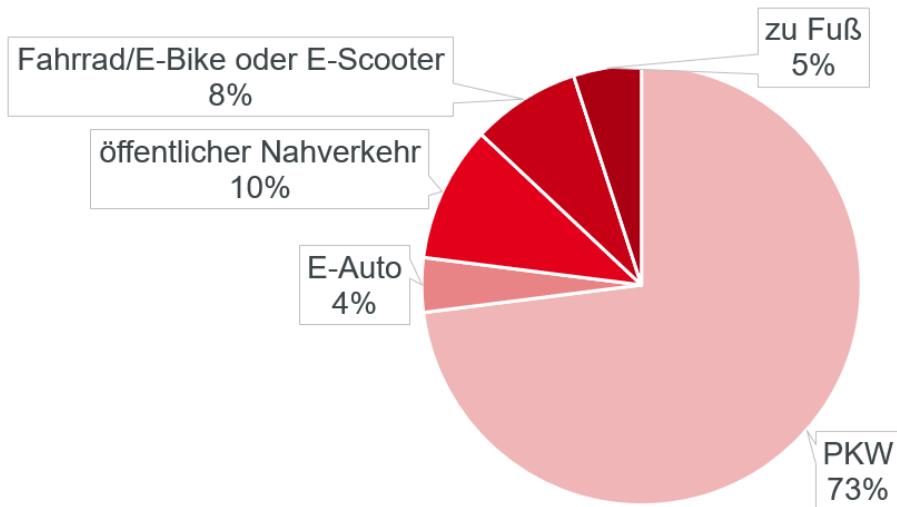
4 Ergebnisse

Die vorliegende Umfrage umfasst 201 Teilnehmende, von denen 151 aus Baden-Württem- berg stammen. Dies entspricht einem Anteil von 75,1 %. Im Durchschnitt legen die Befrag- ten eine Pendeldistanz von 22,55 Kilometern zurück und die mittlere Pendelzeit beträgt 25,69 Minuten. Hinsichtlich der Wohnortstruktur leben 76,62 % der Teilnehmenden in klei- neren Städten oder Vororten, 13,93 % in ländlichen Gebieten und 9,45 % in städtischen, dicht besiedelten Räumen. Die Geschlechterverteilung ist mit 54,5 % Männern und 45,5 % Frauen relativ ausgeglichen. Besonders auffällig ist die Altersstruktur. 29,9 % der Befrag- ten sind zwischen 18 und 25 Jahre alt, 22,4 % zwischen 26 und 35 Jahren, 14,9 % zwi- schen 36 und 45 Jahren, 17,9 % zwischen 46 und 55 Jahren und 13,4 % über 55 Jahre. Zwei Personen, also ein Prozent der Befragten, sind unter 18 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden ist somit jünger als 35 Jahre.

Auch die Analyse der Verkehrsmittelwahl zeigt ein klares Bild. Dies veranschaulicht Abbil- dung 22. 73 % der Teilnehmenden nennen einen konventionellen Pkw als Hauptverkehrs- mittel, weitere 4 % geben ein Elektroauto an. Der öffentliche Verkehr wird von 10 % ge- nutzt, das Fahrrad oder E-Bike von 8 % und der Fußweg von 5 %.



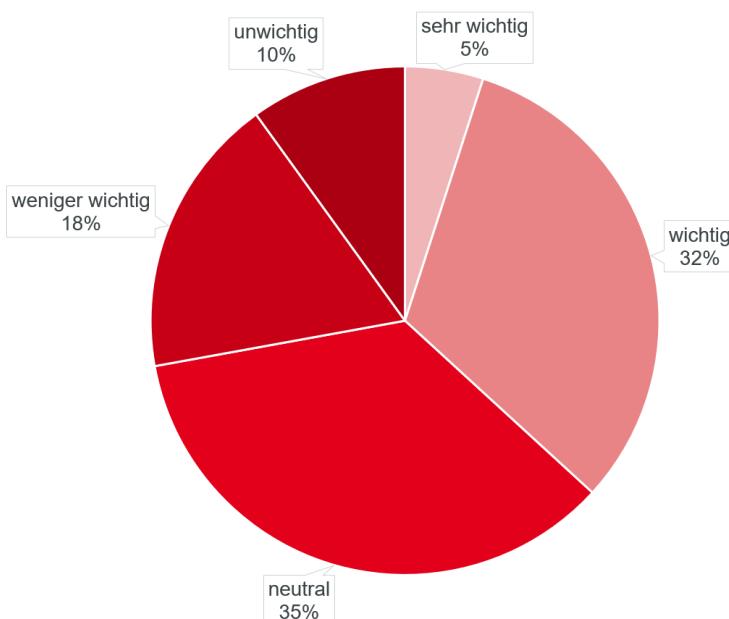
Abbildung 22:
Verkehrsmittelwahl



Anmerkung: Eigene Darstellung

Bei den Einstellungen zum Umweltaspekt in Abbildung 23 zeigt sich ein heterogenes Bild. 31,84 % bewerten diesen als wichtig und 4,98 % als sehr wichtig. 35,32 % verhalten sich neutral, während 27,86 % den Umweltaspekt als weniger wichtig oder unwichtig einstufen.

Abbildung 23:
Umweltaspekt bei der Verkehrsmittelwahl



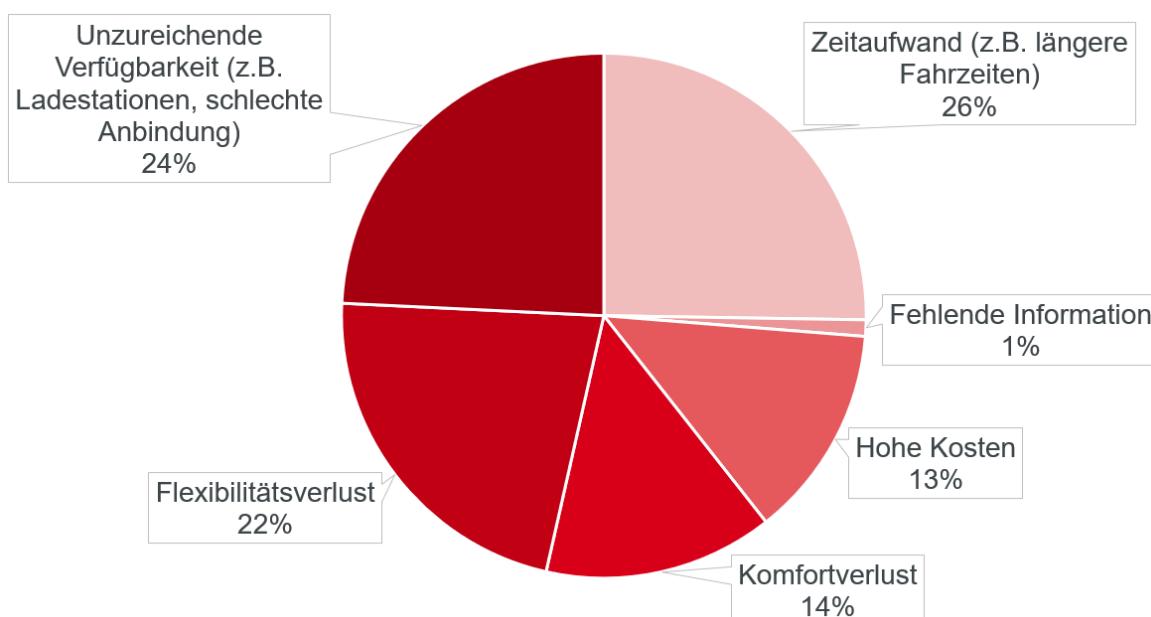
Anmerkung: Eigene Darstellung

Zudem gibt die Mehrheit der Befragten an, sich ausreichend oder gut über nachhaltige Mobilitätslösungen informiert zu fühlen. Weniger als zehn Prozent schätzen ihren Informationsstand als sehr gut ein. 39,3 % der Teilnehmenden sehen einen möglichen Einfluss des sozialen Umfelds auf ihre Mobilitätsentscheidung, 19,4 % geben einen klaren Einfluss an, während 40,8 % keinen Einfluss erwarten.

Die Analyse der Hinderungsgründe in Abbildung 24 verdeutlicht, dass vor allem strukturelle und zeitliche Faktoren den Umstieg auf nachhaltige Mobilität erschweren. 26 % befürchten einen höheren Zeitaufwand. 24 % geben eine unzureichende Verfügbarkeit von Ladeinfrastruktur oder Angeboten des öffentlichen Verkehrs an. 22 % nennen den Verlust an Flexibilität. Komforteinbußen werden von 14 % als Hinderungsgrund angegeben. Außerdem spielen auch für 13 % der Befragten hohe Kosten eine Rolle, jedoch seltener als andere Faktoren.

Abbildung 24:

Hinderungsgründe



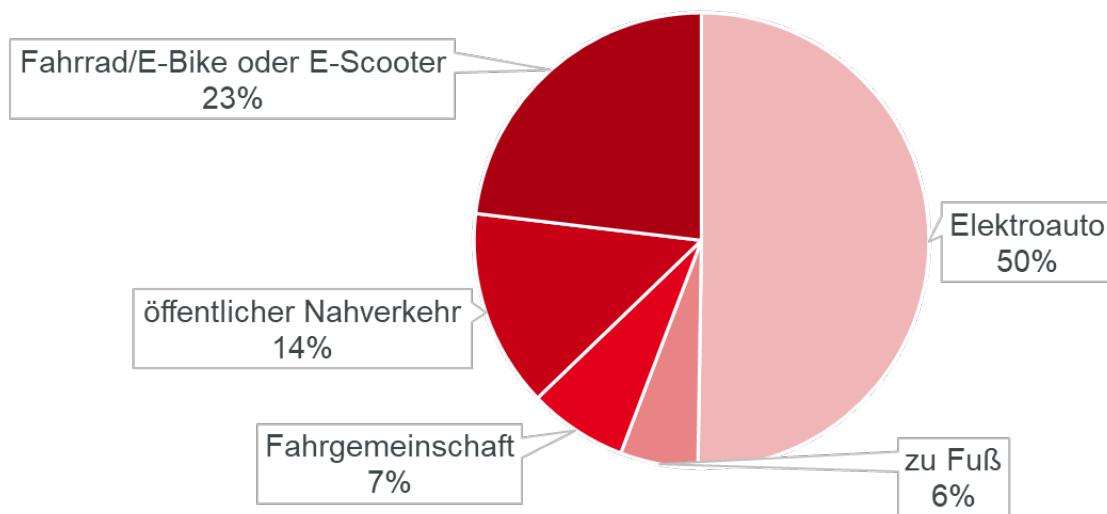
Anmerkung: Eigene Darstellung

Die Präferenzanalyse in Abbildung 25 zu den nachhaltigen Mobilitätsformen zeigt, dass 50 % der Befragten das Elektroauto bevorzugen. 23 % nennen das Fahrrad oder E-Bike, 14 % den öffentlichen Verkehr, 7 % Fahrgemeinschaften und 6 % den Fußweg. Auch die

durchschnittlichen Rangpositionen bestätigen diese Reihenfolge. Elektroauto, Fahrrad oder E-Bike sowie der öffentliche Verkehr liegen deutlich vor Fahrgemeinschaft und Fußweg. Werden nur die ersten drei Rangplätze betrachtet, zeigt sich das Elektroauto mit 79, % als führende Option.

Abbildung 25:

Präferenzanalyse



Anmerkung: Eigene Darstellung

Die Auswertung der Begründungen in Abbildung 26 liefert ein vertieftes Bild der Entscheidungslogik. Insgesamt haben 166 Teilnehmende eine Begründung angegeben, welche Faktoren bei der Wahl der nachhaltigen Mobilitätslösungen für sie am wichtigsten sind. Flexibilität und Unabhängigkeit werden in 34,3 % der Antworten genannt. Zeit- und Verlässlichkeit folgen mit 31,9 %. Kosten- und Preisüberlegungen spielen in 14,5 % der Texte eine Rolle, Anbindung und Erreichbarkeit in 13,9 % und Infrastruktur sowie Reichweite in 13,3 %. Umwelt- und Klimaschutzmotive werden von 9,6 % der Befragten angeführt, Komfort von 9,0 % und gesundheitliche Aspekte von 8,4 %. 4,2 % der Teilnehmenden erwähnen ausdrücklich die Wetterabhängigkeit, insbesondere mit Blick auf die Nutzung von Fahrrädern oder E-Bikes.

Abbildung 26:*Begründung für die Nutzung der nachhaltigen Mobilitätslösungen*

1. Flexibilität & Unabhängigkeit (34,3 %)
2. Zeit & Verlässlichkeit (31,9 %)
3. Kosten & Preisüberlegungen (14,5 %)
4. Anbindung & Erreichbarkeit (13,9 %)
5. Infrastruktur (13,3 %)
6. Reichweite (13,3 %)
7. Umwelt- und Klimaschutzmotive (9,6 %)
8. Komfort (9 %)
9. Gesundheit (8,4 %)
10. Wetter (4,2 %)

Anmerkung: Eigene Darstellung

Für die folgende Auswertung wurde ausschließlich die Personengruppe der Pkw-Fahrenden betrachtet, da für sie ein Umstieg auf nachhaltige Mobilitätslösungen am relevantesten ist, während die anderen Teilnehmer der Umfrage bereits umweltfreundlich unterwegs sind. Diese Gruppe wurde danach gefragt, welche Maßnahmen sie für besonders wichtig halten, um einen Umstieg zu vollziehen. Das Ergebnis ist in Abbildung 27 dargestellt und zeigt ein klares Bild. Als wichtigste Maßnahme steht an erster Stelle ein schnellerer und zuverlässigerer öffentlicher Verkehr mit einem Mittelwert von 4,38 auf einer Skala von 0 bis 5. Eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr folgt mit 4,18. Die Ladeinfrastruktur für Elektroautos liegt auf Platz drei mit einem Wert von 3,56. Im Vergleich haben bessere Fahrrad- und Fußanbindungen einen Mittelwert von 3,22, verbesserte Parkmöglichkeiten für Elektroautos einen Wert von 3,03 und sichere Fahrradstellplätze mit Ladeoptionen erreichen mit einem Mittelwert von 2,96 fast dasselbe Niveau. Die unwichtigsten Maßnahmen sind für die Teilnehmenden Park&Ride-Parkplätze mit 2,69, Umkleidemöglichkeiten für Radfahrende mit 2,54 und digitale Mitfahr-Apps mit 2,2.



Abbildung 27:*Wichtigkeit der Maßnahmen*

Anmerkung: Eigene Darstellung

Im Anschluss wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, die in Abbildung 25 dargestellten nachhaltigen Mobilitätslösungen zu nutzen, unter der Bedingung, dass die in Abbildung 27 gezeigten Maßnahmen umgesetzt sind. Mit 71,2% gab die Mehrheit der Personen an, dass sie in diesem Fall auf ein Elektroauto umsteigen würden. Ebenfalls könnten sich 68,8 % der Befragten den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr vorstellen, während 65,7 % den Wechsel zum Fahrrad oder E-Bike als realistisch einschätzen. Deutlich seltener würden die Umfrageteilnehmer Fahrgemeinschaften (39,2 %) oder das Zufußgehen (38,3 %) in Betracht ziehen.

5 Diskussion

Die Umfrage macht deutlich, dass der Pkw das bevorzugte Transportmittel ist. Über drei Viertel der Befragten nutzen den Pkw, was zeigt, dass der Verzicht auf diesen für viele derzeit keine realistische Option darstellt. Für die Implementierung einer Suffizienzstrategie, die eine Verringerung des Verkehrsaufkommens anstrebt, ergibt sich daraus eine zentrale Herausforderung. Diese besteht darin, dass sich der Großteil der Befragten auf technologische Alternativen, wie das Elektroauto, fokussiert. Jedoch trägt dieser Umstieg nicht dazu bei, im Sinne der Suffizienz die Gesamtzahl der Fahrten zu verringern. Entscheidend ist daher, die Menschen für Mobilitätsformen zu gewinnen, die tatsächlich Verkehr vermeiden oder reduzieren, wie der öffentliche Nahverkehr, das Fahrrad oder das Zufußgehen. Nur auf diese Weise lässt sich ein wirksamer Beitrag zu einer suffizienten Mobilitätswende leisten.

Abbildung 23 hat die Relevanz des Umweltaspektes bei der Wahl des Verkehrsmittels gezeigt und verdeutlicht, dass die Meinungen der Befragten in dieser Thematik sehr unterschiedlich ausfallen. 37 % der Befragten bewerten den Umweltaspekt als sehr wichtig oder wichtig. 35 % nehmen eine neutrale Haltung ein. 28 % stufen ihn als weniger wichtig oder unwichtig ein. Werden nur die Autofahrer betrachtet, verschiebt sich das Meinungsbild deutlich. Von diesen bewerten 31,81 % den Umweltaspekt als sehr wichtig oder wichtig. Im Gegensatz dazu nehmen 38,96 % eine neutrale Haltung ein, während 29,22 % den Aspekt als weniger wichtig oder unwichtig einstufen. Damit wird sichtbar, dass ein größerer Teil der Autofahrer den Umweltaspekt neutral oder gering bewertet. Weniger als ein Drittel betrachtet ihn dagegen als relevant.

Die vertiefte Analyse bestätigt diese Tendenz. Insgesamt haben 154 Personen das Auto als Verkehrsmittel angegeben. Davon sehen 105 Personen, also rund 68 %, den Umweltaspekt als neutral, weniger wichtig oder unwichtig. In dieser Gruppe nennen 66,7 % den Flexibilitätsverlust und 69,5 % den Zeitaufwand in Form längerer Fahrzeiten als zentrale Barrieren für einen Umstieg auf nachhaltige Mobilität. Hier zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang. Wer dem Umweltaspekt nur geringe Bedeutung beimisst, sieht vor allem Flexibilitätsverlust und längere Fahrzeiten als Hindernis für einen Umstieg auf nachhaltige Mobilitätslösungen.

Damit wird klar, dass ökologische Überlegungen häufig in den Hintergrund treten, sobald Einschränkungen der zeitlichen Verfügbarkeit oder der individuellen Flexibilität drohen. Maßnahmen zur Verlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel können daher nur wirksam sein, wenn diese zeitlich konkurrenzfähig und verlässlich sind. Ein dichterer Takt, kürzere Umsteigezeiten und stabile Anschlussmöglichkeiten sind grundlegende Voraussetzungen im öffentlichen Verkehr. Nur so lässt sich die Relevanz des Umweltaspektes für Autofahrer erhöhen und seine Bedeutung für die Entscheidung zugunsten nachhaltiger Verkehrsmittel stärken.

Die Präferenz für das Elektroauto als bevorzugte nachhaltige Lösung weist sowohl auf eine ökologische als auch auf eine technologische Orientierung der Teilnehmenden hin. Unter den Prämissen der Suffizienzstrategie ist dies ambivalent zu bewerten. Zwar können Elektroautos die Emissionen reduzieren, sie führen jedoch nicht zu einer Verringerung des Verkehrsaufkommens. Deshalb sollten Maßnahmen, die den Umstieg auf kollektive Verkehrsmittel und aktive Mobilitätsformen fördern, stärker in den Mittelpunkt rücken.

Besonders relevant ist die Analyse nach Personengruppen. Von den Personen aus den ländlichen Regionen haben alle Teilnehmenden das Elektroauto als erste Wahl genannt,



wenn es darum geht, eine nachhaltige Mobilitätslösung zu nutzen. Das Fahrrad und der öffentliche Verkehr spielen hier eine deutlich geringere Rolle. Für die Umsetzung der Suffizienzstrategie stellt die Gruppe aus dem ländlichen Raum daher eine besondere Herausforderung dar. Denn das Elektroauto ist zwar eine nachhaltige Alternative, jedoch lässt sich eine wirkliche Verringerung des Verkehrsaufkommens im Rahmen der Suffizienzstrategie nur durch kollektive Verkehrsmittel erreichen. Um einen Umstieg in diese Richtung zu fördern, müssen deswegen gerade für diese Gruppe besonders attraktive und gut erreichbare Angebote im öffentlichen Verkehr geschaffen werden. Ergänzend können digitale Mitfahrt- und Sharing-Angebote die Flexibilität erhöhen und so die Akzeptanz kollektiver Mobilitätsformen steigern.

Die qualitative Auswertung in Abbildung 26 zeigt, dass Flexibilität und Zeitersparnis für die Befragten die entscheidenden Faktoren sind, während Umweltmotive als weniger wichtig erachtet werden. Daraus lässt sich ableiten, dass Maßnahmen nicht nur ökologisch begründet, sondern vor allem alltagstauglich gestaltet werden müssen. Eine suffizienzorientierte Mobilitätsstrategie kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn sie gleichwertige oder bessere Rahmenbedingungen bietet als der Pkw. Darüber hinaus setzt sie eine Veränderung individueller Routinen voraus. Dies betrifft insbesondere die Bequemlichkeit, die mit der Pkw-Nutzung verbunden ist. Ein Beispiel hierfür ist Kopenhagen, wo Fahrräder durch eine gezielte Infrastruktur nicht nur eine schnellere, sondern auch eine komfortable und alltägliche Alternative zum Pkw darstellen (Böcker et al., 2020).

Schließlich bestätigt auch die Bewertung der Maßnahmen in Abbildung 27, dass die Befragten, welche aktuell den Pkw nutzen, vor allem strukturelle Verbesserungen erwarten, wenn es um den Wechsel auf nachhaltige Mobilitätslösungen geht. Interessant ist hierbei, dass die Personengruppe der Pkw-Fahrenden, noch vor den Maßnahmen für das Elektroauto (Ladestationen & bessere Parkmöglichkeiten), einen schnelleren und zuverlässigeren öffentlichen Verkehr und eine bessere Anbindung an diesen am höchsten priorisieren. Dies ist ein deutliches Signal an Politik und Verkehrsplanung, dass Investitionen in Infrastruktur der entscheidende Hebel sind, um suffizienzorientierte Mobilität zu ermöglichen.

6 Handlungsempfehlungen und Fazit

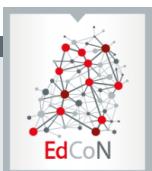
Die Untersuchung hat gezeigt, dass suffizienzorientierte Ansätze in der Mobilitätsdebatte bisher nur eine untergeordnete Rolle spielen. Hingegen machen die Ergebnisse aus Abbildung 25 deutlich, dass sich die Befragten vielmehr konsistent verhalten, wenn sie zum jetzigen Zeitpunkt auf eine nachhaltige Mobilitätslösung umsteigen müssten. Dementsprechend bevorzugen sie das Elektroauto und der Umstieg auf suffizienzorientierte Lösungen, wie öffentlicher Verkehr, stehen weniger im Mittelpunkt. Dies zeigt, dass der Fokus vieler Menschen eher auf einem Wechsel der Antriebstechnologie liegt als auf einer Verringerung der Verkehrsmenge. Im Sinne der Suffizienzstrategie ist dies kritisch zu bewerten, weil ihre zentralen Ziele, die Vermeidung von Wegen, die Reduktion der Pkw-Nutzung und die Verlagerung auf ressourcenschonende Mobilitätsformen sind. (Fischer & Grießhammer, 2013).

Damit die Suffizienzstrategie gesellschaftlich an Akzeptanz gewinnt, müssen die Rahmenbedingungen für den Umstieg verbessert werden. Ein attraktiver, verlässlicher und eng getakteter öffentlicher Verkehr ist eine Grundvoraussetzung. Ergänzend sind sichere Rad- und Fußwege sowie gut vernetzte Park&Ride-Angebote notwendig, damit Alternativen zum Auto keine Zeit- oder Komfortnachteile verursachen. Für ländliche Regionen und Pendelnde mit langen Arbeitswegen sind flexible Angebote wie kombinierte Lösungen aus bestehenden Mobilitätslösungen wie öffentlichen Verkehrsmitteln, Carsharing oder Carpooling empfehlenswert, damit der Umstieg realistisch wird.

Abbildung 21 hat hervorgehoben, dass sozio-ökonomische und politische Faktoren für einen erfolgreichen Wechsel hin zu nachhaltiger Mobilität von Bedeutung sind. Dementsprechend ist eine ganzheitliche Betrachtung notwendig. Hierzu gehören neben den Infrastrukturmaßnahmen auch soziologische und regulatorische Instrumente. Preisliche Anreize wie CO₂-basierte Abgaben, eine gerechte Parkraumbewirtschaftung oder vergünstigte Bus- und Bahntickets können den Umstieg erleichtern. Unternehmen können durch betriebliches Mobilitätsmanagement, Jobtickets, Ladeinfrastruktur am Arbeitsplatz und Home-office-Regelungen einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung von Pendelverkehren leisten. Auch der gesellschaftliche Diskurs ist von Bedeutung. Suffizienzorientierte Mobilität sollte nicht als Verzicht vermittelt werden. Die Kommunikation sollte ihre Vorteile betonen, wie geringere Kosten, weniger Lärm, weniger Staus und eine höhere Lebensqualität. Vorbilder und erfolgreiche Praxisbeispiele können helfen, neue soziale Normen zu etablieren und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen (Nobis & Lell, 2024).



Die Ergebnisse der Untersuchung verdeutlichen, dass eine wirksame Umsetzung der Suffizienzstrategie nur durch ein Zusammenspiel von Infrastruktur, ökonomischen Anreizen, betrieblicher Unterstützung und einem Bewusstseinswandel in der Gesellschaft erreicht werden kann. Erst dann kann eine spürbare Verringerung des Pkw-Verkehrs gelingen und ein wirksamer Beitrag zu den Klimazielen geleistet werden.



Oliver Eck, Moritz Schoenberg

Akzeptanz und Voraussetzungen nachhaltiger Mobilitätslösungen
für den Arbeitsweg im Rahmen der Suffizienzstrategie

#DUAL forscht Online Journal des ECC Forschendes Lernen für studentische Publikationen

Literaturverzeichnis

- Böcker, M., Brüggemann, H., Christ, M., Knak, A., Lage, J. & Sommer, B. (2020): Wie wird weniger genug?, Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung, München, 2020, S. 11-15, S. 60-61,
<https://doi.org/10.14512/9783962388041>
- Bundesagentur für Arbeit (2024): Pendleratlas, <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Pendleratlas/Pendleratlas-Nav.html#:~:text=In%20Deutschland%20wohnen%2034%2C585%20Millionen,sozialversicherungspflichtigen%20Besch%C3%A4ftigung%20nach%20Deutschland%20ein.>, abgerufen am 14.09.2025
- DAT (2025): DAT Report 2025, Kurzbericht, Ostfildern, 2025
- Nobis, C. & Lell, O. (2024): Erarbeitung einer Suffizienzstrategie für den Verkehrssektor und ihre erfolgreiche Kommunikation, Dessau 2024, S. 37-38, S. 41-42
- Europäische Kommission (2019): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Der europäische Grüne Deal, Brüssel, 2019
- Europäisches Parlament (2019): CO₂-Emissionen von Pkw: Zahlen und Fakten (Infografik) | Themen | Europäisches Parlament, <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20190313STO31218/co2-emissionen-von-pkw-zahlen-und-fakten-infografik>, abgerufen am 14.09.2025
- Fischer, C. & Grießhammer, R. (2013): Mehr als nur weniger, Suffizienz: Begriff, Begründung und Potentiale, Freiburg, 2013, S. 7-15
- Held, M. (2007): Nachhaltige Mobilität, In: Handbuch Verkehrspolitik, Wiesbaden 2007, S. 867-871
- Hennicke, P., Koska, T., Rasch, J., Reutter, O. & Seifried, D. (2021): Nachhaltige Mobilität für alle, Ein Plädoyer für mehr Verkehrsgerechtigkeit, München 2021, S. 104, 108, 112-114
- Kraftfahrt-Bundesamt (2025): Bestand an Personenkraftwagen, https://www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Fahrzeugarten/fahrzeugarten_node.html, abgerufen am 14.09.2025



Müller, P. (2024): Zwischen Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Transformation: Einflussfaktoren für suffiziente Lebensstile, München, 2024, S.12-20

Umweltbundesamt (2024): Mobilität neu denken, Nachhaltige Mobilität durch Verhaltensänderungen, Dessau, 2024, S. 9



Oliver Eck, Moritz Schoenberg

Akzeptanz und Voraussetzungen nachhaltiger Mobilitätslösungen
für den Arbeitsweg im Rahmen der Suffizienzstrategie

#DUAL forscht Online Journal des ECC Forschendes Lernen für studentische Publikationen

Ansätze der Suffizienzstrategie im ländlichen süddeutschen Raum

Sebastian Reimann, Alexander Kirn, Jonas Mohr



1 Einführung

Der Environmental Monitor des Umweltbundesamtes 2024 zeigt den Grad der Zielerreichung der Klimaziele Deutschlands. Diese sind in zehn Kategorien unterteilt, wobei Deutschland bei einigen Kategorien auf einem guten Weg und bei anderen noch weit von der Zielerreichung entfernt ist (Arle, Jens et al., 2024, S. 7-8). Gerade die Abweichungen in den Bereichen Resource Conservation, Energy, Consumption und Transport sind im Kontext dieses Artikels hervorzuheben. Der Raw Material Footprint, welcher den Pro-Kopf-Verbrauch von Rohstoffen misst, ist heute auf demselben Niveau wie zum Beginn der Messungen 2010 (Arle, Jens et al., 2024, S. 47). Dasselbe gilt für den Hausmüll in Deutschland (Arle, Jens et al., 2024, S. 49). Der Energetische Endverbrauch ist seit 2008 lediglich um 9,3 % gefallen. Als Ziel für 2030 werden 26,5 % angestrebt (Arle, Jens et al., 2024, S. 61). Der Rohstoffverbrauch der Privathaushalte in Deutschland ist heute ebenfalls auf demselben Niveau wie 2010 (Arle, Jens et al., 2024, S. 69). Der Energieverbrauch für den Personenverkehr setzt den Vor-Corona-Anstieg auch nach der Coronakrise fort, war aber bereits während der Coronakrise deutlich vom Ziel entfernt. 15-20 % sollen bis 2030 reduziert werden (Arle, Jens et al., 2024, S. 84-85). Suffizienz kann als Nachhaltigkeitsstrategie dazu beitragen, die Erreichung dieser Ziele sicherzustellen. Basierend auf verschiedenen Definitionsansätzen wird der Arbeit folgende Definition für Suffizienz zugrunde gelegt: Suffizienz bezeichnet die bewusste Reduktion von Konsum und Ressourcenverbrauch durch veränderte Praktiken wie reparieren, teilen und wiederverwenden – mit dem Ziel, innerhalb ökologischer Grenzen zu wirtschaften.⁹ Suffizienzstrategische Ansätze spielen verstärkt in Großstädten eine wichtige Rolle (Schmitt et al., 2015, S. 24). Über die Rolle von Suffizienz im ländlichen Raum und die Förderung entsprechender Maßnahmen ist heute aber wenig bekannt (Willi, 2020, S. 10). Für die Einteilung Deutschlands nach ländlichem und städtischem Raum wird der Teilhabeatlas nach Sixtus et al. 2019 herangezogen. Dabei werden Landkreise der Kategorien 4-6 als „ländlich“ berücksichtigt (Sixtus et al., 2019, S. 14). Der süddeutsche Raum wird in dieser Arbeit anhand der Bundesländer Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern definiert. Dies entspricht rund 35 Millionen Menschen. Davon sind ca. 49,5 % Männer und ca. 50,5 % Frauen (Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022). Vor diesem Hintergrund wird der vorliegenden Arbeit die Beantwortung der folgenden Fragestellungen vorausgesetzt:

⁹ Bartelmus, 2002, S. 39; Eser, 2015, S. 94; Fischer et al., S. 10; Göllinger, 2024, S. 40; Heyen et al., 2013, S. 7; Iten et al., 2024, S. 1717; Lage, 2022, S. 12; Leuser & Birschke, 2015, S. 4; Linz, 2004, S. 7; Linz, 2015, S. 5; Lukas, 2015, o.S.; Mauch et al., 2001, S. 1; Nobis et al., 2024, S. 28-29; Schneidewind & Zahrnt, 2013, S. 13; Stengel, 2011, S. 26; Weiger & Wenzl, 2018, S. 4



tung der beiden folgenden Fragestellungen als Zielsetzung zugrunde gelegt: Welche Ansätze der Suffizienzstrategie haben im ländlichen süddeutschen Raum das größte Potenzial? Welche Kriterien für ausgewählte Ansätze der Suffizienzstrategie führen zu einer Steigerung der Akzeptanz?

2 Methode

2.1 Experteninterviews

Zur Beantwortung der Forschungsfrage dieser Arbeit wird der Mixed-Methods Ansatz verfolgt. Dieser Forschungsansatz verbindet quantitative und qualitative Methoden im Rahmen einer mehrstufigen Forschungsarbeit (Kuckartz, 2014, S. 33).

In der ersten Phase kommt die qualitative Methode der Experteninterviews zum Einsatz. Ziel der Befragung von Expert*innen ist es, ein fundiertes Verständnis unterschiedlicher Ansätze von Suffizienzstrategien zu erlangen und deren praktische Erfahrungen systematisch zu erfassen. Im Mittelpunkt steht dabei die Beantwortung der ersten Forschungsfrage, welche Ansätze der Suffizienzstrategie im ländlichen Raum das größte Potenzial aufweisen.

Qualitative Experteninterviews stellen ein systematisches Verfahren der Datenerhebung dar, bei dem gezielt Personen mit spezifischem Expertenwissen zum Untersuchungsgegenstand befragt werden (Kaiser, 2021, S.9). Ein wesentlicher Vorteil qualitativer Befragungen besteht darin, dass sie detaillierte Einblicke in neue oder wenig erforschte Themen ermöglichen. Zudem kann diese Methode flexibel auf das jeweilige Forschungsthema zugeschnitten werden (Berger-Grabner, 2022, S.128). Vor diesem Hintergrund erweist sich die Durchführung leitfadengestützter Interviews als geeignete Methode zur Zielerreichung der ersten Phase dieser Forschungsarbeit.

Die Befragung von Expert*innen erfordert eine sorgfältige Vorbereitung, um eine belastbare Datengrundlage zu schaffen. Dafür erfolgt die systematische Entwicklung eines strukturierten Interviewleitfadens, der eine zielgerichtete und vergleichbare Befragung ermöglicht. Anschließend werden bewusst Expert*innen aus der Verwaltung, der Praxis sowie der Wissenschaft ausgewählt und kontaktiert. Die folgenden Expert*innen werden interviewt: die Präsidentin der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW), zugleich Gründerin und Gesellschafterin der Klärle - Gesellschaft für Landmanagement und Umwelt mbH (1), die Leiterin des Zentrum für alle Menschen in Weikersheim (ZAM) (2), eine Mit-

arbeiterin aus dem Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie der Stadt Heidelberg (3), ein Bürgermeister aus einer kleinen Gemeinde im Schwarzwald (4) und eine Mitarbeiterin aus dem Abfallwirtschaftsamt des Landkreises Heilbronn (5).

Die Datenerhebung selbst findet durch die Durchführung der leitfadengestützten Interviews statt. Um die gewonnenen Informationen zuverlässig zu sichern, werden die Interviews vollständig transkribiert. Im Anschluss werden anhand der Interview-Transkripte zentrale Themen und Muster identifiziert. Zur Sicherstellung der Gütekriterien werden während des gesamten Prozesses ein standardisiertes Vorgehen und eine lückenlose Transkription eingehalten, sodass Reliabilität, Intersubjektivität und Transparenz gewährleistet sind.

2.2 Quantitative Befragung

Die im Rahmen der Expertenbefragungen gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Durchführung der zweiten Phase der Forschungsarbeit. In dieser Phase, die in Form einer quantitativen Befragung durchgeführt wird, steht die Beantwortung der zweiten Forschungsfrage im Mittelpunkt. Deren Ziel ist es, zu evaluieren, wie die ausgewählten Suffizienzangebote gestaltet werden sollten, um die Akzeptanz in der Bevölkerung des ländlichen süddeutschen Raums zu erhöhen.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden gezielt Hypothesen formuliert, die als Grundlage für die Fragestellungen der Befragung dienen. Die Hypothesen bestehen aus Variablen, zwischen denen Zusammenhänge vermutet werden. Sie benennen zentrale Einflussfaktoren, die nach aktuellem Forschungsstand und theoretischen Überlegungen für die Akzeptanz der jeweiligen Angebote relevant sein könnten. Die Hypothesen sowie deren Herleitung werden nachfolgend detailliert dargestellt. Im weiteren Verlauf der Arbeit werden diese Zusammenhänge empirisch überprüft.

Für den Bereich der Reparatur-Cafés wird vermutet, dass insbesondere die Erreichbarkeit – gemessen an Anreisezeit und Entfernung – sowie geringe Nutzungskosten die Akzeptanz erhöhen. Weiterhin wird angenommen, dass eine hohe Nutzerfreundlichkeit, etwa eine einfache und spontane Nutzbarkeit, flexible Öffnungszeiten und die Möglichkeit zur Abgabe von Reparaturgegenständen außerhalb der regulären Zeiten, die Akzeptanz begünstigt. Individuelle Lernerfahrungen während der Nutzung, sowie die Wahrnehmung des Angebots als nachhaltig werden ebenfalls als potenzielle Einflussfaktoren betrachtet. Zudem wird vermutet, dass Personen mit Vorerfahrung in der Nutzung von Reparatur-Cafés eine höhere Akzeptanz aufweisen.

Im Kontext von Car Sharing lauten die Hypothesen, dass die Verfügbarkeit des Angebots, kurze Wege sowie die Möglichkeit zur spontanen oder vorab geplanten Nutzung die Akzeptanz steigern könnten. Ebenso wird angenommen, dass geringe Kosten und eine wahrgenommene Kosteneinsparung im Vergleich zum eigenen Auto positiv wirken. Es wird weiterhin vermutet, dass eine schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr die Akzeptanz von Car Sharing erhöht, da hier das Angebot als attraktive Alternative wahrgenommen werden könnte. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass vorangegangene Nutzungserfahrungen sowie die individuelle Motivation, durch Car Sharing aktiv zum Umweltschutz beizutragen, die Akzeptanz fördern. Wohingegen eine hohe Anzahl privater Pkw im Haushalt vermutlich die Akzeptanz mindert.

Im Bereich Second-Hand-Kauf konzentrieren sich die Hypothesen auf soziale und qualitative Aspekte. Es wird vermutet, dass die Akzeptanz von Second-Hand-Angeboten durch die Verbindung mit sozialen Erlebnissen, durch eine hohe wahrgenommene Qualität der Waren sowie durch ein positives gesellschaftliches Image positiv beeinflusst wird.

Darüber hinaus wird vermutet, dass die Akzeptanz von Second-Hand-Ware steigt, wenn die Produkte als zeitgemäß bzw. modisch wahrgenommen werden. Die Annahme besteht zudem, dass die Nutzung von Second-Hand-Angeboten im sozialen Umfeld sowie wahrgenommene Kosteneinsparungen gegenüber dem Neukauf und die digitale Zugänglichkeit der Angebote als weitere förderliche Faktoren wirken. Auch eine als nachhaltig und hochwertig wahrgenommene Gestaltung sowie Vorerfahrungen mit Second-Hand-Käufen werden als potenzielle Einflussgrößen für eine erhöhte Akzeptanz angenommen.

Die formulierten Hypothesen dienen zur Prüfung, ob und in welchem Maße eine nutzerorientierte Angebotsgestaltung, wahrgenommene ökonomische und ökologische Vorteile, soziale Faktoren sowie individuelle Erfahrungen die Akzeptanz von Suffizienzansätzen beeinflussen.

Zur Untersuchung der aufgestellten Hypothesen wird ein standardisierter Fragebogen herangezogen, der zentrale Aspekte der drei Suffizienzansätze – Reparatur-Cafés, Car Sharing und Second-Hand-Kauf – abdeckt. Der Fragebogen ist so aufgebaut, dass zunächst demografische Angaben erhoben werden. Dazu zählen das Alter, das Geschlecht sowie der Wohnort, der anhand von Bundesland und Landkreis differenziert wird. Diese Informationen dienen dazu, die Zusammensetzung der Stichprobe zu analysieren und zu überprüfen, inwieweit sie die Grundgesamtheit der Bevölkerung im süddeutschen ländlichen Raum repräsentiert. Darüber hinaus werden spezifische Fragen zu Erfahrungen, Einstellungen

und Anforderungen in Bezug auf die jeweiligen Angebote gestellt. Die meisten Fragen werden mithilfe von fünf- bzw. sechsstufigen Likert-Skalen beantwortet, um die subjektive Einschätzung der Teilnehmer*innen möglichst differenziert abbilden zu können. Die Skala reicht dabei von „Unwichtig“ (Wert 1) bis „Wichtig“ (Wert 5), wobei jeweils eine mittlere Kategorie („teils/teils“) sowie die Möglichkeit zur Angabe „keine Angabe“ (Wert 0) vorgesehen ist. Dieses Skalenniveau ermöglicht eine differenzierte Erfassung von Einstellungen, Präferenzen und Wahrscheinlichkeiten bezüglich der Nutzung und Akzeptanz der untersuchten Angebote.

Zur Erfassung von Erfahrungen und Nutzungsverhalten werden dichotome Antwortmöglichkeiten („Ja/Nein“) eingesetzt, bspw. bei der Frage, ob die Teilnehmer*innen bereits ein Reparatur-Café, ein Car Sharing-Angebot oder Second-Hand-Ware genutzt haben. Weitere Fragen, etwa zur Häufigkeit der Nutzung oder zur maximal akzeptablen Anreisezeit zu einem Angebot, werden über numerische Eingaben abgebildet. Für spezifische Anforderungen, die nicht durch vorgegebene Antwortoptionen abgedeckt werden, steht ein offenes Textfeld zur Verfügung, sodass auch qualitative Aspekte berücksichtigt werden können.

Für alle drei Untersuchungsbereiche werden sowohl die wahrgenommene Relevanz bestimmter Angebotsmerkmale (z. B. Kosten und Umweltaspekte), als auch die Wahrscheinlichkeit der Nutzung unter bestimmten Bedingungen systematisch erfasst. Auf diese Weise ermöglicht das gewählte Erhebungsinstrument eine umfassende und vergleichbare Analyse der Einflussfaktoren auf die Akzeptanz der untersuchten Suffizienzansätze.

Die quantitative Datenerhebung erfolgt mittels einer Online-Befragung. Die Wahl dieses Erhebungsinstruments begründet sich insbesondere durch die Möglichkeit, innerhalb kurzer Zeit eine große Reichweite zu erzielen und gezielt die Zielgruppe im süddeutschen Raum anzusprechen. Darüber hinaus zeichnet sich die Online-Befragung durch eine hohe Effizienz sowohl in der Durchführung als auch in der anschließenden Auswertung der erhobenen Daten aus. Die Befragung wird über verschiedene Online-Plattformen sowie im sozialen Umfeld geteilt, um eine möglichst breite, heterogene sowie repräsentative Stichprobe zu erreichen (Berekoven et al., 2009, S. 107). Die Zielgruppe der Untersuchung bilden Bewohner*innen des ländlichen Raums in Süddeutschland.

Im Rahmen der quantitativen Befragung werden die zentralen Gütekriterien Objektivität, Reliabilität und Validität berücksichtigt. Die Objektivität wird durch die Standardisierung des Fragebogens und der Antwortmöglichkeiten sichergestellt, sodass die Erhebung und Auswertung unabhängig von der durchführenden Person erfolgen können. Die Reliabilität wird

durch die Verwendung etablierter Skalierungsverfahren, wie mehrstufiger Likert-Skalen, gestützt, die eine zuverlässige und konsistente Messung der Einstellungen und Präferenzen ermöglichen (Berekvon et al., 2009, S. 73-74). Zur Sicherung der inhaltlichen Validität werden die Fragen theorie- und hypothesengeleitet entwickelt und decken die relevanten Dimensionen der untersuchten Suffizienzansätze umfassend ab. Offene Antwortfelder ermöglichen zudem, ergänzende Aspekte zu erfassen, wodurch die inhaltliche Vollständigkeit sichergestellt wird. Zur Steigerung der Teilnahmebereitschaft und zur Erhöhung der Reichweite der Befragung wird optional ein Gewinnspiel als Incentive integriert. Die Befragung wird in Microsoft Forms abgebildet und vor Beginn der Datenerhebung getestet, um die Verständlichkeit und Funktionalität des Fragebogens sicherzustellen.

3 Zentrale Erkenntnisse

3.1 Ergebnisse der Experteninterviews

Die Expert*innen aus Verwaltung, Praxis und Wissenschaft betonen wiederholt, dass Suffizienz nicht primär als formale Strategie zu verstehen ist, sondern vielmehr als gelebte Praxis, die durch persönliches Engagement, soziale Beziehungen und lokalen Austausch getragen wird (Interview 1 und 2). Der Grundgedanke „weniger ist mehr“ wird dabei nicht als Einschränkung, sondern als Gewinn an Lebensqualität, Umweltverträglichkeit und Gemeinschaft verstanden (Interview 1). Viele Menschen handeln bereits suffizient, ohne den Begriff zu kennen (Interview 1). Dies zeigt, dass Alltagstauglichkeit und emotionale Anschlussfähigkeit entscheidender sind als theoretische Konzepte (Interview 2 und 3).

Der ländliche Raum bietet günstige Voraussetzungen für suffizientes Verhalten. Gerade in kleinen Gemeinden mit unter 1000 Einwohnern ist Selbstorganisation ein zentraler Erfolgsfaktor (Interview 1). Die sozialen Strukturen basieren häufig auf gewachsenen Beziehungen und informellem Austausch (Interview 1). Die soziale Nähe erleichtert das Teilen und fördert gemeinschaftliches Handeln. Den dafür nötigen Raum bieten Garagen, Gärten und Scheunen (Interview 1 und 5). Um vergleichbare Prozesse zu ermöglichen, sind in städtisch geprägten Regionen häufig formale Organisationen und institutionelle Angebote erforderlich (Interview 3). Allgemein gilt: Suffizienz beginnt im Kleinen und zeigt Potenzial zur Skalierung wie auch zur Einbettung in größere Strukturen (Interview 1 und 3).

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die spätere Befragung auf drei zentrale Säulen der Suffizienzstrategie: Car Sharing als Teil der Sharing-Kultur, Reparatur Cafés als Ausdruck der Reparaturkultur und der Second-Hand-Kauf als alternative Konsumform, bei der

bestehende Produkte weitergenutzt und neue Ressourcen eingespart werden (Interview 1).

Diese Auswahl basiert auf den wiederkehrenden Empfehlungen der Interviewpartner*innen und auf der Einschätzung, dass diese Ansätze im ländlichen süddeutschen Raum besonders vielversprechend sind (Interview 1, 2 und 4).

Reparatur Cafés stehen exemplarisch für die Reparaturkultur, die im ländlichen Raum oft informell gelebt wird. Alle fünf Expert*innen bewerten Reparaturinitiativen positiv, sowohl als ökologisch wirksame Maßnahme als auch als sozial verbindendes Element (Interview 1-5). Viele Prozesse sind selbstorganisiert, Reparaturen erfolgen im Bekanntenkreis (Interview 1, 4 und 5). In größeren Ortschaften mit mehr als 1.000 Einwohnern organisiert sich die gegenseitige Reparatur häufig nicht mehr von selbst (Interview 1). In solchen Fällen können gemeinschaftliche Angebote unterstützen, allerdings fehlt es vielerorts an der nötigen Infrastruktur. Kommunen können durch gezielte Förderung neue Strukturen schaffen, etwa durch das Sammeln finanzieller Mittel für Reparatur-Cafés oder die Bereitstellung digitaler Plattformen (Interview 3 und 5). Dass solche Fördermaßnahmen erfolgreich sein können, zeigt sich im Landkreis Heilbronn: Dort sind durch kommunale Unterstützung 13 Reparaturinitiativen etabliert worden (Interview 5). Interviewpartnerin 5 betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung dezentraler, kleinteiliger Initiativen, die sich nah an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren (Interview 5).

Car Sharing wird von mehreren Expert*innen als grundsätzlich sinnvoller Suffizienz-Ansatz bewertet, insbesondere bei lokaler Verankerung und alltagskompatibler Umsetzung (Interview 1, 2 und 3). Besonders wirksam wird dieser Ansatz beim Einsatz von Elektrofahrzeugen, wie das Beispiel der Interviewpartnerin 1 zeigt. Sie betreibt ein lokales Car Sharing-Angebot, das es Nutzer*innen ermöglicht, vollständig auf ein eigenes Auto zu verzichten (Interview 1). Trotz des Potenzials von Car Sharing bestehen laut Interviewpartnerin 1 kulturelle und infrastrukturelle Barrieren, insbesondere in ländlichen Regionen, in denen das eigene Auto als unverzichtbar gilt und die Nutzung fremder Fahrzeuge als unsicher und schwer planbar empfunden wird (Interview 1).

Umso wichtiger ist es, dass Car Sharing-Angebote zuverlässig nutzbar und alltagstauglich sind, etwa für Familien oder als Ergänzung bei einem eingeschränkten ÖPNV. Gerade in Regionen mit geringer ÖPNV-Anbindung und größeren Entfernung kann Car Sharing eine besonders sinnvolle Alternative darstellen, da es individuelle Mobilität ermöglicht, ohne dass ein eigenes (Zweit-) Auto notwendig ist (Interview 3).

Darüber hinaus identifizieren die ersten vier Expert*innen **Second-Hand-Angebote** als geeigneten Suffizienzansatz mit ökologischer und kultureller Relevanz. Sie betonen deren besondere Wirksamkeit, vor allem wenn es darum geht, den Neukauf von Produkten zu vermeiden und nachhaltige Routinen im Alltag zu fördern (Interview 1, 2, 3 und 5).

Die praktische Relevanz zeigt sich exemplarisch in ländlichen Regionen, in dem Second-Hand-Konsum laut Interviewpartnerin 1 und Interviewpartnerin 2 bei Kinderkleidung und Spielzeug bereits fest etabliert ist (Interview 1 und 2). Gleichzeitig verweisen sie auf bestehende kulturelle Barrieren, vor allem beim Kleidertausch von Erwachsenen (Interview 1-3).

Im Allgemeinen erschweren Statusdenken und das Bedürfnis nach Individualbesitz die Akzeptanz von Second-Hand-Angeboten (Interview 5). Vorbilder und Storytelling können dem Entgegenwirken, indem sie suffizientes Verhalten positiv konnotieren und soziale Anerkennung stärken. „Stolz auf Second-Hand-Funde“ wirkt motivierend und fördert die kulturelle Aufwertung nachhaltiger Konsummuster (Interview 1). Für deren Verbreitung sind niedrigschwellige Angebote entscheidend. Ein Beispiel ist die Fashion Revolution Week in Heidelberg, bei der Kleidertauschaktionen auch weniger umweltmotivierte Menschen erreichen (Interview 3).

Zudem zeigt sich, dass Second-Hand-Angebote nicht nur aus ökologischen Gründen angenommen werden, sondern auch aus konservativer Sparsamkeit heraus. Plattformen wie Vinted oder lokale Flohmärkte werden, oft ohne bewussten Nachhaltigkeitsbezug, rege genutzt (Interview 3 und 5). Entscheidend ist daher die kommunikative Gestaltung: Second-Hand muss als attraktiv, alltagstauglich und „en vogue“ vermittelt werden (Interview 5).

3.2 Ergebnisse der quantitativen Befragung

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Befragung (293 Datensätze nach Bereinigung) ausgewertet. Hierfür wird Jamovi, eine Software zur statistischen Auswertung basierend auf R herangezogen. Die Variablen der Befragung lassen sich grundlegend in nominal, ordinal und metrisch skalierte Variablen einteilen. Entsprechend der gebildeten Hypothesen aus Kapitel 2 werden in diesem Kapitel die Zusammenhänge zwischen zwei Variablen berechnet. Je nach Skalierung der untersuchten Variablen werden die folgenden Tests herangezogen:

Tabelle 3:

Angewendete Tests je Skalenniveau¹⁰

Skalierung der untersuchten Variablen	Test auf Normalverteilung	Test zur Analyse des Zusammenhangs
Nominal + ordinal (bei genau zwei nominalen Merkmalsgruppen)	-	Levene-Test auf Varianzhomogenität, Welch-t-Test bzw. Mann-Whitney U-Test (wenn Varianzhomogenität nicht gegeben), Cohen's d zur Effektstärke
Metrisch	Verhältnis Schiefe / Standardfehler Schiefe zu Kurtosis / Standardfehler Kurtosis	Korrelationsanalyse nach Pearson, bzw. Pearson und Spearman (wenn Datensatz nicht normalverteilt)

Der wahrgenommene positive Effekt auf die Umwelt ist das durchschnittlich am höchsten bewertete Kriterium ($\bar{x}=4,16$), gefolgt von der Nutzung ohne vorherige Terminvereinbarung ($\bar{x}=3,98$), einem niedrigen Preis ($\bar{x}=3,79$) und der Möglichkeit defekte Geräte jederzeit abgeben zu können ($\bar{x}=3,67$). Der Lerneffekt ($\bar{x}=3,31$) und die Nähe des Reparatur-Cafés ($\bar{x}=2,95$) werden vergleichsweise als weniger wichtig bewertet. Die durchschnittliche maximale Anreisezeit, welche die Teilnehmer*innen der Umfrage akzeptieren, beträgt circa 27 Minuten ($\bar{x}=26,88$). 81,9 % wünschen sich mindestens einen oder mehrere wöchentliche Öffnungstage.

Die 42 eingehenden Rückmeldungen zu weiteren Anforderungen bestätigen und vertiefen die Erkenntnisse zu den Einflussfaktoren auf die Akzeptanz von Reparatur-Cafés aus dem

¹⁰ Eigene Darstellung in Anlehnung an Kuckartz et al., 2013, S. 175–183; Miles & Schevlin, 2001, S. 253; Nachar, 2008, S. 13–20; Schäfer, 2016, S. 177–180; Universität Zürich, o.J.a, o.J.b; Welch, 1947, S. 28–35

quantitativen Teil der Befragung. Besonders häufig äußern die Teilnehmer*innen den Wunsch nach einem vielfältigen Reparaturangebot, das neben klassischen Dienstleistungen wie einem Vor-Ort-Service auch einen Sofortdienst und die Möglichkeit zur angeleiteten Selbstreparatur umfasst (15 Nennungen). Die Bedeutung einer offenen und einladenden Atmosphäre heben zehn Kommentare hervor. Dabei nennen die Rückmeldungen konkrete Aspekte wie die räumliche Gestaltung, eine freundliche Kommunikation sowie soziale Interaktionsmöglichkeiten. Fünf Rückmeldungen thematisieren die unzureichende Bekanntheit von Reparatur-Cafés und fordern eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit. Organisatorische Anforderungen nennen die Teilnehmer*innen ebenfalls mehrfach (vier Nennungen). Zwar zeigt die Umfrage, dass eine spontane Abgabe ohne Termin bevorzugt wird, doch sollte bei notwendiger Terminvergabe eine digitale Slot-Buchung möglich sein, um Wartezeiten zu vermeiden. In diesem Zusammenhang wird in den Rückmeldungen auch die digitale Erreichbarkeit von Reparatur-Cafés, etwa durch Online-Kommunikationskanäle und digitale Bezahlmöglichkeiten gefordert. Die physische Erreichbarkeit thematisieren ebenfalls vier Kommentare. Gewünscht werden Standorte in der Nähe stark frequentierter Orte. Idealerweise sind Reparatur-Cafés mit dem Fahrrad erreichbar. Für die Anlieferung größerer Geräte sollten Parkmöglichkeiten vorhanden sein.

Die Variablen zur Akzeptanz der Reparatur-Cafés werden entsprechend der zuvor beschriebenen Methoden (siehe Tabelle 3) analysiert. Dabei können einige Zusammenhänge nachgewiesen und somit Hypothesen angenommen, bzw. nicht nachgewiesen und entsprechend nicht angenommen werden. Die Ergebnisse der Analyse sind in detaillierter Form in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 4:

Auswertung Hypothesen Reparatur-Café

Hypothese	Unabhängige Variable	Zusammenhang mit abhängiger Variable „Akzeptanz Reparatur-Café“	Signifikanzniveau
H1RC	Keine statistische Zusammenfassung von H1.1RC und H1.2RC möglich.		
H1.1RC	Anreisezeit Reparatur-Café	Kein Zusammenhang (Pearson's r = 0,074, Spearman's rho = 0,099)	Nicht signifikant, p > 0,05
H1.2RC	Entfernung Reparatur-Café	Mittlerer Zusammenhang (Pearson's r = 0,491, Spearman's rho = 0,465)	Höchst signifikant, p < 0,001
H2RC	Kosten Reparatur-Café	Kein Zusammenhang (Pearson's r = -0,001, Spearman's rho = -0,03)	Nicht signifikant, p > 0,05
H3RC	Keine statistische Zusammenfassung von H3.1RC und H3.2RC möglich.		
H3.1RC	Nutzung ohne vorige Terminvereinbarung Reparatur-Café	Geringer Zusammenhang (Pearson's r = 0,179, Spearman's rho = 0,174)	Hoch signifikant, 0,001 < p < 0,01
H3.2RC	Abgabe 24/7 möglich Reparatur-Café	Kein Zusammenhang (Pearson's r = 0,045, Spearman's rho = 0,387)	Nicht signifikant, p > 0,05
H4RC	Lerneffekt Reparatur-Café	Geringer Zusammenhang (Pearson's r = 0,181, Spearman's rho = 0,160)	Hoch signifikant, 0,001 < p < 0,01
H5RC	Nachhaltige Wahrnehmung Reparatur-Café	Mittlerer Zusammenhang (Pearson's r = 0,325, Spearman's rho = 0,3)	Höchst signifikant, p < 0,001
H6RC	Nutzungserfahrung Reparatur-Café	Hoher Unterschied (Levene Varianzhomogenität: p = 0,3, Mann-Whitney U = 1265, Cohen's d = 0,843)	Höchst signifikant, p < 0,001

7 % der Teilnehmer*innen haben bereits ein Reparatur-Café besucht. Nutzer*innen weisen dabei eine höhere Akzeptanz als Nicht-Nutzer*innen auf ($\bar{x}=8,80$ zu $\bar{x}=7,00$).

Die Analyse der erhobenen Daten zur Akzeptanz von Car Sharing-Angeboten ermöglicht eine Priorisierung der untersuchten Einflussfaktoren nach ihrer wahrgenommenen Rele-

vanz. Die befragten Personen stufen insbesondere die Möglichkeit zur Fahrzeugreservierung ($\bar{x}=4,29$) sowie die anfallenden Nutzungskosten ($\bar{x}=4,13$) als besonders bedeutsam ein. Im Vergleich dazu erhalten die wahrgenommene Kosteneinsparung gegenüber dem privaten Pkw ($\bar{x}=3,99$) sowie der positive Umwelteinfluss ($\bar{x}=3,82$) geringere Bewertungen. Die kurzfristige Verfügbarkeit von Car Sharing-Fahrzeugen ($\bar{x}=3,71$) weist die geringste Relevanz auf. Die durchschnittlich angegebene maximale Anreisezeit zum Car Sharing-Angebot beträgt rund 13 Minuten ($\bar{x}=13,33$).

Insgesamt gehen 26 offene Kommentare zum Car Sharing ein, die sich ausschließlich auf Anforderungen im ländlichen Raum beziehen. Dabei nennen die Teilnehmer*innen mehrere Aspekte, die zum Teil bereits in der quantitativen Auswertung als relevant gelten. So betonen einzelne Befragte erneut die Bedeutung einer hohen Fahrzeugverfügbarkeit (drei Nennungen) und fußläufig erreichbarer Stationen (drei Nennungen). Auch flexible Nutzungsmodelle finden mehrfach Erwähnung (vier Nennungen), etwa hinsichtlich längerer Reservierungszeiträume, standortabhängiger Rückgabe sowie zeitlicher und örtlicher Flexibilität. Zudem heben vier Kommentare die Notwendigkeit einer transparenten Kosten- und Abrechnungsstruktur bei Buchungssystemen hervor. In drei Kommentaren äußern die befragten Personen eine klare Präferenz für Elektrofahrzeuge, was den Wunsch nach umweltfreundlichen Angeboten unterstreicht.

Die Auswertung der erhobenen Daten zur Akzeptanz von Car Sharing-Angeboten zeigt differenzierte Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Einflussfaktoren und der Akzeptanz. Die Hypothesen werden entsprechend ihrer Skalenniveaus analysiert und mit geeigneten statistischen Verfahren geprüft. Die Ergebnisse sind in der nachfolgenden Tabelle abgebildet.

Tabelle 5:*Auswertung Hypothesen Car Sharing*

Hypothese	Unabhängige Variable	Zusammenhang mit abhängiger Variable „Akzeptanz Car Sharing“	Signifikanzniveau
H1CS	Keine statistische Zusammenfassung von H1.1CS bis H1.3CS möglich.		
H1.1CS	geringe Entfernung in Gehminuten zum Car Sharing	Kein Zusammenhang (Pearson's $r = 0,140$, Spearman's $\rho = 0,121$)	Signifikant, $p < 0,05$
H1.2CS	Kurzfristige Nutzung Car Sharing	Mittlerer Zusammenhang (Pearson's $r = 0,446$, Spearman's $\rho = 0,405$)	Höchst signifikant $p < 0,001$
H1.3CS	Vorab Reservierung Car Sharing möglich	Geringer bis mittlerer Zusammenhang (Pearson's $r = 0,361$, Spearman's $\rho = 0,277$)	Höchst signifikant, $p < 0,001$
H2CS	Niedriger Preis Car Sharing	Kein Zusammenhang (Pearson's $r = 0,116$, Spearman's $\rho = -0,001$)	Nicht signifikant, $p > 0,05$
H3CS	Spareffekt zum privaten Pkw	Geringer bis mittlerer Zusammenhang (Pearson's $r = 0,356$, Spearman's $\rho = 0,264$)	Höchst signifikant, $p < 0,001$
H4CS	Schlechte ÖPNV-Anbindung	Kein Zusammenhang (Pearson's $r = 0,085$, Spearman's $\rho = -0,086$)	Nicht signifikant, $p > 0,05$
H5CS	Positiver Umwelteffekt Car Sharing	Mittlerer Zusammenhang (Pearson's $r = 0,349$, Spearman's $\rho = 0,3$)	Höchst signifikant, $p < 0,001$
H6CS	Anzahl Pkw pro Person mit Führerschein (gruppiert)	Geringer Zusammenhang (Cramer's $V = 0,142$)	Nicht signifikant, $p > 0,05$
H6.1CS (von H6CS abgewandelt)	Anzahl Pkw pro Person mit Führerschein (absolut)	Geringer negativer Zusammenhang (Pearson's $r = -0,175$, Spearman's $\rho = -0,170$)	Hoch signifikant, $0,001 < p < 0,01$
H7CS	Nutzungserfahrung Car Sharing	Mittlerer Unterschied (Levene Varianzhomogenität: $p = 0,11$, Mann-Whitney U = 3541, Cohen's $d = 0,721$)	Höchst signifikant, $p < 0,001$

17 % der befragten Personen haben bereits ein Car Sharing-Angebot genutzt. Die Akzeptanz ist dabei bei Nutzer*innen höher als bei Nicht-Nutzer*innen ($\bar{x}=7,04$ zu $\bar{x}=4,99$).

Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf die Bewertung verschiedener Einflussfaktoren im Kontext von Second-Hand-Angeboten und geben Aufschluss über deren wahrgenommene Bedeutung aus Sicht der befragten Personen. Die Teilnehmer*innen bewerten insbesondere die Aspekte Qualität ($\bar{x}=4,2$), Sparpotenzial gegenüber dem Neukauf ($\bar{x}=4,16$), den Einfluss auf die Umwelt ($\bar{x}=4,01$), sowie ein digitales Angebot von Second-Hand-Ware ($\bar{x}=3,75$) als bedeutsam. Im Vergleich dazu werden Trendaspekte ($\bar{x}=2,51$), die Verbindung mit sozialen Veranstaltungen ($\bar{x}=2,41$) und die gesellschaftliche Meinung zu Second-Hand-Waren ($\bar{x}=2,24$) als weniger wichtig eingeschätzt. Die Verbreitung von Second-Hand-Ware im sozialen Umfeld wird mit $\bar{x}=3,21$ (teils/teils) bewertet.

Die insgesamt 18 Rückmeldungen auf die offene Frage zu relevanten Anforderungen an Second-Hand-Angebote bestätigen und vertiefen zentrale Erkenntnisse aus der Umfrage. Insgesamt sieben und damit die meisten Kommentare beziehen sich auf die Qualität und den Zustand der Ware, was deren Bedeutung für die Akzeptanz von Second-Hand-Angeboten unterstreicht. Bei der Preisgestaltung legen die Teilnehmer*innen Wert darauf, dass Second-Hand-Ware nicht teurer ist als Neuware, da sonst das Angebot an Glaubwürdigkeit und Attraktivität verliert (fünf Nennungen). Funktionalität und Sicherheit bei digitalen Angeboten nennen drei der insgesamt 18 Kommentare.

Die Zusammenhänge der Einflussfaktoren auf die Akzeptanz von Second-Hand-Kauf-Angeboten werden analog zu den vorherigen Teilbereichen geprüft und sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 6:*Auswertung Hypothesen Second-Hand-Angebote*

Hypothese	Unabhängige Variable	Zusammenhang mit abhängiger Variable „Akzeptanz Second-Hand-Kauf“	Signifikanzniveau
H1SHK	Soziale Veranstaltungen mit Second-Hand-Angeboten	Kein Zusammenhang (Pearson's r = 0,057, Spearman's rho = -0,017)	Nicht signifikant, $p > 0,05$
H2SHK	Hohe Qualität Second-Hand-Ware	Kein Zusammenhang (Pearson's r = 0,031, Spearman's rho = -0,004)	Nicht signifikant, $p > 0,05$
H3SHK	Keine statistische Zusammenfassung von H3.1SHK bis H3.3SHK möglich.		
H3.1SHK	Trendige Second-Hand-Ware	Kein Zusammenhang (Pearson's r = 0,009, Spearman's rho = -0,033)	Nicht signifikant, $p > 0,05$
H3.2SHK	Positiver Umwelteffekt Second-Hand	Geringer bis mittlerer Zusammenhang (Pearson's r = 0,302, Spearman's rho = 0,279)	Höchst signifikant, $p < 0,001$
H3.3SHK	Gesellschaftliche Meinung Second-Hand-Ware	Geringer negativer Zusammenhang (Pearson's r = -0,105, Spearman's rho = -0,174)	Hoch signifikant, $0,001 < p < 0,01$
H4SHK	Verbreitung von Second-Hand-Angeboten im sozialen Umfeld	Mittlerer Zusammenhang (Pearson's r = 0,468, Spearman's rho = 0,464)	Höchst signifikant, $p < 0,001$
H5SHK	Preisvorteil zum Neukauf bei Second-Hand-Angebote	Geringer bis mittlerer Zusammenhang (Pearson's r = 0,301, Spearman's rho = 0,241)	Höchst signifikant, $p < 0,001$
H6SHK	Digitales Second-Hand-Angebot	Geringer Zusammenhang (Pearson's r = 0,248, Spearman's rho = 0,206)	Höchst signifikant, $p < 0,001$
H7SHK	Nutzungserfahrung Second-Hand-Angebote	Hoher Unterschied (Levene Varianzhomogenität: $p < 0,001$, Welch's t-Test: $p < 0,001$, Cohen's d = 1,38)	Höchst signifikant, $p < 0,001$

85 % der befragten Teilnehmer*innen haben bereits Second-Hand-Waren erworben. Nutzer*innen weisen dabei eine höhere Akzeptanz als Nicht-Nutzer*innen auf ($\bar{x}=8,36$ zu $\bar{x}=4,95$).

4 Diskussion

4.1 Interpretation der Ergebnisse

Die Expertenbefragungen zeigen, dass **Reparatur-Cafés** im ländlichen Raum vor allem dann Akzeptanz finden, wenn sie als dezentrale, kleinteilige Initiativen nah an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet sind. Der positive Umwelteinfluss wird zwar am höchsten bewertet, reicht allein jedoch nicht aus, um eine regelmäßige Nutzung zu motivieren. Entscheidend ist, dass sich der Besuch ohne großen Planungsaufwand in den Alltag integrieren lässt – etwa durch spontane Nutzungsmöglichkeiten und regelmäßige Öffnungszeiten (Tendenz: mindestens einmal pro Woche). Der Zusammenhang zwischen der Nähe und der Akzeptanz deutet darauf hin, dass die Besuchsbereitschaft steigt, wenn das Reparatur-Café räumlich gut erreichbar ist. Die qualitativen Umfragekommentare lassen vermuten, dass neben einer einladenden Atmosphäre ein klar kommuniziertes Reparaturangebot sowie dessen digitale Zugänglichkeit von Bedeutung sind. Akzeptanz entsteht demnach aus dem Zusammenspiel ökologischer Überzeugung, praktischer Nutzbarkeit und einer angenehmen Atmosphäre. Fehlt einer dieser Bausteine, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass Reparatur-Cafés genutzt werden.

Die von den Expert*innen vermuteten kulturellen und infrastrukturellen Barrieren bei **Car Sharing** werden durch die quantitativen und qualitativen Befragungsergebnisse bestätigt. Vor allem pragmatische Faktoren wie Reservierungsmöglichkeiten, fußläufige Erreichbarkeit und transparente Kostenstrukturen prägen die Akzeptanz. Sie fungieren damit als notwendige Basisbedingungen, ohne deren Erfüllung Car Sharing – insbesondere in ländlichen Räumen – kaum Verbreitung finden dürfte. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Akzeptanz bei Personen mit eigener Nutzungserfahrung signifikant höher ist. Dies deutet darauf hin, dass positive Praxiserlebnisse Vertrauen schaffen und die Wahrnehmung der Alltagstauglichkeit stärken.

Die in den Experteninterviews zu **Second-Hand-Käufen** benannten kulturellen Barrieren – etwa Statusdenken oder Vorbehalte beim Kleidertausch unter Erwachsenen können über die quantitative Umfrage nicht bestätigt werden. Eher das Gegenteil ist der Fall: Es konnte ein geringer negativer Zusammenhang zwischen der Bedeutung der gesellschaftlichen Meinung und der Akzeptanz festgestellt werden.

Auffällig ist, dass das Kriterium Qualität zwar den höchsten Mittelwert in der Bedeutungsbewertung erreicht, jedoch kein signifikanter Zusammenhang mit der Akzeptanz festge-

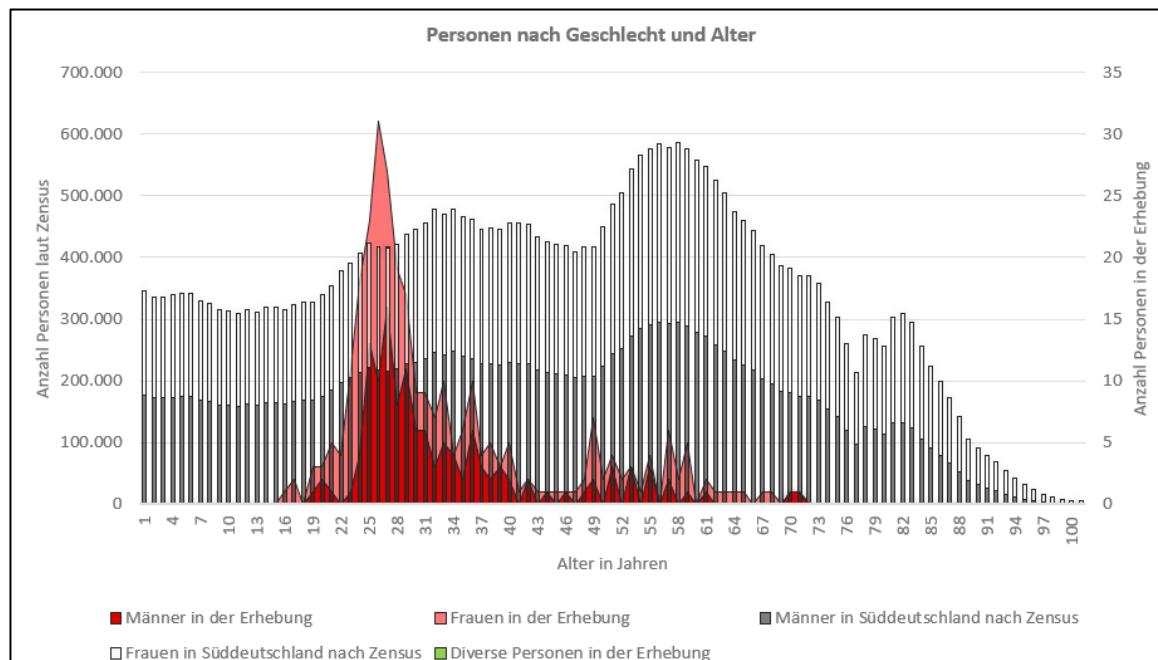


stellt werden konnte. Dies lässt vermuten, dass Personen, denen Qualität besonders wichtig ist, Second-Hand-Angebote meiden, weil sie diese möglicherweise mit niedriger Qualität assoziieren. Die Kommentare der Online-Befragung stützen diese Interpretation: Qualität und Zustand der Ware werden als entscheidend genannt, ebenso der Wunsch nach einem professionellen Verkaufsumfeld und strukturierter Präsentation. Dies signalisiert Wertschätzung und Hochwertigkeit. Gemäß den quantitativen Daten erweisen sich wahrgenommene Nachhaltigkeit, Kostenvorteile im Vergleich zum Neukauf, die Verbreitung im sozialen Umfeld und vor allem eigene Nutzungserfahrung als zentrale Treiber der Akzeptanz. Letztere deutet darauf hin, dass positive Praxiserlebnisse Hemmschwellen abbauen und die Nutzungsakzeptanz fördern.

4.2 Kritische Würdigung

Für die Ergebnisse dieser Arbeit ist eine kritische Reflexion hinsichtlich der Repräsentativität der erhobenen Daten notwendig.

Die Stichprobe der quantitativen Befragung weist eine starke Konzentration in jüngeren Altersgruppen zwischen 20 und 35 Jahren auf. Ältere Personen sind stark unterrepräsentiert, obwohl sie einen signifikanten Anteil der Bevölkerung ausmachen. Die Ergebnisse spiegeln daher primär die Perspektiven jüngerer Personen wider und lassen sich nur eingeschränkt auf die Gesamtbevölkerung übertragen (siehe Abbildung 28). Grund dafür ist, dass diese Altersgruppen überproportionalen Einfluss auf das Ergebnis haben und die Stichprobe nicht repräsentativ ist. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Erhebung online erfolgte und daraus eine gewisse Selbstselektion resultieren kann. Personen, die digital erreichbar sind und Interesse an Nachhaltigkeit haben, sind tendenziell eher bereit an Studien wie dieser teilzunehmen (Berekoven et al., 2009, S. 108-109).

Abbildung 28:*Demografie Süddeutschland gesamt verglichen mit Stichprobe der Erhebung*

Dennoch ermöglichen die erhobenen Daten fundierte Einblicke in die suffizienzstrategischen Ansätze Reparatur-Cafés, Car Sharing und Second-Hand-Konsum. Für zukünftige Untersuchungen erscheint die Anwendung einer geschichteten Zufallsstichprobe sinnvoll, bei der die Auswahl der Teilnehmer*innen proportional zur Verteilung relevanter Merkmale (z. B. Alter und Geschlecht) in der Grundgesamtheit erfolgt. Darüber hinaus könnte eine methodische Erweiterung um analoge Erhebungsformate dazu beitragen, auch weniger digital-affine Bevölkerungsgruppen zu erreichen und somit die Generalisierbarkeit der Ergebnisse zu erhöhen.

5 Zusammenfassung

Ausgangspunkt der Arbeit war die Frage, welche Suffizienzansätze im ländlichen süddeutschen Raum das größte Potenzial besitzen und welche Angebotsmerkmale die Nutzungsakzeptanz steigern.

Die Auswertung der leitfadengestützten Interviews ergab, dass Reparatur-Cafés, Car Sharing und Second-Hand-Konsum als die drei Ansätze mit dem größten Potenzial im Untersuchungsraum gelten. Ihre Wirksamkeit wird auf die Kombination aus ökologischer Relevanz, sozialer Anschlussfähigkeit und lokaler Umsetzbarkeit zurückgeführt.

Die zweite Forschungsfrage wurde durch eine standardisierte Online-Befragung beantwortet, deren Hypothesen aus den qualitativen Ergebnissen abgeleitet wurden. Die statistische Analyse zeigt:

- **Reparatur-Cafés:** Akzeptanz steigt signifikant mit räumlicher Nähe, dem wahrgenommenen Nachhaltigkeitsaspekt, der Möglichkeit zur spontanen Nutzung und einem wahrgenommenen Lerneffekt.
- **Car Sharing:** Möglichkeit zur vorherigen Reservierung, spontane Nutzungsmöglichkeiten, Kostenvorteile verglichen mit einem Privat-Pkw und Nachhaltigkeitsbeitrag wirken positiv auf die Nutzungsakzeptanz.
- **Second-Hand-Kauf:** Nachhaltigkeitswahrnehmung, Kostenvorteile und die Verbreitung im sozialen Umfeld sind zentrale Treiber der Akzeptanz.

Zusätzlich konnte festgestellt werden, dass Personen mit bereits vorhandenen Erfahrungen eine deutlich höhere Nutzungsbereitschaft gegenüber den untersuchten Ansätzen aufweisen. Die Ergebnisse zeigen, dass Suffizienzstrategien im ländlichen Raum dann erfolgreich sind, wenn sie erprobt sind und alltagsnah sowie niedrigschwellig gestaltet sind. Die Arbeit identifiziert zentrale Kriterien, welche die Akzeptanz von Reparatur-Cafés, Car Sharing und Second-Hand-Konsum fördern. Sie schafft damit eine Grundlage dafür, wie solche Angebote gezielt weiterentwickelt und beworben werden können, um langfristig zur Schließung der im Environmental Monitor 2024 aufgezeigten Nachhaltigkeitslücken in Deutschland beizutragen.

In einer weiterführenden Analyse kann untersucht werden, ob und wie sich die Akzeptanz von Suffizienzangeboten je nach Altersgruppe, Bildungsgrad oder Einkommen unterscheidet. Dies erfordert eine größere und differenziertere Stichprobe. Darüber hinaus ist zu klären, wie solche Angebote in der Praxis gestaltet sein müssen, um sich langfristig finanziell zu tragen und gegenüber konventionellen Konsumformen in Bezug auf Kosten, Komfort und Umweltwirkung behaupten zu können.

Literaturverzeichnis

- Arle, Jens; Aubrecht, Elisabeth Lena; Balzer, Frederike; Biewald, Anne; Bilharz, Michael; Bünger, Björn; Dauert, Ute; Eckermann, Frauke; Eser, Nadia; Frerk, Michel; Friedrich, Karsten; Geupel, Markus; Gniffke, Patrick; Golde, Michael; Günther, Jens; Hermann, Sebastian; Hilliges, Falk; Hintzsche, Matthias; Hofmeier, Maximilian; Hoyer Christian; Katte, Ann-Sophie; Kessinger, Susan; Kienzler, Sahra; Kolodziej, Andrea; Langholz, Christian; Mewes, Melanie; Moravec; Alexander; Müller, Felix; Nuss, Philip; Plaß, Dietrich; Reißmann, Daniel; Richter, Nadja; Scheuschner, Thomas; Zielinski, Alexandra; Schwermer, Sylvia; Tambke, Jens; Timme, Stephan; Töpfer, Christoph; Vosen, Tobias; Werner, Stefanie; Wintermeyer, Dirk (2024). Data on the Environment–Environmental monitor 2024 (Umweltbundesamt, Hrsg.).
- Berekoven, L., Eckert, W. & Ellenrieder, P. (2009). Marktforschung: Methodische Grundlagen und praktische Anwendung. Springer-Verlag
- Berger-Grabner, D. (2022). Wissenschaftliches Arbeiten in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Hilfreiche Tipps und praktische Beispiele. Springer-Verlag.
- Eser, U. (2021). Dr. Uta Eser: Glück und Suffizienz. In M. Schloßberger & Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.), Die Natur und das gute Leben: Dokumentation zur gleichnamigen Tagung im März 2014 an der Universität Potsdam (S. 93–97). Bundesamt für Naturschutz.
- Fischer, C., Grießhammer, R., Barth, R., Brohmann, B., Brunn, C., Heyen, D. A., Keimeyer, F., & Wolff, F. (o. J.). Mehr als nur weniger–Suffizienz: Begriff, Begründung und Potenziale.
- Göllinger, T. (2024). Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften: Grundlagen einer zukunftsfähigen Entwicklung. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-46288-8>
- Heyen, D. A., Fischer, C., Barth, R., Brunn, C., Grießhammer, R., Keimeyer, F., & Wolff, F. (2013). Mehr als nur weniger–Suffizienz: Notwendigkeit und Optionen politischer Gestaltung.
- Iten, T., Seidl, I., & Pütz, M. (2024). Sufficiency policy: A definition, conceptual framework, and application to municipalities. *Sustainability Science*, 19(5), 1709–1734. <https://doi.org/10.1007/s11625-024-01534-1>



- Kaiser, R. (2021). Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Springer-Verlag.
- Kuckartz, U. (2014). Mixed methods: Methodologie, Forschungsdesigns und Analyseverfahren. Springer-Verlag.
- Kuckartz, U., Rädiker, S., Ebert, T., & Schehl, J. (2013). Statistik: Eine verständliche Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19890-3>
- Lage, J. (2022). Sufficiency and transformation—A semi-systematic literature review of notions of social change in different concepts of sufficiency. *Frontiers in Sustainability*, 3, 954660. <https://doi.org/10.3389/frsus.2022.954660>
- Leuser, L., & Brischke, L.-A. (2015). Suffizienz im kommunalen Klimaschutz.
- Linz, M. (2004). Weder Mangel noch Übermaß. oekom verlag.
<https://doi.org/10.14512/9783865815262>
- Linz, M. (2015). Suffizienz als politische Praxis: Ein Katalog. Wuppertal Inst. für Klima, Umwelt, Energie.
- Linz, M., Bartelmus, P., Hennicke, P., Jungkeit, R., Sachs, W., Scherhorn, G., Wilke, G., & von Winterfeld, U. (2002). Von nichts zu viel Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit.
- Lukas, M. (2015). Suffiziente Haushalte – Illusion oder Möglichkeit? *uwf UmweltWirtschaftsForum*, 23(1–2), 15–21. <https://doi.org/10.1007/s00550-015-0348-5>
- Mauch, U., North, N., & Pulli, R. (2001). Zwischen Effizienz und Suffizienz: Die optimale Kombination von Instrumenten im Mobilitätssektor in Richtung nachhaltiger Entwicklung.
- Miles, J., & Schevlin, M. (2001). Applying Regression & Correlation – A Guide for Students and Researchers. SAGE Publications.
- Nachar, N. (2008). The Mann-Whitney U: A Test for Assessing Whether Two Independent Samples Come from the Same Distribution. *Tutorials in Quantitative Methods for Psychology*, 4(1), 13–20. <https://doi.org/10.20982/tqmp.04.1.p013>

- Nobis, C., Obersteller, D., Lell, O., Muster, V., & Rauber, J. (2024). Erarbeitung einer Suffizienzstrategie für den Verkehrssektor und ihre erfolgreiche Kommunikation (Abschlussbericht No. FB001172; Ressortforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, S. 139). Umweltbundesamt.
- Schäfer, T. (2016). Methodenlehre und Statistik. Springer Fachmedien Wiesbaden.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-11936-2>
- Schmitt, C., Leuser, L., Brischke, L.-A., Duscha, M., & Jacobsen, S. (2015). Suffizienz-Maßnahmen und -Politiken in kommunalen Klimaschutzkonzepten und Masterplänen – ein Überblick.
- Schneidewind, U., & Zahrnt, A. (2013). Damit gutes Leben einfacher wird. oekom verlag.
<https://doi.org/10.14512/9783865816481>
- Sixtus, F., Slupina, M., Sütterlin, S., Amberger, J., & Klingholz, R. (2019). Teilhabeatlas Deutschland: Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Hrsg.). s.n.
- Statistisches Bundesamt (Destatis). (2022). Rückgerechnete Bevölkerung auf Grundlage des Zensus. Rückgerechnete Bevölkerung auf Grundlage des Zensus.
https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Publikationen/Downloads-Bevoelkerungsstand/statistischer-bericht-rueckgerechnete-bevoelkerung-zensus-5124105219005.xlsx?__blob=publication-File&v=6
- Stengel, O. (2011). Weniger ist schwer: Barrieren in der Umsetzung suffizienter Lebensstile. *Ecological Perspectives for Science and Society*, 20(1), 26–30.
- Universität Zürich. (o.J.a). Pearson Chi-Quadrat-Test (Kontingenzanalyse). Pearson Chi-Quadrat-Test (Kontingenzanalyse). https://www.methodenberatung.uzh.ch/de/datenanalyse_spss/zusammenhaenge/pearsonzush.html
- Universität Zürich. (o.J.b). Rangkorrelation nach Spearman. Rangkorrelation nach Spearman. https://www.methodenberatung.uzh.ch/de/datenanalyse_spss/zusammenhaenge/rangkorrelation.html
- Weiger, H., & Wenzl, C. (2018). Perspektive 2030: Suffizienz in der Praxis.
- Welch, B. L. (1947). The Generalization of 'Student's' Problem when Several Different Population Variances are Involved. *Biometrika*, 34(1/2), 28.
<https://doi.org/10.2307/2332510>

Willi, Y. (2020). Suffizienz in ländlichen Räumen. In M. Flohr & L. Markus (Hrsg.), *Suffizienz an Hochschulen im ländlichen Raum* (1. Aufl.).



**Suffizienz und Ressourcenschonung im Gesundheitswesen:
Wie kann die Suffizienzstrategie im Rahmen der Ambulantsierung dazu beitragen, den Energie- und Ressourcenverbrauch von Krankenhäusern zu reduzieren?**

Lukas Buetschle, Mark Kekel



1 Zur Bedeutung der Ressourcenschonung im Gesundheitswesen

1.1 Problemstellung und Ziel der Arbeit

Krankenhäuser und stationäre Versorgungseinrichtungen zählen zu den ressourcen- und energieintensivsten Bereichen des deutschen Gesundheitswesens. Bereits vorliegende Analysen quantifizieren den Rohstoffverbrauch des Sektors in Deutschland auf erhebliche Größenordnungen. So weisen Untersuchungen des Umweltbundesamtes für das Jahr 2016 einen Rohstoffkonsum des Sektors von rund 107 Millionen Tonnen aus, was etwa fünf Prozent des nationalen Rohstoffverbrauchs und einem Anstieg von rund 80 % zwischen 1995 und 2016 entspricht (Ostertag et al., 2021).

Der Materialeinsatz zeigt sich nicht nur im direkten Energieverbrauch, sondern in umfassenden Materialflüssen (Verbrauchsartikel, Einwegprodukte), umfangreichen Abfallströmen sowie in logistischer Belastung durch Patienten- und Lieferverkehre (Deutscher Bundestag, 2023). Diese Komponenten prägen die ökologische Bilanz stationärer Versorgung maßgeblich. Pro Krankenhausbett fallen etwa 7.800 kWh Strom und 25.000 kWh Wärme pro Jahr an, zudem rund 300 Liter Wasser und ca. 4 kg Abfall pro Bett und Tag. Ein großer Teil dieser Verbräuche entfällt auf die stationäre Versorgung. In OECD-Ländern sind Krankenhäuser für etwa 28,6 % der Gesundheitssektor-Emissionen verantwortlich, während ambulante Leistungen nur rund 18 % ausmachen (Bundesärztekammer, 2022).

Vor dem Hintergrund der Klimakrise gewinnt die Frage nach Strategien zur Emissionsminderung im Gesundheitswesen zunehmend an Dringlichkeit. Krankenhäuser sind nicht nur signifikante Rohstoffverbraucher, sondern sind zugleich selbst durch klimabedingte Veränderungen – etwa Hitzewellen oder Extremwetterereignisse – in ihrer Funktionsfähigkeit herausgefordert (Expert:innenrat Gesundheit und Resilienz, 2025). Ressourcenschonung durch strukturelle Anpassungen wie eine verstärkte Ambulantisierung kann daher sowohl einen ökologischen als auch einen systemischen Beitrag leisten. Zudem machen steigende Energiepreise und hohe Wärme- sowie Strombedarfe Krankenhäuser besonders anfällig für Kostensteigerungen im Energiemarkt (Deutsches Krankenhausinstitut, 2023). Ambulante Leistungen, die in der Regel weniger energie- und flächenintensiv erbracht werden, stellen hier eine wichtige Entlastungsoption dar. Durch die Verlagerung geeigneter Behandlungen aus dem stationären in den ambulanten Bereich können Betriebskosten gesenkt werden. Schließlich sind Pflege- und ärztliches Personal in der stationären Versorgung in besonderem Maße belastet, da hohe Fallzahlen, lange Verweildauern und intensive Versorgungsstrukturen zu personellen Engpässen führen (PwC Deutschland,

2022). Ambulantisierung kann auch hier eine Entlastungswirkung entfalten, indem Personalressourcen effizienter genutzt werden, Versorgungseinheiten flexibler organisiert sind und Arbeitsbelastungen durch kürzere Patientenkontakte abgemildert werden.

1.2 Einordnung der Suffizienzstrategie in den Kontext der Ambulantisierung

Die Nachhaltigkeitsforschung unterscheidet drei komplementäre Strategietypen: Effizienz (mehr Output bei gleichem oder geringerem Input), Konsistenz (Substitution problematischer Inputs durch regenerative bzw. kreislauforientierte Lösungen) und Suffizienz (Reduktion des tatsächlichen Bedarfs durch Verhaltens- oder Systemänderungen) (Dolcini et al., 2025). Im Gesundheitswesen zielen Effizienzmaßnahmen typischerweise auf technische und prozessuale Verbesserungen (z. B. energieeffiziente Medizingeräte, OP-Scheduling), Konsistenz-Maßnahmen auf Materialsubstitution und Kreislaufkonzepte (z. B. Mehrwegsysteme, nachhaltige Beschaffung) und Suffizienz auf die Frage, ob Leistungen in der derzeitigen Intensität überhaupt erbracht werden müssen. Der Rahmen dieser Arbeit soll bewusst auf der letztgenannten Strategie aufbauen, der Suffizienzstrategie. Suffizienz zielt auf eine Verringerung des Leistungsbedarfs durch strukturelle oder verhaltensbezogene Maßnahmen ab. So werden beispielsweise in der Energiewirtschaft Suffizienzmaßnahmen über Lastverschiebungen und Verbrauchsbegrenzung und im Verkehrswesen durch Förderung des ÖPNV und der Reduktion unnötiger Individualfahrten umgesetzt (Ostertag et al., 2021). Übertragen auf den Gesundheitskontext kann Suffizienz in der Praxis bedeuten, dass medizinisch nicht zwingende stationäre Aufenthalte reduziert, Nachsorge dezentralisiert und redundante Kontakte vermieden werden.

Dazu passend wird unter Ambulantisierung die gezielte Verlagerung medizinisch geeigneter Leistungen aus dem stationären in den ambulanten Bereich verstanden (Kassenärztliche Bundesvereinigung, o. J.) – hierzu zählen ambulante Operationen, tagesklinische Eingriffe, sektorübergreifende Versorgungszentren und telemedizinische Nachsorgeformate. Die politische Rahmensexzung unterstützt diesen Umbau: So fördert das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) (Bundesministerium für Gesundheit, 2021) seit 2021 gezielt die Digitalisierung der Krankenhäuser, insbesondere durch Investitionen in Telemedizin, Patientenportale und sektorenübergreifende digitale Dokumentationssysteme. Darüber hinaus sieht das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) (Bundesministerium für Gesundheit, 2024), das im Jahr 2024 verabschiedet wurde, konkrete Regelungen zur Ambulantisierung vor. Es erweitert den AOP-Katalog (Liste von Operationen, die ambulant durchgeführt werden können und sollen) um weitere Eingriffe, fördert die Einführung von



Hybrid-DRGs (Hybrid-Diagnosis Related Groups: Definieren die sektorengleiche Vergütung für ausgewählte Eingriffe – unabhängig davon, ob sie in Krankenhaus oder Praxis stattfinden) zur sektorenübergreifenden Vergütung und schafft damit finanzielle Anreize, stationär erbrachte Leistungen ambulant oder tagesklinisch zu behandeln. Ziel ist es, Kapazitäten stationärer Einrichtungen zu entlasten, die Versorgungsqualität zu sichern und zugleich ökonomische wie ökologische Potenziale freizusetzen.

So sind die theoretischen Vorteile der Ambulantisierung als Suffizienzmaßnahme offensichtlich und auch die Rahmenbedingungen seitens der Politik gegeben und gefördert. Voraussetzung ist jedoch die entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung, die gegebenenfalls die potenziellen Nachteile wie zum Beispiel eine schlechtere Qualität der Nachsorge stärker gewichten als die potenziellen Vorteile wie eine kürzere Anfahrt.

So ist das Ziel der Arbeit, einerseits den Beitrag der Suffizienzstrategie im Kontext der Ambulantisierung zur konkreten Ressourcenschonung im Gesundheitswesen zu untersuchen und Chancen wie Risiken aus der einschlägigen Literatur zu analysieren. Weiterhin soll die Frage beantwortet werden, wie die Bevölkerung generell zu ambulanten Behandlungen steht, welches die Bedingungen für die Akzeptanz der ambulanten statt stationären Leistungen sind sowie welche Mindestanforderungen für ambulante Behandlungen definiert werden, um mit der Verlagerung medizinisch geeigneter Leistungen in ambulante und telemedizinische Formate messbare Einsparungen bei Energie, Material und Transportaufwand zu erreichen.

2 Methode

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird ein Forschungsdesign gewählt, das Theorie und Empirie miteinander verknüpft. Eine qualitative Analyse vorhandener Studien wird mit einem quantitativen Ansatz per schriftlicher digitaler Bevölkerungsbefragung verknüpft, wodurch sich die „Mixed Methods“- Methodenkombination ergibt (Kuckartz, 2014).

Im ersten Schritt erfolgt eine systematische Literatur- und Studienanalyse. Auf Grundlage einschlägiger gesundheitsökonomischer und umweltwissenschaftlicher Arbeiten sowie der Gesetzesbesteck werden zentrale Aussagen zu den Potenzialen und Grenzen der Ambulantisierung extrahiert. Diese Inhalte bilden den theoretischen Bezugsrahmen, indem sie sowohl ökologische und ökonomische Einsparpotenziale als auch systemische Risiken aufzeigen.



Ergänzend hierzu wird eine schriftliche Bevölkerungsbefragung durchgeführt, die über das Befragungstool Microsoft Forms einer breiten Teilnehmerschaft zugänglich ist. Ziel dieser standardisierten Befragung ist es, Einstellungen, Erwartungen und Akzeptanzgrenzen der Bevölkerung hinsichtlich ambulanter Behandlungsformen und telemedizinischer Nachsorge zu erfassen. Die Wahl einer quantitativen Umfrage als Methode folgt der Überlegung, dass sich hierdurch Einstellungen und Wahrnehmungen in strukturierter und vergleichbarer Form messen lassen, was wiederum eine generalisierbare Aussagekraft ermöglicht.

Die Erhebung zielt insbesondere auf die Klärung folgender Punkte:

- *In welchem Ausmaß ist die Bevölkerung grundsätzlich bereit, stationäre Aufenthalte zugunsten ambulanter Angebote zu vermeiden?*
- *Unter welchen Bedingungen – etwa hinsichtlich medizinischer Sicherheit, digitaler Begleitung, Erreichbarkeit oder Transparenz – wird eine solche Verlagerung akzeptiert?*
- *Welche Mindestanforderungen werden formuliert, um Vertrauen in eine suffizienzorientierte Versorgung zu sichern?*

Die methodische Stärke des Designs liegt in der Verknüpfung beider Schritte. Beide Stränge werden im Sinne einer Methodentriangulation integriert, sodass sich überprüfen lässt, inwiefern theoretisch erwartete Vorteile der Ambulantisierung mit den Erwartungen und Anforderungen der Bevölkerung übereinstimmen. Auf diese Weise werden nicht nur Akzeptanzbarrieren sichtbar, sondern auch Ansatzpunkte für Ver- und Nachbesserungen, um mithilfe der Ambulantisierung suffizienzorientiert Ressourcen zu schonen.

3 Zentrale Erkenntnisse

3.1 Status quo: Energie- und Ressourcenverbrauch in Krankenhäusern

Krankenhäuser in Deutschland sind intensive Energie- und Ressourcenverbraucher und tragen erheblich zu den nationalen Treibhausgasemissionen bei (Stiftung Münch, 2023). Der Sektor erlebt einen strukturellen Wandel, bei dem die Knaptheit von personellen, finanziellen und ökologischen Ressourcen zum Umdenken zwingt (Classen, 2023).

Im Bereich Energie werden enorme Mengen für den 24/7-Betrieb benötigt (Spinner et al., 2023). Lüftung, Kälteerzeugung und Beleuchtung verursachen 70-80 % der Energiekosten, wobei Wärmeenergie den größten Anteil (ca. 75 %) ausmacht (Ostertag et al., 2021).



Veraltete Technik und Personalverhalten sind wesentliche Treiber für Verschwendungen (Ostertag et al., 2021). Deutsche Krankenhäuser verbrauchen jährlich etwa 18,1 Mio. MWh Energie, was rund 32.800 kWh pro Bett und Jahr entspricht (Stiftung Münch, 2023). Allein von 2021 bis 2023 fielen geschätzt sechs Mrd. Euro zusätzliche Energiekosten an (Stiftung Münch, 2023).

Der Rohstoffkonsum des deutschen Gesundheitssektors lag 2016 bei etwa 107 Millionen Tonnen, was rund 5 % des gesamten deutschen Rohstoffkonsums ausmacht und seit 1995 um 80 % gestiegen ist (Ostertag et al., 2021). Haupttreiber sind Chemikalien (insbesondere Arzneimittel), der Einsatz von Medizinprodukten (oft Einwegprodukte), Bautätigkeit sowie Lebensmittel- und Getränkeversorgung (mit bis zu 30 % vermeidbaren Lebensmittelabfällen) (Ostertag et al., 2021).

Ein erhebliches Potenzial zur Ressourcenschonung liegt in der Ambulantisierung. Schätzungen zufolge können bis zu 20 % der stationären Behandlungen ambulant erbracht werden (Classen, 2023), wobei manche Analysen sogar von 62 % aller vollstationären Fälle sprechen (Wisniowski et al., 2025). Dieser Übergang ist ressourcenschonender, da Krankenhäuser einen höheren Verbrauch und höhere Emissionen aufweisen als ambulante Einrichtungen (Classen, 2023). Die geplante Krankenhausreform rückt die Ambulantisierung verstärkt in den Fokus, obwohl mangelnde Transparenz und finanzielle Anreize die Umsetzung erschweren (abfallmanager-medizin.de, 2024).

3.2 Analyse: Potenziale der Ambulantisierung als Suffizienzmaßnahme

Suffizienz ist eine zentrale Strategie für Nachhaltigkeit, die darauf abzielt, Konsum- und Produktionsniveaus zu reduzieren, um ökologische Grenzen einzuhalten und eine gerechte Bedürfnisbefriedigung für alle zu ermöglichen. Im Gegensatz zur Effizienz, die „die Dinge richtig tut“ (Wuppertal Institut, 2025), geht es bei Suffizienz darum, „die richtigen Dinge zu tun“. Die Ambulantisierung medizinischer Leistungen passt in diesen Suffizienzgedanken, da sie darauf abzielt, Ressourcenknappheit im Gesundheitswesen zu adressieren und durch die Verlagerung von Versorgungsleistungen zur Ressourcenschonung beizutragen (Classen, 2023).

Direkte Effekte der Ambulantisierung:

Die Ambulantisierung, also die Verlagerung vormals stationärer Behandlungen in den ambulanten Sektor ohne Übernachtung (Spinner et al., 2023), bietet mehrere direkte positive Effekte:



- 1. Ressourcenschonung:** Krankenhäuser sind erhebliche Energie- und Ressourcenverbraucher (Classen, 2023). Eine konsequente Ambulantisierung kann den Verbrauch von Energie, Wasser und Materialien deutlich senken (Ostertag et al., 2021). Wie bereits in Kapitel 3.1 angesprochen, beläuft sich das Potenzial der Fälle, welche ambulant behandelt werden können je nach Schätzung auf 20 % bis 62 % und ambulante Einrichtungen haben in der Regel einen geringeren Energieverbrauch und niedrigere Emissionen als energieintensive Krankenhäuser.
- 2. Finanzielle Entlastung:** Die Ambulantisierung zielt auf Kostenreduktion ab. Die ambulante Vergütung ist jedoch im Schnitt nur etwa zwei Drittel so hoch wie die stationäre (abfallamanger.medizin.de, 2024), was zu finanziellen Defiziten für Krankenhäuser führen kann, wenn keine Anpassungen in Strategie und Prozessen erfolgen (Wisniowski et al., 2025).
- 3. Personelle Effizienz:** Freiwerdende personelle Kapazitäten in stationären Bereichen können für komplexere Fälle genutzt oder zur Deckung des Fachkräftemangels eingesetzt werden (Wisniowski et al., 2025).
- 4. Qualitätsverbesserung und Patientenorientierung:** Patienten profitieren durch die Vermeidung von unnötigen Krankenhausaufenthalten (Stiftung Münch, 2023). Die Konzentration der Krankenhäuser auf komplexere stationäre Fälle kann zudem eine Spezialisierung und damit eine höhere Qualität in diesen Bereichen fördern (Wisniowski et al., 2025). In Ländern mit hoher Ambulantisierungsquote wurden keine Qualitätsverluste beobachtet (Spinner et al., 2023). Intersektorale Gesundheitszentren (IGZ) können die wohnortnahe Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen sichern (Schmid et al., 2018).

Indirekte Effekte der Ambulantisierung:

Indirekt führt die Ambulantisierung zu einem umfassenden Wandel im Gesundheitswesen:

- 1. Systemwandel:** Es entstehen spezialisierte Ambulanz-Zentren, oft mit telemedizinischer Anbindung (Classen, 2023). Kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum können sich in IGZ (=integrierte Gesundheitszentren) umwandeln, die die Basisversorgung sichern und zu einer besseren Auslastung umliegender Krankenhäuser beitragen können (Schmid et al., 2018). Dies erfordert eine umfassende, sektoriübergreifende Betrachtung und Anpassung der Bedarfsplanung (Wisniowski et al., 2025).



2. **Veränderung der Anreizstrukturen:** Die Einführung der Hybrid-DRGs, die eine sektorengleiche Vergütung für ausgewählte Leistungen ermöglichen, soll Anreize für die Ambulantisierung schaffen (abfallmanager-medizin.de, 2024). Anfängliche Übervergütungen sollen Investitionen in die ambulante Infrastruktur finanzieren und die Umstellung erleichtern (Wisniowski et al., 2025).
3. **Digitalisierung:** Telemedizin und digitale Lösungen können Effizienzgewinne ermöglichen und die Versorgungsqualität steigern (Spinner et al., 2023). Digitale Tools können Leistungserbringer bei Entscheidungen zur Medikation unterstützen (Ostertag et al., 2021).

Verknüpfung mit Suffizienzprinzipien:

Die Ambulantisierung bietet ein hohes Potenzial, die Prinzipien der Suffizienz im Gesundheitswesen zu erfüllen:

1. **Vermeidung von Überkonsum:** Die Reduzierung unnötiger stationärer Aufenthalte und damit verbundener ressourcenintensiver Behandlungen fördert eine bedarfsgerechte Versorgung (Spinner et al. 2023). Dies umfasst insbesondere die Verringerung von Über- und Fehlversorgung bei Arzneimitteln und Diagnostika (Ostertag et al., 2021).
2. **Herausforderungen durch Rebound:** Reboundeffekte sind ein direktes Gegenstück zum Suffizienzgedanken, da durch Effizienzgewinne freigewordene Ressourcen anderweitig wieder verbraucht werden könnten (Minge, 2018).
3. **Vermeidung von Doppelstrukturen:** Doppelstrukturen bedeuten eine ineffiziente Nutzung von Ressourcen und widersprechen somit der Suffizienz (abfallmanager-medizin.de, 2024). Ein ganzheitlicher sektorenübergreifender Ansatz ist essenziell, um solche Ineffizienzen zu vermeiden und eine integrierte, bedarfsorientierte Versorgung zu gewährleisten (Wisniowski et al., 2025).

3.3 Ergebnisse Bevölkerungsbefragung

An der Befragung nahmen insgesamt n=152 Personen im Alter von 18 Jahren bis über 65 Jahren teil. Der größte Teil der Befragten (56 %) war zwischen 18 und 34 Jahre alt, 75 % gehörten der Altersgruppe 18-44 Jahre und 25 % waren zwischen 45 Jahren und über 65 Jahren. Der Frauenanteil lag bei 56 %, der Männeranteil bei 44 %.



Hinsichtlich des Bildungsniveaus zeigte sich eine überdurchschnittlich qualifizierte Stichprobe: 39 % verfügten über einen Universitätsabschluss, 7 % über einen Fachhochschulabschluss, 16 % über (Fach-)Abitur bzw. allgemeine Hochschulreife und 28 % gaben eine abgeschlossene Berufsausbildung als höchsten Bildungsabschluss an.

Die Erwerbstägenquote lag bei 83 %, davon 65 % in Vollzeit und 18 % in Teilzeit. Weitere 10 % befanden sich in der Ausbildung oder Studium. Die Wohnortgröße verteilte sich wie folgt: 41 % lebten in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner:innen, 38 % in Orten mit 5.000-20.000 Einwohner:innen, 8 % in Städten mit 20.000-100.000 Einwohner:innen und 13 % in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner:innen.

Erfahrungen mit ambulanter Behandlung:

21 % der Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten eine ambulante Behandlung in Anspruch genommen zu haben. Die Zufriedenheit mit diesen Behandlungen war hoch: 31,3 % waren „sehr zufrieden“, 50 % „zufrieden“ und 12,5 % „neutral“. Negative Bewertungen wurden nicht in nennenswertem Umfang geäußert.

Akzeptanz ambulanter Leistungen in Abhängigkeit von der Anfahrtszeit:

Die Mehrheit der Befragten (71,1 %) würde eine Anfahrt von 30 Minuten zu einer ambulanten Behandlung (inkl. Nachsorge) akzeptieren; weitere 11,2 % bewerten diese Distanz neutral. Bei einer Anfahrtszeit von bis zu 60 Minuten sank die Zustimmung auf 27,7 %, während die Ablehnungsquote auf 48 % anstieg.

Die tatsächliche Erreichbarkeit entsprechender Einrichtungen ist in der Stichprobe jedoch sehr gut: 93 % der Befragten gaben an, ein Krankenhaus innerhalb von maximal 30 Minuten erreichen zu können, und 97 % berichteten dieselbe Erreichbarkeit für eine ambulante Einrichtung bzw. ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ).

Für die ländliche Zielgruppe (Wohnorte bis maximal 20.000 Einwohner:innen (79,6 %)) ergaben sich nahezu identische Werte: 92,6 % erreichen ein Krankenhaus und 96,7 % eine ambulante Einrichtung innerhalb von 30 Minuten.

Präferenz für ambulante gegenüber stationären Behandlungen:

Ein Großteil der Befragten (80,3 %) gab an, bei gewährleisteter medizinischer Sicherheit eine ambulante Behandlung einer stationären vorzuziehen. Diese Präferenz wird durch die positiven Erfahrungen mit telemedizinischen Angeboten gestützt: 19 % der Befragten hatten bereits telemedizinische Sprechstunden in Anspruch genommen, von denen 89,6 % „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ waren.



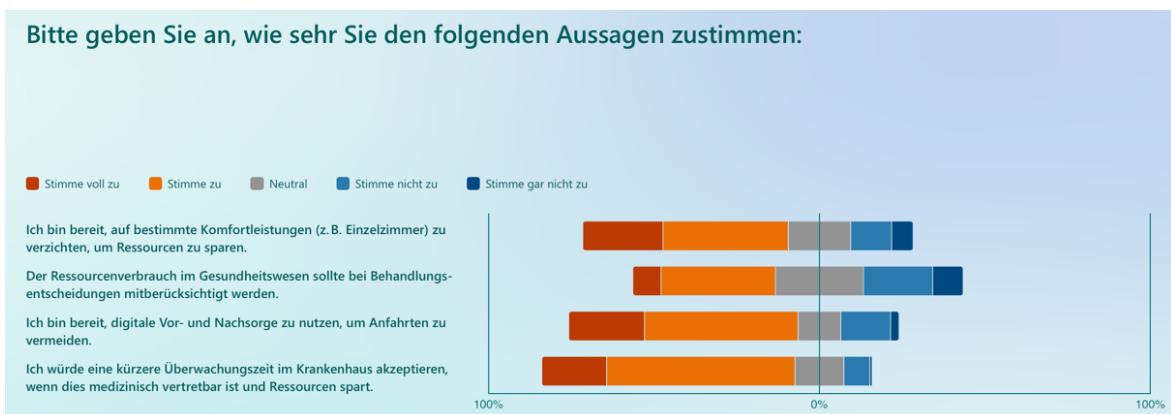
Suffizienzorientierung in der Bevölkerung:

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass suffizienzorientierte Einstellungen in der Stichprobe vorhanden sind.

- 61,8 % der Befragten wären bereit, auf Komfortleistungen wie Einzelzimmer zu verzichten, um Ressourcen zu sparen.
- 69,1 % würden digitale Vor- und Nachsorgeangebote nutzen, um Anfahrten zu vermeiden.
- 76,3 % würden eine kürzere Überwachungszeit im Krankenhaus akzeptieren, sofern diese medizinisch vertretbar ist, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren.

Abbildung 29:

Zentrale Ergebnisse der schriftlichen Befragung zur Suffizienzorientierung in der Bevölkerung



Anmerkung: MSForms-Darstellung auf Basis der Ergebnisse der Befragung

4 Diskussion

Die im vorangegangenen Kapitel 3 präsentierten Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung liefern wertvolle Einblicke in die Akzeptanz und Bereitschaft der Bevölkerung, zur Ressourcenschonung im Gesundheitswesen beizutragen. Diese Erkenntnisse sind von besonderer Relevanz für die Evaluierung der Ambulantisierung als Suffizienzmaßnahme, da sie das theoretische Konstrukt mit empirischen Daten unterfüttert und die Patientenperspektive als wichtigen Faktor für eine erfolgreiche Transformation hervorhebt. Die Arbeit ist dabei explizit im Spannungsfeld von Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzstrategien verortet, wobei die Suffizienzperspektive das leitende Analyseprinzip bildet.

Bereitschaft zum Verzicht auf Komfortleistungen:

Die Feststellung, dass 61,8 % der Befragten bereit wären, auf Komfortleistungen wie Einzelzimmer zu verzichten, um Ressourcen zu sparen, ist ein starkes Signal für die Legitimität suffizienzorientierter Ansätze. Komfortleistungen sind direkt mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch verbunden, da sie bspw. mehr Heiz- und Kühlenergie pro Patient, zusätzlichen Reinigungsaufwand, mehr Wäschewechsel und eine größere Gebäudefläche erfordern (Stiftung Münch, 2023). Dieser Verzicht indiziert eine Abkehr von maximalem Komfort zugunsten einer bewussten Ressourcennutzung, was direkt dem Suffizienzprinzip entspricht.

Eine Reduktion der Nachfrage nach Einzelzimmern kann unmittelbar zu messbaren Einsparungen bei Energie, Wasser und Material führen, die zu den Hauptverbrauchsbereichen in Krankenhäusern zählen (Stiftung Münch, 2023). Dies entlastet nicht nur die direkten Betriebskosten, sondern reduziert auch den ökologischen Fußabdruck des Gebäudebetriebs. Für die Krankenhausplanung schafft dieses Ergebnis Spielräume für eine effizientere Raumplanung und die Neukonzeption von stationären Versorgungsangeboten. Der Verzicht auf überdimensionierte Komfortzonen könnte bspw. den Investitionsstau im Krankenhausbereich, der durch unzureichende öffentliche Fördermittel entstanden ist, abmildern, da öffentliche Fördermittel für Investitionen von rund 10 % der Gesamterlöse im Jahr 1991 auf 3,4 % im Jahr 2020 gesunken sind (Stiftung Münch, 2023). Es zeigt sich, dass Patienten ein wichtiger Verbündeter bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien sein können, wenn der Zusammenhang zwischen Komfortverzicht und Ressourcenschonung transparent kommuniziert wird.

Akzeptanz digitaler Vor- und Nachsorge:

Die hohe Zustimmung von 69,1 % der Befragten zur Nutzung digitaler Vor- und Nachsorgeangebote, um Anfahrten zu vermeiden, unterstreicht die Rolle der Digitalisierung als Enabler für Suffizienz im Gesundheitswesen. Die Vermeidung von Anfahrten durch digitale Angebote führt zu einer direkten Reduktion von Mobilitäts- und Transportemissionen, was maßgeblich zur Senkung des CO₂-Fußabdrucks beiträgt.

Telemedizinische und digitale Lösungen stellen dabei einen neu definierten Kernprozess in der medizinischen Versorgung dar, der die Schnittstellen zwischen ambulanter Medizin und Krankenhaus neu gestaltet (Classen, 2023). Sie ermöglichen eine effizientere Nutzung von Ressourcen, indem sie physische Präsenz in ressourcenintensiven stationären Einrichtungen verringern. Dies ist ein klares Beispiel für die suffiziente Nutzung von Techno-



logie, die nicht zu einer Mengenausweitung führt, sondern bestehende Leistungen mit geringerem Ressourcenaufwand erbringt. Die breite Akzeptanz der Patienten erleichtert die Implementierung solcher Angebote. Allerdings besteht weiterhin Forschungsbedarf bezüglich der genauen Ressourcenaspekte digitaler Angebote, um sicherzustellen, dass nicht nur neue digitale Angebote geschaffen, sondern diese auch in bestehende Krankenhausstrategien integriert werden.

Akzeptanz kürzerer Überwachungszeiten:

Das stärkste Ergebnis der Befragung ist, dass 76,3 % der Befragten eine kürzere Überwachungszeit im Krankenhaus akzeptieren würden, sofern diese medizinisch vertretbar ist, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Dieser Befund ist ein zentraler Pfeiler für die Strategie der Ambulantisierung. Kürzere Verweildauern reduzieren unmittelbar den stationären Ressourcenverbrauch pro Fall, da weniger Energie, Material, Verpflegung und Personalaufwand pro Patiententag anfallen. Dies ist eine direkte Umsetzung des Prinzips „stationär zu ambulant“, welches die Vermeidung unnötigen stationären Konsums zum Ziel hat. Die hohe Zustimmung zeigt, dass Patienten bereit sind, an dieser Verschiebung mitzuwirken, wenn die medizinische Sicherheit gewährleistet ist, eine kritische Voraussetzung für Suffizienz im Gesundheitswesen.

Herausforderungen und Risiken der Ambulantisierung:

Reboundeffekte: Wenn durch Ambulantisierung Kapazitäten in Krankenhäusern frei werden, besteht die Gefahr, dass diese durch eine Steigerung komplexerer oder auch nicht zwingend notwendiger Behandlungen gefüllt werden, um Erlösverluste zu kompensieren (Deutsche Krankenhaus Gesellschaft, 2022). Dies würde die ursprünglich angestrebten Ressourceneinsparungen wieder zunichte machen und dem Suffizienzgedanken entgegenwirken.

Doppelstrukturen: Die historisch gewachsene sektorale Trennung im deutschen Gesundheitssystem ist ein Hauptgrund für Ineffizienz. Eine unzureichende ganzheitliche Planung kann jedoch zu neuen Doppelstrukturen führen, bspw. wenn räumlich abgegrenzte ambulante Bereiche mit speziellem Personal geschaffen werden, die aus Gesamtsicht kaum wirtschaftlich betrieben werden können (Deutsche Krankenhaus Gesellschaft, 2022). Fehlende krankenhausweite Standards begünstigen „Insellösungen“ in Fachabteilungen, was die Ressourceneffizienz mindert (Spinner et al., 2023).

Finanzielle Anreize und Umstellung: Die ambulante Vergütung ist im Schnitt nur etwa zwei Drittel so hoch wie die stationäre (Walendzik, Wasem, 2019). Dies stellt für Krankenhäuser einen Fehlanreiz dar, die Ambulantisierung zu forcieren (Spinner et al. 2023). Obwohl Hybrid-DRGs eine sektorengleiche Vergütung für ausgewählte Leistungen ermöglichen sollen, sind sie als Mischkalkulation konzipiert und können Anreize für selektives Verhalten schaffen (Wisniowski et al., 2025).

Fachkräftemangel: Die Ambulantisierung kann zu zusätzlichen personellen Kapazitäten und Effizienzgewinnen führen (Wisniowski et al., 2025). Dies ist angesichts des demografischen Wandels und dem daraus resultierenden Personalmangel entscheidend (Classen, 2023). Gleichzeitig müssen aber die Weiterbildungen von jungen Ärzt:innen in kleineren Abteilungen sichergestellt und die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, z. B. durch den Entfall von Schichtdiensten in MVZ, attraktiv gestaltet werden (Wisniowski et al., 2025).

Neben der Diskussion der Ergebnisse bedarf es einer kritischen Reflexion der methodischen Grenzen dieser Untersuchung. Die durchgeführte Bevölkerungsbefragung mit n=152 Teilnehmenden bietet wertvolle Einblicke, ist jedoch in ihrer Aussagekraft eingeschränkt. Zum einen ist die Stichprobe im Vergleich zur Grundgesamtheit von rund 80 Millionen Versicherten sehr klein, zum anderen weist sie eine deutliche Überrepräsentation jüngerer und akademisch gebildeter Personen auf. Dadurch können Verzerrungen entstehen, die eine uneingeschränkte Verallgemeinerung der Ergebnisse erschweren.

Darüber hinaus basiert die Datenerhebung ausschließlich auf einem digitalen Format (Microsoft Forms), wodurch insbesondere ältere und digital weniger affine Bevölkerungsgruppen unterrepräsentiert bleiben. Auch wenn sich durch die Wahl der Online-Befragung eine breite Erreichbarkeit und ökonomische Durchführbarkeit realisieren ließ, ist damit eine gewisse Selektivität verbunden.

Für zukünftige Untersuchungen erscheint es daher notwendig, die methodische Basis zu verbreitern: Zum einen durch größere und heterogenere Stichproben, zum anderen durch eine Kombination digitaler und analoger Erhebungsmethoden. Für sehr tiefgründige weiterführende Forschung bietet sich weiterhin nach Klärung der Akzeptanzfrage eine Simulation und empirische Untersuchung der tatsächlichen ökologischen und ökonomischen Effekte der Ambulantisierung an. Dabei ist eine ganzheitliche Betrachtung wichtig, die beispielsweise auch indirekte Ressourcenaspekte wie den zusätzlichen Energieverbrauch digitaler Infrastruktur im Sinne eines Total-Cost-of-Ownership-Ansatzes berücksichtigt.

5 Zusammenfassung

Die Arbeit hatte das Ziel, den Beitrag der Suffizienzstrategie im Kontext der Ambulantisierung zur Ressourcenschonung im Gesundheitswesen zu untersuchen. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass Krankenhäuser zu den energie- und ressourcenintensivsten Einrichtungen zählen und damit erheblich zum ökologischen Fußabdruck des Sektors beitragen.

Die Ergebnisse der Arbeit belegen, dass die Ambulantisierung ein hohes Potenzial zur Umsetzung suffizienzorientierter Prinzipien im Gesundheitswesen birgt. Die Literatur- und Studienanalyse zeigte, dass Suffizienz – verstanden als Reduktion unnötiger Leistungen und Strukturen – im Gesundheitswesen insbesondere durch die Ambulantisierung praktisch umgesetzt werden kann. Die Verlagerung geeigneter stationärer Fälle in den ambulanten Bereich reduziert Energie-, Material- und Personalbedarf unmittelbar und ermöglicht eine Konzentration stationärer Kapazitäten auf komplexe Fälle. Zusätzlich ergeben sich indirekte Effekte wie die Entstehung integrierter Versorgungszentren, die Förderung digitaler Lösungen oder die Anpassung finanzieller Anreize durch Hybrid-DRGs. Gleichzeitig wurden Risiken identifiziert: Rebound-Effekte, Doppelstrukturen durch unzureichende Planung sowie ökonomische Fehlanreize können die Einsparpotenziale mindern.

Besonders die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung mit 152 Teilnehmenden verdeutlichen eine hohe Akzeptanz für suffizienzorientierte Maßnahmen:

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Ambulantisierung ein hohes Potenzial zur Ressourcenschonung birgt, wenn sie in ein integriertes Gesamtkonzept eingebettet ist. Offen bleiben Fragen nach der tatsächlichen ökologischen Bilanz in der Praxis, der Vermeidung von Rebound- und Doppelstrukturen sowie der Ressourcenwirkung digitaler Angebote. Künftige Forschung sollte daher auf empirische Simulationen, sektorübergreifende Planungsmodelle und differenzierte Analysen zur Akzeptanz verschiedener Bevölkerungsgruppen abzielen.

Letztendlich zeigt sich jedoch: Die gezeigte Bereitschaft der Bevölkerung ist ein starkes Argument dafür, die Potenziale der Ambulantisierung konsequent im Sinne einer Suffizienzstrategie zu nutzen und das Gesundheitswesen nachhaltiger zu gestalten.

Literaturverzeichnis

- Abfallmanager-Medizin.de. (2024). Ambulantisierung – Die Zukunft des Gesundheitswesens? Abgerufen am 13. Juli 2025, von <https://www.abfallmanager-medizin.de/themen/ambulantisierung/>
- Bundesärztekammer. (2022). Klimaschutz im Gesundheitswesen – Daten und Fakten. Abgerufen am 10. Juli 2025, von <https://medienservice-klima-gesundheit.de/dossiers/klima-deutsches-gesundheitswesen/>
- Bundesministerium für Gesundheit. (2021). Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG). Abgerufen am 10. Juli 2025, von <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/detail/krankenhauszukunftsgesetz-khzg.html>
- Bundesministerium für Gesundheit. (2024). Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) – Krankenhausreform. Abgerufen am 10. Juli 2025, von <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/detail/krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz-khvg.html>
- Bundestag. (2023). Energieverbrauch von Krankenhäusern: Wissenschaftliche Dienste – WD 5 - 059/23. Deutscher Bundestag. Abgerufen am 20. Juli 2025, von <https://www.bundestag.de/resource/blob/958254/e078a45e2cde5a459021658081212119/WD-5-059-23-pdf.pdf>
- Classen, S. (2023). Ambulantisierung – über den Tellerrand hinaus gedacht – Chancen und Risiken in Hinblick auf die knappen Ressourcen: Mensch – Umwelt – Energie. In: Gefässchirurgie, 28(3), 127–130. <https://doi.org/10.1007/s00772-023-00989-3>
- Deutsche Krankenhaus Gesellschaft. (2022). DKG-Positionspapier – Förderung der Ambulantisierung im stationären Versorgungsbereich – Einführung von Hybrid-DRGs und klinisch-ambulanten Leistungen. Abgerufen am 13. Juli 2025, von https://www.dkgev.de/fileadmin/default/2022-05_DKG_Positionspapier_Foerderung_der_Ambulantisierung_20._Legislaturperiode.pdf
- Deutsches Krankenhausinstitut. (2023). Krankenhaus Barometer 2023. Abgerufen am 18. Juli 2025, von https://dki.de/fileadmin/user_upload/DKI_Krankenhaus_Barometer_2023_final.pdf



- Dockweiler, C. (2016). Akzeptanz der Telemedizin. In F. Fischer & A. Krämer (Hrsg.), eHealth in Deutschland. Anforderungen und Potenziale innovativer Versorgungsstrukturen (S. 257–271). Springer Vieweg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-49504-9_13
- Dolcini, M., Ferrè, F., Brambilla, A., & Capolongo, S. (2025). Integrating environmental sustainability into hospitals' performance management systems. In: BMC Health Services Research, 25(1), 1–15. <https://doi.org/10.1186/s12913-025-1234-5>
- Expert:innenrat Gesundheit und Resilienz. (2025). Stellungnahme: Klimaschutz im Gesundheitssystem. Bundesregierung. Abgerufen am 5. August 2025, von <https://www.bundesregierung.de/re-source/blob/975196/2335770/edb0e80a6e073200e9184a3528e68c98/2025-02-19-stellungnahme-expertinnenrat-data.pdf>
- KBV – Kassenärztliche Bundesvereinigung. (o. J.). Dossier Ambulantisierung – Für eine Versorgung der Zukunft. KBV. Abgerufen am 18. August 2025, von <https://www.kbv.de/positionen/dossiers/ambulantisierung>
- Minge, B. (2018). Suffizienz, Konsistenz und Effizienz – Drei Wege zu mehr Nachhaltigkeit. relaio.de. Abgerufen am 10. August 2025, von <https://www.relaio.de/wissen/suffizienz-konsistenz-und-effizienz-drei-wege-zu-mehr-nachhaltigkeit/>
- Ostertag, K., Bratan, T., Gandenberger, C., Hüsing, B., Pfaff, M., & Umweltbundesamt. (2021). Ressourcenschonung im Gesundheitssektor – Erschließung von Synergien zwischen den Politikfeldern Ressourcenschonung und Gesundheit. Umweltbundesamt. Abgerufen am 28. Juli 2025, von https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-01-25_texte_15-2021_ressourcenschonung_gesundheitssektor.pdf
- PwC Deutschland. (2022). Fachkräftemangel im deutschen Gesundheitswesen. Abgerufen am 20. Juli 2025, von <https://www.pwc.de/de/gesundheitswesen-und-pharma/fachkraeftemangel-im-deutschen-gesundheitswesen-2022.html>
- Schmid, A., Hacker, J., Rinsche, F., Distler, F., & Kassenärztliche Vereinigung. (2018). Intersektorale Gesundheitszentren: Ein innovatives Modell der erweiterten ambulanten Versorgung zur Transformation kleiner ländlicher Krankenhausstandorte. Gutachten der Universität Bayreuth und der Oberender AG im Auftrag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. URN: <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bvb:703-epub-3852-8>

- Sharma, S., Yellowlees, P. M., Gotthardt, C. J., Luce, M. S., Avdalovic, M. V., & Marcin, J. P. (2023). Environmental impact of ambulatory telehealth use by a statewide university health system during COVID-19. In: *Telemedicine and e-Health*, 29(8), 1134–1142. <https://doi.org/10.1089/tmj.2022.0396>
- Spinner, G., Kaiss, J., Hagemeier, C., Katholing, M., Schäfer, C., & Rhön Stiftung. (2023). Operative Umsetzung der ambulanten, stationsersetzenden Versorgung in Krankenhäusern. Abgerufen am 20. Juli 2025, von https://www.rhoen-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/11/Ambul.KH_-1.pdf
- Stiftung Münch. (2023). Energieeffizienz im Krankenhaus: Handlungsleitfaden zu energiesparenden Ansätzen und Technologien. Abgerufen am 10. Juli 2025, von <https://www.stiftung-muench.org/wp-content/uploads/2023/03/Leitfaden-Energieeffizienz.pdf>
- Tillmanns, H., & Jäckel, D. (2024). Entwicklung der Ambulantisierung. In J. Klauber, J. Wasem, A. Beivers, C. Mestert, & D. Scheller-Kreinsen (Hrsg.), *Krankenhaus-Report 2024* (S. 225–268). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-68792-5_12
- Walendzik, A., Wasem, J., & Bertelsmann Stiftung. (2019). Vergütung ambulanter und ambulant erbringbarer Leistungen – Gesundheitspolitisch zielgerechte Integrationsmodelle über sektorale Leistungsträger und Finanzierungssysteme. Bertelsmann Stiftung. Abgerufen am 13. Juli 2025, von https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Ambulante-Vergütung_13lay.pdf
- Wisniowski, N., Rettig, P., & Kurscheid, C. (2025). Ambulantisierung: Herausforderungen & Chancen. In P. Henßler & J. Rinke (Hrsg.), *Ambulante Transformation im OP*. Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Wuppertal Institut. (2025). Suffizienz. Abgerufen am 28. Juli 2025, von <https://wupperinst.org/themen/wohlstand/suffizienz/>

#DUALforsch

Online Journal für studentische Forschung

FÜR BACHELOR- UND MASTER-STUDIERENDE DER DHBW

Das Online-Journal **#Dual forscht** ist über die Webseite des ECC3 an das Zentrum für Hochschuldidaktik und lebenslanges Lernen (ZHL) angebunden und steht allen Studierenden aus Forschungs- und Entwicklungsseminaren sämtlicher Fachrichtungen der DHBW offen, um ihre Ergebnisse zu präsentieren.



<https://www.zhl.dhbw.de/edcon/dual-forscht/>

